

Erster Parteitag

der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands

CDU

Goslar, 20.—22. Oktober 1950

Zuverlässig, schnell und gründlich

**unterrichtet Sie über alle Parteiarbeit
und die Politik der CDU/CSU im Bundestag
und in den Landtagen die**

„UNION IN DEUTSCHLAND“

**der parteioffizielle Informationsdienst
der CDU/CSU mit seinem umfassenden
Archivdienst für Redner, Schulungsleiter usw.**



**Die „Union in Deutschland“ erscheint zweimal wöchentlich
im Umfang von je 6 Seiten**

**Der Bezugspreis beträgt für Streifbandbezug DM 1,70
und für Postanweisung DM 1,63 einschl. aller Postgebühren**

**Bestellung erbitten wir direkt an den Verlag:
Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands,
Bonn, Argelanderstraße 173**

Erster Parteitag

der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands

Goslar, 20.—22. Oktober 1950

Herausgeber:

Christlich-Demokratische Union Deutschlands, Bonn, Blücherstraße 14 — Vertrieb: Bonn, Argelanderstraße 175

Druck: Heinrich Berlebach, Oberursel (Taunus)

Mit dem vorliegenden Bericht über den ersten gesamtdeutschen Parteitag der Christlich Demokratischen Union beginnt eine Schriftenreihe, die unseren Mitgliedern das Gedankengut und die praktische Politik der Partei lebendig vor Augen führen soll.

Die Reden, die in Goslar gehalten wurden, sind eine gute Grundlage für die nun im gesamtdeutschen Rahmen anlaufende Bildungs- und Schulungsarbeit der Union. Insgesamt gesehen, stellen sie die Zusammenfassung und Erläuterung der wesentlichen Programmpunkte und Leitgedanken der Christlich Demokratischen Union dar. Sie sind wert, von allen Mitgliedern und Freunden der Union sorgfältig durchgearbeitet zu werden.

Goslar war die Besinnung auf die Grundsätze und Ideale unserer Partei. Es ist mir eine Freude, daß der Inhalt der Tagung durch diese Schrift weiterwirken kann in die politische Tagesarbeit.

Dr. Konrad Adenauer

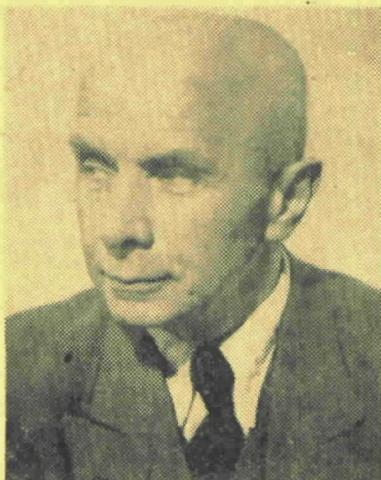
Vorsitzender der Christlich Demokratischen Union Deutschlands



Bundeskanzler **Dr. Konrad Adenauer**
Vorsitzender der gesamtdeutschen CDU



Dr. Friedrich Holzapfel
erster stellv. Vorsitzender



Jakob Kaiser
zweiter stellv. Vorsitzender

Der Weg nach Goslar

Heute, da die Idee der Christlich-Demokratischen Union zu einem festen Begriff in der deutschen und internationalen Politik geworden ist, denken nur noch wenige daran, welch eine ungeheure Aufgabe es war, den Grundsatz durchzusetzen, daß alle echte Politik nur aus festen weltanschaulichen Grundsätzen betrieben werden kann, wenn sie nicht in Weg und in den Zielen irren will. Allzu lange hatte die pervertierte Auffassung des Wortes „Religion ist Privatsache“ nicht nur das Christentum aus dem öffentlichen Leben verdrängt, sondern auch den Christen den Mut genommen, sich bei der Politik auf das Christentum zu berufen. Es bedurfte erst der furchtbaren Lehre einer antichristlichen Diktatur und eines unmenschlichen Krieges, um zu erweisen, wie unentbehrlich das Christentum auch in der staatlichen Gemeinschaft ist.

Der Ausgangspunkt

Es mag lohnen, einen kurzen Rückblick zu werfen auf den Weg, der uns aus dem Chaos des Zusammenbruches nach Goslar in den ersten gesamtdeutschen Parteitag der CDU führte. Allerdings: die Wurzeln dieser großen politischen Bewegung liegen weiter zurück. Die Forderung nach christlichen Grundsätzen in der Politik wurde schon von den Männern des alten Zentrums und des Christlich-Sozialen Volksdienstes erhoben, aber leider scheiterte die Erfüllung an konfessionellen Differenzen, die eine starke christliche Partei verhinderten.

Erst in den Konzentrationslagern und Gefängnissen des Dritten Reiches erzwang sich die Ueberwindung der konfessionellen Unterschiede im politischen Raum von selbst. Hier litten Männer und Frauen beider Konfessionen unter dem gleichen Druck. Das Richtbeil und der Strick des Henkers machten keinen Unterschied zwischen Katholiken und Protestanten. Die Verfolgung wütete gegen das Christentum schlechthin.

Der Beginn

Die Lehre war allzu schmerzhaft, als daß sie schnell hätte vergessen werden können. Wer das Dritte Reich und den Krieg überlebte, war bereit, wenigstens im politischen Raum die Unterschiede zu vergessen. Es bedurfte daher keines äußeren Anstoßes, um gleich nach dem Zusammenbruch christliche Menschen beider Konfessionen spontan zusammenzuführen und sie zur Bildung christlich-politischer Gruppen zu veranlassen. In allen Städten und Dörfern unseres Vaterlandes schlossen sich Männer und Frauen christlicher Grundhaltung zusammen und gründeten die „Christlich-Demokratische Partei“, die „Christlich-Demokratische Union“, die „Christlich-Soziale Union“ und wie die vielen Namen alle heißen, unter denen sich Menschen zusammenfanden zu dem einzigen Zweck, nie wieder zu dulden, daß die Politik von unchristlichen Grundsätzen beherrscht werde, daß sie im Gegenteil von nun an unter dem Zeichen des Kreuzes stehen solle.

Doch langsam fanden sich die verschiedenen Gruppen unter den schweren Bedingungen der Anfangszeit zu größeren Verbänden zusammen. Es lag nicht nur an den Vorschriften der Militärregierungen, daß die christlich-demokratischen Gemeinschaften sich lange nur auf Kreisbasis organisierten. Es ging zunächst lediglich um die politische Idee. Um die organisatorische Form machte man sich weniger Gedanken. Und

man hatte auch keine Zeit dazu. Wollte man gegen die fest organisierten Kader der SPD und der KPD, die, wenn auch stark dezimiert, aktionsfähig die Nazi Herrschaft und den Krieg überdauert hatten, sich nur einigermaßen durchsetzen, dann mußte man an die Arbeit gehen, so wie man sich eben zusammengefunden hatte und den organisatorischen Aufbau in Gottes Namen der Zukunft überlassen.

Erste Organisationsversuche

Immerhin: Einige Männer und Frauen fanden neben der schnell einsetzenden politischen Arbeit die Zeit, mit Freunden aus den Nachbarstädten und der weiteren Umgebung Fühlung zu nehmen, und so entstanden größtenteils im Winter des Jahres 1945 die ersten Landesverbände. Vorausschauende Männer brachten sogar noch im Dezember des Jahres 1945 ein überzonales Treffen in Godesberg zustande, das eine überraschende Übereinstimmung der politischen Grundsätze ergab, im Wesentlichen aber zu nichts anderem führte, als daß sich die Teilnehmer auf den einheitlichen Namen „Christlich-Demokratische Union“ einigten. Ein Name, der in Berlin geprägt wurde von den Berlinern und den Freunden aus der sowjetisch besetzten Zone, die sich als erste dank der damals günstigen Militärregierungsvorschriften auf breiterer Grundlage hatten organisieren können.

Zonenverbände

Erst im Jahre 1946 zeichneten sich einigermaßen feste Organisationsformen ab. Der Zonenverband der CDU in der sowjetisch besetzten Zone unter Führung von Andreas Hermes, Dr. Walther Schreiber, Jakob Kaiser und Ernst Lemmer war der erste Verband, der über die Ländergrenzen hinausgriff. Ihm folgte sehr schnell der Zonenverband der britisch besetzten Zone unter Führung Dr. Konrad Adenauers und Dr. Friedrich Holzapfels. In den beiden anderen Zonen ist es nie zu einem größeren Zusammenschluß gekommen — hier bestanden nur die Landesverbände nebeneinander. Die christlichen Demokraten in Bayern führten zudem ein Eigenleben unter dem Namen „Christlich-Soziale Union“. Sie waren auch in Godesberg nicht zu bewegen gewesen, ihren Namen zu ändern.

Die beiden Zonenverbände wurden bald — Köln für den Westen, Berlin für den Osten — als die Repräsentation der CDU betrachtet, zumal in der britischen Zone Dr. Konrad Adenauer die Führung in seinen tatkräftigen Händen hatte, und in Berlin Jakob Kaiser wegen seines mannhaften Eintretens für die christlich-demokratischen Ideale größtes Ansehen genoß. Im Bewußtsein der Öffentlichkeit galt Dr. Konrad Adenauer schließlich als der Repräsentant der CDU schlechthin.

Die Arbeitsgemeinschaft

Unabhängig von diesem Bau von unten nach oben versuchte ein Kreis führender Politiker der CDU, eine Organisation auf gesamtdeutscher Basis zusammenzubringen. Treibende Kräfte waren die Freunde aus der sowjetisch besetzten Zone, allen voran Jakob Kaiser, die unter dem wachsenden Druck der Sowjets und ihrer Werkzeuge eher als andere begriffen, daß nur eine starke gesamtdeutsche Organisation Aussichten hatte, echtes politisches Gewicht zu bekommen. Im Sommer 1946 trafen sich führende Politiker der CDU und der CSU in Königstein i. T., um sich über die Möglichkeiten eines weiteren Organisationsaufbaues zu unterhalten. Aber erst auf einer zweiten Tagung im Februar 1947 konnten 41 führende Per-

sönlichkeiten der CDU und der CSU am gleichen Ort die „Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands“ gründen.

Von der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU gingen starke politische Impulse aus, aber organisatorisch blieb sie gewissermaßen eine Fiktion. Das einzige, was sich an praktischer Organisationsarbeit ergab, war die Bildung des Generalsekretariats unter dem Generalsekretär Bruno Dörpinghaus. Obwohl sich die Landesverbände sehr schnell daran gewöhnten, ihre Sorgen in der Bettinastraße in Frankfurt abzuladen, blieb das Generalsekretariat praktisch nur eine Verbindungsstelle zwischen den Landesverbänden der verschiedenen Zonen. Erschwerend fiel ins Gewicht, daß sich die sowjetisch besetzte Zone und die britisch besetzte Zone verhältnismäßig gut durchorganisierte Zonengeschäftsstellen in Berlin und Köln geschaffen hatten, zu denen die dortigen Landesverbände engere Verbindungen pflegten als nach Frankfurt.

Der DUD

Ein Gutes allerdings hatte das Generalsekretariat. Die Gründung des „Deutschland-Union-Dienstes“ brachte der Gesamtpartei ein zentrales publizistisches Organ, das bald von der deutschen und der ausländischen Presse als Quelle für die Meinung der gesamtdeutschen CDU/CSU betrachtet und respektiert wurde. Die Nebenausgaben des DUD, zuerst der B- und C-Dienst, wurden als wertvolles Informationsmaterial bald in den Parteigeschäftsstellen heimisch. Die „Union im Wahlkampf“, geschaffen für den Wahlkampf zur Bundestagswahl, ist heute noch im besten Andenken, und die daraus hervorgegangene „Union in Deutschland“ bewahrte sich ihre führende Stellung unter den Informationsblättern der Partei, die bei der Geschäftsstelle der britischen Zone in Köln und in den Landesverbänden zahlreich entstanden.

Fehlgeschlagen

Im Jahre 1948 schien die Lage reif für die Bildung einer gesamtdeutschen Partei. Ein von der Arbeitsgemeinschaft eingesetzter Organisationsausschuß formulierte in wenigen Sitzungen ein „Statut der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU“, das am 20. August 1948 in Königstein angenommen wurde. Leider blieb aber dieses Statut auf dem Papier stehen. Vielleicht waren auch hier — wie so oft in der CDU — die führenden Persönlichkeiten von den harten Erfordernissen der Tagespolitik zu sehr in Anspruch genommen, als daß sie die Zeit zur Weiterführung der organisatorischen Fragen gefunden hätten.

Wirtschaftsrat und Parlamentarischer Rat

Unabhängig von der Parteiorganisation begannen sich aber politische Gremien abzuzeichnen, die geeignet erschienen, den organisatorischen Zusammenhalt der Partei vorzubereiten und zu festigen. Die Fraktion der CDU/CSU im Wirtschaftsrat führte politische Menschen zum mindesten aus zwei Zonen zusammen und die Verhältnisse brachten von dort eine enge Verbindung zur französischen Zone mit sich. Die sowjetisch besetzte Zone spielte in der CDU inzwischen nicht mehr die alte Rolle, da die Sowjets nach Dr. Hermes und Dr. Schreiber nun auch Jakob Kaiser und Ernst Lemmer zwangsweise abgesetzt hatten. Mehr und mehr zeichnete sich am politischen Horizont ein Parlament für das jetzige Bundesgebiet ab. Im Parlamentarischen Rat erhielt es seine erste Form, unorganisch zwar, aber eine neue Gelegenheit, die Zonengrenzen

in Westdeutschland zu überwinden. Die Fraktion des Parlamentarischen Rates fand neben ihrer eigentlichen Aufgabe noch Zeit, in mehr oder meist weniger offizieller Form sich Gedanken über eine gesamtdeutsche Partei zu machen.

Die Bundestagswahl

Und dann kam die Verabschiedung des Grundgesetzes und die Vorbereitung der Bundestagswahlen. Zum ersten Male begann die Partei, wirklich auf überzionaler Basis zu denken und zu handeln. In einer Konferenz der Landesvorsitzenden der CDU, deren Gremium neben dem der Arbeitsgemeinschaft immer größere Bedeutung gewann, wurde zum ersten Male von allen Landesverbänden ein Mann mit der zentralen Organisation der Wahl für das gesamte Bundesgebiet beauftragt: der Fraktionsführer der rheinpfälzischen CDU, Dr. Aloys Zimmer. Die Aufgabe war schnell gestellt, aber die organisatorische Ausführung drohte an dem Mangel eines technischen Apparates zu scheitern. Nach kurzer Ueberlegung entschloß sich der Leiter des Bundestagswahlkampfes, sich der Einrichtungen des Generalsekretariats in Frankfurt zu bedienen. Mit einer verhältnismäßig geringen Personalausweitung ging er in Frankfurt an die Arbeit. Zwar waren in allen Landesstellen organisatorische Unzulänglichkeiten zu überwinden, aber das gesteckte Ziel wurde erreicht: der Wahlkampf wurde gewonnen.

Konferenz der Landesvorsitzenden

Anläßlich der Fraktionssitzung der Bundesversammlung im September 1949 versuchte Dr. Zimmer, den gewonnenen Ansatzpunkt für eine gesamtdeutsche Organisation zu nutzen. Leider überschatteten auch hier noch die drängenden Tagesprobleme das Organisatorische und der Versuch scheiterte. Gleichzeitig gab praktisch die Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU ihre Tätigkeit auf. An ihre Stelle wurde die Konferenz der Landesvorsitzenden, vielfach unter Hinzuziehung der Vertreter der CSU, eine ständige Einrichtung im Leben der Partei. Ohne eigentliche politische Legitimation wurden in den Tagungen der Vorsitzenden von Zeit zu Zeit brennende Fragen der Tagespolitik diskutiert und es wurde vom Parteistandpunkt aus zu ihnen Stellung genommen. Hier war auch der einzige Berührungspunkt zwischen der neu gebildeten Bundestagsfraktion und der Partei.

Das Statut der CDU Deutschlands

Es wird nie entschieden werden, wer mehr zu einer gesamtdeutschen Organisation der CDU drängte: die Fraktion des Bundestages oder die Männer der Partei. Tatsache ist, daß sowohl in der Fraktion wie auch bei den Konferenzen der Landesvorsitzenden immer wieder die Frage der gesamtdeutschen Organisation besprochen wurde. Endlich ergriff im Frühjahr 1950 Bundeskanzler Dr. Adenauer die Initiative und lud auf den 11. Mai 1950 zu einer Sitzung nach Königswinter ein, auf deren Tagungsordnung endlich der Punkt stand: Vorbereitende Maßnahmen für die Gesamtorganisation der Partei auf Bundesebene.

In der Sitzung konnte weitgehend auf das Statut zurückgegriffen werden, das am 20. August 1948 in Königstein beschlossen worden war. Mit wenigen kleinen Änderungen passierte es als vorläufiger Entwurf eines Statuts der CDU Deutschlands am gleichen Tage die Beratungen. Zu seiner Ausfeilung und zur weiteren organisatorischen Arbeit wurde

ein Ausschuß aus acht Mitgliedern gebildet, deren Namen hier festgehalten zu werden verdienen:

Oberbürgermeister Bach, Siegen; Abg. Hilbert, Untereggingen, Wttbg.; Dr. Holzapfel, Herford; Verwaltungsdirektor Lünendonck, Frankfurt; Dr. Schreiber, Berlin; Dr. Vogel, Stuttgart; Frau Dr. Weber, Essen; Dr. Zimmer, Montabaur.

Endlich: Goslar

Dieser Ausschuß, der in zahlreichen Sitzungen unter dem Vorsitz Dr. Zimmers zusammentrat, erarbeitete die endgültige Fassung des Statuts der CDU Deutschlands. Gleichzeitig traf er auch die Vorbereitungen für den geplanten Parteitag. In einer Sitzung der Landesvorsitzenden am 11. September 1950 entschloß man sich nach langen Debatten, Goslar als Tagungsort des ersten Parteitages der gesamtdeutschen CDU zu wählen. Dem Vorbereitenden Ausschuß wurden eine technische und eine Programmkommission beigeordnet, die mit den technischen Vorbereitungen zum Parteitag beauftragt wurden.

Blick in die Zukunft

Es führte ein weiter Weg von Godesberg nach Goslar. Zwischen den beiden Terminen lag eine Fülle von Arbeiten und Sorgen. In Goslar wurde die CDU Deutschlands aus der Taufe gehoben und wenn nicht alles trägt, wird in Kürze durch Vereinbarung mit der CSU eine neue Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands entstehen, eine Gemeinschaft, die sich im Bundestage und im Kabinett bereits so sehr praktisch bewährt hat.

☆

So gesehen war Goslar ein Abschluß und ein Beginn. Mögen alle, die in Goslar sich auf die Quellen unserer Kraft besinnen durften, das eine beherzigen, daß nämlich die beste politische Idee nichts nutzt, wenn man sie nicht in Erfolge umsetzen kann, daß die beste Organisation tot ist, wenn sie nicht vom Leben der Idee erfüllt wird. Goslar sollte der Ausgangspunkt sein für eine organisatorisch festgefügte CDU, die ihre Kraft schöpft aus den ewig gültigen Werten: dem Christentum, der demokratischen Freiheit und der starken Union der Menschen, die guten Willens sind.

Erster Tag: Freitag, 20 Oktober 1950

Als der Vorsitzende des Landesverbandes Niedersachsen, Oberkirchenrat Adolf Cillien, am Abend des 20. Oktober den Parteitag eröffnete, war der Odeon-Saal bis aufs letzte Plätzchen gefüllt. Die Zahl der gemeldeten stimmberechtigten Delegierten betrug 386. Davon konnten etwa 50 aus beruflichen Gründen erst im Laufe des folgenden Tages — Samstag — eintreffen und deshalb an den bereits vormittags stattfindenden Wahlen nicht teilnehmen. Neben ihnen waren rund 600 Gastdelegierte gekommen, und auch die Parteifreunde aus Goslar und der weiteren Umgebung waren aus verständlichem Interesse herbeigeeilt. Die öffentlichen Gebäude der alten Kaiserstadt hatten Fahnen schmuck angelegt, entlang der Straße vom Bahnhof zum Hotel „Achtermann“, dem Sitz des Parteitagbüros, flatterten an hohen Masten nicht nur die Fahnen der Bundesländer, sondern auch jene Berlins, der Länder der sowjetisch besetzten Zone und der Provinzen jenseits der Oder-Neiße. Auf der geräumigen Bühne des Odeon-Saales — ihren Hintergrund zierte in großen Lettern der Spruch „Einigkeit und Recht und Freiheit“, während von ihrer Höhe ein mächtiges grün-weißes Europa-E prangte — hatte eine Reihe von Bundesministern, Ministerpräsidenten und Länderministern Platz genommen. Zu den Ehrengästen zählten ferner der evangelische Landesbischof Dr. Erdmann und als Vertreter des Bischofs von Hildesheim Generalvikar Dr. Offenstein, drei Vertreter der Hohen Kommission Niedersachsens und eine stattliche Zahl führender Persönlichkeiten der christlich-demokratischen Parteien aus Belgien, Frankreich, Luxemburg, Oesterreich, Schweiz, Italien und Holland. Die Presstribüne war ungemein stark besetzt.

Nach den Klängen von Beethovens „Egmont“-Ouvertüre erschien Bundeskanzler Dr. Adenauer, von den Versammelten mit stürmischer Herzlichkeit begrüßt. Namens des Landesvorstandes der CDU Niedersachsens entbot Oberkirchenrat Adolf Cillien den Delegierten und Gästen und besonders dem Bundeskanzler herzliche Willkommensgrüße.

Es grüne die Tanne, es wachse das Erz, Gott gebe uns allen ein fröhliches Herz!

Ich grüße Sie alle mit diesen Worten der Lebenserfahrung und der Lebensweisheit des Harzes. Es entfällt die Feststellung, daß wir als Menschen nicht alles erarbeiten, nicht alles erdenken, nicht alles erkämpfen noch vielmehr erraffen können, sondern daß wir dankbar dafür sein müssen und dürfen, daß uns auch etwas geschenkt und gegeben wird. Es handelt sich um etwas Großes, nicht um das lustige Herz, nicht um das leichtsinnige Herz, sondern um das fröhliche Herz, das mitten in der Arbeit steht und dennoch immer weiß, daß es arbeiten und leben darf unter einer schenkenden und segnenden Hand.

Wir sind hier nahe an der blutenden Wunde Deutschlands. Wenn Sie hinaufsteigen in die Harzberge, werden Sie bald vor eine Sperre kommen. Nicht einmal zu dem alten lieben Brocken vermögen wir hier noch hinaufzusteigen. Um so stärker fühlen wir aber von hier aus den Pulsschlag und das Sehnen unserer Brüder und Schwestern dort in Mitteldeutschland. Und ihnen gilt an erster Stelle unser Gruß und unser herzliches Gedenken und unser Gelöbniß, daß wir sie nicht vergessen, sondern für sie arbeiten als wie ein Stück von uns. (Beifall)

Alle unsere Freunde, die hierher gekommen sind, sind aber auch hier nahe einem besonderen Notstandsgebiet, bedingt durch die Fülle der Vertriebenen, die hier zu uns gekommen sind und durch die besondere Notlage in dem Gebiete Salzgitter und Watenstedt. Die Entscheidung für Goslar bedeutet zugleich die Entscheidung dafür, daß das Schicksal der Vertriebenen und die Not der in ihrer Arbeit Gefährdeten von uns nicht vergessen wird.

Dr. Cillien konnte dann folgende Gäste begrüßen:

Aus Belgien: Als Vertreter des Ministerpräsidenten M. Julien Dufranne, von der Christlich-Sozialen Partei Belgiens den Präsidenten Theo Lefevre und die Vizepräsidenten Deschuyffeleer und Paul Herbiet sowie Generalsekretär Hendrik Vermaire.

Aus Frankreich: Als persönlichen Vertreter von M. Bidault M. Barthelemy Ott und von der MRP Frankreichs M. La Graviere.

Aus Luxemburg: Den Vorsitzenden der Christlich-Sozialen Volkspartei, Kammerpräsident Emil Reuter, den Generalsekretär der Christlich-Sozialen Volkspartei, Lambert Schaus, und Kultusminister Frieden sowie Minister a. D. Dr. Nikolaus Margue.

Aus Oesterreich Professor Weinberger von der Oesterreichischen Volkspartei und den Generalsekretär der Oesterreichischen Volkspartei, Dr. Felix Hurdes.

Aus der Schweiz: Generalsekretär der Schweizerischen Konservativen Volkspartei, Dr. Martin Rosenberg, das Mitglied des leitenden Ausschusses der Schweizerischen Konservativen Volkspartei, Dr. Josef Isenschmidt, den Generalsekretär der Evangelischen Volkspartei, Dr. Hürlimann, und Präsident, Dr. Hans Aeschback.

Aus Italien: Von der Democrazia Christiana und gleichzeitig als Vizepräsidenten der NEI, Herrn Taviani und Minister Conella mit Gattin, von der Italienisch-deutschen Gesellschaft, Direktor Prof. Dr. Giovannucci.

Aus Holland: In Vertretung des Vorsitzenden der Katholischen Volkspartei, Sekretär Dr. von de Poel, Vizepräsidenten der Katholischen Volkspartei, Matsers, und von der Christlich-Historischen Union, der Protestantischen Partei Hollands, Dr. Schmal.

Ferner wurden begrüßt: Die Bundesminister Dr. Lehr, Anton Storch, Dr. Lukaschek, Professor Dr. Erhard, Professor Dr. Niklas und Jakob Kaiser, ferner die Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, Karl Arnold, von Schleswig-Holstein, Dr. Walter Bartram, und von Rheinland-Pfalz, Altmeier.

Die Parteifreunde der CSU aus Bayern wurden mit besonderem Beifall begrüßt.

Als Vertreter der Hohen Kommission waren Brig. Lingham, American observer Mr. Biel aus Hannover erschienen sowie der Verbindungsoffizier der Französischen Hochkommission, M. Chaissons.

Oberkirchenrat Cillien fuhr fort:

Es ist uns eine Ehre und eine Freude, daß wir unter uns begrüßen können Landesbischof Dr. Erdmann, und als Vertreter Seiner Exzellenz von Hildesheim, Generalvikar Dr. Offenstein. Und wir begrüßen Herrn Generaldirektor Dr. Adolf Grimme. Seine Anwesenheit gibt mir zugleich die Veranlassung, all den Damen und Herren der Presse und des Rundfunks herzlich zu danken, ohne deren Mitarbeit eine politische Arbeit ja nicht möglich und nicht denkbar ist.

Und schließlich: Herrn Bundeskanzler Dr. Adenauer. (Stürmischer, lang anhaltender Beifall, in Ovationen übergehend). Herr Dr. Adenauer! Sie sind stürmisch begrüßt worden. Ich darf hinzufügen: Sie sind von Anfang an bei uns gewesen, Sie sind unentwegt in diesen Jahren uns zur Seite gestanden mit Ihrem Rat, Ihrer Weisheit und Ihren Erfahrungen. Sie sind vielen von uns ein väterlicher Freund geworden. (Beifall). Sie haben es verstanden, uns einzuführen in die schweren, tragenden Probleme unserer Zeit. Sie haben aber auch oft die gesamte Last und die Gesamtverantwortung allein getragen. Neben Ihrer Weisheit, neben Ihrer Tatkraft hat aber eines immer wieder für Sie unser Herz gewonnen: Ihre menschliche Güte und Ihr Humor. (Stärkerer Beifall).

Ich denke aber auch in dieser Stunde, und möchte das unseren Freunden nicht vorenthalten, wie Sie einmal in einer sehr ersten Unterredung sprachen von all den Schwierigkeiten und Nöten der Außenpolitik und der Undurchsichtigkeit der Zeit, und wie Sie hinzufügten: In solchen Momenten kann man nichts anderes tun als seine Freunde darum bitten, daß sie auch einmal für einen beten. (Beifall). Ihnen, Herr Dr. Adenauer, wünschen wir, daß Gott Ihnen das fröhliche Herz erhalten möge. (Beifall).

Ich bitte Sie nunmehr, gemeinsam mit uns das Lied zu singen, das auch heute geeignet ist, uns in einer tiefen Ueberzeugung zusammenzufassen, in der Ueberzeugung von der Notwendigkeit des Rechts und der Freiheit vor aller Welt und für alle Welt: „Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland!“ (Die Delegierten sangen die dritte Strophe des Deutschlandliedes).

Nach Begrüßungsworten des Oberbürgermeisters von Goslar, Dr. Pfaffendorf, ergriff das Wort

Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer
zum Thema

Deutschlands Stellung und Aufgabe in der Welt

Ueber Deutschlands Stellung und Aufgabe in der Welt zu sprechen, wäre noch vor einem Jahr nicht möglich gewesen; vor zwei Jahren hätte man ein solches Unterfangen als unbegreiflich empfunden. Ich glaube, daß man in diesen vielleicht das Schicksal Europas entscheidenden Monaten um Europas willen darüber sprechen muß. Man ist es dem deutschen Volk und der Welt schuldig, darüber zu sprechen.

Noch drücken uns zwar schwere soziale Sorgen — Wohnungsnot, Lastenausgleich, Kriegsopferversorgung —, noch sind wir weder politisch noch wirtschaftlich frei, wengleich wir auf dem Wege zur Freiheit sind, noch sind die beiden Teile Deutschlands durch den Eisernen Vorhang getrennt, aber unser Aufbau, unsere innere Konsolidierung, hat doch schon solche Fortschritte gemacht, daß das deutsche Volk in allen seinen Schichten wieder beginnt, sich Gedanken über seine Zukunft zu machen. Das deutsche Volk, das schwer gelitten hat, das schwer arbeitet, fragt sich mit Recht, ob sich seine Arbeit, seine Mühen einmal in einer besse-

ren Zukunft lohnen werden. Es fragt nach dem Zweck, nach der Bedeutung des ganzen Geschehens in Europa und in der Welt.

Die jüngere Generation vor allem will eine Antwort auf diese Fragen. Sie ist unter nationalsozialistischem Einfluß hrangewachsen. Sie hat die scheinbare Macht des Nationalsozialismus gesehen, ohne zu wissen, ohne zu erkennen, daß sie auf Sand gebaut, daß diese Macht ein Koloß auf tönernen Füßen war, der eines Tages zusammenbrechen mußte. Diese junge Generation hat den Zusammenbruch erlebt, den tiefen Fall Deutschlands. Sie sieht, wie von neuem Mächte, gewaltige Mächte, gegeneinander rüsten, sie fühlt, wie von neuem der Boden unter ihren Füßen anfängt zu beben und zu zittern. Sie will wissen und sie muß wissen, ob das deutsche Volk in diesem Weltgeschehen noch eine Aufgabe zu erfüllen hat, oder ob es in dumpfer und müder Resignation und Stumpfheit tatenlos eine neue und noch furchtbarere Katastrophe über sich und die Menschheit hereinbrechen lassen soll.

Ich will versuchen, den Anhängern unserer Partei, aber nicht nur diesen, sondern allen Deutschen, und nicht nur den Deutschen, sondern auch den Angehörigen anderer Völker zu zeigen, welches unsere Stellung und was unsere Aufgabe ist.

Es hat Sternstunden der Menschheit gegeben, aber auch Perioden tiefster Sorge und Not; Perioden, in denen die Zukunft in schwere Wolken gehüllt ist, in denen sich das Geschick der Menschheit für Generationen entscheidet, sei es zum Guten, sei es zum Bösen. In einer solchen Zeit leben wir jetzt: in unserer Zeit wird es sich entscheiden, ob Freiheit, Menschenwürde, christlich-abendländisches Denken der Menschheit erhalten bleibt oder ob der Geist der Finsternis und der Sklaverei, ob der anti-christliche Geist für eine lange, lange Zeit seine Geißel über die hilflos am Boden liegende Menschheit schwingen wird. Glauben Sie mir, meine Freunde, Worte sind zu schwach, das wiederzugeben, was den freien Völkern an Schmach, an Leid, an Sklaverei, an Unfreiheit des Körpers und des Geistes droht.

Wenn wir die Frage nach der Stellung und nach der Aufgabe des deutschen Volkes beantworten wollen, müssen wir vor allem eines uns klarmachen: die gegenwärtige politische Lage in der Welt wird nicht von Dauer sein. Es ist richtig: Nichts ist dauernd auf Erden und alles fließt. Aber der Fluß der Entwicklung kann langsam und geordnet sein wie etwa in dem Jahrhundert, das 1815 mit dem Wiener Kongreß begann und das 1914 mit dem Ausbruch des ersten Weltkrieges endete. In solchen Zeiten ist vielleicht die Mehrzahl der Menschen berechtigt, den eigenen Geschäften sich zu widmen und sich um politische Angelegenheiten nicht zu kümmern. Aber es kann auch Perioden geben, die erfüllt sind vom Sturm, von einer atemraubenden Schnelligkeit der Entwicklung, in denen es nur eine Wahl zwischen Gut und Böse, zwischen Leben und Untergang gibt, und in denen diese Wahl schnell und ohne Zögern getroffen werden muß. In einer solchen Periode hat kein Mensch das Recht, sich abseits zu stellen. Kein Mensch und kein Volk hat dies Recht. Jeder Mensch und jedes Volk hat dann die Pflicht, Stellung zu nehmen und das von ihm als richtig Erkannte mit äußerster Zähigkeit und Energie durchzuführen. Letzten Endes tut jeder sich selbst den größten Dienst.

In einer solchen Geschichtsperiode leben wir. Wenn wir die politischen Verhältnisse des Jahres 1914 vergleichen mit dem heutigen Zustand, dann erkennen wir erst, was in der, geschichtlich betrachtet, so kurzen Zeit-

spanne von 36 Jahren sich ereignet hat. Wir nehmen wahr, welch ungeheuren Kräfte durch die beiden Kriege entfesselt worden sind und welch neuer, noch unendlich größeren Katastrophe die Menschheit in reißender Schnelligkeit entgegentreibt, wenn nicht rechtzeitig, wenn nicht buchstäblich im letzten Augenblick, entscheidende Maßnahmen getroffen, feste Dämme gezogen werden.

Bis zum Jahre 1914 sah die Welt folgendermaßen aus: Deutschland war die stärkste Militärmacht; England war die stärkste Seemacht der Welt; sein Flotte war größer als die beiden nächstfolgenden Flotten zusammen. Frankreich war eine wirtschaftlich und militärisch starke Großmacht. Das Gleiche galt von Italien. Als weitere Großmacht vereinigte Österreich-Ungarn in sich die Volkskräfte des früheren großen Österreichs, Ungarns und der Tschechoslowakei, und es band fast die gesamten Balkanstaaten an Europa. Rußland war eine Großmacht, aber es betrachtete sich als zu Europa, zu dessen Kultur gehörend.

Dieses politisch und wirtschaftlich starke und im großen und ganzen im Gleichgewicht sich befindende europäische Staatensystem konnte kraft seiner Stärke und infolge seines Gleichgewichts wirtschaftlich und politisch die übrige Welt führen: Die Vereinigten Staaten von Nordamerika waren 1914 — man glaubt es nicht, wenn man es heute sagt — ein Schuldnerland. Ihre Streitmacht war relativ klein. Erst im Kriege 1914 begannen sie, Weltpolitik zu treiben. Europa war maßgebend für die Geschehnisse der Welt.

Und jetzt? Deutschland in zwei Teile gewaltsam zerrissen, politisch und wirtschaftlich schwer geschädigt, außenpolitisch ein Vakuum. Frankreich hat sich von den schweren Wunden, die es in den beiden Kriegen bekommen hat, bisher nicht erholen können. Das Gleiche gilt von Italien. England hat, obgleich es der Staatskunst seiner Lenker gelungen ist, in erheblichem Umfang die alten Empire-Verbindungen aufrecht zu erhalten, schwer in seinem wirtschaftlichen und politischen Einfluß gelitten und seine Weltgeltung zum Teil verloren.

Sowjetrußland fühlt sich nicht als europäische, sondern als bolschewistische Macht. Es ist ihm gelungen, sich anzugliedern: die baltischen Staaten: Litauen, Lettland, Estland, das polnische Weißrußland, das ganze übrige Polen, Ungarn, Tschechoslowakei, Rumänien, Bulgarien und fast die Hälfte Deutschlands in der Form der Sowjetzone. Insgesamt hat Sowjetrußland sich seit dem zweiten Weltkrieg 637 400 qkm einverleibt und seine Einflußsphäre auf Staaten von zusammen 12 Millionen qkm ausgedehnt. Deutschland hatte dagegen 1937 nur 470 000 qkm. Rußland steht jetzt mitten in Europa. Es ist in der Lage, in seinen europäischen Satellitenstaaten und durch die von ihm beeinflussten Völker in Asien jederzeit große Kriege zu führen, ohne einen einzigen sowjet-russischen Soldaten dafür einzusetzen. Darüberhinaus hat Sowjetrußland in europäischen Ländern starke Fünfte Kolonnen aufgebaut, kommunistische Parteien gegründet und finanziert. Es ist so in der Lage, auf die politischen Geschehnisse anderer europäischer Länder ohne kriegsrische Maßnahmen unter Umständen einen entscheidenden Einfluß in seinem Sinne auszuüben. Es hat planmäßig und zielbewußt alle Kampfmittel des kalten Krieges vorbereitet.

Die Vereinigten Staaten von Nordamerika haben sich seit 1914 zu einer Weltmacht allerersten Ranges entwickelt. Man kann ohne zu übertreiben sagen, daß seit der Zeit des Römischen Reiches unter Kaiser Augustus

kein Land jemals eine solche Macht in Händen gehabt hat. Amerika ist die stärkste Militärmacht, die stärkste wirtschaftliche Macht der Erde. Es ist ein großes Glück für die Menschheit, daß das amerikanische Volk freiheitsliebend, fortschrittlich und entschlossen ist. Es hat überraschend schnell die Rolle, die ihm nunmehr in der Geschichte der Menschheit zugefallen ist, begniffen, es hat klar erkannt, welche Verantwortung ihm seine Macht und sein Reichtum gegenüber der gesamten Menschheit auferlegt.

Während Europa bis zum Jahre 1914 entscheidend das politische und wirtschaftliche Geschehen in der Welt beeinflusste, ist es jetzt in einen Zustand der Lähmung und Entkräftung verfallen, der es ihm nicht erlaubt, entscheidend in den Lauf der Dinge einzugreifen. Aber deswegen sollte kein Westeuropäer mutlos werden. In Europa, d. h. in England, in Frankreich, in Belgien, in Holland, Luxemburg, Deutschland, Schweiz, Italien, Spanien, den nordischen Ländern, Griechenland, Österreich, leben Hunderte von Millionen entschlossener, fleißiger, fortschrittlich gesinnter, freiheitsliebender Menschen. Auch in den Gebieten, die Rußland sich angegliedert hat, in der Sowjetzone, der Tschechoslowakei, Ungarn, Polen, in den früheren baltischen Gebieten, lebt der Geist der europäischen Zugehörigkeit, die Sehnsucht nach der Freiheit.

Die beiden Super-Mächte, USA und Sowjet-Rußland, sind ideologisch völlig verschiedener Struktur. In Sowjetrußland: Vermassung und Beherrschung der Massen, rücksichtslose Ausbeutung durch eine kleine Oberschicht in der Form eines totalitären Staates, Sklaverei, Konzentrationslager, Verfolgung des Christentums. In den Vereinigten Staaten: Freiheit, Würde, und Schutz der Einzelperson, Schutz auch der Person gegenüber einer Staatsallmacht. Der Gegensatz zwischen beiden Super-Mächten ist so groß, daß er schon an sich geeignet ist, Spannungen hervorzurufen.

Die aus der ideologischen Verschiedenheit herauswachsenden Spannungen werden gesteigert durch das Verhalten Sowjet-Rußlands seit 1945. Sowjet-Rußland hat sich, wie ich eben schon ausgeführt habe, entgegen allen Prinzipien der freien Demokratie mit Gewalt einer ganzen Anzahl von Ländern bemächtigt. Es rüstet hinter seinem eisernen Vorhang mit Hochdruck; es rüstet in seinen Satellitenstaaten und in der Sowjetzone. Wo in der Welt jetzt schon kriegerische Unruhen bestehen — in Korea, in Indochina — hat Sowjet-Rußland seine Hand im Spiel.

Es hat mehrere Jahre gedauert, bis die Westalliierten erkannt haben, welche ungeheure Gefahr ihnen droht; bis sie erkannt haben, was eine Fünfte Kolonne und was kommunistische Parteien in der Hand Rußlands bedeuten. Spät erst haben sie sich der Lehren erinnert, die sie in den Jahren vor dem Ausbruch des zweiten Weltkrieges bei den Verhandlungen mit dem totalitären Hitlerregime bekommen haben. Auch damals haben sie mit dem Diktator in der unter demokratischen Staaten üblichen Weise gesprochen und so versucht, ihn auf die Bahn der normalen friedlichen Zusammenarbeit mit anderen Völkern zu bringen. Österreich und die Tschechoslowakei haben für die falsche Einschätzung eines totalitären Regimes den Preis ihrer Freiheit zahlen müssen, und ein furchtbarer Krieg war schließlich das Ende dieser ganzen Art der Verhandlung mit Hitler. Ich bin überzeugt, hätte man Hitler sofort oder in den ersten Jahren nach der Machtergreifung des Nationalsozialismus gezeigt, welche Macht die Westalliierten besaßen, hätte man ihn davon überzeugt, daß man entschlossen war, falls nötig, diese Machtmittel anzuwenden, niemals wäre der zweite Weltkrieg ausgebrochen.

Jetzt endlich haben die Westalliierten auch gegenüber Sowjet-Rußland erkannt, daß ein totalitärer Staat nur eine Sprache kennt, die Sprache der Macht, daß man mit einem totalitären Staat nur dann zu einem vernünftigen Ergebnis kommt, wenn man bei der Verhandlung mindestens so stark ist wie er. Ein totalitärer Staat wird nur dann bereit sein, sich friedlich einzuordnen in das Gesamtgefüge der Völker, wenn seine Machthaber wissen, daß jedes Ausbrechen, jeder Angriff für sie selbst schwerste, unter Umständen vernichtende Folgen hat.

Der amerikanische Staatssekretär Acheson, der englische Außenminister Bevin und der französische Außenminister Schuman haben recht, wenn sie nach all den vielen Konferenzen in Moskau, nach all den Verhandlungen in der UNO nunmehr sich entschlossen haben, Sowjet-Rußland zu zeigen, daß auch ihre Länder Macht besitzen. Die Entschlossenheit des amerikanischen Präsidenten Truman, mit der er sofort nach dem Ausbruch der Feindseligkeiten in Kroatien eingegriffen hat, die Energie, die die amerikanische Waffe im Verein mit den anderen UNO-Ländern gezeigt hat, die klare und unzweideutige Sprache, die Präsident Truman auf seiner in den letzten Tagen in San Francisco gehaltenen Rede gesprochen hat, eine Sprache, die Sowjet-Rußland deutlich macht, welch Wagnis es läuft, wenn es nicht endlich Frieden gibt, sichern Präsident Truman einen hervorragenden Platz in der Geschichte nicht nur seines Landes, sondern in der Geschichte der Welt.

Ich habe versucht, meine Freunde, Ihnen das Bild der gegenwärtigen Lage zu zeichnen. Lassen Sie mich das Wesentliche unterstreichen:

Auf der einen Seite steht Sowjet-Rußland mit seinen Trabanten- und Satellitenstaaten, seinen Fünften Kolonnen und den ihm blind gehorchenden kommunistischen Parteien in den demokratischen Ländern, hochgerüstet, überall in der Welt das Feuer schürend, Religion und Christentum, europäische Sitten und Kultur, Freiheit und Würde der Person vernichtend. Auf der anderen Seite stehen die Westalliierten, stehen die Atlantikpaktstaaten unter Führung der Vereinigten Staaten, bereit und entschlossen, alles zu tun für den Frieden, aber nur für einen Frieden in Freiheit und Würde, bereit, ihre Rüstung aufs äußerste zu verstärken, um auf diese Weise den von Sowjet-Rußland drohenden Angriff zu verhindern.

Zwischen diesen beiden Lagern liegt die Bundesrepublik Deutschland mit ihren fast 50 Millionen Menschen. Unsere Lage mitten im europäischen Spannungsfeld ist alles andere als beruhigend. Seit Jahr und Tag mußte jeder, der die Dinge klar sieht, fürchten um unser Vaterland, um unsere Sicherheit; er mußte fürchten, daß Deutschland eventuell Schauplatz kriegerischer Auseinandersetzungen werden könnte; er mußte zittern davor, daß im Falle eines russischen Angriffs Millionen von Deutschen nach Rußland getrieben, in russische Armeen gesteckt oder zur Sklavenarbeit verdammt würden. Es ist daher für jeden Deutschen eine große Erleichterung und Beruhigung, daß auf der New Yorker Konferenz von den Außenministern der Vereinigten Staaten, Englands und Frankreichs ein Versprechen hinsichtlich des Schutzes und der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland abgegeben worden ist, wie es klarer und deutlicher nicht abgegeben werden konnte. Für jeden Deutschen, der die Dinge in Ruhe überlegt, muß es ein Gefühl der Erleichterung sein, daß diesen Worten so schnell die Taten folgen, daß die Westalliierten ihre auf deutschem Boden stehenden Truppen zu verstärken beginnen und daß sie, ihrem Versprechen gemäß, diese Truppen so stark wie nur

eben möglich machen wollen. Diese Truppenvermehrung bringt naturgemäß Lasten für die Bevölkerung mit sich. Aber die Weltmächte haben zugesagt, diese Lasten so gering wie möglich zu halten. Vor allem aber ist Sicherheit — wenn auch mit einer gewissen Belastung — viel, viel besser als Kampf und Zerstörung.

Deutschland steht der sowjet-russischen Macht unmittelbar gegenüber; im Falle einer russischen Aggression würde es das erste Opfer sein. Der kalte Krieg wird von Sowjet-Rußland mit aller Kraft gegen uns geführt. Die Fünfte Kolonne steht überall bereit. Durch eine skrupellose, durch und durch unwahre Agitation sucht man uns als Friedensbrecher, als Söldlinge Amerikas hinzustellen. Man spricht nicht von Kommunismus; man hält bei uns die kommunistische Partei absichtlich klein, um braven Bürgern keine Angst zu machen. Man spricht von Frieden, von nationaler Front, von der Einheit Deutschlands. Ich wollte, die Bewohner der Ostzonen-Republik könnten einmal offen schildern, wie es bei ihnen aussieht. Unsere Leute würden hören, daß der Druck, den der Nationalsozialismus durch Gestapo, durch Konzentrationslager, durch Verurteilungen ausgeübt hat, mäßig war gegenüber dem, was jetzt in der Ostzone geschieht. Ich wollte, unsere Leute könnten einmal aus dem Munde der unterdrückten Polen, Tschechen und Ungarn hören, in welcher grausamer Weise religiöse Betätigung verfolgt und unterdrückt wird.

Die deutschen Kriegsgefangenen, die in Sowjet-Rußland waren, wissen Bescheid über das sowjet-russische Paradies. Sie verkünden laut und deutlich und für jeden hörbar, was das Regime Sowjet-Rußlands in Wirklichkeit bedeutet. Wenn wir an die Nöte, die Qualen der vielen Hunderttausende deutscher Kriegsgefangenen, die in Sowjet-Rußland entgegen allen Bestimmungen des Völkerrechts, entgegen allen Versprechungen zurückgehalten werden, denken, wenn wir an die Sorgen, an den Jammer, an die Sehnsucht der Angehörigen der zurückgehaltenen Männer, Väter, Söhne denken, dann wissen wir, was wir von Sowjet-Rußland zu halten haben. Ich glaube, wenn alle Zeugen des Elends, das die sowjet-russische Herrschaft über die Menschen bringt, sprechen könnten, keinen Augenblick würde das deutsche Volk zögern, seine Entscheidung zu treffen. Es würde nur eine Stimme erklingen: daß wir zwar den Frieden wollen, mit aller Kraft wollen, aber daß wir auch wissen, daß Freiheit das höchste Gut des Menschen ist und daß daher für uns Deutsche niemals sowjet-russische Sklaverei in Frage kommt, sondern nur Friede in Freiheit!

Es ist die Aufgabe Deutschlands, einen Damm aufzurichten gegen das Einsickern und die Infiltration sowjet-russischer Ideen. Wir müssen die Menschheit diesseits des Eisernen Vorhangs aufklären über das, was jenseits des Eisernen Vorhangs vor sich geht, was auch uns, was Europa beschieden sein würde, wenn die russische Ideologie bei uns in Europa zur Herrschaft gelangte.

Unkraut gedeiht auf schlechtem Boden. Das gilt auch vom Kommunismus. Daher müssen wir uns bemühen, in unserem Lande Arbeit und Sicherheit, eine gerechte soziale Ordnung zu schaffen. Ein mächtiger Verbündeter des Kommunismus und Sowjet-Rußlands ist die Furcht, ist die Angst, für sie darf kein Raum mehr bei uns sein, seitdem wir von der New Yorker Außenministerkonferenz unsere Sicherheit garantiert bekommen haben. In der Erklärung der drei Außenminister, daß sie jeden Angriff auf die Bundesrepublik Deutschland, gleichgültig, von

welcher Seite er auch kommen möge, wie einen Angriff auf sich selbst betrachten würden, geht eindeutig und klar hervor, daß die These der hinhaltenden Verteidigung westlich des Rheines endgültig aufgegeben ist und daß einem etwaigen russischen Angriff schon am Eisernen Vorhang Halt geboten wird.

Unsere Partei ist überzeugt davon, daß das christliche Gedankengut, das sie zur Grundlage ihrer Innen- und Außenpolitik machen will, wesentlich ist für den Kampf gegen den Bolschewismus. Es liegt mir fern zu sagen, daß unsere Partei allein die Aufgabe hat, diesen Damm gegen den Bolschewismus zu errichten. Wir wünschen, daß alle anderen Parteien unseres Landes mit uns an dieser im besten und wahrsten Sinne des Wortes überparteilichen deutschen und europäischen Aufgabe mitarbeiten.

In der letzten Zeit ist in der deutschen Öffentlichkeit besonders lebhaft die Frage diskutiert worden, ob Deutschland einen Beitrag zur Verteidigung seiner selbst und Europas leisten sollte. Es handelt sich um eine außerordentlich ernste Frage, die nur richtig erörtert und entschieden werden kann, wenn man sie in ihrer chronologischen Entwicklung und in voller Ruhe betrachtet.

Diese Frage wurde meines Wissens zuerst im Ausland diskutiert, als sich etwa seit 1947 die Verhältnisse zwischen Sowjet-Rußland einerseits und den Westalliierten und anderen europäischen Staaten andererseits begannen zuzuspitzen. Es kam auf Betreiben Englands im Jahre 1948 zum Abschluß des Brüsseler Paktes, durch den England, Frankreich und die Beneluxstaaten sich zu Verteidigungszwecken zusammenschlossen. Ihm folgte der Atlantikpakt, der auch die Vereinigten Staaten, Kanada, die oben genannten Partner des Brüsseler Paktes, die nordischen Länder mit Ausnahme Schwedens umfaßte und der den Zusammenschluß gegen die sowjet-russischen Angriffstendenzen zum Gegenstand hatte. Es kam zu Abmachungen über Schaffung eines Verteidigungsorgans. Es wurde dann in der Öffentlichkeit der am Atlantikpakt beteiligten Länder die Frage erörtert, wo eine Verteidigungsfront gegen Rußland geschaffen werden solle, ob am Rhein, westlich des Rheins oder sogar noch weiter im Westen. Es wurde die Frage der Schaffung deutscher Truppenverbände diskutiert, die aber nur mit leichten Waffen versehen sein sollten, und die den Westalliierten den Rückzug decken würden.

Die Nachrichten über Aufstellung starker russischer Truppenverbände in der Sowjetzone wurden in der Folge immer genauer. Es kam zur Aufstellung der Ostzonenpolizeiarmee. Es verdichteten sich die Nachrichten, daß in der Ostzone die Einführung der allgemeinen Dienstpflicht beabsichtigt sei. Ich habe immer wieder in der Hohen Kommission verlangt, daß der Bundesrepublik Deutschland Sicherheit vor russischen Angriffen gegeben würde, ich habe darauf aufmerksam gemacht, daß es für uns unerträglich sei, wenn auch von westalliierten Stellen Diskussionen abgehalten würden, denen ganz augenscheinlich der Gedanke zugrunde lag, die Bundesrepublik Deutschland nicht zu verteidigen. Ich habe darauf hingewiesen, daß die Zulassung eines Überrollens durch russische Truppen, auch wenn man eine spätere Befreiung durch westalliierte Truppen ins Auge fasse, für uns unerträglich und unmöglich sei. Als der Aufbau der Ostzonen-Polizeiarmee zu einer wirklichen Armee in immer stärkerer Weise betrieben wurde, als das Beispiel Koreas zeigte, wie höchstwahrscheinlich Sowjet-Rußland auch bei uns verfahren wolle, habe ich nachdrücklich gebeten, uns ganz konkrete Zusicherungen

zu geben. Herr Pfarrer Niemöller, der jetzt der lauteste Rufer im Straite ist, hat meines Wissens damals seine Stimme nicht erhoben, jedenfalls hat er nicht gegen die uns bedrohende Aufstellung einer Sowjetzonen-Polizeiarmee und die außerordentlich starke Anhäufung russischer Truppen in der Ostzone protestiert.

Die ersten bedeutungsvollen Erklärungen deutscher Stellen über eine deutsche Beteiligung an der Verteidigung Westeuropas wurden im Europarat im August dieses Jahres abgegeben. Von den Vertretern der drei Koalitionsparteien wurde im Europarat erklärt, daß man, um den demokratischen Völkern Europas und der Welt den Frieden, aber auch die Freiheit zu erhalten, bereit und entschlossen sei, den Gedanken einer vereinigten europäischen Armee unter gemeinsamer europäischer Führung und genauer demokratischer Kontrolle zu unterstützen. Die Abgesandten der Bonner Koalitionsparteien erklärten sich bereit, mit der Rückkehr zur Gleichberechtigung auch gleiche Verpflichtungen zu übernehmen wie die Angehörigen anderer Staaten. Die Errichtung einer besonderen deutschen Armee lehnten sie ab. Die Vertreter der sozialdemokratischen Partei enthielten sich bei der Abstimmung der Stimme, weil nach ihrer Ansicht die Frage noch nicht spruchreif sei. Meines Wissens hat Herr Pfarrer Niemöller sich niemals gegen die Erklärungen, die im Europarat abgegeben wurden, gewandt.

Im Anschluß an den Europarat fand die New Yorker Außenministerkonferenz und eine Sitzung der Vertreter der Teilnehmer zum Atlantikpakt statt. Die New Yorker Außenministerkonferenz sollte sich u. a. mit der Regelung der Deutschland betreffenden Fragen beschäftigen. In einem Memorandum an diese Konferenz habe ich die gleiche Erklärung abgegeben, wie sie im Europarat abgegeben worden ist, daß ich eine Remilitarisierung Deutschlands durch Aufstellung einer deutschen Armee ablehne, daß ich aber für die Beteiligung eines deutschen Kontingents in einer europäischen Armee sei.

Am 17. September habe ich auf eine mir übermittelte telefonische Anfrage der Außenministerkonferenz, wie sich die deutsche Regierung die Behandlung dieses Fragenkomplexes denke, geantwortet, die Frage könne nur entschieden werden durch den Bundestag; die deutschen Organe könnten sich mit ihr nur beschäftigen auf Grund einer offiziellen und präzisen Anfrage der westalliierten Regierungen. Die drei Außenminister haben bisher einen Beschluß über die Stellung einer solchen Frage an Deutschland nicht gefaßt. Es ist bekannt geworden, daß der amerikanische und englische Außenminister sowie sämtliche Atlantikpaktstaaten mit Ausnahme Frankreichs sich dafür ausgesprochen haben, diese Frage jetzt zu stellen. Die französische Regierung hat, soviel bekannt geworden ist, sich auf den Standpunkt gestellt, daß der Erledigung der Angelegenheit zur Zeit noch nicht näher getreten werden solle. Die französische Nationalversammlung ist nach ihren Sommerferien jetzt zu einer Tagung zusammengetreten. Nach Pressenachrichten wird sie in der nächsten Woche den ganzen Fragenkomplex erörtern. Das ist der gegenwärtige Stand der Dinge.

Ich stelle fest: Die Bundesregierung oder der Bundeskanzler, haben keine Verpflichtungen irgendwelcher Art eingegangen. Es ist auch das Eingehen solcher Verpflichtungen von niemand verlangt worden. Die Angelegenheit wird im Bundestag, falls eine dahingehende Anfrage von den Westalliierten an uns gestellt werden sollte, erörtert und entschieden werden, also in aller Öffentlichkeit. Der Bundestag ist die hierzu kom-

petente Körperschaft. Wenn eine Volksbefragung oder eine Auflösung des Bundestages und Neuwahlen verlangt worden sind, weil die Wahl dieses Bundestages nicht zur Entscheidung dieser Frage vorgenommen worden sei, so kann ich darauf nur antworten, daß alle diejenigen, die etwas derartiges sagen, offenbar das Grundgesetz, unsere Verfassung, nicht kennen. Das Grundgesetz kennt keine Volksbefragung. Das Grundgesetz kennt keine Auflösung des Bundestages, es sei denn, daß die Wahl eines Bundeskanzlers nicht zustande kommt. Der Bundestag kann sich auch nicht selbst auflösen. Der Bundestag ist vielmehr zuständig zur Entscheidung aller Fragen, die während seiner Wahlperiode entscheidungsreif werden.

Nun hat Herr Kirchenpräsident Niemöller schriftlich und mündlich die heftigen Angriffe gegen den Bundeskanzler gerichtet und behauptet, daß wir die Remilitarisierung Westdeutschlands mit allen Mitteln betrieben, daß Organisationsstäbe zur Aufstellung deutscher Einheiten innerhalb einer europäischen Armee seit 1. Oktober d. Js. tätig, daß Rüstungsaufträge an die deutsche Industrie erteilt seien. Er versteigt sich in diesen Briefen sogar zu der Behauptung, daß die Schaffung der Bundesrepublik Deutschland die Herablassung des Eisernen Vorhanges und die Schaffung eines ostdeutschen Staates verursacht haben. Er spricht von einem Volksbetrug, wenn der gegenwärtige Bundestag über diese Frage entscheide. In einer Rede vor einer großen Versammlung in Frankfurt hat er den Bundeskanzler und Grotewohl auf eine Stufe gestellt. Ich weiß, daß Herr Niemöller nicht die evangelische Kirche Deutschlands ist, ich weiß, daß er für keine evangelisch-kirchliche Stelle spricht, trotzdem kann ich nur meinem tiefen Bedauern und meiner Empörung Ausdruck geben, daß sich Herr Niemöller nicht gescheut hat, solche Behauptungen aufzustellen.

Ein Kernstück seiner Behauptungen war, daß ein früherer Generalleutnant Paul M. den Auftrag erhalten habe, Organisationsstäbe aufzustellen. Das war für ihn und seine näheren Freunde ein klarer Beweis für die von der deutschen Bundesregierung angeblich betriebene Remilitarisierung. Wie lächerlich dies Schreiben des Herrn Niemöller im Grunde genommen ist, ergibt sich daraus, daß dieser Generalleutnant Paul M. als Major in amerikanische Dienste getreten ist und im Auftrage der amerikanischen Besatzungsarmee deutsche Arbeitskompanien, die von Anfang an bei den Besatzungsarmeen tätig waren, reorganisiert. Das hat er seinem Freunde, dem General a. D. Beyer, dem Privatsekretär des Herrn Niemöller, in diesem Briefe, auf den man eine ganze Kompanie von Angriffen und Unwahrheiten aufgebaut hat, mitteilen wollen. Ein telefonischer Anruf des Privatsekretärs oder des Herrn Niemöller hätte genügt, restlos alles aufzuklären.

Ich kann nur sagen, daß Herr Pfarrer Niemöller in geradezu unverantwortlicher Weise sich gegen die Ehre und das Ansehen seiner Mitmenschen verstündigt und dem deutschen Volke im Inlande und im Auslande schwersten Schaden zufügt. Ich bin überzeugt davon, daß das Vorgehen des Herrn Pfarrer Niemöller in Frankreich Beachtung finden wird; bei der SED hat es größten Beifall ausgelöst. Ich habe während meiner Amtstätigkeit noch in keiner Sache so viele Zuschriften erhalten wie jetzt aus Anlaß des Auftretens des Herrn Niemöller. Fast ausschließlich bezeichnen sich die Verfasser der Zuschriften als evangelische Christen, alle rücken mit Empörung von Herrn Niemöller ab.

Wie ich schon sagte, wird sich die französische Nationalversammlung in der kommenden Woche mit der Frage einer europäischen Verteidigung

beschäftigen. In Äußerungen vereinzelter französischer Politiker sind aber bisher schon Auffassungen zutage getreten, die unrichtig und für uns Deutsche zum Teil verletzend sind. Solche Äußerungen sind leider nicht geeignet, die mir und der ganzen Bundesregierung und dem Bundestag so sehr am Herzen liegende Freundschaft mit dem französischen Volk weiter zu festigen und zu stärken. Das französische Volk darf davon überzeugt sein, daß wir Deutsche dem Zerwürfnis mit Frankreich für immer ein Ende machen wollen, daß wir deswegen mit aller Kraft an der Gestaltung und dem Zustandekommen des Schuman-Planies mitgearbeitet haben und weiter arbeiten werden. Äußerungen allerdings wie die, ein wiederbewaffnetes Deutschland sei eine größere Gefahr als Sowjetrußland, oder aber, man solle die Deutschen ihren Beitrag zur Verteidigung Westeuropas dadurch leisten lassen, daß man sie zu Arbeiten heranziehe, sind bedauerlich. Ich hoffe, daß die französische Nationalversammlung ebenso wie der Deutsche Bundestag sachlich, ruhig und verantwortungsbewußt erörtern werden, daß sie die Prüfung dieser schwerwiegenden Frage vornehmen nicht im Hinblick auf Vergangenes, sondern im Hinblick auf die Zukunft. Politische Führer dürfen sich nicht von Gefühlen, die aus der Vergangenheit herrühren, leiten lassen, sie müssen an die Zukunft denken.

Ehe ich diesen Teil meiner Ausführungen abschließen, lassen Sie mich noch einmal meiner tiefen Überzeugung Ausdruck geben, daß der einzige Weg, den Frieden zu sichern, der ist, den die Westalliierten und die Atlantikpaktstaaten jetzt einzuschlagen beschlos- en haben: nämli ch mit Sowjet-Rußland über die Herstellung eines dauernden Friedens zu verhandeln, nachdem sie sich mindestens ebenso stark gemacht haben wie Sowjet-Rußland ist. Ich bin weiter der Überzeugung, daß jedes defaitistische, fast könnte ich sagen, nihilistische Denken Sowjet-Rußland geradezu in die Hände arbeitet. Niemals kann ich anerkennen, daß es Gottes Wille sein soll, daß wir je unser Vaterland und Westeuropa der Herrschaft des antichristlichen Bolschewismus tatenlos überlassen sollen. Wenn ich recht untürrichtet bin, erfreut sich gerade bei den evangelischen Pfarrern, die zu Herrn Niemöller stehen, Professor Barth eines großen Ansehens. Nun, Professor Barth hat, als Hitler die Tschechoslowakei besetzte, den bewaffneten Widerstand gegen Hitler als eine absolute Notwendigkeit bezeichnet und begrüßt. Was damals von dem Widerstand gegen Hitler galt, das gilt erst recht von dem Widerstand gegen den Bolschewismus.

Es werden sowohl bei uns wie auch im Auslande Stimmen laut, die befürchten, daß die Stellung eines deutschen Kontingents in einer amerikanisch-europäischen Armee ein Wiederaufkommen militaristischen Denkens bei uns zur Folge haben werde. Darauf erwidere ich folgendes: Die Bundesregierung, der Bundestag und ich persönlich werden uns mit ganzer Kraft dafür einsetzen, daß das militaristische Denken, das seine schärfste Ausprägung in der nationalsozialistischen Zeit gefunden hat, unter keinen Umständen wiederkommt. Wir werden mit allen uns zur Verfügung stehenden gesetzlichen Mitteln gegen diejenigen Kräfte vorgehen, die eine solche Wiederbelebung vergangener Zeiten versuchen wollen. Meine Worte richten sich auch gegen Persönlichkeiten, die in der nationalsozialistischen Zeit schwere Verfehlungen gegen das deutsche Volk und Europa begangen haben. Auch wenn die Entnazifizierungsverfahren abgeschlossen werden und wenn wir frühere Nationalsozialisten, die ehrlich an dem Aufbau einer neuen Ordnung und eines neuen Deutschland sich beteiligen wollen, wieder zur Mitarbeit heranziehen

wollen, müssen wir uns mit umso größerer Entschlossenheit und Schärfe gegen diejenigen wenden, die den nationalsozialistischen Geist wieder neu zu beleben versuchen.

Von den Beschlüssen der New Yorker Außenministerkonferenz ist für die Stellung Deutschlands in der Welt besonders bedeutsam die völkerrechtliche Anerkennung der Bundesrepublik Deutschland als Vertreterin des gesamten deutschen Volkes. Wir haben uns schon bei der Schaffung des Grundgesetzes als die berufenen Vertreter auch derjenigen Deutschen betrachtet, die der Bundesrepublik Deutschland noch nicht angehören können. Wir werden das nun mit wenn möglich noch größerer Energie und Entschlossenheit tun. Die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands ist unser großes Ziel, das wir niemals aus dem Auge lassen und das wir — davon bin ich fest überzeugt — auch erreichen werden. Unseren deutschen Brüdern und Schwestern in der Ostzone rufe ich hier von Goslar aus zu: Harret aus und hofft auf uns! Wir werden wieder zusammenkommen. Nichts kann uns abhalten, dieses Ziel zu verfolgen. Wir kennen Eure Nöte, wir kennen Eure Gewissensnot bei der sogenannten Wahl am 15. Oktober. Wir und die ganze Welt verstehen den stummen Protest, den Ihr durch Euren Besuch der Kirchen am gleichen Tage erhoben habt.

Nach meiner Überzeugung haben wir allen Grund zu der Annahme, daß es keinen Krieg geben wird, wenn Sowjet-Rußland eine Macht gegenübergestellt wird, die ihm gewachsen ist. Sowjet-Rußland hat keine Veranlassung, seine Existenz in einem neuen Kriege aufs Spiel zu setzen. Aber wenn man ihm weitere Eroberungen leicht macht, wenn es die Möglichkeit sieht, diese Eroberungen ohne eigenes Risiko zu machen, dann allerdings besteht die große Gefahr, daß sich aus einem von Sowjet-Rußland zunächst als gefahrlos angesehenen Unternehmen ein neuer Weltkrieg entwickelt.

Ich habe eben den Schuman-Plan schon erwähnt. Ich betone nochmals, daß wir ihn bejahen und ihn wollen. Wir wollen ihn, wie alles, was zum Zusammenschluß Europas führt. Der Europa-Gedanke hat bei uns in Deutschland tiefe Wurzeln geschlagen. Wir werden unsere Jugend im Geiste der europäischen Gemeinschaft erziehen.

Meine Freunde, bei uns und im Auslande werden vielfach Untersuchungen darüber angestellt, welches die tiefste Ursache der Wirren und des Unglücks unsener Zeit ist. Es ist richtig, solche Untersuchungen anzustellen, weil man nur, wenn man die Ursache des Übels erkennt, wirklich Abhilfe schaffen kann. Mir scheint, daß letzten Endes das Schwanden des Rechtsgedankens eine der Hauptursachen ist. Die Grundlage des Gemeinschaftslebens im Staate und unter den Völkern muß wieder die Hochachtung und der Respekt vor den Rechten der Einzelpersonen und der Völker werden, vor Rechten, die nicht willkürlich geschaffen, sondern die tief im Naturrecht verankert sind. Wenn wir nicht den Staat wieder seiner Allmacht entkleiden, wenn wir uns nicht von der Vorstellung wieder freimachen, daß der Staat willkürlich Recht schaffen und Recht aufheben kann, wenn man nicht für den einzelnen Menschen wie für Völker Rechte anerkennt, die, weil im Naturrecht verankert, nicht geändert oder entzogen werden können, wird keine Ruhe, keine Ordnung, keine Sicherheit mehr auf Erden sein. Unsere christliche Überzeugung verpflichtet uns, diesen Gedanken des Rechts zu stärken und neu zu beleben.

Mit einem Dankeswort an den Kanzler schloß die Kundgebung.

Zweiter Tag: Samstag, 21. Oktober 1950

Oberkirchenrat M. Cillien eröffnet die Delegiertentagung und erteilt zunächst Bundeskanzler Dr. Adenauer das Wort zur

Verkündung des Statuts der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands,

wies es von den Vorsitzenden der Landesverbände am 20. Oktober 1950 beschlossen und unterzeichnet wurde.

Dr. Adenauer erklärte:

Gestern haben die Landesvorsitzenden der Landesparteien das Statut der CDU Deutschlands unterschrieben. Heute soll es hier verkündet werden, und Sie als die gewählten Delegierten aus allen Teilen Deutschlands sollen es bestätigen. Wir haben Wert darauf gelegt, daß die Gründung der CDU Deutschlands nicht nur als eine Vereinbarung der Landesparteien erscheint, sondern daß diese Vereinbarung durch Sie, meine Damen und Herren, genehmigt und vollzogen wird. Mit dem heutigen Tage, meine Freunde, geht ein Wunsch in Erfüllung, den wir seit Jahren gehabt haben. Vielerlei Umstände standen dem Zusammenschluß zu einer Partei im Wege. Es lag zum Teil begründet darin, daß wir eine ganz neue Partei waren, die nicht auf eine hergebrachte Organisation sich stützen konnte. Es lag dann an den Bestimmungen der Besatzungsmächte, die nicht wollten, daß Parteien entstünden, die über die Zonengrenzen hinausgingen. Alles das ist jetzt weggefallen, und wir können heute mit Stolz und mit Freude feststellen, daß nunmehr die Christlich-Demokratische Union Deutschlands ins Leben tritt. (Beifall)

Wenn die verschiedenen Landesparteien auch bisher schon enge Fühlung miteinander hatten — das galt besonders für die Landesparteien der britischen Zone —, so wird doch unsere Gesamtpartei ein ganz anderes Ansehen bekommen, als es vorher die Arbeitsgemeinschaft der verschiedenen Landesparteien besaß. Ich glaube, daß darum der heutige Tag in der Geschichte unserer Partei, unserer Bewegung, ein historischer Tag ist. Ich bin überzeugt, daß er auch auf die deutsche Entwicklung, auf die Entwicklung in Deutschland, von entscheidender Bedeutung sein wird.

Sie wissen, meine Freunde, daß das enge Verhältnis zur Christlich-Sozialen Union Bayerns weiter bestehen bleibt. Die besonderen Verhältnisse in Bayern haben es nicht für tunlich erscheinen lassen, daß die CSU in uns aufging. Aber diejenigen von Ihnen, die Mitglied der Bundestagsfraktion sind, wissen, daß zwischen der Christlich-Sozialen Union Bayerns und uns kein Unterschied besteht, höchstens gelegentlich ein Unterschied in der Ausdrucksweise und im Temperament. Aber wir sind eins auch mit unseren bayerischen Freunden, und so wollen wir am heutigen Tage das Gelöbnis ablegen, daß wir mit vereinten Kräften, bauend auf das Fundament der abendländisch-christlichen Kultur, arbeiten wollen für unser geliebtes Vaterland.

Ich darf noch einen Satz voll innerer Befriedigung hinzufügen: Insofern ist dieser Tag von historischer Bedeutung, als damit dokumentiert wird, daß in der Christlich-Demokratischen Union Gesamtdeutschlands die beiden christlichen Bekenntnisse Hand in Hand gehen und arbeiten für das Christentum und für unser Vaterland. (Stürmischer Beifall.)

Oberkirchenrat Cillien: Das Statut, wie es beschlossen und unterzeichnet wurde, einstimmig und einmütig, von den Vorsitzenden der

Landesverbände am 20. Oktober, ist gedruckt in Ihrer Hand. Nachdem Herr Dr. Adenauer diese Tatsache soeben der Delegierten-Versammlung bekanntgegeben hat, bitte ich, daß die stimmberechtigten Delegierten ausdrücklich ihre Zustimmung durch Erheben von ihren Sitzen kundtun. (Die Delegierten erheben sich.) Ich stelle fest, daß das mit großer Geschlossenheit und Einmütigkeit geschehen ist, und danke Ihnen (Beifall.)

Wahl des Präsidiums und der Kommissionen für den Parteitag

Auf Vorschlag des Landesverbandsvorsitzenden wird folgendes Präsidium einstimmig gewählt:

Als Präsident der Vorsitzende des Landesverbandes Niedersachsen, Cillien,

als Vizepräsidenten Oberpräsident a. D. Gronowski, Westfalen, Ernst Lemmer, Berlin,

Dr. Zimmer, Rheinland-Pfalz,

der Kreisvorsitzende von Goslar, Minister a. D. Dr. Fricke, und Frau Pfarrer Döll als Vertreterin der Frauen.

Wahl des Parteivorsitzenden und der Stellvertreter

Nach dem Statut ist vorgesehen, daß zu wählen sind ein Vorsitzender und zwei Stellvertreter. Die Landesvorsitzenden hatten folgende Vorschläge eingebracht: Vorsitzender Dr. Konrad Adenauer, Stellvertreter Dr. Friedrich Holzappel und Jakob Kaiser.

Weitere Vorschläge wurden nicht gemacht.

Auf Antrag aus der Versammlung berichtete Dr. Zimmer über die Verhandlungen der Landesvorsitzenden. Die Landesverbandsvorsitzenden haben sich, wie es der Bedeutung der Angelegenheit entspricht, in mehreren Sitzungen mit der Vorstandswahl eingehend befaßt. Bei dem Charakter unserer Partei als einer regionalen, von unten herauf gewachsenen und föderalistisch gegliederten Partei war es naturgemäß nicht einfach, einen Vorschlag zu unterbreiten, der ein Spiegelbild für den gesamtpolitischen Willen der Gesamt-CDU darstellen soll. Die Vorschläge, stehen in einem gewissen Zusammenhang mit den in Aussicht genommenen Damen und Herren für den Gesamtvorstand. Nach den Statuten werden nur der Vorsitzende und seine Stellvertreter von den Delegierten gewählt, während die übrigen Mitglieder des Vorstandes von dem Parteiausschuß, der ein recht großes demokratisches Organ der Partei ist, gewählt werden.

Die Landesverbandsvorsitzenden glauben, daß der vorliegende Vorschlag dem Gesamtwillen der Partei insofern entspricht, als die wichtigsten politischen Beziehungen innerhalb unserer Partei zum Ausdruck kommen. Die Landesverbandsvorsitzenden glaubten, daß in den drei vorgeschlagenen Persönlichkeiten wirklich die Exponenten gefunden sind, die man als die oberste Spitze der Gesamt-CDU den Delegierten mit gutem Gewissen vorschlagen dürfte.

Ernst Bach ergänzte die Ausführungen Dr. Zimmers dahin, daß für Süddeutschland eine der wichtigsten Stellen vorgesehen sei. Abg. Kiesinger solle im Parteiausschuß zum geschäftsführenden Vorstandsmitglied der CDU Deutschlands vorgeschlagen werden. Damit sei auch Süddeutschland vertreten.

Die Wahl Dr. Adenauers

Es wurden im ganzen abgegeben:

335 Stimmen,
Dr. Adenauer 302 Stimmen,
Arnold 2,
Dr. Holzapfel 1,
Jakob Kaiser 1,
Stimmenthaltung 22,
nein 4,
ungültig 3,
Gesamt: 335.

Damit ist Dr. Adenauer zum Vorsitzenden der CDU Deutschlands gewählt worden.

Die Wahl wurde mit stürmischem, anhaltendem Beifall und Ovationen für den Bundeskanzler begrüßt.

Während der Auszählung der Stimmen für die Stellvertreter des Vorsitzenden wurde folgende **Redaktionskommission** gewählt:

Dr. von Brentano,
Ernst Bach,
Dr. Strickrodt,
Dr. Süsterhenn,
Dr. Bock,
Dr. Tillmanns und
Frau Maxsein.

Die Wahl der Stellvertreter:

Die Wahl der beiden Stellvertreter, über die getrennt abgestimmt wurde, hatte folgendes Ergebnis:

1. Wahlgang

Dr. Holzapfel	297 Stimmen
Kaiser	11 ..
Helene Weber	1 ..
Simpfendorfer	7 ..
Kather	3 ..
Lemmer	1 ..
Ungültig	4 ..
Enthaltungen	18 ..
	zusammen: 342 Stimmen

2. Wahlgang

Jakob Kaiser	304 Stimmen
Lemmer	3 ..
Dr. Zimmer	4 ..
Dr. Holzapfel	4 ..
Zersplittert	8 ..
Enthalten	4 ..
Ungültig	9 ..
	zusammen: 336 Stimmen

Als Vertreter der CSU Bayerns sprach Siegmund M a y r :

Ich bin gekommen, um vor Ihnen ein lautes Bekenntnis dafür abzugeben, wie sehr die CSU Bayerns sich mit der CDU verbunden fühlt. (Stürmischer Beifall) Längst hat es sich in der Zusammenarbeit in der Bundesregierung, im Bundestag und im Bundesrat gezeigt, daß der durch die Namensnennung gezogene Strich zwischen CDU und CSU kein Tren-

nungsstrich ist. Wir haben die gleichen Grundsätze und gleichen Aufgaben zu erfüllen. Wir alle erstreben gemeinsam das Ziel: Einigkeit und Recht und Freiheit für unser liebes deutsches Vaterland. (Beifall) Es ist mir eine besondere Ehre, Ihnen, hochverehrter Herr Bundeskanzler, die Grüße unseres Landesvorsitzenden, Dr. Hans Ehard, der gegenwärtig in Rom anlässlich eines Staatsbesuches weilt, zu übermitteln. Meine bayrischen Freunde haben mich beauftragt, den Arbeiten der Delegierten des 1. Bundesparteitages einen guten Erfolg zu wünschen.

Als Erster Redner der Arbeitstagung sprach

Professor Dr. Hans Erich Stier, MdL, Münster
über das Thema

Der geschichtliche Auftrag der CDU

Goslar, die herrliche alte Stadt, die uns durch ein gütiges Geschick als lebendiger Zeuge einer großen abendländischen Vergangenheit bewahrt geblieben ist und die jetzt zur Stätte des ersten Parteitages der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands erwählt wurde, ist vom Haüche der Weltgeschichte durchweht. Als Lieblingsitz des wohl bedeutendsten unserer mittelalterlichen Kaiser, Heinrichs III. aus dem Geschlecht der Salier, war es eine Zeitlang ein Mittelpunkt der Christenheit, über deren Ordnung der tiefgläubige Herrscher mit starker Hand wachte. Kaum ein halbes Jahrhundert zuvor, um das Jahr 1000, war diese Christenheit von der Erwartung des bevorstehenden Weltendes bis in ihr Innerstes erschüttert worden. Wir können es kaum fassen, wenn wir hören, daß diese Erschütterung nicht zu Resignation und Tatenlosigkeit geführt hat, sondern die Herzen zur Errichtung der gewaltigen steinernen romanischen und gotischen Dome entflammen half. Auch wir leben seit geraumer Zeit in Weltuntergangsstimmungen. Noch ist die Erschütterung lebendig, die die Erschließung der Atomkraft mit sich brachte. Menschlichem Wahnwitz scheint das Schicksal des Menschengeschlechts, ja unseres Planeten ausgeliefert zu sein. Das Ergebnis ist beschämend. Restlose Entmutigung, Angstpsychosen aller Art und als ihr Korrelat elende Genußsucht haben weite Kreise gerade unseres Volkes befallen, das einst, als für viele nicht wie heute der Untergang nur eine Möglichkeit, sondern sichere Erwartung war, gleichsam nicht mit leeren Händen vor dem Throne des Weltenrichters erscheinen wollte. Wie erbärmlich groß war die Zahl von Rückversicherern, als mit dem kommunistischen Ueberfall auf Südkorea die ganze Größe der Gefahr im Osten schlagartig sichtbar wurde! Als die monumentale Kaiserpfalz gebaut wurde, lag die Grenze des Abendlandes immerhin schon an der Elbe, wo das Erzbistum Magdeburg einen vorgeschobenen Posten christlicher Kultur bildete. Heute reicht umgekehrt die Machtphäre des Ostens bis fast vor die Tore Goslars und mit ihr die Verneinung aller Werte, die uns Menschen des europäischen Kulturkreises das Leben überhaupt lebenswert machen. Schon der Nationalsozialismus erschien wie ein Einbruch des

asiatischen Despotismus in die auf Freiheit gegründete und von der Freiheit lebende abendländische Welt. Jetzt hat die abschreckende Wahlkomödie vom 15. Oktober gezeigt, daß selbst der nazistische Terror überboten werden kann. „Von Euren Wahlmethoden hätte Hitler selbst noch lernen können!“ heißt es im Haager Manifest der Vertreter des ehemaligen europäischen Widerstandes, und die Opfer sind unsere deutschen Brüder und Schwestern, die auf unsere Hilfe Anspruch haben und deren Leid uns quält als sei es das unsrige. So sieht das neue Jahrtausend deutscher Geschichte aus, das Hitler bei seinem Ueberfall auf Holland und Belgien frevlerisch verkündete!

Wenn wir uns unter solchen Auspizien hier versammelt haben, kann es nicht darum gehen, so etwas wie eine triumphale Heerschau abzuhalten. Verantwortungsbewußte Parteifreunde erwarten — mit Recht — eher eine eindringliche Selbstkritik von uns. Wir haben dabei durchaus ein Anrecht auf ein gewisses Gefühl stolzer Befriedigung. Lassen Sie mich dafür nur eine ausländische Stimme zitieren, den weltbekannten Genfer Volkswirtschaftler Prof. Wilhelm Röpke, der kürzlich schrieb: „Es ist nur gerecht, einen Umstand hervorzuheben, der dem deutschen Volk und der deutschen Regierung nur zur Ehre gereicht, aber von einzelnen Stimmen abgesehen, noch immer nicht die verdiente Anerkennung findet. Es ist der Umstand, daß ein verelendetes, in seiner nationalen Existenz fast ausgelöschtes, demoralisiertes, proletarisirtes und der Orientierung beraubtes Volk wie das deutsche nach 1945 am allerwenigsten eine Politik des Maßes und der Mitte hätte erwarten lassen. Es wäre nicht unbegreiflich gewesen, wenn ein Volk in dieser Lage zu verzweifeln und unüberlegten Radikalmaßnahmen der Wirtschafts- und Sozialpolitik seine Zuflucht genommen hätte. Um so bemerkenswerter ist, daß es gerade die deutsche Bundesregierung gewesen ist, die, gestützt auf ein demokratisches Mandat und auf eine breite Grundstimmung des deutschen Volkes, den Weg der Freiheit der Geduld und des stetigen Voranschreitens auf gesicherter Bahn gewählt und damit ein in der ganzen Welt beachtetes Beispiel gegeben hat.“ Und unsere Wähler haben dieser Bonner Politik der CDU/CSU aus voller Ueberzeugung die Mehrheit ihrer Stimmen gegeben; ich erinnere nur an die letzte Wahl zum Landtag in Nordrhein-Westfalen. Aber wir wissen um die Notwendigkeit einer immer wiederholten Selbsteinkehr. Das unterscheidet uns von anderen Parteien und möge uns immer von ihnen unterscheiden, daß wir unsere Partei nicht verherrlichen und dann die Kritik von außen her hören müssen, sondern daß wir unsere Kritik selber liefern. Noch immer ist das ein Zeichen wirklicher Stärke und Lebenskraft gewesen. Aber Kritik darf nicht in bloße Besserwisserei entarten. Sie muß zu einer verantwortungsbewußten Erörterung Anlaß geben, wie und auf welchem Wege eine Besserung zu erzielen ist. „Nicht mein, sondern Dein Wille geschehe!“ — Dieses Herrenwort muß über dem Wollen einer Partei stehen, die die Verantwortung auf sich nimmt, sich christlich zu nennen. Ich fasse die ehrenvolle Einladung, in Ihrem Kreise über den geschichtlichen Auftrag der CDU zu sprechen, so auf, daß ich Ihnen in der kurzen Zeit, die für einen Vortrag zur Verfügung steht, einige persönliche Gedanken vorlege, die wenig mehr beanspruchen als eine brauchbare Grundlage für eine möglichst lebendige Aussprache zu bieten, und würde mich glücklich schätzen, wenn ich für diese Gedanken, die ja keine offizielle Parteistellungnahme bedeuten, auf Ihr Wohlwollen und Ihre Nachsicht rechnen dürfte.

I.

In der Septembernummer der Frankfurter Hefte 1950 schrieb kürzlich Walter Dirks (S. 947): „In den Konzentrationslagern und in der Hinterstube der inneren Emigration waren Schwüre geschworen worden. Die ersten, die sie brachen, waren die Kommunisten. Bei ihrem Auftreten im Frühjahr 1945 merkte man: Sie hatten ihre Linie, sie gaben sie nicht preis, sie diskutierten nur scheinbar, sie verhielten sich vom ersten Augenblick an taktisch, die anderen waren für sie nicht Partner, sondern Objekte.“ Das hat sich, wie allbekannt, dahin gesteigert, daß der Kommunismus schließlich nicht mehr auf die Kraft seiner Idee seine Hoffnungen gründete, sondern nur noch auf die Macht der russischen Waffen. Den Höhepunkt seiner Gefährlichkeit hat er damit überschritten, denn er stellt sich in Gegensatz zu der durch zahlreiche Erfahrungen immer wieder bestätigten Einsicht, daß es eben nicht die Gewalt der Waffen ist, die die Siege erkämpft, sondern die moralische Kraft. Man denke an das Beispiel Englands nach Dünkirchen! Aber diese Feststellung darf nicht dazu führen, die kommunistische Gefahr zu unterschätzen. Man sollte nie vergessen, daß sie nicht in Rußland ihren Ursprung hat, sondern in Europa. Es könnte ihr gehen wie dem Riesen Antäus in der Sage, der durch die Berührung mit dem mütterlichen Boden immer neue Kräfte gewann. Was in Rußland und seinen Satellitenstaaten heute besteht, ist eigentlich alles andere als Kommunismus. Es ist ein allrussischer Nationalismus, der die Tradition des Zarismus mit wesentlich größerer Macht und Konsequenz wieder aufgenommen hat und darüber in Konflikt mit jenen anderen nationalkommunistischen Tendenzen geriet, die man mit dem Namen Titoismus zu bezeichnen sich gewöhnt hat. Die Sowjets können sich aber auf eine treu ergebene Gefolgschaft vor allem in Westeuropa stützen. Sie arbeiten in Ostdeutschland mit der Parole der „Nationalen Front“, und es wäre verfrüht, anzunehmen, daß nationalistische Parolen auch bei uns heute bereits alle Wirksamkeit eingebüßt hätten. Kurz gesagt, es bedarf der Errichtung eines Dammes gegen die bedrohliche Flut, eines Dammes nicht nur von Polizeikräften, sondern auch von geistigen Energien.

Solche geistigen Energien können nur aus der Gegenposition zur kommunistischen „Auffassung“ erwachsen. Der Nichtachtung des Einzelnen, die zu allen Zeiten die Kulturgeschichte Asiens so scharf und grundsätzlich von der abendländischen unterschieden hat, muß eine Daseinsform entgegengestellt werden, für die der Mensch, die Freiheit der Persönlichkeit, der unersetzliche Wert jedes Individuums im Mittelpunkt alles Denkens und Trachtens in Politik und Kultur steht. Es ist das große, unverlierbare Erbe, das in der griechisch-römischen Antike gesammelt und vom Christentum in unsere Breiten gebracht worden ist. Seine politische Form ist die Demokratie, die man sehr treffend als „Staatsform der Menschlichkeit“ bezeichnet hat. Sie ist nicht die Herrschaft eines Volksteils über den anderen, weder der „Reichen“ über die „Armen“ noch (wie man sie nicht nur in der Ostzone mißversteht) der „Armen“ über die „Reichen“. Sie ist Herrschaft des Rechtes, und dieses Recht findet seinen Niederschlag in Gesetzen, vor denen alle Staatsbürger gleich sind. Wie alle Staatsformen beruht auch sie auf einem Mythos: daß bei Abstimmungen 51 mehr recht haben als 49. Wer diese Spielregel — denn mehr ist sie doch im Grunde nicht — mißachtet, verläßt den Boden der Demokratie. Man hat diese Staatsform scherzhaft mit einem Floß verglichen, auf dem man sich unweigerlich nasse Füße

holt. Aber während die trefflich durchkonstruierten Schnelldampfer der autoritären Staaten bei einem Aufprall auf Klippen und Hindernisse fast mit Mann und Maus versinken, kann das Floß nicht untergehen, sondern erhält sich immer schwimmend. Voraussetzung ist freilich, daß es aus kernigen Stämmen und nicht aus morschen Hölzern zusammengefügt ist. Während Diktatur und Tyrannei sich bewußt auf Lüge und Tyrannei stützen, beruht die echte Demokratie, was lange nicht genug betont wird, auf Wahrheit und Vernunft. Sie sucht geradezu die Diskussion, um mit ihrer Hilfe den richtigen Sachverhalt herauszufinden. Sie ist lernbereit. Die Diktatur dagegen sucht lediglich Gründe zusammen, die ihren an sich schon unverrückbar feststehenden Willen plausibel machen sollen, und nimmt daher ungeniert bald diese bald jene Argumente auf, um sie sofort fallen zu lassen, wenn sie sich als unzweckmäßig herausstellen.

Vielleicht wird bereits in Ihrem Geiste sich die Frage erhoben haben, ob diese Demokratie, zu der unsere Partei sich rückhaltlos bekennt, noch bei der anderen großen politischen Gruppe in unserem Volke, der Sozialdemokratie, in so guter Hut ist, daß ihre Seele gegen diktatorische Umbiegungen und Infiltrationen gesichert erscheint. Die Frage ist berechtigt, weil die SPD seit langem in offenem Kampfe mit KPD und SED steht und sich darauf sehr viel zugute hält. Es ist wahrhaftig alles andere als erfreulich, auf jene Frage heute mit einem Nein antworten zu müssen. Das haben die Ereignisse in Belgien, die sich an die Rückkehr des Königs anschlossen, vor aller Welt dar getan. „Wie ist es möglich, daß ein Mann wie Spaak eine so totalitäre Politik proklamiert?“ fragte damals Richard Tüngel in der „Zeit“. Und er schloß mit dem Satze: „Spaak hat gesiegt, aber er hat den Ehrentitel eines großen Demokraten und Ersten Europäers verloren.“ Selbst überzeugte Freunde der SPD in unseren Reihen geben zu, daß diese Partei heute nicht mehr unbedingt als demokratisch anzusprechen ist. Sie hat schon mit ihrer zur Obstruktion entarteten Opposition in Bonn schwere Bedenken über Deutschlands Grenzen hinaus wachgerufen, so in der Schweiz, wo man über „des Kanzlers Abkanzler“ den Kopf schüttelte. Sie hat, statt den Deutschen Gewerkschaftsbund zu parteipolitischer Neutralität zu veranlassen, ihm bei bedenklich totalitär anmutenden Machtbestrebungen bereitwilligst zur Seite gestanden. Sie bekennt sich nach wie vor zur Planwirtschaft, und wenn sie behauptet, daß bei ihrer Auffassung von Sozialisierung im wirtschaftlichen Leben ein bedeutender Sektor für Privatkapital, Privateigentum und Privatinitiative erhalten bleibe, so ist auch dieser Sektor in ihrem System zentralistischen Kontrollen unterworfen. Ein solches System zentralistischer Planung und Lenkung ist mit den existentiellen Freiheiten des Menschen unvereinbar. Wiederum droht der Staat zum völligen Beherrscher der Wirtschaft und damit des Menschen zu werden. Sozialismus und sozialistische Planwirtschaft sind ihrem ganzen Wesen nach das gerade Gegenteil von wirtschaftlicher Selbstverwaltung, in der allein sich die soziale Demokratie verwirklichen kann. Und der Arbeiter ist es vor allem, der für diesen Irrtum bezahlen muß, da das System notwendig auch die Arbeit planen, steuern und kontrollieren muß. Die soziale Ordnungsfunktion des Privateigentums, die Freiheiten des Individuums und der freien Gesellschaft gegenüber Fehlentwicklungen im Staatsleben und gegenüber dem Mißbrauch der Staatsgewalt zu sichern, verkennt man auf sozialistischer Seite anscheinend völlig. An die Stelle einer Verteilung und gegenseitigen Kontrolle der Gewalten, die ein Grundprinzip der modernen Demokratie dar-

stellen, droht eine Hyperkonzentration der Macht des Staates zu treten. Es ist unmöglich, zu glauben, daß diese autoritären Züge sich auf den wirtschaftlichen Sektor beschränken ließen und auf anderen dafür die Freiheit um so besser blühe und gedeihe. Röpkes Feststellung über die „Tragödie des Sozialismus“, daß dieser „nicht anders als freiheitsverneinend im weitesten Sinne des Wortes“ sein könne, daß er das Werk der Emanzipation krönen wolle und doch nicht anders könne als die schärfste Unterwerfung des Individuums bringen, daß Sozialismus und eine durch und durch unfreiheitliche Staatsform einander zugeordnet sind, ist bisher unwiderlegt geblieben. Und er hat Recht, wenn er sagt, es sei eine kaum entschuldbare Naivität, zu glauben, daß ein Staat im Bereich der Wirtschaft total sein könne ohne es zugleich im politischen und geistigen Bereich zu sein, und umgekehrt. Schon sieht man deutlich als Ergebnis des sozialistischen Programmes die „geplante“ Gesellschaftsordnung anstelle der organisch gegliederten. Was von Seiten der SPD als Befreiung des Menschen proklamiert wird, hat großenteils einen fatalen Beigeschmack. Man will Ehe und Familie nicht mehr als die einzigen Grundlagen menschlichen Gemeinschaftslebens anerkennen, sondern spricht von neuartigen Formen, die diese alten und überholten bereits abgelöst hätten. Man ist teilweise so weit gegangen, jene „alten“ Formen für die Katastrophe mitverantwortlich zu machen, die der Hitlerismus über unser Volk und die Menschheit gebracht hat. Man setzt sich für die Aufhebung des § 218 StGB ein, man erwägt in sozialistischen Kreisen die Aufhebung des § 175 — und alles im Namen einer falsch verstandenen menschlichen Freiheit, die übersieht, daß Freiheit ohne echte innere Bindung gar nicht möglich ist. Die SPD hat sich besonders wenig widerstandsfähig gezeigt gegenüber der Korruption im öffentlichen Leben. In die großen Korruptionsaffären, die uns in Nordrhein-Westfalen seit geraumer Zeit in Atem halten, sind weitaus überwiegend Angehörige der SPD verwickelt. Man hat dort offenbar das Parteibuch für wichtiger gehalten als die moralische Integrität, ein Verfahren, das ehemals die Nazis zum Prinzip erhoben hatten. Dazu paßt die rücksichtslose Personalpolitik, die auf eine Eroberung der vollen Macht im Staate hinsteuert. Zu was für Folgewirkungen sie führen kann, hat das belgische Beispiel gezeigt.

Freiheit und Menschlichkeit können nur in einer lebendigen Kultur gedeihen. Schon immer ist aufgefallen, wie geringfügig die Rolle ist, die die Kulturpolitik bei der SPD spielt. Sie geht darauf zurück, daß man die abendländisch-christliche Kultur als etwas Fremdartiges empfindet. Man wittert in ihr Vorrechte von geistig Privilegierten. Man beargwöhnt das humanistische Gymnasium als Brutstätte eines Bildungshochmutes. Man untergräbt die Voraussetzungen für geistige Leistungen durch Einführung einer sechsjährigen Grundschule, in der die begabten Kinder genötigt sind, sich schließlich zu langweilen und zu verbummeln. Auch die Stellung zum Christentum ist im großen und ganzen zweideutig. Neben dem Kreise „religiöser Sozialisten“ steht die Menge der Dissidenten. Auskünfte über die Religionszugehörigkeit sozialistischer Abgeordneter werden verweigert. Und die Partei denkt gar nicht daran, sich fundamentale Forderungen der christlichen Gruppen zu eigen zu machen, wenn sie in ihr politisches Programm nicht passen. Mich persönlich als evangelischen Christen stößt an der SPD vor allem ab, daß diese Partei sich am schärfsten von allen antikatholisch gebärdet. Die Redensarten des Vorsitzenden der SPD von der katholischen Kirche als der fünften Besat-

zungsmacht und den Evangelischen in der CDU als den „Flugblattverteilern einer fremden Konfession“ kann ich so leicht nicht vergessen. Und immer wieder erklingen Töne dieser Art, so kürzlich in Bayern über Dr. Hundhammers angebliche „zweite Gegenreformation“. Wir Evangelischen wissen, oder sollten es doch wissen, daß überall dort, wo man unsere katholische Mitchristenheit angreift, der Angriff auf die evangelische Kirche unmittelbar folgen wird. Das ist seit den Tagen des Kulturkampfes so gewesen und wird auch so bleiben. Ich weiß, daß man hier und da in sozialistischen Kreisen „Rom“ für eine größere Gefahr hält als „Moskau“. Und ich kann nur sagen, daß ich angesichts solcher Weltfremdheit niemals die Verantwortung übernehmen könnte, einer so gestimmten Partei die Fürsorge für unser deutsches Volk gerade in der gegenwärtigen Weltsituation anzuvertrauen. Dabei interessiert der mehr oder weniger gute Wille von sozialistischen Politikern, für eine richtige Auffassung der Dinge sich einzusetzen, weniger als die geheime innere Zwangsläufigkeit, die zu den extremen Auffassungen immer wieder führte und noch führt. Sie ist es, die in den Enzykliden der Päpste, vor allem in Pius' XI. „Quadragesimo anno“ (113 ff.) vollkommen zutreffend erkannt und charakterisiert worden ist: „Nach christlicher Auffassung ist der Mensch mit seiner gesellschaftlichen Anlage von Gott geschaffen, um in der Gesellschaft und in Unterordnung unter die gottgesetzte gesellschaftliche Autorität sich zur ganzen Fülle und zum ganzen Reichtum dessen, was Gott an Anlagen in ihn hineingelegt hat, zur Ehre Gottes zu entfalten und durch treue Erfüllung seines irdischen Lebensberufes sein zeitliches und zugleich sein ewiges Glück zu wirken. Von all dem weiß der Sozialismus nichts; vollkommen unbekannt und gleichgültig ist ihm die erhabene Bestimmung sowohl des Menschen als der Gesellschaft; er sieht in der Gesellschaft lediglich eine Nutzveranstellung.“ Wir sind weit davon entfernt, dem Sozialismus das Recht zu einer solchen Auffassung zu bestreiten. Wir leugnen „keineswegs einen möglichen und wertvollen Beitrag des Sozialismus in der sozialen Diskussion. Er trifft sich mit der christlichen Lehre in der Kritik unsozialer Zustände... Es mag als das Verdienst des Sozialismus gelten, die besondere moderne Problematik der sozialen Frage schonungslos ausgesprochen zu haben“, erkennt einer unserer hervorragendsten Vorkämpfer für die Soziale Marktwirtschaft, Prof. A. Müller-Armack, unumwunden an. Aber er erklärt mit Recht, daß man vom christlichen Standpunkte in jener Kritik nie so weit gehen könne, um gegeneinander kämpfende Klassen als letzte Realitäten der menschlichen Gesellschaft anzuerkennen.

Sehe ich recht, so beruht die mangelnde Fähigkeit, die wahre Situation des heutigen Menschen und seine wirklichen Bedürfnisse klar zu erkennen, bei der SPD darin, daß sie sich mit Stolz eine revolutionäre Partei nennt und es sein will. Sie glaubt an die Revolution — noch immer. Genau dasselbe tut der Osten auch, aber mit wesentlich größerer Eindeutigkeit und Konsequenz.

Längst ist aufgefallen, wie unsicher die geistige Position des Sozialismus geworden ist. Die Schwierigkeit einer überzeugenden Abgrenzung gegen den Kommunismus, der sich als konsequenteren Marxismus geben kann, macht sich peinlich bemerkbar. Wie soll sie gelingen, wenn man sich selber vom Marxismus nicht lösen will? Dabei ist es erschütternd zu beobachten, welche Rolle seit dem 19. Jahrhundert einzelne Bücher, seien es Marx' „Kapital“ oder die Schriften des englischen National-

ökonomischen Keynes oder andere Werke, auf die Gemüter gerade der Kreise ausüben, die so gern über das Vertrauen des Christen zu seiner Bibel lächeln. Und doch liegt ein Unterschied klar zutage: Während die Bibel zeitüberlegenen Charakter trägt, sind jene Bücher, unbeschadet ihrer Verdienste, Schöpfungen der Zeit, in der sie entstanden, und an diese in ihrem Inhalt gebunden. In der Tat sind seit einiger Zeit einsichtige Sozialisten an der Arbeit, den Marxismus den neuen wissenschaftlichen Einsichten in Oekonomie, Anthropologie und Philosophie anzupassen. Ob und wie das gelingen kann, mag mit Recht zweifelhaft erscheinen. Uns interessiert dieses Vorhaben als Symptom für die innere Lage des Sozialismus. Welche Paradoxie, fortschrittlich-revolutionär sein zu wollen und dabei ständig zurückschauen zu müssen! Und darin offenbart sich die Problematik des Wortes Revolution, das zu den Lieblingsworten des vorigen Jahrhunderts gehörte und jetzt noch künstlich am Leben erhalten wird. Man hat über dem revolutionären Phrasenschwall so ziemlich vergessen, daß Christentum und Revolution von Anfang an Gegensätze gewesen sind. Das Christentum ist zwar die Revolution unter den Weltreligionen und hat das Angesicht der antiken und der abendländischen Welt auf die Dauer völlig umgewandelt, revolutioniert. Aber diese Umwandlung, die still und allmählich vor sich ging und auf wirkliche Erfolge sah, war im Grunde eine Evolution, eine Entwicklung. Sie unterscheidet sich von den menschlichen Revolutionen schon darin grundlegend, daß diese ohne eigentlichen, dauerhaften Erfolg geblieben sind. Ihnen waren revolutionärer Aufwand, revolutionäres Pathos, revolutionäre Scheußlichkeiten immer wichtiger als eine wirkliche Hilfeleistung für die leidende Menschheit. Man hat längst darauf hingewiesen, welche Kluft sich auftut zwischen dem Selbstbewußtsein einer vorwärtsdrängenden Klasse, die sich als die „bessere“ an die Stelle einer „entarteten“ setzt, und der demütigen christlichen Haltung: „Gott sei mir Sünder gnädig!“. Schon daran sind alle Versuche gescheitert, den Aufstieg des Christentums im Römerreiche als eine soziale Revolution zu begreifen. Und in der Folgezeit sind es, so weit ich sehe, immer die „Rotten- und Schwarmgeister“ gewesen, die die Fahne der Revolution erhoben: 1525, wo Luther sich von ihnen distanzieren mußte, 1789, wo es schon offen gegen Christentum und Kirche ging, 1917, 1918, 1933! Auch die Revolutionen von 1830 und 1848 können nicht als christliche bezeichnet werden, und die englische der Cromwellzeit nur mit größten Einschränkungen. Gott sei gedankt, daß es 1945 bei uns nicht zu einer Revolution gekommen ist; daß sich eine solche Revolution durchaus nicht in christlichen Bahnen abgespielt haben würde, können wir heute, wo uns die Ergebnisse der Entnazifizierung vorliegen, wohl mit Sicherheit sagen. In Rußland und den kommunistischen Ländern existiert die Revolution sozusagen in Permanenz und verschlingt von Zeit zu Zeit wie Saturn ihre eigenen Kinder. Aber wenn man sie betrachtet, geht es in ihr nicht zu wie nach dem bekannten französischen Spruche: „Plus ça change, plus c'est la même chose?“ Es ist eine vielsagende Feststellung, daß die Revolutionen sich häuften, seitdem die Vormachtstellung des Christentums im geistigen und gesellschaftlichen Bereich erschüttert worden ist. „Bin ich der Menschheit Odem nicht, die rastlos nach Befreiung lechzt?“ sang Ferd. Freiligrath 1851 in seinem großen Nachruf auf den für uns Deutsche unstreitig edelsten jener gewaltigen revolutionären Ausbrüche, die Revolution der Paulskirche von 1848. Nirgendwo lechzt heute die Menschheit mehr nach Befreiung als dort, wo der „revolutionäre“ Kommunismus sie unterjocht. Das sehen die Sozialisten auch. Aber wie

wollen sie dieser Revolution begegnen? Wissen sie nichts Besseres als den Teufel mit Beelzebub auszutreiben? Glauben sie mit Fraktionszwang der Freiheit zu dienen? Glauben sie, daß ihnen bei Verwirklichung ihrer noch immer stark marxistisch gefärbten politischen und wirtschaftlichen Ziele das Schicksal erspart bleiben würde, das im Osten eingetreten ist, wo mit Hilfe des Marxismus nur erreicht worden ist, daß man zu dem Zustande zurückkehrte, den die Revolution überwinden wollte: zu langer Arbeitszeit und niedrigen Löhnen, Stachanow- und Hennekesystemen und Unfreiheit auf allen Gebieten?

Ich habe diese Dinge hier eingehender dargelegt, um mich damit an diejenigen unserer Parteifreunde zu wenden, die meinen, wir sollten (mit Bismark zu reden) unsere schmucke Fregatte mit dem wurmstichigen alten Orlogschiff koppeln, das die SPD z. Zt. darstellt. Haben sie übersehen, daß die ganze sozialistische Ideenwelt weitesten Kreisen des In- und Auslandes wie etwas Ueberholtes erscheint? Daß sie vor allem nicht mehr das Ohr der jungen Generation hat? Aus Australien wird berichtet, bei den letzten Parlamentswahlen sei die jüngere Wählerschaft so allgemein gegen den Sozialismus gewesen, daß die Labour Party, die früher eine große Anziehungskraft auf die Jugend ausgeübt hatte, nicht einmal eine eigene Jugendorganisation zusammenbringen konnte, die ihren Wahlkampf unterstützt hätte (Stanley High in „Das Beste aus Reader's Digest“, Okt. 1950 St. 26). Und nicht anders geht es mit der Frauenwelt. Es genügt doch nicht, gegenüber diesen Tatsachen das zu einem wahren Popanz übersteigerte Schreckgespenst einer nationalistischen Reaktion in Deutschland aufzurufen. In der Demokratie bestimmt die Mehrheit. Man sehe sich die zahlenmäßige Geringfügigkeit dieser Gruppen an; hält man sie im Ernst für gefährlich oder will man nur mit ihnen bluffen? Das wäre eines aufrechten, sich an die Wahrheit gebunden wissenden Demokraten unwürdig. Die FDP mag vor den letzten Wahlen überschwellige Hoffnungen gehabt haben; sie haben sich nicht erfüllt. In Nordrhein-Westfalen war sie bereit, den Führungsanspruch der CDU in der neu zu bildenden Regierung anzuerkennen, die SPD war es nicht.

Die FDP unterschrieb die ihr von der CDU vorgelegten Forderungen hinsichtlich des neuen Schulgesetzes. Sie tritt ein für Kostensenkung und Verwaltungsreform mit dem Ziele äußerster Sparsamkeit. Die SPD sträubt sich gegen diese Reform. Maßlos übertreibende Berichte über ein angebliches Anwachsen des deutschen Nationalismus, wie sie jetzt wieder der englisch geschriebene, einer „besseren internationalen Verständigung dienen“ wollende Information Letter einer sonst hochstehenden Zeitschrift wie der „Frankfurter Hefte“ (Nr. 7/8) gebracht hat, sind rasch auf das rechte Maß zurückgeführt worden. Da die Einstellung jener Zeitschrift zur Bonner Politik bekannt ist, sehe ich in solchen Berichten einstweilen nur Stimmungsmache gegen diese Politik — zum Schaden einer internationalen Verständigung, die ja nur auf Ehrlichkeit und Zuverlässigkeit aufgebaut sein kann. Ich beklage es von ganzem Herzen, daß man bisher so wenig unternommen hat, der Lüge in unserem öffentlichen Leben, sei sie nun absichtlich oder sei sie nur fahrlässig, entgegenzutreten. Sie ist der größte Feind der Demokratie, weil sie das gefügige Werkzeug der Autokratie und Diktatur ist. Im übrigen sollte für alle Beteiligten feststehen, daß die Demokratie um ihren Bestand nicht zu bangen braucht, solange nicht die Demokraten ihre eigenen Grundsätze preisgeben. Erst als der Weimarer Vielparteienstaat zur Karikatur

eines geordneten Staatswesens geworden war, gewannen die nationalistischen und reaktionären Gruppen wirklich Boden in der Öffentlichkeit. Das mindert die Schuld dieser Gruppen nicht, aber es ist zugleich eine fühlbare Mahnung an alle diejenigen, die wohl den Splitter im Auge des anderen wahrnehmen, nicht aber den Balken im eigenen Auge. — „Daß wir Sie nicht lieben, steht außerhalb jeder Diskussion“ rief kürzlich der Führer der sozialdemokratischen Fraktion im Düsseldorfer Landtag uns von der CDU zu. Das war ein klares Bekenntnis. Aber folgt daraus, daß jetzt die CDU ihr Liebeswerben um die SPD mit verdoppelter Kraft fortsetzen müßte? Wäre es da nicht natürlich, als Regierung und Opposition miteinander zu arbeiten, mit dem Ziele, die Demokratie aktionsfähig zu machen und damit immun gegen jeden Totalitarismus, der immer zugleich Nationalismus und Militarismus ist, mag er von rechts oder von links kommen?

Ein politisch-geistiges Bollwerk, das unseren so leicht kleinmütig und verzagt werdenden deutschen Menschen Mut und Kraft zum Widerstand gegen die Gefahr verleihe würde, die alles freie Menschentum des Abendlandes heute vom „Osten“ her bedroht, kann somit u. E. die SPD nicht genannt werden.

Wir dürfen für unsere CDU/CSU uns der Überzeugung hingeben, daß sie im politischen Raume ein solches Bollwerk ist. Die überwältigende Kundgebung, auf der der Bundeskanzler gestern abend sprach, hat es jedem sichtbar gemacht. Der Wille ist da, und das Können ist da. Unsere Tagung soll es auf allen Gebieten überprüfen. Ich will heute versuchen, auf eine andere, für uns brennende Frage eine Antwort zu geben: haben wir ein Anrecht darauf, allen Anfechtungen von innen und außen zum Trotz zu sagen: der Geist der Zeit ist mit uns? So etwas kann man nicht bloß behaupten; der Hitlerismus hat es gezeigt, der dem Wissen abschwor und es mit dem — blinden — Willen und der — bewußt verlogenen — Propaganda allein machen wollte. Welches ist das innere Antlitz der Zeit, in die wir hineingeboren sind und in der wir zu wirken haben, damit die in ihr angelegten Möglichkeiten Wirklichkeiten werden? Und dürfen wir aus ihm so etwas wie einen geschichtlichen Auftrag für unsere christlich-demokratische Bewegung herleiten? Hat nicht das Christentum zuerst den Blick auf die Weltgeschichte gelenkt, die es als Verwirklichung eines göttlichen Heilsplanes für das Menschengeschlecht verstanden wissen wollte?

II.

„Wir leben in einer verhängnisvollen Zeit. Die großartigste Geschichtsepoche, der gesamten Weltgeschichte ist angebrochen, größer und weit furchtbarer als die Zeiten Caesars und Napoleons. Aber wie blind sind die Menschen, über die dieses gewaltige Schicksal hinwegbraust, sie durcheinander wirbelnd, erhebend oder vernichtend. Wer von ihnen sieht und begrift, was mit ihnen und um sie her geschieht?“ Seit Oswald Spengler 1934, nicht lange vor seinem Tode, diese Sätze schrieb, ist eine Katastrophe von ungeahntem Ausmaße über die Welt hereingebrochen, und man zittert bereits vor der nächsten. Aber es war doch nicht nur eine Katastrophe; es war ein Gottesgericht, in dem Werte geläutert wurden und sich als beständig erwiesen, an die vor allem in unserem Volke weite Kreise nicht mehr recht glauben wollten, weil sie sich so „modern“ fühlten. Christentum und Demokratie haben die Probe bestehen dürfen; menschliche Gottähnlichkeit zerging zu Staub, noch dazu mit Schimpf und Schande. Zum erstenmal wieder, seit rund

↵

einhalb Jahrhunderten, wurde ein Wandel spürbar, der sich in der Stille in unserem geistigen Sein vollzogen hatte. Die Naturwissenschaften kehrten sich seit Max Planck von Mechanismus und Materialismus ab. In der Kunst erhob sich der Widerspruch gegen die intellektualistische Abstraktheit und Lebensferne. Hans Sedlmayrs aufsehenerregendes Buch über den „Verlust der Mitte“ hat erst kürzlich gezeigt, wie unmodern die angebliche Moderne ist, wie ihre Grundelemente schon mit dem Zeitalter der Französischen Revolution auftraten und alles Spätere nicht viel mehr war als immer neue, teils gelungene, teils mißlungene Variationen des damals angeschlagenen Themas. Viele Einsichtige haben von dem „Zug nach Rechts“ gesprochen, der sich heute weithin bemerkbar macht. Sind das alles Zeichen der Schwäche, der Ermüdung, der Resignation? Das wird niemand glauben, der die Fülle produktiver Energie und den Idealismus und die Pflichttreue so vieler schaffender Menschen unbefangen auf sich wirken läßt. Was wir erleben, sind doch wohl Anzeichen einer welthistorischen Epochenwende, die sich lange vorher anzukündigen pflegt, ehe sie Wirklichkeit wird. Aber es könnte eine Wendung zum Tode sein, an die Spengler dachte. So radikal ist man nicht mehr. Der bekannte englische Denker Arnold J. Toynbee urteilt, das Abendland brauche durchaus nicht zugrunde zu gehen. Gibt es eine Möglichkeit, hier aus dem bloßen Vermuten herauszukommen und bis zu greifbaren Ahnungen vorzudringen?

Es scheint, als wenn das vertiefte Verständnis der Weltgeschichte, das in der neueren Geschichtsforschung erarbeitet wurde, uns so etwas wie eine Gestalt, eine Struktur erblicken ließ, die der gewaltige Geschehenszusammenhang von den Anfängen schriftlicher Kunde bis heute merkwürdigerweise aufweist. Diese Struktur ist einstweilen rätselhaft, und deswegen sträubt sich der Rationalismus begreiflicher Weise, sie anzuerkennen. Aber die Zahl derer, die in stiller, ernster Arbeit hier ihre Beobachtungen sammelten, ist doch so erheblich, daß ich nicht zögere, ihre wissenschaftlichen Einsichten ernst zu nehmen. Es ist der vielbesprochene Parallelismus zwischen der Geschichte des antiken und des neueren Europa. Er bildete bereits die Grundlage für Spenglers überraschende Visionen, die ja, was die Kritik unseres Zeitalters anlangt, durchaus nicht bloße Phantasien waren, sondern so manche bestürzende Rechtfertigung durch die Ereignisse fanden. Es würde zu weit führen, hier die Dinge im Einzelnen auszuführen. Völkerwanderung, Karolingerzeit, Wikingerzüge, Mittelalter, Neuzeit, modernes Zeitalter seit 1789 haben alle ihre genauen zeitlichen Entsprechungen in der Lebensgeschichte der griechisch-römischen Welt, mögen auch, äußerlich gesehen, die antike Welt und unsere neuere die größten Verschiedenheiten aufweisen. Schon längst hat man die Ähnlichkeiten zwischen dem Zeitalter seit Alexander d. Gr. und dem 19. und 20. Jahrhundert beobachtet. Wie damals das Griechentum zur Hegemonie in der Mittelmeerwelt und im Alten Orient emporgetragen wurde, so gewannen die europäischen Mächte seit dem Zeitalter Napoleons die Herrschaft über die Erde. Und dann folgte der zweite, bittere Abschnitt: der größtenteils selbstverschuldete Rückgang dieser Herrschaftsstellung, jedesmal begleitet von Revolutionen und Leiden ohne Zahl. In dieser Epoche würden wir uns zur Zeit befinden. Spengler hielt sie für die letzte einer großen Geschichte.

Das war verfehlt. Seitdem ist der Nachweis erbracht worden, daß es sich in jenem Zeitalter des niedergehenden Hellenismus und der römischen Bürgerkriege weniger um eine Todesagonie als um eine Genesungskrise gehandelt hat. Sie ist durch ein neues, echtes klassisches

Blütealter abgelöst worden. In ihm trat das Augusteische Rom dem Perikleischen Athen in vieler Hinsicht ebenbürtig zur Seite. Das Ergebnis der Aera der Kriege ist ein wirklicher Friede gewesen. Der wiedergewonnene Wohlstand und Kunstsinne geben sich noch heute in den monumentalen Anlagen zu erkennen, die der Spaten des Ausgräbers fast überall dem deckenden Boden entriß, und in den prachtvollen Statuensammlungen der Museen. Die Zeitgenossen mutete der Wandel wie ein Wunder an. Dichterische und schriftstellerische Genien, ein Vergil, ein Horaz, ein Livius, führten erst in dieser Zeit das ‚Goldene Zeitalter‘ der lateinischen Literatur herauf und taten ihr Bestes, um der aufhorchenden Menschheit das Saeculum der Wiedergeburt zu künden. Von neuem entfaltete der Geist des Okzidents seine ordnende Kraft in der Menschheit. Und das Zeitalter der Wirren verschwand so weitgehend aus dem Gedächtnis, daß es erst im vorigen Jahrhundert durch die Wissenschaft regelrecht wiederentdeckt werden mußte.

Welches waren die Kräfte und Ideen, die diesen fast unerhörten Wandel der Dinge heraufführten? Wodurch unterscheidet sich das Walten des Kaisers Augustus von dem seiner Vorgänger, mochten unter ihnen auch Genies wie Julius Caesar gewesen sein? Sie alle hatten den Frieden gewollt; er hat ihn erreicht. Seine Neuordnung, die die Grundlage für ein fast zweihundertjähriges Zeitalter des Weltfriedens wurde, und zwar wahrnehmlich nicht einer „Kirchhofsruhe“, wie die erstaunlichen Bauten, Kunstwerke und literarischen Schöpfungen noch heute lehren, war im Unterschied zur vorangehenden Revolutionsperiode, die alle Bindungen zu zerreißen strebte, konservativ, national und religiös.

Es befremdet uns moderne Menschen fast, so etwas zur Kenntnis nehmen zu sollen. Aber es ist eine nüchterne Tatsache. Es sei denn, es beliebt Gott als dem Herren der Geschichte, schon bald aller Zeit ein Ziel zu setzen; aber darüber weiß nach biblischem Zeugnis niemand etwas zu sagen. Der Christ hat sein Leben so zu führen, als trete schon morgen das Weltende ein, und andererseits wiederum so, als liege es noch in weiter Ferne. Ihm ist der Gedanke, daß die Zukunft kein unbeschriebenes Blatt sei, sondern ihr Weg im Grundsätzlichen bereits gewählt erscheint, nichts Fremdes. Wenn wir uns vor dieser Einsicht nicht damit zu retten versuchen, daß wir uns einreden, die Parallelität beider Geschichtsverläufe, des antiken und des abendländischen, gelte vielleicht bis zu unserer Zeit, keinesfalls aber für die Zukunft — ein Ausweg, der eher eines Vogel Strauß würdig erscheint als eines denkenden Menschen —, dann bleibt keine Wahl: auch die furchtbare Krise, die wir durchleben müssen, ist im Grunde eine Genesungskrise, und zwar eine Genesung von Ideologien, die auch die Epoche vor der Augusteischen Wiedergeburt beherrschten, jenes „moderne“ Zeitalter der Revolution und der Irreligion, des Unglaubens und der Gottlosigkeit, wie sie dem Zeitalter seit 1789 das Gepräge gaben und geben. Die leidgeprüfte abendländische Welt und ihre Kultur streben einer neuen Blüte entgegen! Niemand vermöchte diese Wendung heute schon zu erblicken. Sie ist im Schoße der Zukunft verborgen. Aber sprechen die oben erwähnten Zeichen eines tiefgreifenden geistigen Wandels nicht schon vernehmlich genug? Die Wissenschaft auf dem Wege zur Religion? Der „Zug nach rechts“ (der beileibe nicht zu verwechseln ist mit politischem Rechtsradikalismus einer vergangenen oder vergehenden Epoche, sondern oftmals in krassem Widerspruch zu jenem nur karikierten Konservatismus steht, gerade in den Kreisen der Jugend), den so mancher unabhängige Beobachter gerade auch in unserer

CDU sehen will, die sich doch mit vollem Bewußtsein und auch mit vollem Recht eine Partei der Mitte nennt und nennen darf?

Wir greifen nun aber einen fundamentalen Unterschied zwischen der antiken und unserer abendländischen Welt. Die Antike war heidnisch. Sie strebte nach statischer Ruhe. Ihr Konservatismus hatte daher eine Neigung zum Despotismus. Es ist bekannt, wie das in der Geschichte der römischen Kaiserzeit zum Ausdruck kam, wo aus dem princeps, dem Ersten unter Gleichen, der Augustus nur sein wollte, der dominus et deus, der Herr und Gott der Zeit der sog. Soldatenkaiser wurde. Die soziale Frage, die es auch in der Antike gab, die aber aus einer wirklichen Reform sehr bald von ehrgeizigen Prätendenten als Sprungbrett zur Erlangung persönlicher Macht mit Hilfe der Fäuste der Enterbten entwürdigt worden war, wurde damit „gelöst“, daß man das Übergewicht der Besitzenden wiederherstellte. Das wäre für uns keine Lösung. Unsere abendländische Welt ist christlich geprägt. Sie kann und muß von christlicher Haltung her die Dinge schärfer sehen, als es dem umflorten heidnischen Blick möglich ist, und sich vor Folgen schützen, die die heidnische, schließlich bloß zum „Brot und Spiele“ heischenden Pöbel entartete Menschheit nicht zu vermeiden vermochte. Ihr Konservatismus kann nur evolutionär, d. h. auf ständige, verantwortungsbewußte, ruhige Weiterentwicklung gerichtet sein. Er will entsagungsvoll und demütig der Menschheit dienen und ihr Leben nicht unterbinden, sondern fördern und entwickeln. Wo wäre wohl die Verpflichtung, dem Mitmenschen zu dienen, so nachdrücklich den Herzen eingeschärft worden wie in den Heilandsworten am Schlusse des 25. Kapitels des Matthaëus-Evangeliums, wo die Welt zu hören bekam, daß alles, was dem Nächsten jemals Gutes getan oder aber ihm gegenüber unterlassen würde, dem Weltenrichter, Gott selber, getan oder vorenthalten sei? Wo ist dem, der seinen Bruder haßt, so rücksichtslos bedeutet worden, dann solle er auch nicht von seiner Liebe zu Gott reden? Die Menschlichkeit, lateinisch gesagt, die Humanität, die sich das antike Heidentum doch nur erträumen konnte, aber niemals erreichen, weil sein Sinnen und Trachten letzten Endes immer um das Ich kreiste — sie ist der Menschheit erst durch die Botschaft wirklich greifbar geworden, die neben das Ich völlig gleichberechtigt das Du stellte. Es ist die Tragödie der Revolution, daß sie ein Ich nur durch ein anderes ersetzt. Den Weg zum Du findet sie aus eigener Kraft nicht und will ihn auch meist gar nicht finden.

Weniger kraß tritt der Unterschied zwischen der antiken Welt und der unsrigen bei dem zweiten Grundgedanken der Neuordnung hervor, dem nationalen. Augustus hat das Römertum als nationale Größe gerettet, das Caesar bereits als überholt ansah und dessen freiheitlich-republikanische Grundstruktur er durch Errichtung seines persönlichen Königtums zu Tode treffen wollte. Die Menschheit, nicht nur das römische Volk, hat es dem Retter fast überschwenglich gedankt. Wir haben durch den barbarischen Nationalismus, der den Völkern wahrhaft grauenvolle Opfer abgenötigt hat und den jeder menschlich Fühlende restlos verurteilt, das Verständnis für ein gesundes Nationalgefühl weitgehend verloren. Und doch sind beide voneinander durch eine tiefe Kluft geschieden. Viele Opfer wären der Welt erspart geblieben, wenn das deutsche Volk es zu einem ruhig leuchtenden, in sich gefestigten Nationalgefühl nach Art anderer Völker gebracht hätte, statt haltlos immer wieder zwischen den Extremen einer völligen Selbstaufgabe und einer kaum begreiflichen Selbstüberschätzung hin und her zu pendeln. Ist es nicht eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart, aus formlosen Massen wieder echte Völker zu machen,

Nationen, die, wie Leopold Ranke sagte, Gedanken Gottes wären und sich dieser Verpflichtung bewußt blieben, von der eine große Masse nichts, aber auch gar nichts wissen will? Entdeckt wurden Volk und Volkstum in jener wundersamen Zeit der Romantik, auf deren Liederfülle und Edelsinn wir heute fast wie auf ein verlorenes Paradies zurückblicken.

Es war der Völkerfrühling, der in der Verteidigung der abendländischen Freiheit gegen die napoleonische Tyrannei seine Bewährung vor der Geschichte erbrachte. Sein strahlender Optimismus ist schließlich dem wilden Feuer des stets pessimistisch gestimmten Nationalismus erlegen. Und doch bietet allein die Gemeinschaft freier Völker, die selbstverantwortlich über ihr Geschick zu bestimmen vermögen, die Möglichkeit, den Weltfrieden durch einen Weltbund zu sichern, statt ihn wie die heidnische Antike einem auf die Dauer jede Freiheit erstickenden Universalstaat übertragen zu müssen. In der griechisch-römischen Welt war der Gedanke des monarchisch regierten Großreiches die neue Idee, die in der Geschichte sich schließlich durchsetzte; bei uns war die neue Idee der demokratische Nationalstaat. Man möge bedenken, daß normalerweise jede Nation sich wie ein besonderes Instrument in einem Orchester empfinden soll, das vermöge seiner Sonderart seinen Part in der großen Symphonie der Menschheit übernehmen kann, die ja, wenn überall ein und dieselbe Weise gespielt wird, niemals wirklich als Symphonie, als Zusammenklang des Verschiedenen, zum Lobe des Schöpfers hörbar sein kann. Wie wenig begriffen wir doch, welch tiefer Sinn darin lag, daß in der Goethezeit, dem Zeitalter des erwachenden Nationalgefühls, Weltbürgertum und Nationalempfinden sich nicht ausschlossen, sondern vollkommen gleichberechtigt nebeneinander standen und als unentbehrliche Ergänzungen angesehen wurden. In unserer Zeit hat das Bonner Grundgesetz mit seinem Verzicht auf wesentliche staatliche Souveränitätsrechte für den Fall eines politischen Zusammenschlusses der europäischen Staatenwelt den realen Beweis für ein neues, geläutertes Verständnis des Nationalgedankens bei uns bereits erbracht. Die lebendige Europagesinnung, auf deren Hintergrund allein wir uns heute als Deutsche fühlen wollen, ist ein weiterer Beweis für den Aufbruch der Herzen aus der Todesstarre des Nationalismus und Chauvinismus.

Der dritte, aber vielleicht wichtigste und jedenfalls den beiden anderen, dem konservativen und dem nationalen, zur Grundlage dienende Faktor bei der Wiedergeburt der antiken Menschheit im Zeitalter des Augustus war der religiöse. Damit griff der Friedensstifter die besten Traditionen des antiken Staatslebens wieder auf. Auch das Athen des Perikles, in dem die Demokratie ihre erste klassische Vollendung fand, war von Frömmigkeit gegenüber dem Göttlichen erfüllt und auf sie gegründet. Noch kündigt Sophokles' Drama Antigone von diesem Geiste. Im Zeitalter der Wirren hatte sich dann die entgötterte Menschheit daran gewöhnt, den jeweiligen Machthaber göttlich zu verehren. Augustus hat sich dagegen gesträubt, so sehr er irgend konnte. Bekanntlich ist es dem Heidentum nicht gelungen, dieses Surrogat echter Gottesverehrung, den Kult irdischer Menschen, abzustreifen. Die blutigen Christenverfolgungen der Römerzeit sind darüber entbrannt. Aber nicht diese Dinge beschäftigen uns hier, sondern die Tatsache, daß das klassische Heidentum ein Funktionieren eines demokratisch-republikanischen Staatswesens — und als Wiederherstellung eines solchen war das Augusteische „Prinzipat“ gedacht — für unmöglich hielt ohne eine echte religiöse Bindung. Wir dürfen daraus eine Bestätigung mehr gewinnen, für unsere in den

Kämpfen der Hitlerzeit gewonnene Ueberzeugung, daß auch unsere Demokratie auf das granitene Fundament der Religion sich gründen muß, wenn sie aus einer bloßen Fassade zu gelebter Wirklichkeit werden soll — und eine Ermutigung, die Verantwortung weiterhin zu tragen, die wir mit dem Namen einer christlich-demokratischen Bewegung auf uns genommen haben.

Das ist es, was wir m. E. über den Geist der Zeit, die unsere Nachkommen erwartet — falls nicht (wir wiederholen es) Gott der Herr nach seinem unerforschlichem Ratschluß schon vorher aller Zeit ein Ende setzt — und die sich damit bereits in unseren Lebenszeiten fühlbar ankündigen muß, sagen dürfen. Wir sahen: die Ideale, für die sie unseren tatkräftigen Einsatz verlangt, berühren sich eng mit denen, die in unseren Herzen bereits wieder lebendig geworden sind. Es sind nicht die Ideale irgendeiner der anderen Parteien und schon garnicht die des revolutionären, nationalistischen („Nationale Front“!), irreligiösen Kommunismus. Wie sehr erleichterte es uns unseren Einsatz vor den teils spöttischen, teils feindlichen Augen der Gleichgültigen, wenn wir nun die Ueberzeugung im Herzen tragen dürften: der Sieg ist unser!

III.

Verzicht auf Weltpolitik schützt nicht vor ihren Folgen, hat man gesagt. Als aktiver Faktor der Weltgeschichte existiert unser Volk nicht mehr. Gott hat ihm die Macht aus der Hand geschlagen, die es zweimal zum Unsegen mißbraucht hat. Aber er wollte es damit nicht untätig machen. Christ sein, Christus bekennen, zu Christus bekehren heißt aktiv sein, heißt Anteil nehmen an Leid und Lust der gesamten Menschheit — und heißt: gegebenenfalls dem Bedrängten beispringen, nicht nur mit geistlichem Trost, wie das Gleichnis vom barmherzigen Samariter zeigt, der doch vor allem die Wunden des Ueberfallenden verbindet und pflegt und darüber selbst des heiligen Sabbat nicht achtet.

Wir, die wir uns in der CDU zusammenschlossen, katholische und evangelische Männer und Frauen, sind davon durchdrungen, daß der tiefste Grund unseres Unglücks nicht von Intriguen kurzsichtiger Wirtschaftsführer oder machthungriger Junkerkasten oder was man sonst nennen mag, sich herschreibt, sondern allein aus dem Abfall unseres Volkes und seiner Führung von Gott und Christus. Wir betrachten es als unsere Aufgabe, die Folgen dieses Abfalls auch im politischen Leben beheben zu helfen. Wir erblicken darüber hinaus den eigentlichen Grund für die schwere Krise, die unsere abendländisch-christliche Kultur an den Rand des Abgrundes geführt hat und ihr den „Verlust der Mitte“ brachte, ebenfalls die Abkehr von Gott und Christus. Man hat uns vorgeworfen, wir hielten es für nötig, für Christus und seine Kirche zu kämpfen und sie schützen zu müssen; das sei kurzsichtige menschliche Ueberheblichkeit, denn Christus und seine Kirche bräuchten unseren Schutz nicht. Hier waltet ein merkwürdiges Mißverständnis ob. Daß Christus, unser Herr und Heiland, unseres Schutzes nicht bedarf, und daß die Kirche Christi von den Pforten der Hölle nicht überwältigt werden soll, wissen wir sehr wohl. Wir kämpfen aber darum, daß den suchenden Menschen der Weg zur Kirche und zu Christus nicht noch einmal durch einen omnipotenten Staat versperrt werden darf. Als bei den bekannten Verhandlungen über das volle Elternrecht am Kinde für das Bonner Grundgesetz die Abstimmung im Ausschuß ein Resultat ergab, das

weder unseren noch den kirchlichen Wünschen entsprach, hat die persönliche Intervention hoher Kirchenmänner beider Konfessionen nicht erreichen können, daß die zweite Abstimmung ein anderes Ergebnis hatte als die erste. Deutschland zeigte sich damals, welche Bedeutung eine große Partei, die bei Abstimmungen die nötige Stimmenmehrheit sichern könnte, für die Durchsetzung christlicher und kirchlicher Anliegen im politischen Raume besaß. Die Wähler begriffen seit damals, daß unter den gegenwärtigen Umständen weder Autorität noch Einsatzbereitschaft und guter Wille kirchlicher Würdenträger die Berücksichtigung fundamentaler christlicher Anliegen durch den Staat erzwingen kann, sondern lediglich die Mehrheit abgegebener Stimmen. Gerade im gegenwärtigen Augenblick, den der Bischof von Passau in seiner Eröffnungsrede auf dem Passauer Katholikentag als Zeitalter einer Christenverfolgung von einem Umfang und einer Schärfe, wie sie die Welt noch nicht erlebt hat, leider nur allzu treffend charakterisiert hat, dürften wir erwarten, daß man christlicherseits überall sich über die Bedeutung einer großen christlichen Partei im klaren ist und, statt sie mit Mißverständnissen und Wortklaubereien zu verdächtigen, ihr lieber brüderlich-christlich helfend beispringt. In der abendländischen Kultur aber sehen wir nicht eine bloße Redensart oder bestenfalls eine Kultur unter vielen anderen, innerlich gleichrangigen, so sehr wir auch jene anderen schätzen und vielleicht sogar lieben, sondern diejenige Hochkultur, die von Anfang an das unauslöschliche Siegel des Kreuzes aufgeprägt erhielt. Sie vernachlässigen bedeutet für uns Christen, ein Stück von unserem eigenen Fleisch und Blut vernachlässigen zu sollen. Ich habe aber fast immer gefunden, daß die Kritiker von der abendländisch-christlichen Kultur nur Weniges oder Entstelltes wußten und sich auch nicht die Mühe machten, diesen Wissensstand zu revidieren. Dann kritisiert es sich bekanntlich besonders leicht. Die Welt ist nicht glücklicher geworden und vor allem nicht friedlicher, seitdem die abendländischen Mächte so viele Positionen in Übersee haben räumen müssen. Ich erinnere an den Kaschmir-Konflikt in Indien mit seinen furchtbaren Opfern; ich erinnere an Indonesien seit der Auflösung der vorbildlichen holländischen Kolonialverwaltung. — Eins jedenfalls läßt sich mit Sicherheit sagen: Die soziale Frage ist in ihrer bedrohlichen Zuspitzung im Schoße unserer abendländischen Welt erst erwachsen als Folgeerscheinung der weitverbreiteten Abkehr vom Christentum. Der Atheismus hat bei ihre Pate gestanden, beim Liberalismus wie beim Sozialismus, und hat aus diesen beiden Bewegungen, die doch im Grunde nichts anderes als Wirtschaftstheorien waren und sein sollten, die Ersatzreligionen gebildet, die heute noch immer das schwerste Hindernis für eine nüchtern-sachliche Lösung des Problems bedeuten. Ich selbst gestehe, mir außerhalb des christlichen Raumes keine Lösung vorstellen zu können, da nur in ihm alle Menschen sich nicht als Fordernde mit Ansprüchen, sondern in erster Linie als Helfende mit Verantwortung empfinden können.

Wie ein Geschenk empfinden wir es immer wieder, daß das Zusammengehen der beiden christlichen Konfessionen, zu denen auch das Judentum als ihr nächster Verwandter gehört, allen skeptischen Kritikern zum Trotz auf der politischen Ebene sich jeder Belastungsprobe gewachsen gezeigt hat. Mit dem Walten der CDU/CSU ist wirklich eine interkonfessionelle Befriedung eingezogen, die zur Zeit eigentlich nur noch von denen gestört und kritisiert wird, die zutiefst weder mit der einen noch mit der anderen Konfession innerlich zu tun haben, sondern die Unfrieden brauchen, um ihrem kleinen persönlichen Ehrgeiz besser frönen

zu können. Welche Befreiung bedeutet es doch, in gemeinsamer Front die schweren Probleme der wirtschaftlichen und sozialen Not von klarer, nüchterner Sicht aus anpacken zu können und die Methoden sich zu eigen zu machen, die nun auch wirklich die Erreichung des Zieles gestatten, die Lage des konkreten Menschen zu bessern und nicht bloß eine andere Ordnung aufzurichten, in der bestimmte Gruppen neue Machtpositionen gewinnen und das als sozialen Fortschritt ausgeben. Mit dieser Haltung ist die CDU m. E. einstweilen sozialer als die Sozialisten. Während andere Parteien, sei es mit Recht, sei es mit Unrecht, sich gern als Vertretung besonderer Volksschichten ausgeben, umschließt die CDU/CSU ganz bewußt Menschen aller Klassen und Berufe, die sich glücklich fühlen — oder doch fühlen sollten —, über ihre bloße berufliche Existenz hinaus Menschen und Staatsbürger zu sein und sich auch als solche zu fühlen. Daher muß gegen jedes Auftreten eines Interessentenklüngels in unseren Reihen nachsichtig Front gemacht werden. Wir sind weder eine Standes- noch eine Wirtschaftspartei! Ist und bleibt die CDU wirklich eine Partei von Menschen und nicht bloß von anonymen Klassen- oder Interessentengruppen, so ist sie diejenige politische Organisation, die wirklich zu dem dringend geforderten Bollwerk gegen alle bolschewistische Entrechtung des Menschen tauglich ist.

IV.

Das führt uns zu einem letzten Punkt unserer Betrachtungen, zu einer kritischen Selbsteinkehr. Wir haben erleben müssen, daß sich in unserer Partei Gegensätze und Spannungen erhoben haben, die die Öffentlichkeit mit Beunruhigung und unsere politischen Gegner mit Befriedigung erfüllt haben. Ich will die Gründe dafür hier nicht untersuchen. Der wichtigste scheint mir in einer gefährlichen Überschätzung der Stärke unserer Position im augenblicklichen politischen Leben zu liegen. Das ist eine alte deutsche Untugend. Wie man auf der Höhe des ersten Weltkrieges allen Ernstes innerhalb der belagerten Festung Deutschland gegeneinander um die Form des künftigen Friedensschlusses, um „Siegfrieden“ oder „Verzichtfrieden“, erbittert kämpfte, als hinge es von uns Deutschen allein ab, wie der Friede aussehen würde, ohne zu beachten, daß der Bär, dessen Fell man hier verteilen wollte, doch gar nicht erjagt war, so ist es vor nicht langer Zeit vorgekommen, daß bei Verhandlungen über die Regierungsbildung in einem Lande des Bundes inmitten der CDU eine Gruppe die eigene Auffassung gegen die Fraktionsmehrheit durchkämpfte, als sei davon allein die neue Regierungskoalition abhängig. Und die Gegner in den anderen Parteien sah man kaum noch!

Wir haben erleben müssen, daß CDU-Politiker sich öffentlich die sozialdemokratische These zu eigen machten, das „Spiel“ von Regierung und Opposition sei für Deutschland, noch mehr aber für ein Land des Bundes, „eine wirklichkeitsfremde professorale Theorie“, und man müsse „Größtkoalitionen“ von der FDP bis zur SPD anstreben. Das bedeutet eine glatte Abkehr von der reinen, echten Demokratie. Sollte nun die Aufgabe der staatstragenden Opposition dem Radikalismus von rechts und links zufallen und dieser damit demokratisch legitimiert werden? Oder meinte man auf eine Opposition in legaler Form verzichten zu können? Dann war das eine Verwechslung von Demokratie und Diktatur. Wie sollte unser Eintreten für das relative Mehrheitswahlrecht gerechtfertigt werden, das doch ein Zweiparteiensystem anstrebt, wie es uns von hervorragenden Sachkennern aus einem demokratisch so vorbildlichen Lande wie England wieder und wieder empfohlen wurde und

auch allein durch Verschwinden gewisser Splitterparteien einen der schlimmsten Herde der Korruption auszuräumen gestattet? Oder sollen wir dieser Korruption so gegenüberstehen, wie es jüngst in der Oktobernummer der „Frankfurter Hefte“ geschehen ist, wo man sie als eine Art Naturerscheinung der Demokratie betrachtet und gegenüber diesem Übel sich gar zu der Erklärung versteigt: „Wer ernstlich versucht, es zu ändern, dessen Strenge und Härte muß das Volk notwendigerweise mehr kosten als selbst die ungenierteste Korruption“ (S. 1052)? Handelt es sich hier wirklich um eine Kostenfrage oder um ein moralisches Anliegen? Auch CDU-Freunde fürchten gelegentlich die Aufdeckung schwerer Korruptionsfälle als Schädigung des Ansehens der Demokratie. Das Ansehen der Demokratie im Volke kann m. E. aber nur dann geschädigt werden, wenn man Korruptionsschäden nicht aufdeckt. Parteifreunde, die den undankbaren Kampf auf sich nehmen, laufen jedoch unter Umständen Gefahr, in ihrem schweren Kampfe allein gelassen zu werden.

Es kann innerhalb unserer Partei mit ihrer klar umrissenen Zielsetzung nur eine Linie geben, die die Parteilinie ist. Wir streiten niemandem das Recht ab, seine eigene Auffassung von politischen Dingen zu haben und mit allem Nachdruck zu vertreten. Aber er muß sich bei grundsätzlichen Entscheidungen fragen, ob er diese Meinung noch als Mitglied der CDU öffentlich vertreten kann oder ob nicht inzwischen eine andere Partei besser seinen Überzeugungen entspräche. Unser Bemühen um die SPD ist darauf gerichtet, sie zu einer klaren Haltung und Stellungnahme zu nötigen. Dann stände einer Zusammenarbeit nicht so viel im Wege wie zurzeit. Wir müssen dann aber auch bei uns selber für Klarheit sorgen. Es ist eine ernste Frage, ob der gegenwärtige Parteiapparat der CDU/CSU in der Lage ist, diese Aufgabe zu lösen; sie hat uns jetzt hier in Goslar zusammengeführt.

Täuschen wir uns nicht: Wir haben als Partei, nicht zuletzt um unserer Neuartigkeit und um unserer Erfolge willen, bei anderen Parteien wenig Freunde. Wir sind darauf angewiesen, zusammenzustehen und zusammenzuhalten. Aber das kann nicht auf der Basis von bloßen Mahnungen zur Einigkeit, sondern nur auf der einer wirklichen Einheit erfolgen, eben auf der Basis der Wahrheit und Ehrlichkeit. Ich glaube, daß wir an Befähigungen in unserem Kreise keinen Mangel haben. Und von unserem Auftreten, unserer Entschlossenheit und unserer Werbekraft wird es abhängen, ob und inwieweit wir weitere Befähigungen, namentlich aus den Kreisen der Jugend, zu uns heranziehen. Die Vielgestaltigkeit war und ist für uns ein beglückendes Moment. Aber sie darf nicht zu einem Sprengstoff, zu einem „Ferment der Dekomposition“, entarten.

Lassen Sie mich zum Abschluß unserer notgedrungen nur skizzenhaften Überlegungen über den geschichtlichen Auftrag der CDU/CSU noch einmal feststellen: Wir beugen uns in Demut vor Gott als dem Herrn der Welt und der Geschichte, der sich uns in Christus, seinem fleischgewordenen Wort, offenbart hat. Wir wissen, daß er sein Wollen bald mit, bald gegen uns Menschen vollzieht, je nach dem Ernst, mit dem wir uns um die Erkenntnis seines heiligen Willens bemühen. Und wir zittern bei dem Gedanken, wir könnten ihn verkennen, weil wir die Zeichen nicht achteten, die doch kein anderer als er selbst in der Geschichte aufgerichtet hat. Eines glauben wir zu sehen: Der Weg der Weltgeschichte ist bereits gewählt. Wir haben ihn nicht zu erfinden, wir haben ihn nur noch zu finden. Möge der Allmächtige und Allgütige uns die Kraft schenken, im Suchen nicht zu erlahmen und auf Grund des Gefundenen und Geschenkten tatkräftig und unerschrocken zu handeln.

Das Korreferat erstattete

Kurt Georg Kiesinger MdB, Tübingen

Fünf Jahre sind seit der größten Katastrophe des deutschen Volkes vergangen. In den Lehmsümpfen der Gefangenenlager, in den Trümmern unserer noch rauchenden, zerstörten Städte, auf den Straßen der Flucht schien es vielen von uns, als ob dies der Untergang unseres Volkes sei. Viele von uns hatten nicht nur die Sorge, daß dieses Volk nie mehr einen Aufstieg erleben würde; Die tiefere Sorge fraß an unseren Herzen, daß die Katastrophe die arme, gequälte, verirrt und verstörte Seele unseres Volkes zerstören, daß sich dieses Volk aus der Untergangsstimmung heraus einer Botschaft des Unheils zuwenden würde, die sich ihm damals bereitwillig genug anbot, einem Radikalismus von Osten her, der vieien als Rettung erscheinen konnte. Unser Volk hat diesen Weg nicht beschritten. Es hat damals den Männern und Frauen, die die Christliche Demokratische Union gründeten, ein Mandat gegeben. Konnte es scheinen, als habe es dieses Mandat nur aus einem Augenblicksgefühl der Hilflosigkeit gegeben, in der man sich an jeden Strohalm klammert, — seit fünf Jahren hat das Volk immer wieder, wenn es zur Wahl aufgerufen wurde, sein Mandat erneuert und damit gezeigt, daß es ihm wirklich ein echtes, dauerndes Anliegen war. Es hat uns das Mandat gegeben, einen demokratischen Staat zu bauen und zu regieren und zu verteidigen, aber nicht nach den demokratischen Grundsätzen des Jacobinismus, nicht nach den Grundsätzen, die seit der Französischen Revolution die Demokraten insbesondere unseres Kontinents geprägt haben, sondern nach demokratischen Grundsätzen aus christlicher Schau. (Sehr gut!)

Dies ist ein großer Auftrag. Fünf Jahre nach der Katastrophe hat der Bundeskanzler eine Rede halten können, die jedem von uns gezeigt hat, welche Verantwortungsbürde dem deutschen Volk erneut auferlegt wird. Denn es geht ja nicht nur darum, daß wir einen äußeren Beitrag leisten sollen zur Verteidigung gegen eine Macht, die sich von den Ufern der Elbe bis zur Brandung des Stillen Ozeans erstreckt. Es geht auch darum, daß dieses Volk jene inneren Energien und Kräfte entfaltet, die notwendig sind, um der größten Gefährdung in der Geschichte unseres Planeten erfolgreich zu begegnen.

Wohin würde der Weg der Menschheit führen, wenn sich dieses Volk, diesseits und jenseits der Elbe, in der Stunde der Katastrophe der Botschaft des Ostens zugewandt hätte? Wer sich diese Frage einmal in ihrer Bedeutung klargemacht hat, weiß, daß uns wieder einmal in der Geschichte der Menschheit etwas Ungeheures auferlegt worden ist. Wir haben dafür zu sorgen, daß unser Weg der Weg des christlichen Abendlandes bleibt, und daß damit dieses deutsche Volk mit der ganzen Kraft, die es je und je in der Geschichte bewiesen hat, dazu beiträgt, daß die Menschheit nicht Opfer des bolschewistischen Ostens wird.

In den vergangenen Jahren konnte mancher fragen: Ist diese Verkopplung von Christentum und Demokratie wirklich etwas Echtes? Ist sie nicht ein Notbehelf, eine Notbrücke, die bestenfalls ein paar Jahre halten kann, aber dann zusammenbrechen wird oder abgebaut werden muß? — Gewiß, wir wissen, daß immer wieder in der Geschichte versucht worden ist, ein politisches System auf die Botschaft Christi zu gründen, und daß dieser Versuch immer wieder mißlungen ist. Soll ich etwa die Erinnerung heraufbeschwören an jenen großen französischen Bischof, der einmal geglaubt hat, den patriarchalischen Fürstenstaat unmittelbar auf das Wort der Heiligen Schrift gründen zu können? — Das fordert auch von uns Selbstbesinnung und Klarheit über die Eigentüm-

lichkeit jener Demokratie, die wir als Christen verteidigen wollen. Mein verehrter Herr Vorredner hat die Formel gebraucht, die Spielregel der Demokratie sei nun einmal, daß diejenigen recht haben, die ein Prozent oder eine Stimme Mehrheit haben. Ich weiß, er hat das nur als „Spielregel“ gemeint, den nie und nimmer hat in allen Dingen, die das Leben der Menschheit bestimmen, die Mehrheit recht (sehr gut), sondern immer hat das ewige göttliche Gesetz recht. (Beifall.)

Das allein, meine Damen und Herren, bedeutet nach meiner Ueberzeugung die Rettung des Abendlandes und die Rettung der Welt. Wir alle wissen, daß Demokratie als ein Verband selbstverantwortlich² denkender Staatsbürger heute ungeheuer gefährdet ist. Die politischen Probleme sind so kompliziert und so unübersichtlich geworden, das Zeitalter der Massen, das Zeitalter raffinierter Propagandatechniken beschwört gewaltige Gefahren herauf: Daß nicht nur wissende und verantwortlich fühlende, denkende und handelnde Menschen die öffentlichen Dinge bestimmen, sondern daß Riesenmassen unwissender, nur aus dem Gefühl heraus handelnder Menschen in die Hände der Demagogen, jener „terribles simplificateurs“ fallen, die dann — und nicht die Mehrheit des souveränen Volks — die Menschheit beherrschen werden.

Dieses Problem müssen wir sehen. Das bedeutet, daß wir mit den Behelfsmitteln aus den Arsenalen des 19. Jahrhunderts allein nicht mehr auskommen. (Sehr richtig!) Wir müssen mit einem evolutionären Willen versuchen, das Ueberkommene weiterzubilden und eine Staatsform zu entwickeln, die wahrhaft demokratisch ist, aber auch die Probleme der Zeit meistert.

Das ist ja auch die große Frage, die die junge Generation an uns stellt. Gewiß, sie stellt vielfach Fragen aus politischer Ahnungslosigkeit. Man war ja selber einmal Zwanzigjähriger und wollte die Sterne vom Himmel holen. Man war — und das ist das gute Recht der Zwanzigjährigen — humanitärer Optimist; man glaubte an den vollkommenen Menschen, man war — wer von uns war es nicht? — in irgendeinem Winkel seines Herzens Schüler Jean Jaques Rousseau's. Als ich als Student zum ersten Male die düsteren Prophetien eines Donoso Cortes in die Hand bekam und gewissagt las, was inzwischen buchstäblich eingetreten ist, da legte ich das Buch weg mit dem Gedanken: Das hat ein verfinstertes spanisches Gemüt geschrieben; nie werden die Menschen solcher schauerlichen Dinge fähig sein! — Und wenige Jahre danach hat das Unheil, das im Osten bereits gesiegt hatte, auch in unserem Vaterland sein Haupt erhoben; wenige Jahre danach rauchten in unserem Vaterland die Oefen, in denen Hunderttausende unschuldiger Menschen von Staats wegen gemordet wurden.

Woran lag das? Daran, daß wir etwas vergessen hatten, was man in der Politik nie vergessen darf, ohne mit den schwersten Strafen belegt zu werden. Wir hatten das wahre Bild des Menschen vergessen. (Zustimmung.) Welches war denn die Botschaft des Marxismus und des Liberalismus, dieser Söhne ein und desselben Vaters? Es war der Glaube an den vollkommenen Menschen: Der Mensch ist gut, der Mensch kann sich zu einer ungeahnten Perfektion emporentwickeln. Höher und höher wird sich diese Fortschrittsspirale schrauben, bis eines Tages der vollkommene Mensch die vollkommene Ordnung der Dinge auf dieser Welt geschaffen haben wird.

Dieses verhängnisvolle Menschenbild von Jean Jacques Rousseau über Karl Marx zu Lenin ist es gewesen, das die Katastrophen unserer Zeit herbeigeführt hat. Tausende von Kommunisten tragen in ihren Herzen

eine Menschenliebe, die oft heißer brennt als in manchen trägen Christenherzen. Das Furchtbare aber ist, daß diese Menschenliebe unter einem falschen Glauben steht, daß sie glaubt, Unmögliches vollbringen zu können: das irdische Paradies. Mein verehrter Herr Vorredner hat bereits darauf hingewiesen, daß dieser Glaube an die Perfektibilität des Menschen auch heute in unserem Vaterlande, links und rechts von uns, wenn auch abgeschwächt und durch die Erfahrungen mit einem leichten Meltau bedeckt, noch lebt. Das ist widerlegtes 19. Jahrhundert. Wir aber haben uns vorgenommen, das Volk hat es uns aufgetragen, etwas Neues zu bilden. Wir müssen uns herauslösen aus dem ewigen Einerlei des Kampfes der Interessenhäufen, des Haderns und Schacherns einer vergangenen Zeit. Wir haben uns darum nicht zu einem Klasseninteressenverband zusammengeschlossen, sondern zu einer Christlich Demokratischen Union. Da ist in der Tat etwas verwirklicht, was die besten Kräfte unseres Volkes, insbesondere unsere junge Generation, gefordert haben: hier stehen alle Stände unseres Volkes zusammen, vom Vertreter der Großindustrie bis zum Arbeitnehmer, der Städter und der Bauer, und — Gott sei es gedankt — endlich auch der evangelische und katholische Christ. Das ist keine Partei im alten Sinne mehr! (Beifall.)

Wenn gesagt worden ist, die Epoche der Parlamentarischen Demokratie sei vorbei, weil an die Stelle von Meinungsgruppen und Meinungskämpfen Interessengruppen und Interessenkämpfe getreten seien, dann können wir für unseren Teil beteuern, daß das nicht so ist. Wie könnten wir existieren, wenn es bei uns nur die Auseinandersetzung von Interessengruppen gäbe! Wir müssen in unseren Reihen die harten Interessengegensätze auszugleichen suchen in einem höheren Gemeinsamen. D. eses höhere Gemeinsame schöpfen wir aus unserer christlichen Ueberzeugung.

Die politische Entscheidung in unserem Vaterlande wird so fallen, daß die Gruppe siegen wird, die den überzeugenden Beweis liefert, daß in ihr jene geistigen Energien leben, die erforderlich sind, um die Probleme unserer Zeit zu meistern, den Kräften des bolschewistischen Ostens zu widerstehen und die nihilistischen Gefahren im eigenen Bereich zu überwinden.

Dafür gilt es insbesondere die junge Generation zu gewinnen, die noch immer abwartend der politischen Entwicklung zusieht. Sie ist nicht radikal nach links oder rechts gegangen. Aber wir dürfen nicht verschweigen, daß sie auch noch nicht in großer Zahl zu uns gestoßen ist. Sie zu überzeugen ist eine der wichtigsten Aufgaben der kommenden Jahre.

Meine Damen und Herren! Der Herr Bundeskanzler hat gestern bei anderer Gelegenheit gesagt, die größte Tugend des Politikers sei die Geduld. Er hat recht. Im Leben eines Volkes darf man nicht mit den Maßen rechnen wie im Leben eines einzelnen Menschen. Was im Leben eines einzelnen Menschen einer kurzen Zeitspanne bedarf, bedarf im Leben eines Volkes langer Jahre und geduldiger Pflege. Ich habe aber die feste Ueberzeugung: wenn wir unser Ideengut tatkräftig auswerten und vorleben, wenn wir uns nicht auf papierene Programme und Deklarationen verlassen, sondern unsere ganze Person werbend und kämpferisch einsetzen, ehrlich, sauber, unermüdet und zukunfts offen, dann werden wir das Vertrauen des Volkes und sein Mandat behalten. Wir werden alle aufbauenden Kräfte unseres Volkes um uns sammeln zu seiner Rettung aus einer tödlichen Gefahr, die von außen und innen droht. Damit leisten wir auch jenen Beitrag, den dieses Volk zur Rettung der ganzen gefährdeten Welt erbringen kann. (Stürmische Ovation!)

Die Aussprache

Gentrum:

Ich bin evangelischer Pfarrer und weiß als Geistlicher meiner Kirche und als überzeugter CDU-Politiker seit 1945, daß unsere evangelische Kirche die Notwendigkeiten leider nicht so klar erkannt hat oder erkennt, nicht weil sie bösen Willens wäre, sondern nach meiner Überzeugung, weil sie dazu leider nicht wie die katholische Kirche die entsprechenden Voraussetzungen mitbringt. Um die in dem Referat angeschnittenen Fragen auch in unserer Kirche und seitens ihrer Gläubigen in entsprechender Klarheit sehen und im politischen Raum verwirklichen zu können, möchte ich darum bitten, diese Rede auf Kosten der Partei sofort drucken zu lassen und in alle evangelischen Pfarrhäuser zu schicken. Die evangelische Kirche ist — ich kann es nicht anders sehen — guten Willens. Ich weiß, daß meine Amtsbrüder heute bei der ungeheuren Schwere ihrer Aufgabe angesichts der sozialen Not ihrer Gemeinden nicht das Rückgrat einer geschlossenen Kirche hinter sich, um sich und in sich haben wie die Schwesterkirche. Damit sie aber nun in ihrer Not von uns gestärkt und ausgerichtet werden und in den wenigen Stunden ihrer Muße im Pfarrhaus — es sind nur noch wenige Stunden — diese geistige Speise genießen können, deshalb meine Bitte. Dann habe ich die Hoffnung, daß auch in den Bereich des evangelischen Christentums die Erkenntnis eindringen werden, die wir brauchen, um in der Öffentlichkeit das Gewicht zu bekommen, das wir nicht haben können, wenn sich die evangelischen Christenmenschen dieser Aufgabe nicht hundertprozentig mit verschreiben.

Dr. Friedensburg:

Auch mir scheint es richtig, vom evangelischen Standpunkt ein kurzes Wort zu sagen, und zwar vor allen Dingen zu den Ausführungen unseres verehrten Bundeskanzlers von gestern, die sich gegen den Kirchenpräsidenten Niemöller und gegen die von ihm vertretene Auffassung in der Frage der Verteidigung Deutschlands gegen den Bolschewismus richteten. Als einer der Verteidiger Berlins und als Mitglied der Bekennenden Kirche glaube ich einige Legitimation zu haben, wenn ich feststelle, daß die vom Kirchenpräsidenten Niemöller vertretene Richtung eine kleine Minderheit in unserer protestantischen Kirche darstellt (großer Beifall), eine so kleine Minderheit, daß ich mich frage, ob man ihr gestern nicht fast ein wenig zuviel (Zwischenruf: Zuviel Ehre!) Ehre und Bedeutung geschenkt hat. Ich möchte ausdrücklich feststellen, daß die große Mehrheit meiner evangelischen Freunde die Abwehr des Bolschewismus als eine zwingende Notwendigkeit erkennt und bereit ist, sich für diese Notwendigkeit auch mit Leib und Leben einzusetzen. (Großer Beifall.) Auch Berlin hat nicht allein gehalten werden können mit Gebeten und Reden (Zwischenruf: Sehr wahr!), sondern Berlin hat nur gehalten werden können, weil wir entschlossen gewesen sind, auch das Äußerste, auch das Leben und die Gesundheit einzusetzen. (Beifall.) Meine Freunde, wir haben heute in dem Referat von Herrn Dr. Stier uns zurückversetzt in die große geschichtliche Tradition, in der auch unsere Bewegung steht. Gestatten Sie, daß ich in diesem Zusammenhang noch besondere geschichtliche Erinnerungen wachrufe. Seit bald 2000 Jahren steht das christliche Abendland immer wieder unter der Gefahr, von den zerstörerischen, formlosen Kräften des Ostens überschwemmt und zerstört zu werden. Wenn die Hunnen von den Goten und Franken, wenn die Ungarn wenig später von den deutschen Sachsenkaisern, wenn

die Mongolen von den schlesischen Rittern vor Liegnitz zum Stehen gebracht worden sind, wenn die Türken vor Wien gestanden haben und auch von den versammelten Kräften des Abendlandes haben aufgehalten und zurückgeworfen werden können, so wissen wir, daß man das nicht mit einem pietistischen Hinnehmen geschafft hat, auch nicht damit, daß man pazifistische Waffenlosigkeit gepredigt hat, sondern damit, daß man für seinen Glauben, für seinen Frieden sich auch mit der Waffe zur Wehr gesetzt hat. (Beifall.) Wir wissen, daß hier große, schwere und ernste Probleme angeschnitten werden. Mir liegt es nur daran, festzustellen, daß dieser Kampf, seit 2000 Jahren hin- und herwogend, heute einmal wieder eine neue Krisis erreicht, daß wir Deutsche und gerade wir deutschen Christen verpflichtet sind, in diesem Kampf uns zu entscheiden und daß diese Entscheidung nicht nur in den Studierstuben und nicht nur am Schreibtisch eines Innenministeriums und nicht von der Kanzel irgend einer Kirche entschieden werden kann, sondern damit, daß wir uns zur Wehr setzen gegen Kräfte, die nur der Macht gegenüber Respekt empfinden. Wenn wir den Frieden wollen, so glauben wir, daß wir gerade durch eine solche Haltung am allerbesten dem Frieden dienen werden. (Beifall.)

Heimbluth:

Wir wissen alle aus Erfahrung, daß wir überarbeitet sind und nicht genügend Mithelfer haben. Woran liegt das? Vor 14 Tagen erschien im „Rheinischen Merkur“ ein Artikel: „Die Blutarmut der CDU!“ Es ist in diesem Artikel auch die Folgerung gezogen worden, daß die CDU keine Angriffslust habe, daß sie immer in Verteidigungsstellung stehe und anscheinend nicht genügend revolutionäre Ideen habe. Ich bin nicht dieser Meinung, denn nach meinem Dafürhalten gibt es keine revolutionärrere Idee in der Welt als die Forderung des Christentums „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst!“ Wir haben auch in unserem Parteiprogramm genügend revolutionäre Ideen. Ich denke beispielsweise an unser Ahlener Programm. Woran liegt es also, daß wir doch die große Masse nicht so begeistern können? Liegt es nicht vielleicht daran, daß wir bisher nicht deutlich den Willen gezeigt haben, diese Ideen auch zu verwirklichen? Wir müßten hier uns klar und einig werden darüber, daß wir — und wir verkennen nicht, daß manche Einflüsse bisher die Verwirklichung dieser Ideen verhindert haben — es ausstrahlen in die Öffentlichkeit, daß wir alle entschlossen sind, diese Ideen zu verwirklichen. Dann wird man nach meinem Dafürhalten in späterer Zeit von einer „Blutarmut der CDU“ nicht mehr reden können. (Beifall.)

Radel:

Unser Freund Stier hat in dem ersten Teil seines Referats sehr eindringlich über die Gefahren gesprochen, die von der Sozialdemokratie und vom Sozialismus her drohen. Ich meine, damit hat er aktuell Recht. Aber vergessen wir nicht, daß in denen, die sich heute zum Sozialismus bekennen, auch ein sehr lebendiger sozialer Wille lebendig ist. Wir, die wir aus dem Osten kommen, wissen sehr genau, welche Gefahren im Sozialismus oder — ich möchte deutlicher sprechen — im Marxismus liegen. Aber damit wir dieser Gefahren wirklich Herr werden, ist die allerwichtigste Aufgabe, die wir haben, unser ganzes politisches Denken und Tun mit intensivster sozialer Gesinnung zu durchtränken und zu zeigen, daß das soziale Wollen nicht nur da drüben gut aufgehoben ist, sondern sehr gut auch bei uns . . . (großer Beifall). Den geschichtlichen

Auftrag, der uns erteilt ist, haben wir seit fünf Jahren, und erst jetzt sind wir so weit gekommen, daß wir beginnen, eine Parteiorganisation, eine gesamtdeutsche Partei zu schaffen, die diesen Auftrag auch wirklich erfüllen kann. Wir haben fünf Jahre Zeit dabei verloren und niemand, glaube ich, hat das mehr bedauert als wir und unsere Freunde, die heute noch in der Sowjetzone leben, die darauf gewartet haben in den vergangenen Jahren, daß sie durch eine gesamtdeutsche Union den Rückhalt bekommen und die Unterstützung, die sie in ihrem Kampf so notwendig brauchten. (Beifall.) Wir haben den geschichtlichen Auftrag vernommen, nun müssen wir dafür sorgen, daß diese Parteiorganisation auch wirklich so wird, daß sie den geschichtlichen Auftrag übernehmen kann. Jeder von uns, der im Leben der Partei steht, weiß, wieviel bei uns daran fehlt, um für unser Gedankengut wirklich den Letzten im Volke zu interessieren. Worauf es ankommt, ist, daß wir nun wirklich bis zum Letzten im Volke hinunterkommen. Nur so vermögen wir auch das Volk davon zu überzeugen, daß die Arbeit, die unsere Parteifreunde in so schwierigen Situationen zu leisten haben, auch wirklich im Volke anerkannt und vom Volke positiv mitgemacht wird. Es hat uns und ich glaube, alle, die über den Rundfunk in der Sowjetzone noch hören konnten, was gestern abend der Bundeskanzler hier gesagt hat, besonders gefreut, mit welcher Leidenschaft das Bekenntnis zur deutschen Mitte und zum deutschen Osten ausgesprochen und zu einem Anliegen unserer Gesamtpartei gemacht worden ist. Vor 1000 Jahren sind unsere Vorväter schon einmal dort hinüber gegangen und haben dieses Land für christliche deutsche Menschen gewonnen, für ein christliches Reich deutscher Nation. Ich glaube, es liegt ein besonderer Sinn darin, daß heute, wo uns dieselbe Aufgabe gestellt ist, gerade eine politische Bewegung mit betont christlicher Grundhaltung die erste Verantwortung für den neuen deutschen Staat trägt; genau so, wie wir damals dieses Land und die Menschen für ein christliches Deutschland gewonnen haben, mit genau demselben Eifer müssen wir uns auch heute wieder dafür einsetzen, denn da drüben, da liegt das Land mit den Domen von Magdeburg und Naumburg und mit der Wartburg. Jeder von uns weiß, was das für Deutschland und für die deutsche Geschichte bedeutet, und das müssen wir zurückholen. Das ist für unsere praktische politische Arbeit der geschichtliche Auftrag Nummer 1. (Beifall.)

Simpfendorfer:

Die CDU ist nicht gegründet worden als Gegenposition zum Kommunismus, sondern als Gegenposition zum Nationalsozialismus, und da ist sie gegründet worden nicht im Jahre 1945, sondern schon in den Jahren 1933 bis 1945. Im Jahre 1945 wurde nur der Schlußpunkt unter eine Entwicklung gesetzt. Das bedeutet, daß im Jahre 1945 der Nationalsozialismus nicht nur als politische Bewegung zusammengebrochen ist, sondern auch als geistige Bewegung. Der Nationalsozialismus hat ja den Menschen, den autonomen Menschen, den an keine sittliche und keine religiöse Bindung gebundenen Menschen auf den Thron gesetzt. Und damit verbunden war die Vergötzung des Menschen, die Vergötzung des Staates, die Vergötzung des Blutes, und damit war eine geistige Entwicklung abgeschlossen, die von der Renaissance über den Liberalismus zum Marxismus geführt hatte. Im Jahre 1945 ist diese Bewegung zusammengebrochen und damit die Herrlichkeit des Menschentums. Es hat sich gezeigt, daß Humanität ohne Gottesglauben immer zur Bestialität führt. Wenn wir Gott in den Mittelpunkt aller Ordnungen und aller

menschlichen Beziehungen stellen, dann bedeutet das, daß der Staat nicht die Schöpfung des Menschen ist, sondern daß er göttlicher Ordnung ist. Damit ist seine Würde, aber auch seine Begrenztheit gegeben. Der geschichtliche Auftrag der CDU besteht nicht in Restauration und Reaktion, sondern er bedeutet Integration, d. h. Neuaufbau aller menschlichen Beziehungen und aller menschlicher Ordnungen in ihrer Bezogenheit auf Gott und den Bruder. Daß dies ein geschichtlicher Auftrag ist, sehen wir auch daran, daß diese Verpflichtung heute nicht nur in Deutschland erkannt wird, sondern in der ganzen Welt. Es ertönt heute der Ruf nicht nur durch Deutschland, sondern durch die ganze Welt: Christen an die Front! — Gehen sie nicht an die Front, dann wird die Welt untergehen. Gott gebe uns, daß wir uns an dieser Front bewähren! (Beifall.)

Dr. Six:

Was uns nach den hervorragenden Ausführungen der Herren Dr. Stier und Abg. Kiesinger bewegt, ist die Frage: Wie schaffen wir die CDU zu dem Instrument, das diesen geschichtlichen Auftrag erfüllen kann? Wir brauchen ein viel schärferes Profil unserer Partei. Haben wir eine Idee von der Demokratie, die das deutsche Volk braucht, nicht von der Demokratie im allgemeinen, sondern von der, die der Eigenart und dem geschichtlichen Werdegang unseres Volkes, die vor allem seiner Ordnungsliebe entspricht? Wenn wir sie nicht haben, müssen wir sie in unserer Partei erarbeiten. Haben wir ein klares Bild vom Staate? Haben wir eine klare Staatsidee? Sind wir imstande, wenn eines Tages die Frage nach der Umwandlung des Grundgesetzes zu einer endgültigen Verfassung entstehen wird, hier einheitlich und sofort uns geschlossenen ein Bild vorzulegen, für das das deutsche Volk sich begeistern kann? Der Staat ist für unser Vaterland, historisch gesehen, immer die Verkörperung einer gewissen Macht und eines gewissen Glanzes, ein Abbild des Reiches, von dem es immer geträumt hat, nicht nur ein Dämon, vor dem wir uns fürchten müssen. Haben wir ein klares Bild einer sozialen Neuordnung, deutlich verschieden und abgehoben vom Liberalismus, aber ebenso deutlich und verschieden vom Sozialismus? Wie kommen wir zu diesen Dingen? Ausgangspunkt ist eine straffere Organisation unserer Partei. (Sehr richtig — Beifall.) Wir sind in Gefahr, über den föderalistischen Gedanken immer zu vergessen, daß ein Zentrum da sein muß für Organisation und für geistige Arbeit. (Beifall.) Nur, wenn wir eine straffe Organisation, nur wenn wir ein Studium-Zentrum, nur, wenn wir Kommissionen für Grundsatzfragen, für staatspolitische Fragen haben, die zusammenarbeiten, einheitlich geleitet werden und wo ein arbeitsfähiger Vorstand dann die Entscheidung trifft, das politische Führungsgremium darstellt, werden wir diesen Aufgaben gerecht werden. Und es fehlt uns noch eines, das wir unbedingt erringen müssen: das ist Parteibewußtsein und Parteistolz. (Beifall.) Nur, wenn wir das Bewußtsein haben, daß in der CDU einer für den anderen sprechen kann, der Katholik für den Protestanten und umgekehrt, der Bauer für den Handwerker und umgekehrt, der Unternehmer für den Arbeiter und umgekehrt, wenn wir dieses gegenseitige Vertrauen und diesen Willen haben, dann werden wir das Instrument schaffen, das unsere Aufgabe erfüllt. Und dann werden wir stolz auf unsere Partei sein können. (Großer Beifall.)

Hinweiser:

Wenn wir das Abendland in der großen Auseinandersetzung zwischen Ost und West verteidigen wollen, dann kann dies nur mit christlichen

Kräften in der ersten Front geschehen. Die beiden christlichen Kirchen müssen die Menschen aber vornehmlich aus ihrer dogmatischen Haltung ansprechen. Wir als CDU haben die Pflicht, darüber hinaus zu gehen. Wir haben in den Ostgebieten erlebt, daß Menschen oft genug über die CDU hinweg wieder die alte Bindung zu ihren Kirchen aufgenommen haben. Denken wir auch daran, daß wir beispielsweise Freunde im jüngeren Lager haben, die wir dann am ehesten ansprechen, wenn wir die allgemeinen religiösen Grundsätze, die wir im Christentum vertreten, auch bei ihnen mobil machen. Immer nur Menschen anzusprechen, die schon bei uns sind, ist für eine politische Partei, wie die Union, eine Selbstverständlichkeit. Wir müssen aber auch mit den anderen in Berührung kommen und müssen ihnen diese christliche Haltung zeigen. Wir müssen uns absetzen von denen, die sagen, Christentum sei Privatsache. Wir wollen überall Christen sein und das auch auf der politischen Ebene. (Beifall.)

Harst:

Wir haben das Anliegen, daß das, was hier auf dem Parteitag gesagt wird, in einem Manifest oder einer Botschaft oder wie man es sonst nennen will, zusammengefaßt wird, daß es auf Flugblättern gedruckt wird und daß wir die Möglichkeit haben, diese von hier oder von Berlin aus hineinzuschleusen in die Sowjetzone. Die Freunde in der Zone sehen auf diesen Parteitag, sehen vielleicht mehr auf ihn als die Freunde hier in der Bundesrepublik. Wir möchten, daß ein Wort gesagt wird über die Möglichkeit und den Sinn einer christlichen Politik. Unsere Freunde in der Ostzone sind durch die wahnsinnige Politik der Nuschke-CDU dazu veranlaßt worden, weithin irre zu werden an der Möglichkeit und dem Sinn einer christlichen Politik. Auch unsere Freunde in der Sowjetzone verfolgen den Fall Niemöller. Auch dazu muß etwas gesagt werden. Dann haben wir von der Sowjetzonen-CDU, der legitimen und legalen Sowjetzonen-CDU, das Anliegen, daß die CDU in der Bundesrepublik eine starke Organisation wird, damit sie die ihr gesetzten Aufgaben erfüllen kann. Wir halten es darum für richtig, daß die Mitgliederwerbung fortgesetzt und in stärkstem Maße durchgeführt wird, denn nur mit einer starken Mitgliedschaft werden wir die Aufgaben bewältigen können, die uns gestellt sind.

Ein besonderes Wort muß auch an die Arbeiterschaft gerichtet werden. Wir müssen davon abkommen zu glauben, daß die Arbeiterschaft ein für allemal die SPD wählen wird. Wir müssen der Arbeiterschaft eine neue politische Heimat geben. Ein besonderes Wort gelte ferner der Jugend. Und in aller Deutlichkeit möge auch ein Wort an unsere Freunde in der Sowjetzone gesprochen werden, die nichts heißer ersehnen als ein einiges deutsches Vaterland in Recht und Freiheit. (Beifall.)

Jim meck:

Unser Ideal ist der Mann und die Frau, die in ihrem Berufe gezeigt haben, daß sie das Leben meistern, und die dabei auch noch den Drang haben, sich in der Öffentlichkeit an kleiner oder an größerer Stelle zu bewähren. Daneben stehen in unserer Skala der Familienväter und die Familienmutter, die unverbrüchlich aneinander festhalten und ihre Kinder für die Zukunft erziehen. (Beifall.) In der Familie haben wir ein Ideal, das die anderen Parteien, das weder die Demokraten noch die Sozialdemokraten in seiner wirklichen Bedeutung erkennen. Die Familie ist wichtiger als der Staat. (Beifall.)

Der Nachmittag des zweiten Tages war der Erörterung kulturpolitischer Fragen vorbehalten. Zunächst sprach

Staatssekretär Frau Dr. Mathilde Gantenberg, Mainz
über das Thema

Der kulturpolitische Auftrag der CDU

Es ist Programm und Ziel der CDU das öffentliche Leben auf demokratischer Basis nach christlichen Grundsätzen zu prägen und zu gestalten. Das gilt für jedes Teilgebiet des öffentlichen Lebens, für das wirtschaftliche, das politische, das soziale. In keinem dieser Bezirke aber stößt sich der Gegensatz der Weltanschauungen so hart wie im kulturellen, auf keinem Gebiet ist die Forderung auf klare Entscheidung und Gradlinigkeit so unerbittlich wie im Bereich der Kulturpolitik.

Wir haben darum konsequenterweise immer betont, daß die Gestaltung des kulturellen Lebens uns besonders wichtig, daß die Kulturpolitik das Herzstück der CDU-Arbeit überhaupt sei. Wenn wir die Beweggründe untersuchen, die Mitglieder und Wähler in unsere Reihen führen, so werden wir am häufigsten jene finden, die auf Ordnung und Gestaltung des kulturellen Lebens zielen. Die stärkste Übereinstimmung, die wärmste Zustimmung zeigt sich uns immer im Kampf um die christliche Erziehung, um den Schutz der Kirche, um die sittlich saubere Haltung in Kunst und Schrifttum.

Natürlich ist Kulturpolitik weithin abhängig von der Politik in den übrigen Lebensbereichen: Ohne eine gesunde Wirtschaftspolitik, ohne eine klare Erfassung der sozialen Situation und den ernsthaften Willen und die ernsthafte Tat zur Schaffung erträglicher sozialer Verhältnisse, ist Kulturpolitik ein im leeren Raum haltlos Schwebendes.

Dies vorausgestellt — ohne im einzelnen darauf eingehen zu können — geht es um die Frage: Woraus ist die Kulturpolitik der CDU herzuleiten und wodurch wird sie bestimmt?

Wenn uns in der Verworrenheit der Zeit eins klar ist, dann dies, daß wir in einer Zeitwende stehen, in einem gigantischen Kampf widerstrebender Kräfte, für die sich die Fronten wohl auch nach politischen Grenzen, aber nicht einfach nur nach der Formel Ost-West abzeichnen.

In dem Kampf, in dem wir heute stehen, geht es nicht um ein Teilgebiet der menschlichen Existenz, um wirtschaftliche, soziale, politische, soziologische Entscheidungen allein, sonder es geht um die menschliche Existenz überhaupt, um den Menschen selbst, um seinen Wert, um seinen Adel, um seine Freiheit und dieser Kampf wird nicht im politischen Raum allein, sondern auch in uns selber, in jedem einzelnen von uns ausgekämpft. Es geht darum, ob der Mensch ein Rädchen in einer Staats- oder Wirtschaftsmaschine ist, oder lebendiges Glied einer lebendigen Gemeinschaft, ob er anonyme Zahl in einer Masse ist oder Individuum, ein Unteilbares, ob er „Reflexsystem“ ist, das vom Staat gesteuert und diesem dienstbar gemacht wird, (wie ein englischer Physiologe von dem Menschenbild des offiziellen Rußland sagt) oder ob er ein seiner selbst bewußtes und sich selbst verantwortliches Geistwesen ist, es geht darum, ob er ein Nichts ist oder ob jeder einzelne der einmalige, unwiederholbare, unersetzbare Ausdruck eines göttlichen Schöpfergedankens.

Dieser Kampf um den Menschen wird heute und morgen entschieden und mir scheint es die Aufgabe der Kulturpolitik der CDU zu sein, für

diesen Kampf die geistigen Waffen zu schmieden, alle geistigen Kräfte wachzumachen, sie appellierend anzurufen und zu stärken. Nach dem unsagbar tiefen Abfall des Menschen im Faschismus und Kollektivismus ist es unsere Aufgabe, das Bewußtsein von dem echten Menschenwesen lebendig zu machen. Kultur kann nur sein, wo Achtung vor dem Geheimnis ist, das wir menschliche Persönlichkeit nennen. Diese Ehrfurcht leuchtet über dem Menschenbild des Humanismus, wenngleich hier der Mensch in der bloßen Naturwirklichkeit gesehen wird, gesehen als Mikrokosmos, der das Universum erkennend und liebend umfassen kann, Spiegel, in dem das All sich reflektiert. Der Humanismus sieht den Menschen als Geistträger, als Person, durch die das Geistige durchklingen will: Personare. Wie viel strahlender wird diese Ehrfurcht vor der menschlichen Persönlichkeit, wenn sie vom Licht der Transzendenz durchglüht ist. Für den Christen ist der Mensch mit dieser königlichen Würde gekrönt, Gottes Ebenbild, Gottes Kind, durch Christus erlöst zu sein. Der Christ weiß aber auch darum, daß diese königliche Würde des Menschen durch ihn selber ständig bedroht, daß die Gottesebenbildlichkeit durch die Erbschuld beschattet, daß die Gotteskindschaft dankbar ergriffen aber auch mit Undank abgelehnt werden kann, und daß auch die Erlösung durch Christus die menschliche Freiheit nicht aufhebt, sich dem Erlösungswerk zu versagen. Von diesem Menschenbild aus nimmt die christliche Kulturpolitik in ihrem gesamten Bereich Maßstäbe und Ziele.

Ich möchte aus dem Gesamtbereich einige Teilgebiete herausheben. Zu den von der CDU vertretenen Grundsätzen gehört das Recht der Eltern auf Erziehung ihrer Kinder. Dieses Elternrecht ist im Naturrecht begründet, ist unabdingbares Menschenrecht.

Je differenzierter ein Lebewesen ist, umso länger dauert seine Entwicklung, umso weniger ist mit Zeugung und Geburt die Aufgabe der Eltern abgeschlossen.

Der Mensch ist bei seiner Geburt von allen Lebewesen das hilfloseste und unfertigste. Die erzieherische Aufgabe der Eltern (die eine Vollendung von Zeugung und Geburt ist), die Pflicht zur Erziehung dauert bis der junge Mensch körperlich, geistig, sittlich und wirtschaftlich selbständig und mündig wird. Aus dieser Pflicht zur Erziehung und soweit sie wahrgenommen wird, leitet sich das Recht her, das erste und ursprüngliche Recht der Eltern, Weg und Art der Erziehung zu bestimmen. Ein Recht, das wie jedes Menschenrecht seine Grenze da findet, wo die Berechtigung des Mitmenschen die Grenze setzt. Die Kompliziertheit unseres Lebens, die Vielfältigkeit unserer Schulungsbedürfnisse machen es unmöglich, daß die Eltern alle Schulungs- und Erziehungsarbeit allein leisten können. Einrichtungen für Erziehung, Schulen, Lehranstalten müssen ihnen helfen, ihre Maßnahmen auch subsidär zu unterstützen. Da somit alle diese Einrichtungen zur Erziehung nur stellvertretend für die Eltern eintreten, erhalten sie von den Eltern Auftrag und Weisung. Das Naturrecht der Eltern wird in der Charta der Menschenrechte, die die Vereinten Nationen mit Ausnahme Rußlands und seiner Satellitenstaaten am 10. 12. 1948 unterschrieben, ausdrücklich als solches anerkannt. Es ist im Grundgesetz und in Länderverfassungen verankert.

Nun ist aber das Kind nicht nur Glied der Familie, sondern auch künftiger Staatsbürger. Der Staat hat als Hüter des Gemeinwohls das Recht und die Pflicht, an die Erziehung des künftigen Staatsbürgers An-

forderungen zu stellen, soweit Bestand des Staates, Funktionieren seiner Wirtschaft, Höhe seines Kulturstandes garantiert werden müssen. Darum kann und muß er Schulen errichten, kann und muß er an diese Schulen in Bezug auf Lernstoff, Leistungshöhe und Methode Forderungen stellen und Verwaltungsbestimmungen erlassen. Er kann aber nicht sich in Widerspruch zu dem Recht der Eltern stellen und zu dem von ihnen gewollten Erziehungsziel. Er kann nicht einmal den Eltern ihre Erziehungspflicht — soweit sie sie erfüllen wollen und können — gegen ihren Willen abnehmen. Das heißt ein Schulmonopol des Staates ist mit der konsequenten Bejahung des Elternrechtes unvereinbar. Dem trägt das Grundgesetz und tragen die Landesverfassungen durch die Zulassung von Privatschulen Rechnung.

Für den Christen erfährt das Elternrecht zwar keine Änderung des naturrechtlichen Charakters wohl aber eine wesentliche Vertiefung. Für den Christen ist Gott Schöpfer aller Dinge, Schöpfer aller Menschen, höchste Autorität im wahren Sinne des Wortes, das sich von auctoritas — Urheberschaft herleitet. An dieser Autorität, an dieser Schöpferkraft haben die Eltern Anteil, daß sie das Kind zeugen und gebären können. Christlichen Eltern ist das Kind ein Geschenk Gottes, ein göttliches Pfand, das sie ihm wieder zuführen, dessen Seele sie für ihn erschließen müssen. Daher bekommt die Erzieherpflicht der christlichen Eltern eine besondere Verantwortung, eine besondere Richtung: Erziehung ist ihnen nicht nur bürgerliche Pflicht, sondern tiefste Wissensverpflichtung, an deren Ausübung im Sinn und nach der Vorschrift ihres Gewissens, sie keine Macht hindern darf. Eine Behinderung würde dem Grundrecht der Gewissensfreiheit Abbruch tun.

Noch eins leitet sich für den Christen aus der Tatsache des Christseins her: In der Taufe wird das Kind im Hl. Geiste wiedergeboren, das heißt, es empfängt in der Taufe ein neues Leben, das übernatürliche Leben der Gnade. Diese zweite Geburt geschieht durch die Kirche und darum hat die Kirche im übernatürlichen ein ebenso ursprüngliches Recht auf die Erziehung des Kindes, soweit sie zu seiner übernatürlichen Bestimmung führt, wie im Bereich des Natürlichen die Eltern es Kraft der natürlichen Geburt haben.

Je entschiedener wir für das Elternrecht, für die Zuständigkeit der Eltern in grundsätzlichen Entscheidungen eintreten, umso klarer müssen wir auch betonen, daß für Verwaltungs- und Organisationsfragen die Zuständigkeit bei den Stellen liegt, die mit Sachkenntnis und dem notwendigen Überblick über allgemeine Belange und Notwendigkeit dafür berufen sind. Mißverständene sogenannte Elternrechte können das echte nur gefährden.

Und mir scheint, daß eine Partei, die sich zum Elternrecht so stark bekennt, damit die Verpflichtung übernimmt, die Eltern für eine sinnvolle und fruchtbare Wahrung dieses Rechtes zu schulen, dafür zu sorgen, daß das Interesse der Eltern sich nicht auf Abwehr und fruchtlose Kritik beschränkt, im Negativen stecken bleibt. Daß es ihnen und uns nicht nur wichtig ist, daß Religionsunterricht in den Schulen erteilt wird, sondern wie er erteilt wird. Es darf uns nicht genügen, für den weltanschaulichen Charakter der Schule zu kämpfen, sondern um den Gehalt der Schule überhaupt. Kardinal Newman schreibt in einem Brief vom 2. 11. 1882 an Lord Bray: „Ich empfinde im Augenblick schwer ... was man Nihilismus in der katholischen Gemeinschaft und ihren Leitern nennen kann. Sie verbieten, aber führen und schaffen nicht.“ Es will

auch heute scheinen, als blieben wir Christen oft, als bliebe auch die CDU oft im Verbieten, d. h. im Ablehnen stecken und als überließen wir das Führen den andern. Das Führen, zu dem aber wir berufen sind kraft des reichen Besitzes der richtunggebenden Weisheit unseres Glaubensgutes, berufen kraft des Vertrauens unserer Wähler, die uns zur stärksten und damit maßgebenden Partei der Bundesrepublik machen. Die Pflicht zur Führung, im weiten Raum der Erziehung und Volksbildung, die ernsthafte Auseinandersetzung mit allen Problemen, die sich hier stellen, nicht nur die im Weltanschaulichen sich bewegenden, verlangt von uns nicht nur ein kraftvolles Festhalten an bewährter Tradition, sondern auch offenen Blick und offenen Sinn für die Fragen und Aufgaben unserer geistigen Situation und die aufgeschlossene Bereitschaft sie zu lösen.

Lassen Sie mich einige Fragen der Schulreform besprechen, soweit sie in den Rahmen meines Themas gehören. Wir haben nach 1945 erlebt, wieviel von Schulreform gesprochen wurde. Zwar hat dieser Ruf nicht das lebhafteste Echo in weiten Kreisen der Bevölkerung gefunden, das man um der Sache willen gewünscht hätte. Das lag wohl daran, daß die damalige Not um die Erfüllung der primitivsten Lebensbedürfnisse, um Nahrung, Kleidung und Wohnung, das Interesse für die geistigen Probleme lähmte. Und es war bezeichnend, daß vielfach die Aufgaben der Schulreform im Organisatorischen gesehen wurde, ja daß rein organisatorische Fragen zu weltanschaulichen und politischen Fragen wurden. Wie steht es heute mit der Schulreform? Man kann oft die Meinung hören, man solle mit den Experimenten aufhören, man solle der Schule erst einmal Ruhe lassen, denn nur in Ruhe und Besinnlichkeit könne Schularbeit und geistige Arbeit fruchtbar geleistet werden. Daran ist richtig, daß Stetigkeit in der Schule notwendig ist. Sie scheint im großen und ganzen in den westdeutschen Ländern jetzt erreicht zu sein; soweit es sich um Organisationsfragen der Schule handelt, hat man sich in den verschiedenen Ländern — wenn auch nicht endgültig, so doch vorläufig — festgelegt auf eine bestimmte Dauer der Grundschule von hier vier und dort sechs Jahren, man ist bei der Pflichtzahl von acht Volksschuljahren vorläufig geblieben und versucht vorsichtig Erfahrungen zu sammeln mit einem zunächst freiwilligen neunten Schuljahr. Die Berufsschule hat theoretisch drei Jahre, und man ist überall auf dem Wege, weitere Berufsschulen einzurichten, sie durchzugliedern und auszubauen. Auf dem Gebiet der höheren Schule sind im großen und ganzen die Schultypen in drei Grundformen festgelegt, dem humanistischen Gymnasium, dem neusprachlichen Gymnasium und dem naturwissenschaftlichen Gymnasium. Diese drei Typen betonen jeweils eine der drei Bildungskräfte, die außer dem allen gemeinsamen christlichen Ideengut unser heutiges Weltbild bestimmen: Die Antike, das Europäertum und das naturwissenschaftliche Denken. Für diese Schultypen sind Studentafeln und Lehrpläne ausgearbeitet und der pädagogischen Praxis zur Erprobung übergeben.

So ist mancherlei in der Organisation der Schule schon geleistet. Aber die Organisation ist nicht das Wesentliche. Und die Forderung nach Ruhe könnte gefährlich werden, wenn man glaubt, es sei nun alles in Ordnung. Die innere Schulreform ist das Wesentliche und für sie muß noch beinahe alles getan werden. Die innere Schulreform, wie wir sie wünschen, muß sich richten nach dem vorhin gezeichneten Menschenbild. Unsere Erziehung meint den ganzen Menschen, seine Verantwort-

tung für sich, für seinen Mitmenschen, für die Gemeinschaft. Wir bilden seinen Geist zu Klarheit und Urteilsfähigkeit, seinen Charakter zu Zuverlässigkeit, Wahrhaftigkeit und Treue und sein Gemüt zu Ehrfurcht und Mitgefühl. Den ganzen Menschen, das meint alle seine Kräfte. Vielleicht haben wir zu sehr und zu einseitig bisher in unserer Schule den intellektuellen Typ bevorzugt und nicht genug beachtet, daß Begabung vielgestaltig sein kann: die künstlerische, die zeichnerische, die musikalische, die manuelle, die technische. Alle geistig-seelischen Kräfte haben das gleiche Recht auf Entwicklung. Wenn wir uns in der Schule daran gewöhnten, alle diese Kräfte als gleichwertige menschliche Kräfte anzusehen und sie zu fördern, dann würden wir einen doppelten Gewinn erzielen, die Schule würde vielgestaltiger und lebendiger und die Kinder würden glücklicher und froher. Da jedes Kind, mit ganz wenig Ausnahmen, auf irgendeinem Gebiet etwas leistet, gäbe es viel weniger sogenannte „dumme“ Kinder, und wir vermieden damit die große Gefahr, das Kind zu entmutigen und ihm Minderwertigkeitsgefühle anzuerziehen. Was das für die spätere Entwicklung eines Kindes bedeutet, für seinen Erfolg in Beruf und Leben, für die glückliche Beziehung in Freundschaft und Liebe, weiß jeder, der einen durch Minderwertigkeitsgefühle geplagten und gehemmten Menschen kennt.

Die zweite Forderung, die wir an die Schule stellen, ist die, daß die Schule die Kinder und Jugendlichen zu echtem Gemeinschaftssinn erzieht. Das Gegeneinander von Einzelpersönlichkeiten und Masse muß aufgehoben werden in echter Beziehung des einzelnen zur Gemeinschaft. Daraus ergibt sich für die Schule die Forderung: Das Kind wird dazu erzogen, daß es die Abhängigkeit des einen vom anderen spürt, daß es lernt, wie man in der Gruppenarbeit mit gegenseitiger Hilfe weiterkommt; es muß den Ansporn erfahren, der in dem Wettstreit der Gruppe sich edler auswirkt als in kleinem persönlichem Ehrgeiz. Das alles kann durch viele erzieherische Kleinigkeiten erreicht oder doch angestrebt werden: Durch die Aufteilung einer Arbeit an eine Gruppe, die nach verschiedenen Begabungen zusammengesetzt ist, und wo jeder den ihm gemäßen Teil der Arbeit übernimmt, durch gemeinsame Sorge für die Ordnung und die Verschönerung der Klasse, durch die Weckung der Spielmoral, die ohne Übermut gewinnen und ohne Bitterkeit und Ärger verlieren läßt. Die langsame Gewöhnung an die Schülerselbstverwaltung weckt das Verantwortungsgefühl jedes einzelnen für die Gesamtheit, sei es die der Klasse oder die der Schule. Der Lehrer kann, ja mußte manche Aufgabe, die er bisher selbst wahrnahm, auf die Schüler übertragen, zum Beispiel Aufgaben der Ordnung, der Aufsicht, der Disziplin. Er möchte dadurch nicht nur sich selbst freier für wichtigere Dinge, er würde auch die Schüler einsichtig machen für die Notwendigkeit der Ordnung. Sie werden selber die Forderungen für gerechtfertigt und wichtig halten, die sie bisher vielleicht als lästigen Zwang ansahen, und sie werden sich selbst dafür einsetzen und Verantwortung übernehmen.

Das ist dann der beste Weg zur staatsbürgerlichen oder politischen Erziehung, die ich als dritte Forderung für die innere Schulreform aufstellen möchte. Wenn wir nach dem totalen Zusammenbruch unseres Staatslebens wieder zu geordneten und klaren staatlichen Verhältnissen kommen wollen — und das wollen alle, die Deutschland und das deutsche Volk lieben — dann müssen wir erreichen, daß der Bürger sich wieder verantwortlich fühlt für seinen Staat, daß er den Staat, seine Verfas-

sung, seine Gesetze, seine Existenz sichert und garantiert, in dem er den Staat mitträgt und sich für ihn mitverantwortlich fühlt.

Das muß in der Schule und bei der Jugend beginnen und sich aus den kleinen Gemeinschaften auf die großen erstrecken: Von der Klasse zur Gemeinde, zum Land, zum Bund, zur europäischen Völkergemeinschaft.

Diese drei Forderungen:

Individuelle Beachtung aller Kräfte und Fähigkeiten,
Pflege des Gemeinschaftssinnes,
Staatsbürgerliche Erziehung,

setzen eine Lehrerpersönlichkeit voraus, für die diese Forderungen Herzenssache sind, eine Lehrerpersönlichkeit, die die ganze Kraft voll an ihre Erfüllung setzt. Aber auch die beste Lehrerpersönlichkeit kann nur Erfolg haben, wenn wir ihr die notwendigen Vorbedingungen erfüllen: Eine gute eigene Ausbildung, vor allen Dingen in Psychologie und Pädagogik, Schulräume, in denen sich die Kinder wie in einem Heim, nicht wie in einer Kaserne fühlen, und die Abschaffung der überfüllten Klassen, in denen das einzelne Kind in der Masse untergehen muß.

Ich möchte noch kurz die Aufgaben und Möglichkeiten der Erwachsenenbildung in das Licht unserer Verantwortung stellen. Es handelt sich dabei vornehmlich um die Volkshochschule und die Volksbüchereien.

Die Arbeit beider Institutionen geht oder sollte gehen in weiteste Volkskreise, sie kann das Bildungsniveau der breiteren Volksschichten heben. Vor allem scheint sie mir wichtig für die politische Bildung unseres Volkes. Wenn wir Deutsche uns in vielen Beziehungen gestrotzt neben die übrigen Kulturvölker stellen können, so sind wir in einem sehr weit unterlegen: In der politischen Reife. Das ist eine Tatsache, die nicht durch die urteilslose Gefolgschaft politischer Scharlatane bewiesen wird, nein, sie beweist sich auch heute täglich. Daß viele Deutsche zur politischen Reife noch nicht gekommen sind — und diese Erscheinung geht durch alle Stände und Klassen — hat seine Ursache in unserer Geschichte und in unserer Veranlagung.

Wir sind geneigt, Politik zu machen aus Illusion und Wunschbildern, statt die Realitäten zu sehen. Wir haben diese politische Unreife teuer bezahlt, so teuer, daß wir nicht schnell genug eine Schulung nachholen, in der uns andere Völker voraus sind, die vor Jahrhunderten begriffen haben, daß das Volk Träger und Gestalter seines Schicksals ist. Zu diesem Schulungsprozeß gehört Einsicht in den Zusammenhang geschichtlicher Verhältnisse, gehören reale Kenntnisse, gehört ein Geschichtsbild, das frei ist von nationalistisch gefärbten Tendenzen, frei von Zwecklegenden, ein Geschichtsbild, das Deutschland und seine Nachbarvölker in ihren realen Beziehungen und Wechselwirkungen sieht und uns nicht gegen die Welt, sondern in die Welt stellt.

Da für die meisten Deutschen ihre Schule für diese Schulung versagt hat, wäre die Volkshochschule der geeignete Ort, diese so notwendige Bildung zu vermitteln. Wir machen ja immer wieder die Erfahrung, daß junge Menschen hungrig sind nach politischem Wissen, aber aus mancherlei Gründen politische Schulung durch eine Partei ablehnen. Die Volkshochschule ist und soll neutral sein, d. h. sie darf keiner Partei als solcher dienen. Es ist unsere Aufgabe dafür zu sorgen, daß in der Volkshochschule Menschen aufgeschlossen werden für politische Einsicht, daß sie für politische Entscheidungen reif werden, daß sie wirklich

wählen können aus selbständigem Urteil heraus. Dann braucht uns nicht bange zu sein, daß die größere politische Bereitschaft uns zugute kommt. Zu diesem Vertrauen berechtigt die Güte und der Wahrheitsgehalt unserer Sache. Aber — ich möchte noch einmal betonen: Es geht darum, daß wir uns um die Volkshochschulen kümmern, daß wir sie nicht den politischen Gegnern überlassen, sondern lebendiger, eifriger, aufgeschlossener uns beweisen als sie es tun im Dienst der Volkshochschule und der Volksbildung. Das Buch aus den Volksbüchereien kann eine noch breitere Wirkung haben als die Volkshochschule. Es kann in jedes Haus kommen, ja es ist so, daß das Buch Grundlage und Wegbereiter für alle weiteren kulturellen Einrichtungen ist. Eine Jugend, die nicht mehr liest, wird weder für Vortragsabende, für ernsthafte Diskussionen noch für Theater zu gewinnen sein. Darum sollte uns die Pflege der Volksbüchereien, des guten Buches ein Anliegen sein. Auch deshalb, weil Schmutz und Schund positiv und dauernd wirksam nur zu bekämpfen sind durch das gute Buch, durch die Heranführung an gehaltvolle Lektüre. Um den Beginn des Jahrhunderts standen Volkshochschule und Volksbüchereien unter dem Motto: Wissen ist Macht. Dies Wort hat seine Berechtigung auch heute. Ich möchte ihm ein anderes, tieferes entgegensetzen, das Wort, das Viktor Hugo gesprochen hat: „Aus dem Wissen erwächst die Gerechtigkeit.“ Nur wer um die Zwiespältigkeit der Dinge weiß, nur wer die Schwierigkeiten der Zusammenhänge kennt, nur wer versteht, wie vorsichtig abgewogen werden muß, um ein objektives Bild zu erhalten, kann gerecht urteilen.

Die Forderungen, die die Kulturpolitik der CDU erheben muß, sind nicht ohne Opfer durchzuführen: Opfer an innerer Bereitschaft und persönlicher Hingabe, erhebliche Opfer auch in finanzieller Hinsicht. Wenn wir die geistigen Kräfte aber wirklich schätzen, dann darf in unserer Not und Armut die Kulturpolitik nicht die Seite des geringsten Widerstandes bei Einsparungen sein. Das müßten alle politischen Gremien der CDU wissen, von der kleinsten bis zur größten Gemeinschaft. Es sollte uns hellhörig machen, daß Faschismus und Bolschewismus für Erziehung, für Kunst und Wissenschaft erhebliche Summen einsetzten und noch einsetzen. Der Bolschewismus weiß, daß diese von ihm sehr zweckbestimmten Summen sich in seinem Sinne verzinsen. Für uns, die wir sie in richtiger Weise verwenden, werden sie erst recht Zinsen tragen und die erheblichsten Mittel für Erziehung und Bildung sind immer noch weit geringer als die für Rüstung auszugebenden. Überdies kann keine Waffenrüstung uns schützen, wenn unsere geistige abendländische Haltung versagt. Es gilt auch im natürlichen Raum, was von höherer Warte gilt: Daß der Mensch nicht allein vom Brote lebt, sondern vom Wort, das aus dem Munde Gottes kommt. Das Wort vom Geist, der lebendig macht.

Nur wenn wir uns die Pflege dieser geistigen Werte angelegen sein lassen, dürfen wir die Zuversicht hegen, daß wir den Kampf bestehen, der dem Wesen des Menschen gilt, daß wir uns und unseren Kindern den Frieden, die Ordnung und die Freiheit sichern, ohne die nicht zu leben und nicht zu atmen ist.

Als Korreferent sprach

Kultusminister Dr. Erwin Stein, Wiesbaden.

In seiner im Jahre 1927 gehaltenen Rede über „Das Schrifttum als geistiger Raum der Nation“ hat Hugo von Hofmannsthal den Begriff der „konservativen Revolution“ geprägt. Er hat darin gesagt: „Der Prozeß, von dem ich rede, ist nichts anderes als eine konservative Revolution von einem Umfang, wie die europäische Geschichte ihn nicht kennt. Ihr Ziel ist Form, eine neue deutsche Wirklichkeit, an der die ganze Nation teilnehmen könne.“ Zwei Grundzüge dieser abendländischen Wesenswandlung nennt er: Das Suchen nach Bindung und das Suchen nach Ganzheit, das von allen Zweiteilungen und Spaltungen wegstrebt.

Ist es nicht, als habe der österreichische Dichter mit Seherblick die beiden Probleme erfaßt, die heute wieder im Mittelpunkt unserer Überlegungen stehen? Die Keime, die zu jener Zeit allenthalben in Deutschland zu sprießen begannen, wurden im Wirbel des Umsturzes von 1933 wieder verdeckt. Es scheint mir aber kein Zweifel zu sein, daß der Prozeß der zwanziger Jahre damit nicht zu Ende gegangen ist, sondern sich nunmehr von neuem entwickelt. Deshalb können wir auch nicht damit rechnen, daß, selbst wenn die Welt jenseits der Grenzen sich beruhigen sollte, uns eine Zeit unproblematischer Entwicklung beschieden sein wird. Es scheint unser Schicksal zu sein, ein Jahrhundert zu liquidieren, das über der Entwicklung des Verstandes die Läuterung der Seele und über dem Nationalismus die Erhöhung der Menschlichkeit vergessen hat. Sind wir auf diese Aufgaben von heute und morgen vorbereitet? Haben wir begriffen, was die Glocken der Zukunft läuten? Dringen die Sturmglocken der sozialen Botschaft und der Ruf der Menschlichkeit an unser Ohr? Viele von uns stehen teils ratlos, teils verbittert da. Wir sehen uns einer Drohung und einem Angriff auf die Grundlagen unserer Kultur und auf die Sicherheit der freien Welt gegenüber. Die freie demokratische Lebensweise ist in Gefahr. Ist es nicht überhaupt die Furcht, die heute mit unheimlicher Gewalt Menschen und Völker beherrscht und jene düstere Stimmung heraufbeschwört, die unser Leben lähmt? Peinigt nicht die Angst das geistige Leben mit existentialistischen Wirrträumen, die in der Kunst und Musik, in der Literatur und der Philosophie an Stelle der Freude und der Beglückung Hoffnungslosigkeit und Verzerrung zum Sinnbild der Zeit erheben? Ist es nicht die Furcht, die am Sinn des Daseins verzweifeln läßt, die in schwachen Seelen der Leichtfertigkeit, dem Materialismus und der Haltlosigkeit den Boden bereitet, als Reaktion gegen die Bedrohungen unseres Lebens?

Wenn wir uns der kulturpolitischen Aufgaben bewußt werden, die uns als stärkster Partei der Bundesrepublik obliegen, so müssen wir uns darüber klar sein, daß ohne Bezwingung der Furcht alle unsere Versuche zum Neuaufbau eines geistigen Lebens vergeblich sind. Kultur setzt innere Freiheit voraus. Innere Freiheit ist auf die Dauer ohne die Lösung der sozialen Frage und ohne soziale Sicherheit nicht möglich. Deshalb ist es ein Irrtum der hinter uns liegenden Zeit gewesen, zwischen dem materiellen Wohlergehen und der geistigen Bewältigung des Daseins einen scharfen Strich zu ziehen. Erfolgreiche wissenschaftliche Forschung, Blüte der Kunst und Musik, des Theaters und der Literatur setzen einen bestimmten Wohlstand voraus. Ja, sogar ethische Tugenden wie Gerechtigkeit und Ehrlichkeit, Unbestechlichkeit und Mildtätig-

keit stehen in einem bestimmten Zusammenhang mit dem wirtschaftlichen Wohlergehen eines Volkes. Idealismus als Volkstugend gedeiht nur selten unter Hunger und Hoffnungslosigkeit. Wohl gibt es Persönlichkeiten, die unabhängig von ihren sozialen und materiellen Verhältnissen Ideen verwirklichen und ihr Leben selbstlos für eine große Leistung von dauerndem Wert einsetzen. Das sind jedoch Ausnahmen, die unsere Bewunderung verdienen. Der Politiker, dem das soziale Glück und die innere Harmonie eines ganzen Volkes letztes Ziel seiner Bemühungen sind, muß mit einem bescheideneren ethischen Durchschnitt rechnen und bestimmte Grenzen anerkennen, unterhalb deren die Kultur eines Volkes nicht gedeihen kann.

Unser heutiges geistiges Leben, unser moralischer Zustand und unsere politische Leistung liegen noch vielfach unter dieser Grenze. Daraus erklären sich vor allem die zahlreichen trüben Zeichen eines Zerfalls, die jeden Kulturpolitiker mit Sorge erfüllen. Dennoch haben die Wandlungen, die der Währungsreform von 1948 folgten uns das Recht zu einem maßvollen Optimismus gegeben. In den Ländern der Bundesrepublik Deutschland sind seit dieser Zeit nicht nur Häuser, sondern auch Seelen wieder aufgebaut worden. Das hohe Maß von Verantwortungsbewußtsein, von Fleiß und politischer Haltung, die das Volk in den vergangenen fünf Jahren nach dem Zusammenbruch bewiesen hat, verdienen Anerkennung. Mit gutem Gewissen dürfen wir trotz aller Unvollkommenheiten denen entgegentreten, die aus Mangel an Überblick, Geduld und Gerechtigkeit unser kulturelles Leben nur mit leichtfertigen Vorwürfen überhäufen und vergessen, daß, während sie kritisieren, Millionen in hingebungsvoller Arbeit auf einem Trümmerfeld eine neue Welt aufzubauen suchen. Dabei denke ich durchaus nicht nur an die materiellen und geistigen Ruinen, die uns der Nationalsozialismus hinterlassen hat. Wir haben durchaus nicht nur wieder aufzubauen, sondern wir müssen vor allem neu aufbauen, wenn auch die meisten nur von dem Gedanken des Wiederaufbaues oder der Restauration beherrscht sind. Neben dem Schutt des Dritten Reiches haben wir Hypotheken zu tilgen, die aus dem 19. Jahrhundert stammen und die nicht weniger drückend sind. Wir sind zu einer großen Umkehr und Erneuerung auf fast allen Gebieten des geistigen, des künstlerischen, des erzieherischen und des sozialen Lebens verpflichtet: das alles zu einem Zeitpunkt, an dem noch immer unsägliche Alltagsnot, Flüchtlingselend und drohende Kriegsgefahr auf uns lasten. Die Furcht, daß wir dieser Doppelaufgabe nicht gewachsen sein könnten, ist zum Teil berechtigt. Daß wir diese Doppelaufgabe trotzdem als Verpflichtung erkennen und anpacken, kann uns am ehesten die Kraft verleihen, der Furcht Herr zu werden. Denn jene Hypotheken des 19. Jahrhunderts lasten ja nicht nur auf dem deutschen Volk; unter ihrer Last seufzen alle Nationen des abendländischen Kulturkreises. Der Gedanke, der Untergang des Abendlandes steht bevor oder wir befänden uns schon mitten in ihm, quält gerade die Völker, die im letzten Kriege siegreich waren. Vielleicht beunruhigt diese Gefahr diese Völker noch mehr als uns, weil sie glauben, sie hätten noch etwas zu verlieren, während wir, die wir fast alles verloren und Schaden bis in unsere Seele genommen haben, eigentlich nur noch gewinnen können. Da ihr Schicksal zugleich das unsere ist und wir in einer und unteilbaren Welt leben, teilen wir auch ihre Sorgen. Dieses abendländische Gemeingefühl der Verbundenheit auf Gedeih und Verderb ist das zweite, was wir der Weltfurcht entgegensetzen dürfen.

Alle großen Weltwenden vollziehen sich unter heftigen Geburtsschmerzen. Deutschland ist nie von ihnen ausgeschlossen gewesen. Wenn der Sinn des zweiten Weltkrieges nur darin bestanden hätte, den egoistischen Nationalismus Europas endgültig ad absurdum zu führen, schon dann dürften wir mit Befriedigung sagen, daß die Opfer nicht umsonst gewesen sind. So betrachtet ist unser Horizont nicht nur von trüben Wolken verhangen. Noch wissen wir nicht, ob sie grollend abziehen werden oder ob uns noch ein letztes furchtbares Gewitter bevorsteht. Darüber haben wir Deutschen jedoch zuletzt zu entscheiden. Deshalb ist es falsch, den Dienst im Alltag von den Möglichkeiten der Zukunft abhängig zu machen. Was uns bleibt, ist die Pflicht zur Erfüllung unserer geschichtlichen Aufgabe und die seelische Festigung unserer Mitbürger dort, wo der einzelne der Hilfe der Gemeinschaft bedarf. Das Individuum steht ja nicht neben der Gesellschaft, sondern mitten in ihr. Beide bedürfen einander. Der beste Wille des einzelnen genügt nicht, solange es an einer breiten Schicht fehlt, die den einzelnen unterstützt und ihn mit trägt. Wahres Selbstsein und rechtes Sozialverhalten korrespondieren einander. Wenn das Selbstsein sich notwendig immer in einem bestimmten Sozialverhalten auswirkt, so kann es sich zuletzt nur in ihm vollenden. Eine politische Partei wie die CDU und eine staatliche, der Gerechtigkeit verpflichtete Verwaltung, tun schließlich nichts anderes, als die Brücken zu einem harmonischen Miteinander zu schlagen.

Die wichtigste Aufgabe, die der CDU und einer dem Volk verpflichteten Kulturverwaltung gestellt ist, ist die Jugenderziehung und die Volksbildung. Beide entscheiden über Geist, Seele und Leib der Menschen, die eine Nation bilden. Weil diese Aufgabe so wichtig ist, wäre es vermessen — in einem demokratischen Staat doppelt vermessen —, wenn einige wenige von Staats- oder von Amtswegen entscheiden wollten über den Erziehungsweg der Jugend in den Volksschulen, höheren Schulen und Universitäten, in den Volksbildungsstätten und allen den anderen Einrichtungen, wo Wissen vermittelt, Ethik gepflegt und seelischen Bedürfnissen entsprochen wird. Deshalb treten wir von der CDU stets dafür ein, daß das Gebiet der Erziehung in dem vielfältig gearteten Deutschland nicht zentral, sondern föderalistisch zu ordnen sei. Dabei machen wir zwei einschränkende Vorbehalte: Überall dort, wo ein gemeinsames deutsches Interesse, vor allem organisatorischer und verwaltungsmäßiger Art, berührt wird, müssen wir ihm dienen. Sodann bedeutet uns föderalistische Ordnung nicht, daß nun in jedem einzelnen Lande eine allmächtige Bürokratie ohne engste Fühlung mit den nachgeordneten Bildungsträgern, ohne die Mitwirkung der Eltern, der Gemeinden und der sich selbst verwaltenden Hochschulen über Wohl und Wehe der heranwachsenden Generation und der bildungsbeflissenen Berufstätigen bestimmen soll.

Das Ziel einer modernen Unterrichtsverwaltung im Gegensatz zu der früherer Zeiten muß sein, nicht immer neue Aufgaben an sich zu ziehen, sondern soviel wie möglich auf frei gewählte und zur Initiative entschlossene Bildungsträger zu übertragen. Besonders fruchtbar wird dieser Gedanke sich in der Verwaltung der Schulen und sonstigen Bildungsanstalten durch Schulgemeinden auswirken, die auf genossenschaftlicher Grundlage gebildet werden. Ein staatlich autoritativ normiertes Unterrichts- und Bildungswesen ist ein Unglück für jedes Volk. Der Idealzustand, daß ein Volk sein Kulturleben selbst organisiert und verwaltet, ist bis auf weiteres aus vielen Gründen nicht erreichbar —

vielleicht nie erreichbar —, weil der Faktor der individuellen menschlichen Unzulänglichkeit sich ja nicht nur auf Ministerien beschränkt, sondern auch bei freien Organisationen in Betracht gezogen werden muß. Ebenso offen möchte ich bekennen: je weniger die staatliche Kulturverwaltung in die freie Gestaltung des nationalen Kulturdaseins eingreift, umso reicher werden sich die schöpferischen Kräfte eines Volkes entfalten. Ein Volk, das die Verantwortung für seine Erziehung und Bildung dem Staate allein überläßt, erweist sich als unmündig. Wer daher nur die eine oder andere Schulart ausschließlich fordert, übt von Staats- oder Parteiwegen eine Diktatur gegenüber denen aus, die sich in echt demokratischer Freiheit und nach dem Reichtum des erzieherischen Lebens auf Grund ihrer Verantwortung gegenüber ihren Kindern für eine andere Gestaltung der Schule entscheiden wollen. Die Toleranz, die die Freidenker und die Liberalen für sich in Anspruch nehmen, müssen sie auch den Andersgläubigen gewähren. Sonst wird ihre Toleranz zur Intoleranz. Eine christliche Simultanschule ist gut, wenn sie wirklich ihrem Geiste nach christlich ist und die Eltern das Recht haben, über diesen Geist zu wachen. Die Simultanschule kann schlecht und verderblich werden, wenn allein der Staat ohne Mitwirkung der Eltern und der Kirche über sie zu bestimmen hat. Eine solche Schule kann, auch wenn sie sich christlich nennt, jederzeit durch einen totalitären Staat für jede politische Weltanschauung mißbraucht werden. Solange die Eltern die christliche Simultanschule wünschen, besteht für uns von der CDU kein Grund, sie aufzuheben. Überall dort, wo Eltern sich für die Bekenntnisschule entscheiden, müssen wir sie zulassen, wenn zugleich für die Unterrichtsbedürfnisse der Minderheiten ausreichend gesorgt ist. Die veränderte gesellschaftliche Struktur unseres Volkes sollte uns jedoch veranlassen, auch in den Bekenntnisschulen den Geist der Toleranz, den der Ehrfurcht vor Andersdenkenden und den Geist der christlichen Bruderliebe zu fordern.

Wenn ich die Zeichen der Zeit richtig deute, wendet sich das deutsche Volk dem Gedanken der erzieherischen Mitgestaltung und Mitverwaltung mehr und mehr zu. Es gibt auch keinen besseren Weg, unser Volk aus seiner Lethargie gegenüber den öffentlichen Dingen zu befreien, als wenn es zu tätiger Mitarbeit in der allgemeinen Erziehung aktiviert wird.

In den Zeiten, als die christliche Kirche noch nicht in einem so schweren Existenzkampf stand, hat sie einen bedeutenden Anteil am Erziehungswesen gehabt und ein natürliches Gegengewicht gegen übermächtige staatliche Einflüsse gebildet. In der Gegenwart mußte sich ihr Einfluß in dem Maße verringern, als die Menge derer wuchs, die neben und außerhalb der Kirche standen. Viele werden das bedauern. Wer bedauerte es nicht als Christ? Aber an der Tatsache können wir nicht vorübergehen. Die hier und da erhobene Forderung der politischen Abstinenz der evangelischen Kirche halte ich deshalb gerade heute für ein sehr gefährliches Wort. Denn die Kirche hat Samariterdienste zu leisten. Die politische Abstinenz der Kirche gibt den Armeen von Suchenden keine Antwort auf ihre Fragen, was die Christenheit an Grundlegendem zur Klärung und Wegweisung für die politischen und sozialen Probleme zu geben hat. Ohne die Bewahrung des christlichen Geistes würde nicht nur die deutsche, sondern auch die abendländische Kultur zur leeren Hülse werden. Es genügt dabei freilich nicht, wenn diese Bemühungen nur von den Konfessionen als Aufgabe anerkannt und erstrebt werden.

Den Ausfall an sittlichen und seelischen Werten müssen wir alle, insbesondere wir von der CDU, in echt christlichem Realismus auf allen Lebensgebieten wettmachen. Für uns, die wir in christlicher Verantwortung zu leben und politisch zu handeln entschlossen sind, bleibt als gemeinsame politische Aufgabe, der Öffentlichkeit ein Zeugnis vom neuen Leben aus der Kraft des Evangeliums zu geben. Nur wenn wir den Staat und das öffentliche Leben mit christlicher Substanz erfüllen, werden wir die Säkularisierung unserer gesamten Lebensbereiche überwinden. Dies setzt aber notwendig jene konfessionelle Duldsamkeit voraus, die die Grundlage und innere Rechtfertigung der CDU bilden. Erweist sich diese Grundlage auch in Zukunft als tragfähig, woran ich keinen Zweifel habe, und gehen Evangelische und Katholische wirklich im politischen Feld auch in den Punkten Hand in Hand, wo sich jede Konfession ihre eigene Überzeugung vorbehalten muß, dann wird sich das politische und staatliche Leben allgemein erneuern und vertiefen.

Unser Zeitalter ist entchristlicht. Das ist weder eine einfache Folge der beiden Weltkriege noch eines Versagens der Kirche selbst. Es ist das Versagen des Menschen unserer Zeit, der seine Mitte verloren hat und damit glaubenslos und ungläubwürdig geworden ist. Die Sehnsucht nach Bindung ist deshalb als Reaktion auf die Bindungslosigkeit der Massen, der gebildeten wie der ungebildeten, unwiderstehlich geworden. Sie hat aber das Echo noch nicht gefunden, das sonst nach großen Kriegen von den geistigen Führern der Nation zurückhalte, und so griff das verwirrte Volk nach scheinphilosophischen Surrogaten, wie dem Existentialismus oder den Reizen grober politischer Ideologien. Wenn das Echo der Weltweisen weiterhin ausbleibt, sind wir nicht sicher, daß unser Volk übermorgen wieder die Beute handfester Doktrinen wird, die es der eigenen Nachprüfung überheben und die unverstandene Freiheit des Geistes durch einen unbequemen, aber von eigener Verantwortung befreienden Zwang ersetzen. Wir besäßen Mittel, um hier einer gefährlichen geistigen Entwicklung entgegenzuwirken, Mittel, wie sie den vorausgehenden Jahrhunderten unbekannt waren. Wenden wir sie aber wirklich verantwortungsbewußt und zukunftssträchtig an? Ich denke dabei an den Rundfunk, den Film und die Bilderzeitschriften: drei Einrichtungen, deren volksbildende Macht heute vielleicht größer ist als die der Schule und der Universität, der Dichtung und der bildenden Kunst. Ich muß diese Frage leider verneinen, ohne damit die kränken zu wollen, die einen ehrenvollen Kampf für die Vergeistigung des Alltags führen — einen ehrenvollen, aber bisher ziemlich hoffnungslosen. Alle Bemühungen, das Kind und den jungen Menschen in ein System ethischer Bindungen einzuführen, alle Vorträge, die diesem Ziel dienen, ja selbst das unablässige Bemühen, das von Kanzel und Altar ausgeht, werden um den Erfolg gebracht, wenn im Herzen der Familie Rundfunksendungen aus gegenteiligem Geist erklingen, wenn in den Filmtheatern durch seichte, charakterlose, verbrecherische und unmoralische Bildstreifen eine Atmosphäre des Verbrechens, der überspannten Sexualität und der abstoßenden Häßlichkeit geschaffen wird. Von der Mehrzahl unserer illustrierten Zeitungen und unserer Abendblätter will ich lieber schweigen. Sie sind eine Schande für das deutsche Volk. Wenn ich dabei noch an vieles denke, was auch in der ersten Tagespresse immer wieder deutlich erkennen läßt, wie den niederen Instinkten des Menschen geschmeichelt werden soll, wie aus der Bindungslosigkeit und der moralischen Bedenkenlosigkeit schmutzige Geschäfte gemacht wer-

den, dann möchte ich allerdings manchmal verzagen. Verzagen auch deshalb, weil Männer unter dem Deckmantel der sachlichen Kritik diesen Kehricht unseres geistigen Daseins mit geistreichen Gründen zu rechtfertigen und mundgerecht zu machen versuchen.

Hier erhebt sich natürlich sofort die Frage, ob eine den christlichen Grundsätzen verpflichtete Partei und Kulturverwaltung untätig zusehen soll, wie Tausende von Kübeln neuen Schmutzes über unser Volk ausgegossen werden, oder ob nicht doch ein rigoroses Verbot das einzige bleibt, was wirklich helfen kann. Wenn ich trotzdem diesen letzten Schritt nicht empfehle, dann deshalb, weil ich ihn im Ergebnis für wirkungslos halte. Ein Staatsmann, der in solchen Fällen die Polizei einsetzt, handelt wie der Arzt, der nur das Fieber bekämpft und nicht seine Ursache. Wir können den Schund und Schmutz in Wort und Schrift nur dadurch beseitigen, daß wir das Gewissen schärfen und durch Aufklärung einen heilsamen Ekel erregen. Das setzt voraus, daß wir selbst keine Gelegenheit versäumen, beharrlich alle Erzeugnisse und ihre Erzeuger abzulehnen, die der Geist der Zersetzung und des Nihilismus erfüllt. Bei Produkten der Gosse fällt das einem sauberen Menschen nicht schwer. Wo aber das Verwerfliche mit Grazie dargeboten wird und der Ablehnende prüde, rückständig und banausenhaft gescholten wird, gehört Zivilcourage dazu. An ihr fehlt es in vielen Fällen. Alle Appelle sind sinnlos, solange die Männer und Frauen von uns gefeiert werden, deren Werke zu dieser Entwicklung beigetragen haben, solange die Stätten überfüllt sind, an denen wir zu erröten verlernt haben, solange wir uns damit abfinden, daß unsere tägliche geistige Nahrung mit jenem Gift getränkt ist, an dem wir notwendig zugrunde gehen müssen.

Vor kurzem rechtfertigte eine große Tageszeitung ihr unqualifizierbares Verhalten in den ersten Nachkriegsjahren damit, daß sie behauptete, die Zeitung sei nun einmal der Spiegel der Zeit; wie diese hineinschleiche, so schaue sie auch wieder heraus. Ich halte diese Auffassung für falsch und verhängnisvoll. Alle Einrichtungen geistiger Art, die der Unterrichtung von Menschenmengen dienen, haben nicht dem Zeitgeist und den rasch wechselnden Strömungen Reverenz zu erweisen, sondern haben sie durch das Prisma eines Charakters zu betrachten. Die Behauptung, das Publikum verlange zum Beispiel einen täglichen astrologischen Wegweiser von sich aus, ist absurd. Würde er nicht von der Konkurrenz angeboten, flehe es niemandem ein, sich über diese beschämende Erfindung unserer Presse Gedanken zu machen. Ich möchte auch glauben, daß eine bestimmte surrealistische Malerei oder atonale Musik nur deshalb weiter wuchert, weil so wenige es wagen, ihre wirkliche Meinung zu äußern. Die Bindungslosigkeit, die sich heute auch auf diesen Gebieten äußert, ist eben nur ein Teil der allgemeinen Bindungslosigkeit. Lehnt man diese ab, so darf man auch jene nicht kultivieren.

Es ist beklagenswert, daß uns durch den Einbruch wesensfremder und oberflächlicher Afterkunst soviel Bodenständiges bereits unwiderruflich verloren gegangen ist, was gemeinhin als Volkskunst und Brauchtum bezeichnet wird. Der schöne Mißbrauch, der zum Teil im Dritten Reich mit unserer Dorfkultur, unseren Volksliedern, unserer Mundartdichtung usw. betrieben worden ist, hat zu einer gewiß begreiflichen Übersättigung geführt. Aber dürfen wird eshalb das Kind mit dem Bade ausschütten? Das Lied mit seiner gemeinschaftsbildenden Kraft, seiner Fähigkeit, den Menschen zu läutern und glücklich zu machen, ist weithin verstummt. Wenn wir heute irgendwo singenden Gruppen begegnen, so

handelt es sich meist um Vertriebene oder slawische Ausländer. Diese Tatsache sollte uns sehr zu denken geben. Die Vertriebenen des Ostens stammen aus einer Welt, die den chthonischen Kräften des Volkes noch näher sind als die Kinder des technisierten oder industrialisierten Westens. Sie können trotz ihrer vergleichsweise größeren Sorgenbürde aus den Überlieferungen der Vorfahren noch mehr Trost gewinnen als wir. Manchmal möchte man sie um diesen lebendigen Besitz der Vorfahren wahrhaft beneiden. So meine ich, daß die Vertriebenen, die unser Mitgefühl und unsere tätige Unterstützung aus menschlichen Gründen erwarten dürfen, zwar mit leeren Händen, nicht aber mit leeren Herzen zu uns gekommen sind. Sie leben volkstümlich noch auf einer Stufe, die uns verloren zu gehen droht. So ist es durchaus nicht nur selbstlos, wenn wir uns mitverantwortlich für die Bewahrung ihrer heimatlichen Überlieferung halten. Wir erfüllen damit eine Pflicht, die zu unserer inneren Regeneration erheblich beitragen kann. Das Einströmen von elf Millionen Menschen aus dem Osten bedeutet für den Westen weit mehr als er selbst begreifen kann. Der Westen war darauf nicht vorbereitet. Er ist noch in der Auseinandersetzung mit der ihm fremden Welt begriffen. Zwei Welten sind miteinander in engste Berührung gekommen. Sie beginnen sich zu befruchten. Ich glaube: die Ost-West-Wanderung dieses Jahrhunderts als die Rückflut, als die West-Ost-Bewegung früherer Zeiten zu erkennen, bedeutet eine Rückkehr, die leicht zur Einkehr für uns werden könnte, wenn anders wir uns an die germanische Wanderbewegung erinnern, die das Mittelalter einleitete. Vielleicht ist es gerade der Sinn der Völkerwanderung dieses Jahrhundert, dem erstarrten und vereinsamten Westen neue geistige Kräfte einzuverleiben und ihm die Scham und die Ehrfurcht wieder zurückzugewinnen, die dem Westen verlorenging. Vielleicht gewinnen von hier aus die Katastrophen der deutschen Aussiedlung und Vertreibung einen für uns erkennbaren geschichtlichen Sinn.

In einer Zeit, in der sich alles wandelt, bleibt nichts unberührt. Das Rad der Geschichte läßt sich nicht zurückdrehen. Die Besinnlichkeit und Verinnerlichung unserer Urgroßeltern setzte eine Zeit voraus, in der sich das Leben im engen Kreise erfüllte, in der ein Teil der Kulturbedürfnisse durch Hand und Geist des einzelnen selbst befriedigt werden mußte, weil noch keine geschäftige Industrie für jedes Verlangen eine patentierte Erfüllung bereithielt. Die Entseelung ist nicht auf einen Mangel an Seele, sondern auf die verminderte Möglichkeit zurückzuführen, die Seele selbsttätig wirksam werden zu lassen. Auch stehen wir noch immer allzu überwältigt vor dem, was der technische Geist erfunden hat, ohne uns darüber klar zu sein, was wir dafür haben zahlen müssen. Wir haben ungeheure technische Fortschritte gemacht, aber die moralischen sind ausgeblieben. Wir haben geforscht, uns aber nicht um die sittliche Verpflichtung der Forschung gekümmert. Viele hat auch erst die Atombombe zum wirklichen Zweifel am ununterbrochenen Fortschritt geführt. Der Zeitpunkt scheint mir gekommen, daß wir unseren Lebensstil einer Generalrevision unterziehen, daß wir nicht nur die Bindungen erneuern, sondern auch die Zersplitterung durch eine neue Ganzheitsschau überwinden. Noch fehlt uns die Einheit im Denken, Fühlen und Handeln. Uns tut not der Mensch, der seine Mitte wiedergefunden hat und wieder glaubwürdig ist: der mündige Mensch, der eigenständig im Bewußtsein dieser Mitverantwortung in der Gemeinschaft steht und im Bewußtsein dieser Verantwortung vor Gott

lebt: die sozialgerichtete Persönlichkeit. Fragen wir uns, inwieweit dieses Bild vom Menschen Wirklichkeit geworden oder auch nur zu verwirklichten versucht worden ist, dann müssen wir feststellen, daß noch ein tiefer Abgrund zwischen Wollen und Vollbringen klafft. Ich meine: die geistige Aufgabe einer Partei wie der CDU, die in der Mitte unseres politischen Lebens steht, kann in nichts anderem bestehen, als diese Kluft auszufüllen.

Das kann aber nur mit Taten, nicht mit Worten geschehen. Mit Worten schon deshalb nicht, weil diese in unserer unheilvollen Zeit vielfach ihren alten Glanz verloren haben und zur abgegriffenen Scheidemünze geworden sind. Täuschen wir uns nicht darüber, welchen geringen Kredit heute ein starkes mit Pathos gefülltes Wort in der Jugend hat? Mit unverhohlenem Widerwillen wendet sie sich von jeder schönfärberischen Phrase ab. Die junge Generation von heute ist eine Schar ernüchterter, skeptischer Menschen, die verzweifelt um ihre Existenz ringt, am Vergangenen keinen Halt mehr hat und ein neues, besseres Ideal noch nicht vor Augen sieht. Der junge Mensch von heute schaudert vor dem Abgrund zurück, den zwei Jahrtausende fortschreitender Dehumanisierung aufgerissen haben. Die Zweifel an den Losungsworten der Vergangenheit, der Mißbrauch des technischen Fortschritts und die Fehler der Wirtschaft und der Politik haben die Jugend ernüchert. Dennoch sehe ich in dieser Haltung einen Gewinn und eine Mahnung an die ältere Generation. Sie hat vor der Jugend die Aufgabe mehr denn je durch das persönliche Vorbild zu wirken. Je untadeliger eine Parteiführung oder Parlamentsfraktion vor die Nation tritt, umso leichter wird sie die Jugend und die Wähler für sich gewinnen. Persönliche Sauberkeit und korrekte Geschäftsführung reichen allerdings nicht aus. Immer dringender wird das Verlangen nach einer Vergeistigung und Versittlichung auch des politischen Lebens. Es wäre wünschenswert, wenn in unseren Parlamentsdebatten zum Ausdruck käme, daß unseren Volksvertretern die Vorgänge auf wissenschaftlichem und künstlerischem Gebiet Herzenssache sind. Es geht eine tiefe Unzufriedenheit durch die zahlenmäßig nicht großen, aber für unsere Kultur unentbehrlichen schöpferischen Kreise der Bundesrepublik, daß ihre Anliegen oft mit Gleichgültigkeit betrachtet oder überhaupt unbeachtet gelassen werden. Wenn der Staat, und jetzt rufe ich nach dem Staat, die Aufgabe der Mäzene nicht übernimmt, nachdem die meisten größeren Privatvermögen vernichtet worden sind, wenn er nicht dazu beiträgt, der Kunst und Wissenschaft den Platz einzuräumen, der ihnen gebührt, dann wird es sehr bald nicht mehr lohnen, von einer sich reich und vielfältig entwickelnden Kultur zu sprechen. Eine Partei, die es mit ihren nationalen Kulturaufgaben ernst nimmt, darf nicht warten, bis man sie zur Hilfe drängt. Sie muß aus eigener Verantwortung handeln, wenn sie schmerzliche Nöte wahrnimmt. Ich wünsche mir, daß die CDU sich noch mehr als bisher zum eifrigen Anwalt der geistigen Bedürfnisse unseres Volkes mache.

In dieser Stunde möchte ich Sie aufrufen, den Blick entschlossen von der Vergangenheit weg- und der Zukunft zuzuwenden. Hängen wir nur der Vergangenheit nach, dann werden wir aus der Brandung der Gegenwart das rettende Ufer nie erreichen. Die Gegenwart verlangt von uns den nüchternen Mut, die Lage ohne Selbsttäuschung zu erkennen und das Unabänderliche hinzunehmen, um es zu überwinden. Eingangs habe ich von einer konservativen Revolution gesprochen. In diesem

scheinbar widerspruchsvollen Wort liegt unsere Aufgabe beschlossen. Es gibt Revolutionen, die nicht auf blutigen Barrikaden ausgefochten werden, sondern in den Herzen und Seelen der Menschen. Es sind Revolutionen des Geistes, die nicht das Neue um des Neuen willen fordern, sondern das Wertbeständige gegen das Wertlose, das Höhere gegen das Niedrige, das Edle gegen das Entartete erzwingen. Für unseren Alltag und für eine Partei wie die CDU will das bedeuten: unser Dasein menschlich und sozial zu gestalten, unser Volk von der Mitte her zu ordnen; es ist die Forderung an unser Volk und die Welt, eine politische, geistige und sittliche Wandlung nach Gott hin zu vollziehen. Eine solche konservative Revolution ist nicht fortschrittsfeindlich. Denn die Umschaffung des Natürlichen zum Höheren, des Nationalen zum Menschlichen ist der wahre Fortschritt. Sie ist das Lebendige und deshalb das ewig Wiederkehrende, das ewige Selbst.

Mit einem Wort von Hugo von Hofmannsthal habe ich begonnen, mit einem Wort aus der gleichen Rede will ich schließen, nämlich mit seiner Einsicht: „daß ohne geglaubte Ganzheit zu leben unmöglich ist — daß im halben Glauben kein Leben ist, daß dem Leben Entfliehen, wie die Romantik währte, unmöglich ist, daß das Leben lebbar nur wird durch gültige Bindungen.“ Ein so angespanntes Trachten muß zu diesem Höchsten gelangen: „daß der Geist Leben wird und Leben Geist, mit anderen Worten: zu der politischen Erfassung des Geistigen und der geistigen des Politischen, zur Bildung einer wahren Nation.“

Den kulturellen Auftrag der CDU im Blick auf die Familie behandelte **Frau Dr. Luise Rehling, Hagen**

Die Forderung der CDU, daß den Eltern das Recht zugebilligt werden muß, Weg und Art der Erziehung ihrer Kinder zu bestimmen, stützt sich auf die Vorstellung von dem Vorhandensein der intakten Familie, die noch die Kräfte des Geistes besitzt, aus denen heraus allein Kindererziehung geschehen kann. Wir haben es in den verflochtenen Jahren immer wieder betont, daß nach unserem Verständnis die Familie der Grundpfeiler der menschlichen Gemeinschaft ist. In ihr ist einerseits die Möglichkeit aller organischen Gliederung der bürgerlichen Gesellschaft im Keime gegeben — so wie der Eichbaum in der Eichel steckt —, zum anderen ist sie überhaupt die notwendige Voraussetzung aller öffentlichen Entwicklung der Völker. Ihre innere Ausrichtung, ihr sittlicher Gehalt sind maßgebend für den Wert und Bestand des Volkes und letztlich des Staates.

Wenn wir der Familie grundsätzlich diese gemeinschaftsbildende und -erhaltende Bedeutung zuerkennen, so muß es uns mit großer Besorgnis erfüllen, daß diese Institution in unserem Volke zur Zeit diese Funktion weithin gar nicht mehr erfüllt. Es hat gar keinen Zweck, die Augen davor zu verschließen, daß die Familie mit hineingerissen ist in die allgemeine Krise, die über die abendländische Kultur gekommen ist. Es ist durchaus nicht so, daß die Verfallserscheinungen auf diesem Gebiet etwa nur eine Folge unseres Zusammenbruches sind. Die letzten Wurzeln sind viel tiefer zu suchen, nämlich in der religiösen Krise, in der der Mensch unserer Tage sich befindet, der meint, autonom sein Leben gestalten und ordnen zu können. Wer Ehe und Familie nicht mehr als Schöpfungsordnung Gottes anerkennt, sondern sie unter die Autori-

tät wandelbarer menschlicher Anschauungen stellt, der ist Wegbereiter ihres Verfalls. Es zeigt sich auch hier mit aller Deutlichkeit, daß das „humānum“ ohne das „divinum“ keine dauerhafte Grundlage schafft. Die Wurzeln der Familie werden auf verschiedene Weise angegriffen. Die am meisten ins Auge fallende Zersetzungserscheinung ist die erschreckend angewachsene Zahl der Ehescheidungen. Gerade hier wird es deutlich wie unheilvoll es sich auswirkt, wenn der Mensch nur noch „natürliche“ Bindungen anerkennt, die er löst, wenn sie „unnatürlich“ geworden sind und nichts mehr weiß von der Verantwortung vor Gott, die er in der Ehe dem anderen gegenüber hat. Weiterhin wird das Fundament der Familie in bedenklicher Weise untergraben durch die hohe Zahl der unehelichen Geburten, die, gemessen an den ehelichen, im Durchschnitt 10 bis 20 % erreichen. Das bedeutet, daß eine große Zahl von Kindern von vornherein der Möglichkeit beraubt wird, in einer Familie, umhegt von mütterlicher und väterlicher Sorge, heranzuwachsen. Und noch ein Drittes lastet heute wie ein Alp auf dem Werden der Familie: Ich meine das unheimliche Anschwellen der Geschlechtskrankheiten.

Ich brauche nur anzudeuten, daß zu diesen Grundübeln noch andere Bazillen hinzukommen, die die Familie zersetzen: Die Zerreißung durch Evakuierung und Krieg, das Wohnungselend, das weithin den Familien eine individuelle Existenz unmöglich macht — ich weise auf die besonders erschütternde Situation in den Flüchtlingslagern hin — und wenn man ferner hinzunimmt, wie durch die Zuzugsvorschriften das Gefüge der Familien unterhöhlt worden ist und noch wird — die Zeitschrift „Christ und Welt“ bezeichnete diese Maßnahmen einmal mit Recht als einen unerträglichen und geradezu unzüchtigen Zustand — so kann man nur sagen, daß die Familie in Deutschland von einer ungewöhnlichen Lebensfähigkeit sein muß, daß sie überhaupt noch existiert und sich immer noch durchsetzt trotz der großen Verlassenheit von öffentlich unterstützenden Mächten. Wir müssen Hochachtung haben vor jeder einzelnen Familie, der unter so schwierigen Bedingungen noch ein Stück Familienbildung gelingt.

Es ist tieftraurig zu sehen, was aus der Jugend wird, wenn die Familie fehlt oder zerrüttet ist. Zehntausende Jugendlicher vagabundieren bei uns, eine Zahl, die uns früher geradezu unglaublich anmutete, wenn sie uns aus weiter östlich gelegenen Ländern mitgeteilt wurde. Welchen verantwortungsbewußten Menschen hat es nicht zutiefst gepackt, wenn er vor der Währungsreform in überfüllten Wartesälen nächtlicherweile die große Zahl dunklen Geschäften zugewandter Jugendlicher feststellte, die in allen Schlichen des Schwarzhandels geübt waren. Erfahrene Kriminalisten behaupten, daß die kriminelle Veranlagung der Jugend nicht zugenommen habe, ihr Prozentsatz habe sich nicht geändert, aber mehr als 90 Prozent der jugendlichen Gesetzesübertreter kämen aus zerstörten Familien. Diese Tatsache haben wir zu sehen und sie sollte uns mahnen, daß unsere alten und neuen Unterlassungen nicht nur auf dem Gebiete der Liebestätigkeit, sondern auch gerade auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet und als Voraussetzungen dazu auf geistigem und seelischem, sittlichem und religiösem eines Tages offenbar und gegen uns zeugen werden, wenn wir nicht unsere Aufgabe sehen und uns alle Mühe geben, ihrer Lösung gerecht zu werden. Wir dürfen uns damit nicht begnügen, die einzelnen Posten der Konkursmasse aufzuführen, sondern wir müssen mit aller Energie Hand anlegen zu ihrer Beseiti-

gung. Gewiß muß man sagen, daß die „Rückführung der Familie in das christliche Kraftfeld“ im innersten Kern nicht von der politischen Ebene aus vollzogen werden kann. Diese tief innerliche Erneuerung kann nur der Geist Gottes wirken, aber wir, die wir versuchen, Politik aus christlicher Verantwortung heraus zu treiben, haben manche Möglichkeit, die äußeren Voraussetzungen für eine Festigung der Familie zu schaffen. Dazu gehören gewiß die Bemühungen um ihre materielle Besserstellung im Bereich des Wohnungswesens und der sozialen Sicherheit. Auf beiden Gebieten setzen sich unsere in den betreffenden Ausschüssen des Bundes und der Länder arbeitenden Abgeordneten tatkräftig ein, aber es gehört auch noch etwas anderes hinzu. Ich las neulich in einem Artikel den Satz: „Im Bonner Grundgesetz wird die Familie im Artikel 6 erwähnt, aber man hat den Eindruck, daß die Gesetzgeber damit weniger ein verpflichtendes Bekenntnis abgelegt, als einer unausweichlichen Konvention genügt haben.“ Wir haben in der CDU von allem Anfang an keinen Zweifel darüber gelassen, daß wir diesen Artikel absolut ernst zu nehmen gedenken. Beweisen wir das aber auch, wenn wir uns in absehbarer Zeit mit der Reform des Ehe- und Familienrechtes zu befassen haben, die in Ausführung von Artikel III Absatz 2 des Grundgesetzes notwendig ist und nach Artikel 117 bis zum 31. 3. 1953 durchgeführt sein muß.

Das am 27. 9. 1950 in der Sowjetzone veröffentlichte Gesetz über den „Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau“ zeigt uns, wohin man mit einer schematischen Durchführung der Gleichberechtigung beim Ehe- und Familienrecht kommt. Trotz aller emphatischen Beteuerung im § 12: „Eine gesunde Familie ist einer der Grundpfeiler der demokratischen Gesellschaft. Ihre Festigung ist eine der wichtigsten Aufgaben der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik“ kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß dies eine bloße Deklamation ist. Die Familie versinkt genau so im anonymen Bereich der Masse wie jede andere individuelle Institution. Wir wissen ganz genau, daß wir keinen leichten Stand haben werden, wenn es um die Reform des Ehe- und Familienrechtes geht. Einen Vorgeschmack der Schwierigkeiten, die uns da erwarten, haben wir bekommen, als es sich in dieser Woche um die zweite und dritte Lesung des Gesetzes zum Schutze der Jugend in der Öffentlichkeit handelte und die SPD, zu unserem großen Bedauern unterstützt von FDP und DP, nach zehnmonatiger Ausschubarbeit die Verabschiedung zu Fall brachte und den Entwurf erneut dem Ausschuß überwies.

Ich betonte eingangs, daß die Familie die notwendige Voraussetzung aller öffentlichen Entwicklung der Völker, sei. Die Tatsache, daß in unserem öffentlichen Leben die Familie als solche kaum noch eine Rolle spielt, daß sie aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit verschwunden ist, darf uns nicht gleichgültig lassen. Wir sollten uns überall in unseren kulturellen Arbeitskreisen einmal den Kopf zerbrechen, wie wir das verlorene Terrain für die Familie zurückerobern können. Ein Mitarbeiter der Zeitschrift „Die Zeitwende“, Paul Gerhardt, erwähnt in einem Artikel, der im Dezember 1949 in diesem Blatt erschien, amerikanische Versuche zu diesem Thema und weist darauf hin, daß man in den USA prominente Persönlichkeiten aus den verschiedensten Bereichen des öffentlichen Lebens in den Illustrierten mit Vorliebe im Kreise der Familie darstellt. Der Verfasser macht dazu die etwas boshafte, aber sehr richtige Anmerkung, daß das deutsche Interesse für das Privatleben führender Persönlichkeiten immer gerade dann begänne, wenn

die Beschäftigung damit auf Pikanterien oder gar Skandale zu stoßen verspricht. Er macht ferner darauf aufmerksam, wie in den Magazinen „Life“ und „Time“ bei Reklamen immer die Familiendarstellungen bevorzugt werden. Im Vergleich dazu stellt er dann fest, daß in der Publizistik unseres Landes die Familie weder Objekt noch Adressat der Darstellungen sei. Sollte es nicht vielleicht möglich sein, da durch Subventionierung einer Zeitschrift Wandel zu schaffen? Sollte es nicht möglich sein, daß auch andere Sendestationen dem Beispiel von Radio Stuttgart folgten, dessen Versuch mit der regelmäßigen Sendung „Familie Staudenmaier“ soviel Anklang fand? Es gibt sicherlich noch mancherlei Wege, die beschriftet werden können, die ich aber hier aus Zeitmangel jetzt nicht auführen kann.

Es wird niemand unter uns bezweifeln, daß es um ein Vielfaches leichter sein wird, die zerstörten Häuser wieder aufzubauen, als die innerlich und äußerlich zerrissenen Familien. Wer aber Politik und gerade Kulturpolitik aus christlicher Verantwortung heraus machen will, der darf sich nicht schrecken lassen durch Schwierigkeiten, sondern der weiß sich hineingestellt in die Verantwortung vor dem lebendigen Gott. Ein Stück dieser Verantwortung sollte in unserem eigenen Leben sichtbar werden, denn das ist gewiß, nichts hat größere Werbekraft als das Vorbild und jeder einzelne von uns, der zur Christlich-Demokratischen Union gehört, sollte in seinem Familienleben ein solches Vorbild geben. Wir sollten auch nicht immer darauf warten, daß ein anderer etwas tut, sondern wissen, daß nur durch die „Gott zugewandte Verantwortlichkeit“ eines jeden von uns das Gemeinschaftsleben der Menschen in der Familie als der Urzelle des staatlichen Organismus jene innere Unabhängigkeit wieder gewinnen kann ohne die unser Volk nicht zu gesunden vermag.

Die Ansprache

H a n s e m a n n :

Der Arbeitskreis des Parteitagcs für Kulturpolitik stellt ebenfalls den Anspruch, daß die Kulturpolitik in allererster Linie zu einem Gegenstand der Arbeit unserer Partei gemacht wird. Denn auf diesem Gebiete haben wir Eigenstes zu sagen und hier sehen wir die Waffe zur Abwehr des östlichen Bolschewismus, des Materialismus und des Egoismus. Der Arbeitskreis erhebt den Anspruch, daß gemäß § 11 des Statuts schleunigst ein ständiger kulturpolitischer Ausschuß gegründet wird und daß diesem bei der Bundesgeschäftsstelle auch ein ständiger und hauptamtlicher kulturpolitischer Parteibeamter zur Verfügung gestellt wird. Wir glauben, daß dieser Ausschuß dann mit größter Beschleunigung eine Reihe von Aufgaben zu bearbeiten und zu fördern hat. Wir sehen u. a. als besonders dringend an die Koordinierung der Schulgesetze in den Ländern der Bundesrepublik und Berlin.

K e s s l e r :

Mit voller Entschlossenheit steht die christliche Jugend an der Seite der CDU im Kampf um die Gewinnung und Erhaltung der christlichen Menschen. Die Jugend ist überzeugt, daß das göttliche Ebenbild im Menschen gepflegt und notfalls auch verteidigt werden muß. Das Elternrecht, das von der Einheitsfront des Liberalismus und Marxismus mit allen

Mitteln bekämpft wird, wird von der christlichen Jugend bejaht. Die bolschewistische Diktatur ist dabei, das Menschen- und Bildungsideal des christlichen Abendlandes durch ein solches des Bolschewismus zu ersetzen. Die Jugend in ihrer Masse widersetzt sich diesem Entfremdungsversuch, aber der Kommunismus weiß, daß Jugend leicht begeisterungsfähig ist, und bietet dieser Jugend jegliche Gelegenheit, sich zu begeistern. Es werden der Jugend Scheinkarrieren geboten, die sich nicht immer als solche erkennen lassen. Der Widerstand der Jugend gegen den Marxismus in der Sowjetzone ist da, aber ich glaube, daß es eine Aufgabe unserer Bevölkerung, die in der Freiheit der Bundesrepublik lebt, ist, diese Jugend in ihrem Kampf gegen die Kulturbarbarei des Ostens zu unterstützen. (Beifall!) Ich möchte dem Parteitag folgenden Antrag vorlegen: Der gesamte CDU-Parteitag in Goslar bittet die Bundesregierung um Einrichtung einer Hauptabteilung für Schulen und Hochschulen im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen. Die Pflege der Weiterbildung der in der mitteldeutschen Irredenta unterdrückten deutschen Jugend in christlich-abendländischem Geiste soll durch die Arbeit dieser Hauptabteilung einer praktischen Verwirklichung nähergebracht werden. (Beifall!)

Dr. Hoffmann

spricht von der vaterlosen Familie, von den Familien unserer Kriegerwitwen. In den Altersklassen von 8—12 Jahren sind es $\frac{1}{4}$ bis $\frac{1}{2}$ unserer Schulkinder, die keinen Vater mehr haben. Hier erwächst uns aus unserem Gedankengut eine besondere Aufgabe, die nicht allein mit Rentenzahlung zu lösen ist, sondern die etwas mehr verlangt: eine wirkliche Hilfe. Wir müssen auch Arbeit ermöglichen, wie sie nicht möglich ist als achtstündige Beschäftigung beispielsweise in einer Industrie; wie sie aber möglich wäre, indem wir Heimarbeiten zusammenfassen und solche Heime schaffen, in denen Halbtagsarbeit geleistet werden könnte, Heime, mit denen auch Kinderhorte verbunden sein könnten, Heime, in denen alleinstehenden und so mühsam durch das Leben gehenden Frauen auch abends die Möglichkeit zur Erholung gegeben wird. (Beifall!)

Die junge Generation

war das Thema des Spätnachmittags. Redner war

Rechtsanwalt Josef H. Dufhues, Bochum.

Es ist kein Zufall, daß das Thema „DIE JUNGE UNION“ auf der Tagesordnung des Bundesparteitages der CDU steht. Seit Monaten finden Denken und Handeln der JUNGEN UNION das besondere Interesse der Öffentlichkeit. Die Repräsentanten des Staates versichern die Jugend ihrer Sympathie, ihrer ideellen und materiellen Unterstützung. Die Organisationen der Jugend betonen ihre Bereitschaft, die der Jugend in diesen Tagen gestellten Aufgaben zu übernehmen und zu erfüllen. Die Ergebnisse der Tagung des Bundesjugendringes in Essen am vergangenen Sonntag sind eindeutige Manifestationen dieser Bereitschaft und dieses Willens.

Diese Vorgänge dürfen uns über das Verhältnis der jungen Generation zum Staat und zu den politischen Parteien nicht täuschen. Die betonte Anteilnahme der Öffentlichkeit am Denken und Handeln der Jugend tritt erst seit Pfingsten 1950 und seit dem Koreakonflikt in Erscheinung. Seitdem über 100 000 junge Menschen zu Pfingsten in Berlin in 16er Reihen leuchtenden Auges für die kommunistische Diktatur demonstrierten und damit den Marsch einer mißbrauchten Hitlerjugend in das völlige Chaos Deutschlands und der europäischen Kultur fortsetzten — seit in Korea junge Menschen im Kampf gegen den Bolschewismus Leben und Gesundheit einsetzten und verloren — seitdem wissen die Lenker unseres Staates und die Vertreter der Besatzungsmächte, daß die Erfahrung und die Weisheit des Alters zum Aufbau und zur Sicherung unseres Staatswesens nicht der lebendigen, leidenschaftlichen und opferbereiten Mitarbeit der Jugend zu entbehren vermögen. Wir wollen uns also nicht darüber täuschen, daß die derzeitigen Demonstrationen guten Willens noch kein Beweis für ein echtes Verhältnis der deutschen Jugend zu den politischen Parteien und zum Staat sind. Nach wie vor steht die junge Generation dem Staat unserer Tage und den politischen Parteien in skeptischer Zurückhaltung gegenüber.

Unsere Aufgabe kann und darf nicht sein, im Volke bestehende Gegensätze durch die Betonung des Unterschiedes zwischen jung und alt zu vertiefen. Unsere Aufgabe kann es nur sein, den Tatbestand zu erkennen und alles zu tun, der Jugend einschließlich der sogenannten verlorenen Generation der 30-40jährigen den Weg zur verantwortungsbewußten Mitarbeit in den politischen Parteien, in Gemeinde und Staat zu ebnen und voranzugehen — handelnd aus der Erkenntnis, daß Volk und Staat nicht ohne stärkste Erschütterungen den Ausfall einer ganzen Generation ertragen können. Am Beginn meiner Ausführungen möge ein Wort des Dankes stehen an jene Alten, die den Abend ihres Lebens am Wiederaufbau Deutschlands und dem Glück der Kinder dieses Volkes geweiht haben. Wenn ich in diesem Zusammenhang dem Herrn Bundeskanzler Dr. Adenauer persönlich danke, dann erblicken Sie darin keine *captatio benevolentiae* — wir sind keine Ministerkandidaten — sondern zugleich den dringenden Appell, mehr als in der Vergangenheit der jungen Generation durch ideelle und materielle Förderung die Mitarbeit in der Union und im Staate zu ermöglichen. Mit Dankbarkeit haben wir die Worte des Herrn Bundeskanzlers in seinem Interview zur Frage der Jugend in der Bundesrepublik gelesen. Mögen die verantwortlichen Stellen diesen Worten bald die Tat folgen lassen.

Es ist ein bedrückendes Erlebnis, die deutsche Jugend weitgehend abseits aller Bemühungen zu sehen, eine neue geistige, soziale und politische Ordnung zu schaffen — die gleiche Jugend, die durch ihre Taten jahrelang eine Welt in Bewunderung und Grauen versetzt hat. Wir müssen uns ernsthafter als in der Vergangenheit bemühen, diese Jugend aus den vielfachen und einschneidenden Erlebnissen der Vergangenheit zu verstehen, die unser Freund Dr. Six auf der Tagung der CDU in Recklinghausen so eindrucksvoll geschildert hat — den Erlebnissen

der Macht des Hitlerstaates —
der Kameradschaft und Einheit —
der Zerstörung und des Grauens im Kriege —
der Niederlage und der Sieger im deutschen Land —
schließlich des chaotischen Zerfalls einer durch äußeren Zwang geschaffenen Ordnung.

Möge sich niemand der Illusion hingeben, daß diese Erlebnisse die Seele und das Denken der jungen Menschen unberührt gelassen haben oder durch schulmeisterliche Methoden — auch nicht die Methoden der Entnazifizierung — aus der Vorstellungswelt zu bannen sind.

1) Keine Generation hat Opfer in einem Ausmaß gebracht wie die junge Generation des deutschen Volkes. In den Weiten Europas, Asiens und Afrikas liegen Millionen junger Deutscher zur ewigen Ruhe gebettet. Jeder von uns trägt mindestens das Antlitz eines Gefallenen im Herzen — Anklage und Mahnung zugleich. Unter uns leben Millionen Schwerverwundeter und Kriegsverletzter — uns dauernd daran erinnernd, daß wir in einer Schuld stehen, die nicht nur im Etat des Finanzministeriums — dort aber zumindest — ihren Niederschlag finden sollte. Gar nicht zu sprechen von den Kriegerwitwen und Waisen, deren Hoffnung und junges Glück mit den Toten ins Grab gesunken sind.

Unter uns stehen auch in dieser Stunde die Schatten der Verbannten, die ein fürchterliches Schicksal in den Lagern der Sowjet-Union zurückhält. Wir sind nicht bereit, mit denen Worte der Verständigung zu sprechen, die für dieses Verbrechen an der Jugend verantwortlich sind. In den Herzen unserer Kinder und Frauen wird der Haß gegen die Verantwortlichen und ihre Helfershelfer weiterglühen, solange dieses Unrecht nicht wieder gut gemacht wird. Unsere Gedanken gehen in so manche Kerkerzelle in Deutschland, den westeuropäischen Ländern und anderen Staaten, in denen zu unrecht Verurteilte oder Gefangene den Tag der Heimkehr nach Deutschland herbeisehnen. Es wird nicht Friede in Deutschland sein, solange nicht der letzte gegen seinen Willen zurückgehaltene Deutsche in die Heimat zurückgekehrt ist.

Wie kann man von verbitterten und gequälten jungen Menschen — und das Schicksal der gefangenen und verbannten Deutschen ist das Schicksal der gesamten jungen Generation — wie kann man von dieser Jugend erwarten, daß sie lebendig und freudig am Aufbau einer neuen Ordnung mitarbeiten, solange sie sehen muß, daß Unrecht und Gewalt solche Triumphe feiern können?

2) Ich will nicht im einzelnen von den entscheidenden Erlebnissen der Kriegs- und Nachkriegszeit sprechen, die das Denken und Handeln der Jugend bestimmen — nicht von dem Erlebnis, daß ein Staat die edelsten Ideale junger Menschen mißbraucht hat, nicht von der Enttäuschung über die Siegermächte, die dereinst von Freiheit, Gerechtigkeit und Wohlfahrt sprachen, um dann auch junge Menschen lange Jahre hungern zu lassen, Millionen von Menschen in kollektiver Verantwortung ihrer Heimat zu berauben und das Recht unseres Volkes auf freie Bestimmung seines Schicksals stets nur zögernd und immer wieder zu spät anzuerkennen. Ich will auch nicht sprechen von dem für ein Kulturvolk bedenklichen Vorgang, der eine in der Vergangenheit äußerlich legale politische Auffassung und Überzeugung mit harten Strafen und sonstigen Maßnahmen belegte, ohne daß 5½ Jahre nach dem Zerfall des Dritten Reiches die Irrtümer der Vergangenheit durch einen großzügigen Akt der inneren Befriedung beseitigt worden sind.

Alle diese Umstände — mögen sie auch nur im Elternhaus oder in der nachbarlichen Gemeinschaft unmittelbar in Erscheinung getreten sein — sind im Denken der jungen Generation nicht ohne schwerwiegende Folgen geblieben. Sprechen will ich im einzelnen nur von der Heimatlosigkeit und Berufslosigkeit weiter Teile dieser Jugend, die auf die Dauer zu einer schwerwiegenden Erschütterung unseres privaten und

öffentlichen Lebens führen müssen, wenn nicht rechtzeitig Abhilfe geschaffen wird. Die Verwurzelung in Heimat und Familie und in geordneter Tätigkeit bedeuten für den jungen Menschen die natürliche Grundlage seiner Lebensgestaltung und lassen sie erst zu einem wirklichen Glied der menschlichen Gesellschaft werden. Fehlen diese Voraussetzungen, muß die Jugend ihren natürlichen Halt verlieren und eine Gefahr für Ordnung und Gemeinschaft werden. Die Überwindung dieser Jugendnot ist daher erste Voraussetzung für den Erfolg aller Bemühungen, die Jugend mit dem Staate zu versöhnen, sie zur Mitarbeit bei dem Aufbau und der Neuordnung unseres öffentlichen Lebens zu gewinnen.

Einige Zahlen mögen Ihnen die Bedeutung dieser Frage erläutern: Etwa 1 500 000 jugendliche Heimatvertriebene zwischen 14 — 25 Jahren erheben in Deutschland Anspruch auf angemessene Unterkunft und angemessene Existenz. Diese jugendlichen Heimatvertriebenen müssen zum größten Teil in unerträglichen Massenunterkünften aufwachsen und sind daher notwendig in gesundheitlicher und sittlicher Hinsicht gefährdet. Dabei können wir nicht an der Tatsache vorbeisehen, daß die Heimatvertriebenen bei der Verteilung von Wohnraum weitgehend benachteiligt sind.

Erhöht werden diese Gefahren durch die Erwerbslosigkeit und unzureichenden Arbeitsverhältnisse der Jugend. Der Anteil der jugendlichen Arbeitslosen ist unverhältnismäßig groß. Am 15. Oktober 1949 — spätere Zahlen standen mir leider nicht zur Verfügung — stellten von der Gesamtzahl der Arbeitslosen

die 14- bis 18jährigen	3,6 %
die 18- bis 25jährigen	19,8 %
die 25- bis 46jährigen	44,3 %

Die 18- bis 46jährigen waren also mit 64,1 % an der Arbeitslosigkeit beteiligt. Diese Zahlen sind umso schwerwiegender, als vor allem die Jahrgänge betroffen werden, die unter gesunden Verhältnissen eine Existenz aufbauen und eine Familie gründen.

Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit allein ist nicht geeignet, die Berufsnot der jungen Menschen zu heben. Diese Berufsnot findet ihren Ausdruck vor allem auch in unzureichenden Arbeitsverhältnissen. Hierbei ist die heimatvertriebene Jugend besonders stark betroffen. So lag nach einer Aufstellung vom November 1949 der Anteil der Heimatvertriebenen an den Hilfsarbeitern in Bayern um 60 % höher als der Anteil an der Gesamtbevölkerung, in Hessen und Württemberg-Baden um 100 %.

Im Bundesgebiet leben etwa 700 000 jugendliche Heimatvertriebene von 14 — 25 Jahren auf dem flachen Lande. Hier sind die Arbeitsmöglichkeiten wesentlich geringer und weniger vielfältig als in den Städten. Diesen jungen Heimatvertriebenen stehen keine verwandtschaftlichen und sonstigen Beziehungen zur Verfügung. Ihre Ausbildung hat unter dem unstenen Leben der Kriegs- und Nachkriegsjahre gelitten. Daraus erklärt es sich, daß die jugendlichen Heimatvertriebenen einen hohen Anteil an den notdürftig Untergebrachten, den Erwerbslosen und den in unzureichenden Arbeitsverhältnissen Beschäftigten haben.

Die Jugendnot wird verstärkt durch den legalen und illegalen Zustrom aus dem Osten. Sie wird sich in Zukunft verschärfen, weil die Geburtenjahrgänge 1934 — 1940 ungewöhnlich stark sind. Die Zahl der schulentlassenen Jugendlichen, die in Arbeit gebracht werden müssen, werden bis 1953 um rund 35 % steigen. Die Arbeitslosigkeit der Jugend-

lichen wird daher auf Jahre hinaus chronischen Charakter haben, wenn nicht Abhilfe geschaffen wird. So hat man bei gleichbleibendem Angebot an Arbeits- und Lehrstellen errechnet für Schleswig-Holstein

1949: 43 000 arbeitslose Jugendliche

1953: 202 000 arbeitslose Jugendliche.

Die sittlichen, kulturellen und sozialen Gefahren einer derartigen Entwicklung sind eindeutig. Die Masse der gefährdeten Jugendlichen wird den Staat, den sie — wenngleich zu unrecht — für diese Entwicklung verantwortlich macht, verneinen und bekämpfen. Schon stehen Trommler bereit, um sie in radikalen Gruppen zusammenzufassen.

Die Herren Bundesminister des Innern, der Arbeit und Wirtschaft erwarten hier dringende Aufgaben. Die Tatsache, daß rund 500 000 Jugendliche im Frühjahr dieses Jahres ohne Lehrstellen geblieben sind, sollte sie nicht ruhen lassen. Angesichts der nicht mehr tragbaren sozialen Not mögen unverzüglich Sofortmaßnahmen zur Schaffung von Jugendwohnheimen, Jugendbildungsstätten und zur intensiven Ausnützung und verstärkten Bereitstellung von Lehr-, Alern- und Arbeitsstellen durchgeführt werden. Darüber hinaus möge das seit langem geplante Bundesjugendwerk ins Leben gerufen werden, um die Probleme der sozialen und beruflichen Jugendnot zentral zu studieren, Maßnahmen zur Beseitigung der Not anzuregen und zu koordinieren und — soweit möglich — Mittel zur Beseitigung der Not bereitzustellen — vor allem für die heimatvertriebene Jugend. Der Erfolg dieser Bemühungen wird letztlich darüber entscheiden, ob die Jugend freudig unserem Staat ihr Leben und ihre Kraft weihet. —

Der Bundesinnenminister möge schnell handeln. Er möge einen Kreis von Frauen und Männern schaffen, der auch das Vertrauen der Jugend hat. Dieser Kreis möge ohne bürokratische Hemmungen einen alle Maßnahmen zur Überwindung der Jugendnot — auch auf dem Gebiet der Jugendpflege, des Jugendsports und der Jugendwohlfahrt — zusammenfassenden Plan vorbereiten und durchführen. Die auf ihre Zuständigkeit eifersüchtigen Vertreter der Länder mögen bedenken, daß es um ein Anliegen der gesamten deutschen Jugend geht, das nur durch gemeinsame Anstrengung gelöst werden kann. Eine radikalisierte und enttäuschte Jugend wird auch vor den grün-weiß-roten oder blau-weißen Grenzpfählen nicht halt machen.

Mit der Erfüllung dieser Aufgabe ist die erste Voraussetzung dafür gegeben, daß wir in der Jugend verantwortungsfreudige Mitarbeiter gewinnen. Diese Jugend ist zwar skeptisch und kritisch, sie verfügt aber zugleich über eine sehr nüchterne und reale Einstellung zu den Notwendigkeiten des öffentlichen Lebens. Es ist einfach nicht wahr, daß die deutsche Jugend an den Fragen des öffentlichen Lebens nicht interessiert sei. Wer häufig mit jungen Menschen diskutiert hat, weiß, daß in jungen Menschen oft ein brennendes Interesse z. B. an den Fragen der sozialen Neuordnung oder der Schaffung eines geeinten Europa lebendig ist. Sie ist zur Mitarbeit bereit. Aber sie will nicht noch einmal enttäuscht werden.

1. Die junge Generation hat nicht vergessen, daß nicht zuletzt die Schwäche der Weimarer Demokratie das nationalsozialistische System ermöglicht hat, dem sie ein so schreckliches Blutopfer hat bringen müssen. Aus einer sehr realen Haltung heraus versagt sie sich allen Versuchen, die Demokratie von Weimar zu restaurieren.

Sie erwartet von den politischen Parteien, daß sie den Parteigeist überwinden. Dazu gehört die Bereitschaft zum Anhören des politisch anders Denkenden und der Mut zur Auseinandersetzung, die die Tribüne der Parlamente nicht nur zur Verkündung vorbereiteter Deklarationen und von Fraktionsbeschlüssen mißbraucht. Eine wirksame politische Erneuerung wird nur dann möglich sein, wenn in der Zusammensetzung und in den politischen Entscheidungen der Parteien und Parlamente mehr denn je die sozialen Gruppen wirksam werden, die die Wirklichkeit unseres sozialen Lebens bestimmen.

Echte Demokratie ist nur möglich, wo die politischen Gruppen sich als gleichberechtigte und gleichverpflichtete Partner anerkennen. Parteien, die anderen demokratischen Gruppen diese Anerkennung versagen und die Eroberung der Macht oder die Diktatur einer Klasse zum Inhalt und Ziel ihres politischen Wirkens machen, sind mit dem Grundgedanken der Demokratie unvereinbar. Wir hoffen, daß in unserem Staate — zum Unterschied von Weimar — Demokraten wirksam sind, die aus dieser Erkenntnis einfache und klare Konsequenzen ziehen. Eine Staatsform, die bis zur Selbstaufgabe tolerant ist, wird in der Jugend niemals die Autorität gewinnen, die Voraussetzung für die Anerkennung des Staates durch junge Menschen ist. Für Rückversicherer ist in unseren Reihen kein Raum.

2. Deutschlands Weg in die Katastrophe begann nicht am 30. Januar 1933. Sein Beginn liegt in den Tagen, in denen der Staat zur letzten und höchsten Autorität erklärt und der Mensch aus der natürlichen Ordnung der göttlichen Schöpfungsgesetze herausgelöst wurde. Eine Erneuerung des öffentlichen Lebens ist daher nur möglich, wenn wir eine Ordnung schaffen, die den Menschen wieder als Glied der göttlichen Schöpfungsordnung sieht und die 10 Gebote lebendige Wirklichkeit im Leben des einzelnen und der Gemeinschaft werden läßt.

Die junge christliche Generation erwartet, daß mit dieser Forderung ernst gemacht wird, und zwar auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, daß nicht über taktischen Erfordernissen der politischen Tagesarbeit die ethischen und geistigen Grundlagen unseres Programms vergessen werden. Möge dieser Geist in allen Teilen unseres Landes lebendig bleiben und niemand versuchen, die Union zu einer Schutzvereinigung zur Wahrung von Gruppeninteressen zu entwerten. Möge stärker und umfassender als in der Vergangenheit der evangelische Teil unseres Volkes aus dem Reichtum der evangelischen Lehre beitragen zur politischen Erneuerung und alle christlichen Kräfte einströmen lassen in die Union der evangelischen und katholischen Christen; jene Union, in der die junge Generation den entscheidenden inneren politischen Beitrag der Nachkriegszeit sieht und an der sie festhalten wird, weil sie es nicht erträgt, daß das politische Leben Deutschlands durch konfessionellen Hader vergiftet wird.

Der Bundesparteitag der CDU würde seine Aufgaben verfehlen, wenn er nicht einen konkreten Beitrag zur staatsbürgerlichen Erziehung unserer Jugend leisten würde. Die Notwendigkeit einer sorgfältigen und umfassenden staatsbürgerlichen Erziehung — die die Lücken vergangener Versäumnisse zu schließen hat — bedarf keiner Begründung. Dankbar haben wir die Absicht begrüßt, ein Jugendhaus für staatsbürgerliche Erziehung zu errichten, das der Allgemeinheit zur Verfügung steht.

Man möge mir verzeihen, wenn ich auch an die Belange und Notwendigkeiten der Union denke. Wenn wir unseren Nachwuchs sichern wollen, müssen wir politische Bildungsstätten der Jungen Union schaffen, an denen jeweils mindestens eine festgestellte Lehrkraft tätig ist und durch die unsere jungen Geschäftsführer in gleicher Weise gehen wie die Mitglieder der Jungen Union.

Sie haben den Herrn Bundeskanzler gestern mit begeistertem Beifall begrüßt. Danken Sie diesem großen alten Mann, indem Sie ihm ein Denkmal setzen, das fortlebt in Herzen junger Menschen und im Wirken der Union. Bewilligen Sie noch auf diesem Parteitag die Mittel zu einer

Dr.-Konrad-Adenauer-Bildungsstätte
der Jungen Union.

Seit ihrer Gründung hat die Junge Union ihre Aufgabe darin gesehen, der Verständigung der Jugend Europas zu dienen. Soest — Fiuggi — Hofgastein — Schluchsee — Luzern — Konstanz sind einige Stationen, die von dem ersten Treffen junger christlicher Politiker über die Gründung der Sektion der Jüngeren der NEI zur Errichtung der Jungen Union christlicher Demokraten Europas führten.

Ich muß davon absehen, die Wirksamkeit der Jungen Union auf dem Gebiet der europäischen Verständigung im einzelnen zu erläutern. Nur ein Gedanke: Europa endet nicht am Eisernen Vorhang. Auch jenseits des Vorhangs leben bewußte Europäer, die unter der Faust des Kommunismus leiden. So entscheidend die deutsch-französische Verständigung ist, so wichtig — wenngleich schwieriger — ist in einem befreiten Europa die Verständigung mit Polen, der Tschechoslowakei und den übrigen osteuropäischen Völkern. Wir müssen um der europäischen Aufgabe willen das Trennende vergessen und mit der christlich-demokratischen Jugend dieser Länder zusammenarbeiten — bereits jetzt, soweit sie sich dem Terror des Kommunismus entzogen und sich die Freiheit des Denkens und der Sprache bewahrt hat.

Für den jungen Deutschen ist es selbstverständliche Pflicht, die Heimat — vor allem die Kinder und Frauen unseres Landes gegen einen Angriff der Sowjet-Union zu verteidigen. Wir haben nicht vergessen, was an der Ostfront in Rußland und Deutschland geschehen ist. Wir wissen, daß ein siegreicher Angriff des Kommunismus den Untergang Deutschlands und Europas — Sklaverei und Tod für seine Bewohner bedeuten würde. Wir wissen auch um die Herausforderung, die Schwäche und Zögern für die kommunistische Diktatur bedeuten würde.

Niemand erwartet jedoch, daß die Jugend begeisternden Worten, Fahnen und Symbolen allein zu folgen bereit ist. Die Bereitschaft zur Verteidigung ist für die nüchtern und real denkende Jugend unserer Tage nur sinnvoll, wenn die Gewähr besteht, daß Deutschland nicht endgültig Kriegsschauplatz wird und ein Angriff offensiv abgewehrt werden kann. Voraussetzung für eine erfolgreiche Verteidigung ist, daß endlich ein wirtschaftlich geordnetes, auf die gemeinsame Verteidigung Gesamteuropas bedachtes und ausreichend gerüstetes Europa entsteht. In einem solchen Europa als gleichberechtigter Partner an der Verteidigung mitzuwirken und die damit verbundenen Pflichten zu übernehmen, dazu ist jeder Deutsche bereit, der die Sowjet-Union kennt und von den Schrecken ihrer Arbeits- und Konzentrationslager weiß.

Wenn wir unter diesen Voraussetzungen genötigt sind, unseren Beitrag zur Verteidigung Deutschlands und Europas zu leisten, dann möge

dafür Vorsorge getroffen werden, daß die persönlichen und sachlichen Mittel der Verteidigung nicht wieder einen Staat im Staate bilden. Wie keine andere Aufgabe des Staates müssen die Vorbereitungen der Verteidigung der Kontrolle des Volkes und seiner Repräsentanten unterliegen. Videant consules . . . ! Mögen der Herr Bundeskanzler und seine Beauftragten darüber wachen, daß die Bundesrepublik bei der Lösung dieser entscheidenden Frage der Nachkriegszeit keinen Schaden leide.

Wir wollen es als ein Zeichen nehmen, daß gestern über der Tribüne dieses Hauses der deutsche Adler — heute das Zeichen des freien Europa aufgezo-gen ist. Europa ist die große Aufgabe und das Ziel, das der Jugend unserer Tage gestellt ist. Dieses freie und geeinte Europa, das in den Herzen unserer Jugend und der Jugend Europas bereits lebendige Wirklichkeit ist, darf niemals zum Handelsobjekt für parteipolitische Forderungen herabgewürdigt werden. Über Parteitaktiker und Gruppeninteressenten wird die Jugend zur Tagesordnung übergehen.

An der Spitze der Jugend Europas werden die jungen Christen stehen — zumal die deutsche Jugend. Wir stellvertretend für die Jugend der sowjetischen Zone, die wir in Dankbarkeit und Treue grüßen, mit der wir gemeinsam den Weg in ein geeintes Deutschland und ein geeintes Europa gehen wollen — nicht im dumpfen Gleichschritt marschierender Kolonnen, sondern im Gleichklang gleichgesinnter und von der Liebe freier Menschen zu Volk und Heimat bewegter Herzen.

In diesen Wochen habe ich die mir in der Jungen Union anvertrauten Ämter niedergelegt. Lassen Sie mich dieser Jungen Union ein letztes Wort sagen:

Bleiben Sie den Tugenden und Ideen der Jugend treu,
bleiben Sie die Fackelträger der Idee, das gesamte öffentliche Leben aus der Kraft und dem Reichtum des Christentums zu erneuern.

Dienen Sie unserem Volke in opferbereiter Hingabe — alles übrige wird Ihnen gegeben werden.

Die Aussprache

Sch a u t e s :

Sprecher des Christlich-Demokratischen Hochschulrings der Universität Bonn, vertritt die Auffassung, daß ein Verantwortlicher an entscheidender Stelle seiner Aufgabe dann nicht voll und ganz gerecht werden kann, wenn er nur auf seine mehr oder weniger theoretischen akademischen Kenntnisse in der Führung seines Amtes zurückgreift. Ihm muß in eigentlich noch höherem Maße ein weit ausgebildeteres politisches Fingerspitzengefühl eigen sein. Seit Aufhebung des Lizenzzwanges durch die verschiedenen Militärregierungen hat sich an einigen Universitäten und Hochschulen eine befremdliche Zurückhaltung in der Zulassung politischer Hochschulgruppen geltend gemacht. Dieser Aversion gab der Rektor der Universität Erlangen auf dem Kölner Studententag im September dieses Jahres Ausdruck, als er sagte, die Existenz politischer Gruppen sei unvereinbar mit dem Charakter und der Zielsetzung einer deutschen Alma mater.

Und doch liegt diesen politischen Gruppen eins am Herzen: im Sinne staatsbürgerlicher Bildung und politischer Verantwortung unter den Studenten tätig zu sein. Und dieses ihr Ziel wollen sie unter keinen

Umständen aufgeben. Wir bedauern außerordentlich, daß in der Frage der Errichtung politischer Lehrstühle an deutschen Universitäten sowohl von seiten der Herren Kultusminister als auch von seiten der Rektorenkonferenz noch keine sichtbaren Fortschritte erzielt worden sind. Solange diese Fragen in der Schwebe sind, solange nehmen die politischen Hochschulgruppen die erste und wesentlichste Aufgabe wahr, die ihnen eigentlich erst in zweiter Linie zufallen sollte.

Der Christlich-Demokratische Hochschulring der Universität Bonn erlaubt sich daher, dem Bundesparteitag vorzuschlagen:

1. Die Errichtung christlich-demokratischer Studentengruppen an allen Hochschulen und Universitäten des Bundesgebietes mit allen Mitteln zu unterstützen, zu fördern und voranzutreiben,
2. die organisatorische Verbindung dieser Hochschulringe auf Landes- und Bundesebene anzubahnen und
3. den Landesvorständen und dem Bundesvorstand der Jungen Union stimmberechtigte Vertreter aus Kreisen der Hochschulringe zuzuordnen.

Die Erreichung eines solchen Zieles wird nur dann lediglich eine Frage der Zeit sein, wenn die Union, vor allem die Junge Union, und darüber hinaus alle, die mit Studenten in enger Verbindung stehen und dem Unionsgedanken verhaftet sind, dabei tatkräftig mit Hand anlegen (Beifall.)

Hesse:

Wir müssen feststellen, daß die Sozialdemokratische Partei eine geradezu skrupellose Personalpolitik in der öffentlichen Verwaltung treibt. Wir müssen aber leider hinzufügen, daß diesem verantwortlichen Treiben der Sozialdemokratischen Partei von den anderen Parteien, die CDU eingeschlossen, nicht der erforderliche Widerstand entgegengesetzt wird, den wir erwarten müssen. (Beifall)

Die Sozialdemokratische Partei hat sich zum Grundsatz gemacht, die Außenseiter in die öffentliche Verwaltung hineinzubringen. Ich stelle auf Grund meiner mehr als 40jährigen Dienstzeit in der öffentlichen Verwaltung fest, daß diese Außenseiter, die die Sozialdemokratie uns beschert, nicht nur nicht geeignet sind, sondern auch fast samt und sonders nicht zur jungen Generation gehören. Demgegenüber ist nun zu sagen, je geringer ist die Aussicht für die junge Generation, in der öffentlichen Verwaltung ein Unterkommen zu finden. — Mir ist in diesen Tagen die Mitteilung zugegangen, daß von sämtlichen Assessoren in der Bundesrepublik nur 10 % in der öffentlichen Verwaltung Verwendung finden können. Es erhebt sich also das sehr ernste Problem, daß wir vielleicht zu viel Akademiker haben. General Clay hat darauf hingewiesen, daß das Juristen-Monopol in Deutschland gebrochen werden müsse. Die juristische Fakultät der Universität Münster hat jedoch festgestellt, daß nur noch 16,2 % sämtlicher Stellen des höheren Dienstes mit Juristen besetzt sind. Da kann man beim besten Willen nicht mehr von einem Juristen-Monopol sprechen. Wenn das Juristen-Elend weiter um sich greift, müssen Maßnahmen ergriffen werden.

Hessenauer:

Mein verehrter Freund Dufhues hat mit Recht gesagt, daß eine der schwerstwiegenden Gefahren der jungen Generation die Skepsis und

das mißtrauische Abwarten auch uns gegenüber ist. Wir wollen uns keinen Illusionen hingeben. Ich sehe die Hauptursache dieses Verhaltens darin, daß wir selbst-kritische Überforderungen haben. Wir müssen versuchen, daß die Jugend Vertrauen zur Demokratie und ihren Führern bekommt. Es gibt unter der Jugend Menschen von Format, die zugleich auch echte Demokraten sind, aber keiner Organisation angehören. Ich begrüße daher den Vorschlag von Dufhues, eine „Bildungsstätte Konrad Adenauer“ zu schaffen. Wir brauchen die Solidarität junger Politiker mit echten Demokraten auch auf der anderen Seite. Natürlich darf diese Zusammenarbeit nicht zu irgend einer Verwässerung des eigenen Fundamentes führen. Man muß sich selber treu bleiben. Es wurde uns in Hamburg in einer Diskussion unter Berufung auf Herrn Niemöller immer wieder entgegengehalten, daß man unter keinen Umständen gegen den deutschen Bruder kämpfen dürfe. Ich als Christ sehe auch im Engländer meinen Bruder und muß sagen, mir steht der deutschfreundliche Negerbischof näher als ein deutscher Politiker, der die Oder-Neiße-Linie als deutsche Grenze begrüßt. Ich hasse ehrlich den Krieg, aber ich weiß, daß man mit einem absoluten Pazifismus dem Teufel dient, nämlich der Herrschaft des Totalitarismus. Wenn wir kämpfen müssen, so wäre das furchtbar, aber ich muß als überzeugter Protestant und gesunder nationaler Deutscher sagen, daß ich dann lieber mit einem französischen Katholiken kämpfe als mit einem sogenannten deutschen Bruder, der KZ-Kommandant in Ostdeutschland ist. (Beifall.) Wir als Christen müssen diese jungen Menschen gewinnen und ihnen Bekennermut und ein soziales Gewissen zeigen. (Beifall.)

Fräulein Reinhardt:

Als Dufhues davon sprach, daß 500 000 junge Menschen keine Lehren haben, mußte ich unwillkürlich an ein Gesetz denken, das in Hessen existiert, und zwar an das Gesetz der Schulgeldfreiheit. In unmittelbarem Zusammenhang mit diesen Lehrstellen steht nämlich die Schulgeldfreiheit, obwohl das zunächst paradox erscheint. Durch die in Hessen angewandte Schulgeldfreiheit wird es ermöglicht, daß jeder, und wenn der Vater Millionär ist, vom Schulgeld befreit wird, so daß dadurch viele junge Menschen zur höheren Schule streben. Dadurch werden Mittel beansprucht, die wir auf der anderen Seite den Jugendlichen nicht zur Verfügung stellen können, um Lehrwerkstätten oder Lehrbetriebe zu bauen. Ich möchte also in dieser Beziehung sagen, daß, wenn vom Bund her eine generelle Lösung für dieses Problem geplant sein sollte, man doch Unterschiede machen muß in bezug auf diese Schulgeldfreiheit, damit den einzelnen Haushalten nicht Gelder für die Lehrstellen bzw. Lehrbetriebe entzogen werden.

Zum Fall Niemöller habe ich ganz kurz zu sagen: Der Mann hat scheinbar seine Vergangenheit als U-Boot-Kommandant noch nicht ganz überwunden. Er sieht alles durch den Schnorchel. Er sieht die Oberfläche mit einem sehr begrenzten Horizont.

Josten:

Was unsere Jugend sagen will, ist eines: Bitte denken Sie nicht erst an die Junge Union im Wahlkampf, wenn Sie jemand brauchen, der Plakate kleben soll. (Lebhafter Beifall.) Die Junge Union will mit Verantwortung tragen. Wir haben die Ereignisse des Krieges bitter kennengelernt, und wir wollen jetzt nicht abseits stehen. Sie wissen, daß gerade die werktätige Jugend mit zu den Treuesten der CDU-Jugend

gehört. (Beifall.) Je besser Sie die sozialen Verhältnisse für die Jugend regeln, umso weniger Jungkommunisten werden wir hier im Westen haben; denn die Jugend stellt sich am liebsten immer hinter die Politiker, die mit einem guten Beispiel vorangehen. Wir müssen handeln, Europa muß handeln. Es gilt keine Zeit zu versäumen, damit wir nicht einmal über das evtl. Versäumte in einem KZ nachdenken müssen. (Lebhafter Beifall.)

Frau Baumhauer:

Gestatten Sie mir als Vertreterin der alten Generation, als Großmutter, ein paar Worte. Ich möchte hier sagen, daß das Alter doch ein Plus vor der Jugend voraus hat. Wir sind jung gewesen und alt geworden; sie sind jung und noch nicht alt gewesen. Frühreif ist nicht immer das, was die besten Früchte trägt. Ich komme auf einen sonderbaren Vorschlag. Die Römer und die Griechen hatten einen „Rat der Alten“. Auch Sie könnten eine Gruppe von Alten zusammenschließen, die die kritischen Fragen leidenschaftslos erledigen müßten.

Mikat:

Es ist heute morgen mit Recht auch die Forderung nach einer klaren politischen Linie erhoben worden. Diese klare Linie kann bei uns nur dann aufrecht erhalten werden, wenn diese Linie sich organisch durchsetzt bis in die unterste Schicht der Union, bis in die Jugend hinein. Der Jugend kommt es in erster Linie darauf an, Kontakt zu gewinnen. Dieser Kontakt wird geboren mit den unteren Parteiorganen, mit den Kreisparteien, mit den Stadtfractionen usw. Eines ist notwendig, daß die Jugend nicht mit kulturellen Dingen überfüttert wird, sondern daß sie auch einmal in praktische Berührung mit dem politischen Handwerkszeug kommt. (Beifall.) Die Jugend wünscht heute nichts mehr als die Wahrheit in unserer Partei. Die Wahrheit wird uns freimachen.

Dr. Karl Beyer:

Ich will nicht von der Remilitarisierung sprechen, aber ich möchte zum Ausdruck bringen: Zu diesem großen Problem kann die Jugend erst Stellung nehmen nach alledem, was geschehen ist, wenn die Ehre des deutschen Soldaten wiederhergestellt worden ist. (Beifall.)

Gruß der ausländischen Gäste

Zu Beginn der abendlichen Delegiertentagung kamen Sprecher der anwesenden ausländischen Gäste zu Wort. Die herzlichen Grüße, die sie im Namen ihrer Völker und Parteien entboten, fanden bei den Delegierten und deutschen Parteigästen stürmischen Widerhall.

Dr. Emil Reuter (Vorsitzender der Christlich-Sozialen Volkspartei Luxemburgs): Im Namen der Christlich-Sozialen Volkspartei Luxemburgs sowie auch der Christlich-Sozialen Partei Belgiens und der Katholischen Volkspartei Hollands, die alle drei zu der neuen europäischen Einheit Benelux gehören, entbiete ich Ihnen unsere herzlichsten

Brüdergrüße. Vor allem danken wir Ihnen für die freundliche Einladung zum ersten Parteikongreß der deutschen CDU. Wir haben dieser Einladung gern Folge geleistet, einmal weil wir grundsätzlich jede Fühlungnahme begrüßen, die geeignet ist, in Europa den Gemeinschaftsgedanken zu fördern und zu stärken. Seit dem letzten Weltkrieg hat sich zwischen den Völkern Europas in immer fortschreitendem Maße eine tatsächliche und wahrscheinlich unwiderrufliche Schicksalsgemeinschaft herausgebildet. Wir wissen und fühlen alle, daß heute kein Volk mehr in Freiheit, Glück und Wohlstand leben kann, ohne mit den anderen Völkern verbunden zu bleiben. Kein Volk kann allein in Glück und Wohlstand leben, ohne mit den anderen Völkern verbunden zu bleiben. Kein Volk kann allein in Glück und Frieden leben; es ist auf Gedeih und Verderb mit allen Völkern Europas verbunden. (Beifall.) Es bedarf daher der Zusammenfassung aller Kräfte, um aus der Zerfahrenheit und der aus dem Unvermögen der europäischen Länder hervorgegangenen Krise herauszukommen, sie zu überwinden und einer neuen Katastrophe vorzubeugen.

Die politische, wirtschaftliche und kulturelle Neubelebung unseres Kontinents, wird augenblicklich durch den allmählichen Aufbau der neuen sogenannten Europäischen Union angestrebt. Wir hoffen, daß die noch bestehenden Schwierigkeiten und Hindernisse baldmöglichst überwunden werden. Denn mit Recht wird diese Lösung als die einzige Rettung Europas bezeichnet, als die Lebensfrage der europäischen Völker. (Beifall.)

Zum anderen haben wir unsere Beteiligung an Ihrem Parteitag gern zugesagt, weil wir es als wertvoll und wichtig betrachten, daß alle christlich-demokratisch und -sozial orientierten Parteien Europas sich endlich zusammenfinden, (Beifall) Gedanken austauschen und sich gegenseitig moralisch unterstützen. Wir dienen alle demselben Ideal. Wir haben alle dieselben geistigen und sittlichen Werte zu schützen und zu verteidigen, die überall in den europäischen Ländern derselben Bedrohung ausgesetzt sind. Die Erhaltung des christlichen Gedankengutes in der politischen Leitung der Völker ist und bleibt die große Schicksalsfrage der Menschheit. Hier allein ist die einzige sichere Grundlage eines wahrhaften, aufrichtigen und dauerhaften Völkerfriedens gegeben.

Daher ist es auch natürlich und durchaus zu begrüßen, daß die in christlichem Sinn orientierten Parteien Europas sich über die Grenzen die Hände reichen und so vielleicht ihren Völkern den Weg der Versöhnung und zur Verständigung zeigen. (Beifall) Auch die kleinen Völker, zu denen wir gehören, auch das kleine Luxemburg, sind hier zur Mitarbeit gerufen. Auch wird sind gewillt, uns an dem moralischen Wiederaufbau Europas, der kleinen wie der großen Länder, zu beteiligen und unsere Arbeit zu leisten wie die großen Nachbarstaaten.

Unser Wunsch an ihre Partei und an das deutsche Volk geht dahin, daß das deutsche Volk im Sinne der Rede des Herrn Bundeskanzlers und im Sinne der nachfolgenden Referate, die wir in diesen Tagen gehört haben, den Weg aus der derzeitigen Genesungskrise zu moralischem und wirtschaftlichem Aufstieg finden soll; daß auf der Grundlage Ihrer Parteiprinzipien ein neues Deutschland aufgebaut werde, das in friedlicher Zusammenarbeit mit allen demokratischen Ländern und als gleichberechtigtes Mitglied der Völkerfamilie seinen Platz im Herzen Europas wieder einnehmen kann.

Auf diese Weise hoffen wir, daß die Völker Europas aus der Not und aus dem Leid der Vergangenheit mit vereinten Kräften einer besseren, schöneren Zukunft entgegenschreiten können, und zwar im Zeichen der demokratischen Freiheit, im Zeichen unseres gemeinschaftlichen christlich-sozialen Ideals. Gebe Gott, daß es der neuen Generation, die das schicksalhafte Erbe der Vergangenheit, das schwere Erbe der verfloßenen Jahre angetreten hat, gelingen wird, dieses begonnene Werk zum guten Ende zu führen. (Lebhafter Beifall.)

Dr. J. R. Schmal:

Als Vertreter der Christlich-Historischen Union, einer der beiden evangelischen Staatsparteien in den Niederlanden, gereicht es mir zu besonderer Freude, Sie heute abend hier begrüßen zu dürfen. Wir sind der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands vielen Dank dafür schuldig, daß sie auf Verbindung mit Gesinnungsgenossen im Ausland Wert legt. Gestatten Sie mir, meinerseits zu erklären, daß es uns ein besonderes Vergnügen sein wird, künftighin auch Delegierte der CDU in unseren alljährlichen Generalversammlungen begrüßen zu dürfen. (Beifall.)

Von den schweren Zeiten, die wir auch in Holland jetzt erleben, brauche ich wohl kaum zu berichten. In der Beziehung genügt es mir, auf einen alten Wandspruch hinzuweisen, den ich vor 50 Jahren als Kind in meinem Elternhause in deutscher Sprache täglich las. Da hieß es in hellen Buchstaben:

Gott hat geholfen, Gott hilft,
Gott wird weiter helfen!

Laßt uns in diesem Glauben in unseren schwer geprüften Ländern, in Deutschland so wie in Holland, an unsere heutigen Aufgaben herantreten. Wenn wir aus dieser Überzeugung, nur aus dieser Überzeugung leben und schaffen, sind wir dazu berechtigt, uns jene stolze Losung, ohne die wir nicht auskommen können, anzueignen: Arbeiten und nicht verzweifeln!

Es bieten sich uns neue Aufgaben im neuen Europa. Wir möchten jetzt alle aufrichtige Europäer sein. Es geht ja nicht anders. Auch uns Christen ist dies das Gebot der Stunde. Und dennoch sollen wir uns alle an erster Stelle darum bemühen, treue Kinder, Söhne und Töchter unseres eigenen Vaterlandes zu sein. (Beifall.) Gerade dies scheint mir die unerläßliche Vorbedingung alles wahren und europäischen Denkens zu sein. (Zustimmung.) Ich freue mich, daß diese aufrichtige vaterländische Gesinnung in den Kreisen der CDU reichlich vorhanden ist, lebt und kräftig wirkt. Unter Anspielung auf ein klassisches Wort wage ich zu sagen: Ein Volk, das strebend, christlich strebend sich bemüht, wird Gott erlösen. — Diese Wahrheit in unseren Ländern Deutschland und Holland, in Europa in Wort und Tat vorzuführen, das scheint mir zunächst national und international unsere dringendste gemeinsame Aufgabe zu sein. (Beifall.)

Prof. Barthélemy Ott:

(Der französische Gast wird mit einer minutenlangen Beifallskundgebung empfangen.)

Es ist für mich eine Ehre und eine Freude zugleich, die Teilnehmer des ersten Parteitages der CDU Deutschlands im Namen der Volksrepublikanischen Bewegung Frankreichs begrüßen zu dürfen. Der

Vorsitzende unserer Bewegung, der frühere Ministerpräsident Georges Bidault, sowie der Generalsekretär, Minister Collin, haben mich beauftragt, ihre Abwesenheit bei dieser Tagung zu entschuldigen, da sie durch wichtige politische Angelegenheiten in Paris zurückgehalten worden sind. Wenn ich also das Wort in diesem Raum zu ergreifen wage, so vor allem, um Ihnen die Grüße und Glückwünsche unserer Partei an die deutschen Demokraten christlichen Geistes zu bringen.

In der Situation Deutschlands sieht man die beiden großen Konfessionen, die evangelische und die katholische, ohne Reibungen konfessioneller Art für ein gemeinsames Ideal Hand in Hand zusammenarbeiten. Was die MRP betrifft, wurde es manchmal in Zweifel gezogen, ob dieselbe Harmonie zwischen beiden Konfessionen überhaupt herrsche. Um diese Zweifel endgültig zu beseitigen, habe ich auf die freundliche Einladung Ihres Vorstandes meinen teuren Freund, den Herrn Pastor La Gravière von der evangelischen Kirche Frankreichs, der zur Zeit Conseiller de l'Union Française und früher mit mir Senator des ersten französischen Senats gewesen ist, als einen lebenden Beweis dieser Harmonie hierhergebracht. (Starker Beifall.) Im Schoße der MRP-Bewegung stehen wie hier in der CDU Deutschlands die katholische und evangelische Konfession vollständig auf gleichem Fuße. Katholiken und Protestanten arbeiten Hand in Hand in brüderlicher Gemeinschaft, obgleich natürlich die Katholiken die überwiegende Mehrheit unserer Parteigenossen bilden. Wenn aber die Protestanten an Zahl bei uns geringer sind, so darf man mit Recht behaupten, daß sie keine unterdrückte Minderheit bilden (Heiterkeit) und an Mut, an Talent und an echtem christlichen Geist manchmal der Mehrheit der Katholiken überlegen sind. (Beifall.)

Wir sind also beide, der Protestant und der Katholik, nach Deutschland gefahren. Zuerst müssen wir für den freundlichen Empfang und für die in jeder Hinsicht vorzügliche Gastfreundschaft, die uns in der herrlichen alten Stadt Goslar zuteil wurde, unseren besonderen Dank auszudrücken. Diese prächtige Stadt, die, wie ein talentvoller Redner dieser Tagung es heute gesagt hat, vom Hauch der Weltgeschichte durchweht ist, ist durch ein gütiges Geschick als lebendiger Zeuge einer großen abendländischen Vergangenheit bewahrt geblieben. Das ist uns wie ein Symbol und eine Aussicht auf bessere Zeiten. Vergangenheit und Zukunft geben sich hier die Hand. In Goslar haben wir einerseits auf den Steinen der Häuser und Gebäude die Größe der Vergangenheit der abendländischen Kultur lesen können. Wir können aber auch, wenn wir diesen Saal betreten, aus den Worten der gehaltenen Reden die Größe der Zukunft der abendländischen Kultur schon ahnen. Denn in diesem Saal herrscht bei den Menschen, die hier das Wort führen, jene Auffassung der Demokratie, die auf die Achtung der Einzelmenschen, respect de la personne humaine, gegründet ist und die nach einer Daseinsform trachtet, für die der Mensch, die Freiheit der Persönlichkeit, der unersetzliche Wert jedes Individuums im Mittelpunkt des Denkens und Trachtens in Politik und Kultur stehen.

Zu dieser Auffassung der Demokratie bekennen auch wir uns, denn das ist das große allen Völkern des Abendlandes gemeinsame Erbe, das in der griechisch-römischen Antike gesammelt und vom Christentum in unsere Länder gebracht worden ist. Ein solches Erbe, meine Herren und Damen, ist unverlierbar. Es kann und muß nicht sterben. Dieses Erbe ist es, das uns Menschen des europäischen Kulturkreises das Leben

überhaupt lebenswert macht. (Beifall.) Mit großer Genugtuung, mit Freude haben wir festgestellt, daß diese Auffassung der Demokratie alle in diesem Saal gehaltenen Reden durchaus beseelte. Das war für uns der beste Beweis, daß Deutschland in der europäischen Gemeinschaft eine Rolle spielen soll, die einem großen Kulturvolk ziemt. Wir dürfen auch unsere Überzeugung ausdrücken, daß die deutsch-französische Verständigung der Grundpfeiler einer wirklich europäischen Politik werden soll und muß. (Starker Beifall.)

Sie werden mir erlauben, einige Worte über dieses eigene Thema zu sagen, das nur mit Mut und vollkommener Aufrichtigkeit besprochen werden soll. Die Frage einer deutsch-französischen Annäherung scheint mir manchmal auf eine grundfalsche Basis gestellt zu werden. Sie wird jeden Tag in Zeitungen, Zeitschriften und Reden diskutiert, als ob die Mißverständnisse und die noch nicht geheilten, noch klaffenden Wunden auf beiden Seiten auf einmal durch ein Wunder des guten Willens verschwinden sollten. Das ist ein lobenswerter Wunsch des Gefühls, aber entspricht durchaus nicht der harten Wirklichkeit. Es soll nicht geleugnet werden, daß uns ein langer und mühsamer Weg von diesem Ziel trennt. Aber schon ist es an sich ein großer Sieg der Vernunft und auch des guten Willens, daß die besten Köpfe der beiden Nationen die unbedingte Notwendigkeit erkannt haben, eine rückhaltlose Verständigung zwischen unseren beiden Ländern herzustellen. (Beifall.)

Gestern habe ich die Rede des Herrn Bundeskanzlers Adenauer mit großer Bewunderung gehört. In der Sprache des Herrn Bundeskanzlers habe ich mit Freude die Sprache des großen Staatsmannes begrüßt, die über die beweglichen zufälligen Gestalten des Gegenwärtigen hinaus die festen Umrisse einer Zukunftspolitik zu zeichnen vermag. Herr Bundeskanzler Adenauer hat abermals betont, daß eine Verständigung mit Frankreich ein fester Grundsatz seiner Außenpolitik sein und bleiben soll.

Solche Äußerungen sind für uns von großem Wert. Sie werden mir wohl auch erlauben, auch unserem großen Parteifreund, Herrn Außenminister Robert Schuman, Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. (Beifall.) Der Außenminister Robert Schuman hat mit der Initiative des sogenannten Schuman-Plans den ersten konstruktiven Vorschlag gemacht, um eine wirkliche und nicht eine in die Luft gebaute deutsch-französische Verständigung herbeizuführen. Das wird in der Geschichte der Zeit vielleicht sein ewiges Verdienst bleiben.

Wenn die europäische Gemeinschaft wirklich gebaut werden soll und muß — und alle denkenden Köpfe zweifeln nicht mehr an dieser Notwendigkeit —, dann muß selbstverständlich die deutsch-französische Verständigung der Eckstein eines solchen Gebäudes sein. (Beifall.) Darüber sind auch alle politisch denkenden Köpfe der Zeit im reinen — davon sind Herr Robert Schuman sowie Herr Bundeskanzler Dr. Adenauer überzeugt. (Zustimmung.) Meine persönliche Überzeugung aber ist, daß dieser Weg zu einer solchen Annäherung nicht nur auf dem Gebiet der Kulturgemeinschaft — obgleich dieses Gebiet natürlich auch sehr wichtig ist — nicht nur auf dem Gebiet der Politik —, sondern auch — und vielleicht vor allem — auf dem Gebiet der Wirtschaft zu suchen ist. Dieser Weg beruht auf dem festen Boden der Wirklichkeit. Wir dürfen nicht eine Minute lang an der Möglichkeit einer politischen Bereinigung zweifeln, wenn auf dem Gebiet der Wirtschaft ein Weg zur Annäherung einmal gefunden worden ist. Die deutsch-französischen Verhältnisse sol-

len aus dem Gebiet der platonischen Wünsche, der leeren Phrasen und der guten Meinungen heraus in den Bereich der positiven Zusammenarbeit entschieden eintreten. (Starker Beifall.) Man muß aber nicht verhehlen, daß es Zeit und Geduld verlangen wird, um zum schönen Ziel zu gelangen.

Herr Bundeskanzler Adenauer hat uns gestern in seiner Weisheit gesagt, die größte Tugend des Staatsmannes wie des Gärtners sei die Geduld. Ich bin vollkommen überzeugt, daß unsere beiden Völker, die der blutigen Torheit der deutsch-französischen Vergangenheit immer bewußter werden, die Geduld haben werden. Die Hauptsache aber ist, daß man auf diesem mühsamen Weg eben den aufrichtigen tiefen Willen behält, das schöne Ziel der deutsch-französischen Annäherung nie aus den Augen zu verlieren. Es geht um Leben oder Tod Europas, es geht um Leben oder Tod vielleicht der Kulturwelt! (Dem Gast wurde eine stürmische, minutenlange Ovation dargebracht. Der Bundeskanzler wechselte mit ihm einen Händedruck.)

Vizepräsident T a v i a n i :

Ich überbringe dem Parteitag der CDU den herzlichen, heißen und brüderlichen Gruß der italienischen christlichen Demokraten. Ich darf Ihnen sagen, daß die Angst Ihrer Kämpfe und die Freude Ihrer Siege von den christlichen Demokraten Italiens miterlebt wurden, denn die Ziele der CDU sind wichtig für das demokratische, für das christliche Schicksal ganz Europas und der Welt. In dieser Stadt, wenige Kilometer von dem Eisernen Vorhang entfernt, wünschen wir Ihnen, deutsche Freunde, zu sagen, daß es über jeden nationalen Unterschied hinweg heute nur einen Kampf geben muß, nur einen Sieg, nämlich den über den Bolschewismus für den Triumph der demokratischen Methode, für den Triumph der christlichen Kultur! (Starker Beifall.)

Generalsekretär Dr. Felix H u r d e s :

Ich überbringe Ihnen die Grüße der Österreichischen Volkspartei, der stärksten Partei in Österreich, die seit fünf Jahren ihren Bundesparteiobmann als Kanzler stellt. (Beifall.) Unserer österreichischen Delegation gehört auch der Vizebürgermeister von Wien, Minister a. D. Weinberger, an. Ich überbringe Ihnen daher auch die Grüße Wiens. (Beifall.) Sie werden gelesen haben, daß unser Stephansdom ausgebrannt ist. Der Turm, „der Steffel“, wie wir in Wien sagen, ist aber stehengeblieben. Wir haben nun dem Dom auch schon das neue Dach gegeben. Seien Sie überzeugt: So wie der Stephansdom in Wien, in Österreich steht, so wird Österreich weiterhin ein Hort der europäischen Kultur bleiben. (Lebhafter Beifall.)

Sie werden in den letzten Tagen in den Zeitungen gelesen haben, daß die Kommunisten, nachdem sie auf parlamentarischem Wege bei uns in Österreich nichts erreichen konnten — sie haben 4 oder 5 Abgeordnete —, versucht haben, den außerparlamentarischen Weg zu beschreiten. Das österreichische Volk und die österreichische Regierung haben aber bewiesen, daß sie auch Gewaltmethoden nicht weichen werden. Wir in Österreich haben mit großem Interesse ständig Ihren Freiheitskampf verfolgt, den Sie hier in Deutschland unter den schwierigsten Bedingungen durchzustehen haben. Ich darf Ihnen sagen, daß ganz Österreich mit Bewunderung auf Ihren Parteipräsidenten und Bundeskanzler Dr. Adenauer blickt. (Stürmischer Beifall.) Wir wissen sehr

wohl, daß Ihre Erfolge auch unsere Erfolge und Erfolge von ganz Europa sind. (Zustimmung.)

Bei dieser Gelegenheit darf ich auch eine Dankeschuld abstaten. In den Jahren 1942 und 1943 war ein aufrechter Mann aus Ihren Reihen zu uns nach Österreich gekomm. Was damals besprochen wurde, hat wesentlich dazu beigetragen, daß wir im Jahre 1945 mit unserer Österreichischen Volkspartei in die Öffentlichkeit treten und die stärkste Partei in Österreich werden konnten. Dieser Mann war Ihr Minister Jakob Kaiser. (Minutenlange stürmische Ovationen.) Er hat uns damals in einer sehr schweren Zeit — ich war nicht lange vorher aus dem Konzentrationslager Dachau zurückgekommen — in unserem Optimismus bestärkt, indem er sagte: Es ist dafür gesorgt, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen. — An dieses Wort sollten wir uns auch heute erinnern, da wir Zeugen einer übermächtigen Gewaltanwendung und des Terrors sind. Es ist dafür gesorgt, daß auch diese Bäume nicht in den Himmel wachsen. (Lebhafter Beifall.) Ich darf Ihnen auch noch sagen, daß gerade wir in Österreich mit großer Freude verfolgt haben, wie es Ihren führenden Politikern gelungen ist, immer mehr in Europa mitreden zu können, besonders auch in der internationalen Zusammenarbeit. Unter der Führung des überaus tüchtigen und schneidigen Fraktionsvorsitzenden Dr. von Brentano haben Sie heute schon in der NEI, in der Vereinigung der christlich-demokratischen Parteien, deren Vizepräsident ich bin, ein ganz gewichtiges Wort mitzureden.

Wir wünschen Ihrer Arbeit und Ihrem Parteitag, der schon so viel Schönes auch für uns gebracht hat, den besten Erfolg. Wir wissen sehr gut: Was Sie hier auf dem Parteitag leisten, leisten Sie nicht nur für Ihre Partei, sondern das leisten Sie für das ganze deutsche Volk, das leisten Sie für unsere freie europäische Gemeinschaft, weil es ohne Deutschland diese europäische Gemeinschaft nicht geben kann. (Stürmischer Beifall.)

Gerade wir, die christlich-demokratischen Parteien, haben immer wieder darauf zu verweisen, daß in einer Zeit, da auf der einen Seite der Individualismus Freiheit zu Willkür machen und auf der anderen Seite der Konservatismus die Freiheit des Menschen vollkommen unterdrücken will, allein in unseren christlichen Grundsätzen die Gewähr für eine Freiheit zu finden ist, die die Menschenwürde achtet, gleichzeitig aber auch für eine Freiheit, die auf die Freiheit des anderen Rücksicht nimmt und die so durch diese Ordnung erst die Grundlage abgibt für eine Politik des allgemeinen Wohls und der Gerechtigkeit. Nur aus diesen Grundsätzen heraus kann Europa wieder genesen, denn dieses Europa der Zukunft wird ein christliches sein oder es wird überhaupt nicht mehr sein! (Stürmischer Beifall.) Ich schließe mit einem herzlichen Dank für Ihre Einladung, für die schönen Eindrücke, die wir hier empfangen durften, und mit dem Ruf: Es lebe die Christlich-Demokratische Union Deutschlands! (Stürmischer Beifall.)

Generalsekretär Dr. Martin Rosenberg:

Ich habe Ihnen den bescheidenen Gruß der sehr kleinen Schweiz zu überbringen. Es freut mich ganz besonders, daß ich im Namen der hier vertretenen Parteien, der schweizerischen Evangelischen Volkspartei und der schweizerischen Konservativen Volkspartei, einen von Herzen kommenden Gruß übermitteln darf. Mit diesem Gruß verbinde ich den herzlichen Dank für die Einladung zu diesem Parteitag, der uns

stark und freudig beeindruckt hat. Wir durften feststellen, daß Deutschland von einem Objekt wieder zu einem Subjekt in der europäischen Politik geworden ist, und zwar zu einem Machtfaktor christlicher Potenz, zu einem friedlichen Machtfaktor und einem solchen wirklich europäischer Bedeutung.

Bei uns in der Schweiz betrachtet man diesen Fortschritt, der zudem in zwei Jahren erwirkt worden ist, als ganz wesentliches Verdienst Ihres sehr verehrten Herrn Bundeskanzlers Dr. Adenauer. Wir freuen uns ganz speziell, am ersten gesamtdeutschen Parteitag der CDU teilnehmen zu dürfen, denn wenn wir durchhalten wollen, dann müssen wir die Reihen schließen, dann müssen wir zusammenstehen. (Beifall.)

Ich habe zum erstenmal die Ehre, an einem Parteitag der CDU anwesend zu sein. Aber die Beziehungen zwischen unseren Parteien gehen Jahre zurück. Diese Beziehungen und dieser Kontakt wurden geknüpft und gepflogen, weil unsere Politik von gemeinsamen Grundlagen ausgeht. Die erste Grundlage der christlichen Parteien ist die Überzeugung, daß wir Christen aus unserem christlichen Glauben heraus die Gewissenspflicht zu politischer Betätigung haben. (Zustimmung.) Gemeinsame Grundlagen unserer Politik bestehen aber auch im Christentum und in der Demokratie. Das Basieren auf dem Christentum garantiert die Freiheit und die Würde der menschlichen Persönlichkeit und die Rechte der Familie. Wirkliche Demokratie aber heißt auch: soziale Aufgeschlossenheit, ja, soziale Reform, und Wahrung der Rechte der kleineren Gemeinschaften, etwas, das wir in der Schweiz Föderalismus nennen.

Weil wir gemeinsame Grundlagen haben, haben wir auch ein gemeinsames Ziel unserer Arbeit und unserer Anstrengungen. Das Ziel ist die Sicherung des christlichen Abendlandes und damit einer schöneren und friedlicheren Zukunft. Europa ist undenkbar ohne Deutschland, aber — wir müssen auch das immer wieder feststellen — die Gegenwart beweist handgreiflich, daß auch Deutschland ohne Europa undenkbar ist!

Gestatten Sie mir, mit einem schönen, wenn auch alten Wort zu schließen, und zwar mit den Worten, mit denen von jeher und heute noch die Schreiben der schweizerischen Bundesregierung an die Kantone geschlossen werden: Wir empfehlen Euch samt uns dem Macht-schutze Gottes!

Dr. Heinrich von Brentano
Vorsitzender der Bundestagsfraktion der CDU/CSU

sprach über das Thema

Der europäische Auftrag der CDU

Das Thema meines Referates könnte leicht mißverstanden werden, wenn ich nicht versuchte, es zu erläutern.

Ich will zu Ihnen sprechen über den Beitrag, den wir als christliche Demokraten Deutschlands zur politischen und wirtschaftlichen Entwicklung Europas leisten können und leisten müssen. Keinesfalls darf das

Thema etwa dahin mißverstanden werden, daß wir als Deutsche die Berufung fühlten, mehr zu tun, als wir von den anderen erwarten. Unser europäischer Auftrag besteht nicht in der verhängnisvollen Vorstellung, daß „am deutschen Wesen die Welt genesen solle“.

Die verpflichtende Überzeugung, daß Deutschland am Werden und Entstehen eines neuen Europas mitwirken müsse, ist ebenso sehr aus leidvoller Erfahrung, wie aus historischer Erkenntnis geboren. Vieles wäre den Völkern Europas und der Welt erspart geblieben, wenn diese Erkenntnis im deutschen Volk und anderswo schon früher gekommen wäre.

Und es ist durchaus keine neue Vorstellung, von der ich hier zu Ihnen spreche. Rund 150 Jahre sind es her, seit der damals 27jährige Friedrich von Hardenberg, der unter dem Namen Novalis in die Literaturgeschichte Deutschlands eingegangen ist, ein Fragment unter der Überschrift „Die Christenheit oder Europa“ veröffentlichte. Im Jahre 1799 war es, nur wenige Jahre nach der großen Französischen Revolution und im gleichen Augenblicke, als der damals 30jährige Konsul Napoleon Bonaparte durch Staatsstreich die Macht an sich riß und eine neue historische Epoche einleitete. Derselbe Napoleon, der 20 Jahre später in seinem Testament an seinen Sohn schrieb: „Ich habe versucht, Europa durch Waffen zu bändigen. Wer nach mir kommt, wird es zu überzeugen haben; denn immer wird der Geist den Degen besiegen.“ Dieses Fragment eines jungen Europäers hat in seiner überzeitlichen Gültigkeit bis heute nichts an Kraft und Eindringlichkeit verloren, auch wenn wir vielleicht die historischen Zusammenhänge heute unter anderen Perspektiven sehen.

Wenn in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten von Europa die Rede war, dann meinten die einen, daß es sich um eine schöne aber utopische Vorstellung handle, um einen frommen Wunsch, über den hoffnungslose Ideologen wohl diskutieren, den Politiker aber niemals verwirklichen könnten; die anderen erkannten vielleicht wirtschaftliche Notwendigkeiten an, denen man Rechnung tragen müsse, ohne daß sie in ihrer skeptischen und vorwiegend vom ökonomischen Denken beherrschten Haltung an die Idee selbst glaubten.

Den einen möchte ich antworten: Können und dürfen wir denn vergessen, daß Europa eine Wirklichkeit war und heute noch ist und auch bleiben wird, wenn wir nur wollen? Sind wir Europäer diesem an geschichtlicher Größe und Tragik so reichen Kontinent nicht unlösbar verbunden und verpflichtet? Nationalstaatliche Entwicklungen, Kriege, von Autarkiewünschen diktierte wirtschaftliche und soziologische Systeme haben sicherlich das Gefüge Europas zerrissen, aber sie haben auch zu dem geführt, was Novalis in seinem schon genannten Fragment die „Vielseitigkeit ohne gleichen“ nannte, auf die wir Europäer stolz sein und die wir uns erhalten wollen. Nicht daß wir uns als Europäer fühlen und als Europäer handeln wollen, ist eine Utopie; utopisch wäre vielmehr die Vorstellung, daß wir uns aus einer Schicksalsverbundenheit lösen könnten, die auch die Irrungen und Wirrungen der vergangenen Jahrhunderte zwar stören, aber nicht zerstören konnten.

Europa ist aber auch nicht etwa ein ökonomischer Begriff. Wirtschaftliche Erkenntnisse und Notwendigkeiten sollten uns wohl zusammenführen und sollten dazu beitragen, entwicklungs- und augenblicksbedingte Schwierigkeiten zu überwinden. Der große französische Kultur-

philosoph Jaques Maritain sagt in seinem Werk „Christlicher Humanismus“: „Wie groß auch der Anteil der Wirtschaft in der Geschichte sein mag (und wir versuchen keineswegs, ihn zu verkleinern), so erwarten wir unsere objektiven Aufschlüsse nicht in der Hauptsache von ökonomischen, sondern mehr noch von menschlicheren und tieferen Seiten der Kultur und vor allem auch von dem mit ihr verbundenen Geistigen und Zeitlichen.“

Diese tieferen Seiten der Kultur, diese geistigen und zeitlichen Werte gilt es wieder zu finden und auf ihnen aufzubauen. In überraschender Übereinstimmung steht ein Satz bei Novalis: „Es ist unmöglich, daß weltliche Kräfte sich selbst ins Gleichgewicht setzen; ein drittes Element, das weltlich und überirdisch zugleich ist, kann allein diese Aufgabe lösen.“

Ich wiederhole: Europa ist keine Utopie, sondern eine Wirklichkeit, von der wir uns entfernt haben, ohne daß sie dadurch an faktischer Kraft und Bedeutung verloren hat.

Europa ist aber auch nicht der Zusammenschluß verschiedenartiger nationalstaatlicher Gebilde auf wirtschaftlicher oder politischer Grundlage; weder Handelsverträge noch Staatsverträge sind das geeignete Mittel, um Europa erneut zu integrieren.

Gewiß gilt es, politische Entscheidungen zu treffen, aber sie werden immer doch nur auf der Erkenntnis des Notwendigen beruhen. Politische Überzeugungen dagegen, ohne die politische Entscheidungen des sittlichen Wertes entbehren, beruhen auf dem Glauben an das Wahre. Und das ist gerade unser Auftrag als Christlich-Demokratische Union, daß wir nicht nur nach politischen Erkenntnissen, sondern nach unserer sittlichen Überzeugung handeln.

Wenn ich hier an dieser Stelle und vor diesem Haus über den richtigen Weg mit Ihnen spreche, der uns in das neue, in das ewig junge alte Europa führen soll, dann glaube ich ein besonderes Wort zu dem Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland sagen zu müssen. Wir alle wissen, daß der Brückenschlag zwischen diesen beiden großen europäischen Nationen im Herzen Europas die unerläßliche Voraussetzung sein wird, wenn wir Europa neu gestalten wollen. Im Verhältnis dieser beiden großen Völker offenbart sich am eindringlichsten, aber auch am erschütterndsten die ganze Tragik, die seit Jahrhunderten auf unserem Kontinent lastet. Alle europäischen Völker, an ihrer Spitze aber sicherlich Frankreich und Deutschland, haben in natürlicher geistiger, kultureller und historischer Verbundenheit das Europa gestaltet, an das wir glauben. Unvergängliche und einmalige Leistungen der Kultur, der Kunst und der Wissenschaft haben sie hervorgebracht als gleichermaßen berechtigte und verpflichtete Repräsentanten der abendländischen Christenheit. Mit Schrecken und mit Sorge stehen wir am vorläufigen Ende einer Entwicklung, die zerstörte, statt aufzubauen. Furcht und Mißtrauen haben seit langem das Verhältnis dieser beiden Völker untereinander bestimmt.

Die Furcht zu bekämpfen ist ein Akt des Willens. Das Mißtrauen abzulegen, ist ein Akt des Glaubens. Den Begriff der Furcht wird es zwischen den Völkern nicht mehr geben, wenn sie beide den ernststen und unerschütterlichen Willen haben, Schluß zu machen mit dem sinnlosen und vernichtenden Bruderkrieg; wenn sie an Stelle der Destruktion die europäische Konstruktion setzen; wenn sie sich bemühen, die gemein-

same Grundlage zu finden, um die starken Kräfte des Lebens in beiden Völkern in Frieden und für den Frieden zu wecken. In einem gemeinsamen Akt des Willens und des Glaubens muß die Grundlage des Vertrauens geschaffen werden, wobei nur der mit Vertrauen rechnen kann, der auch bereit ist, Vertrauen zu gewähren. Das sind die Kräfte, die wir ansprechen müssen: Die politische Erkenntnis von der Notwendigkeit, den echten und starken Willen, der die Furcht beseitigen und den überzeugten Glauben, der das Vertrauen schaffen wird.

Niemand wird dabei die Schwierigkeiten unterschätzen dürfen, die noch zu bewältigen sind. Europa ist eine Wirklichkeit und keine Utopie. Derjenige aber, der übersehen wollte, daß die nationalstaatlichen Entwicklungen Gegebenheiten geschaffen haben, die nur mit starkem Entschluß aber auch behutsamer Hand beseitigt werden müssen, wäre ein Illusionist. Und der Weg der Illusion führt ebenso in die Irre wie der Mangel an Glauben.

Mit besonderer Eindringlichkeit warne ich allerdings auch vor der Vorstellung, als sei ein gemeinsamer politischer Affekt gegen irgendeine mögliche drohende Gefahr eine echte Grundlage aufrichtiger Zusammenarbeit.

Ich glaube aber, daß nur Böswillige oder Törichte diesen Glauben an die europäische Schicksalsverbundenheit und an die Zukunft Europas mit einem solchen Affekt verwechseln könnten. Nur der kann einem solchen Mißverständnis zum Opfer fallen, der in dem Wunsch nach Erhaltung der Freiheit eine negative Einstellung erblickt. Wer sich dem Schlechten widersetzt, zeigt damit keine negative Grundhaltung. Wer die Bedrohung der Freiheit fürchtet und entschlossen ist, ihre Feinde zu bekämpfen, denkt nicht polemisch, es sei denn, man wollte dem Rechtsschaffenen zürnen, weil er gegen das Unrecht ist; oder man wollte den Toleranten tadeln, weil er sich der Intoleranz verschließt. Erlauben Sie mir einen Satz von Hellpach zu zitieren: „Aktive Toleranz, ideelle Toleranz kann keine Idee üben; sie kann nicht, ohne sich selber aufzugeben, verkünden: Ihr anderen habt genau so recht wie ich, jeder Standpunkt hat Recht. Ihre Gesinnung muß intolerant, aber ihre Gebarung tolerant sein, d. h. vertrauend auf die geistige Macht der Idee hat sie sich jedes Versuches zu enthalten, mit ungeistigem Zwang andere Standpunkte zu unterdrücken und sich selbst auszubreiten. Jeder Terror verrät einen Minderwertigkeitskomplex.“ Diese Überzeugung hat auch mich selbst und meine Freunde bestimmt, in Straßburg zur Resolution Churchills eine Erklärung abzugeben, die ich hier im Wortlaut wiederholen darf: „Um den demokratischen Völkern Europas und der Welt den Frieden aber auch die Freiheit zu erhalten, sind meine Freunde bereit und entschlossen, den Gedanken einer vereinigten europäischen Armee freier und gleichberechtigter demokratischer Völker unter gemeinsamer europäischer Führung und demokratischer Kontrolle zu unterstützen. Wenn wir der Resolution von Mr. Churchill unsere Zustimmung gaben, obwohl Deutschland als Volk die Freiheit seines Handelns noch nicht wiedererlangt hat, so wollen wir damit zum Ausdruck bringen, daß wir uns der Freiheit und dem Recht gleichermaßen verpflichtet fühlen, wie die anderen Vertreter der freien Völker Europas.“

Nicht von ungefähr habe ich den Willen des deutschen Volkes nach Erhaltung des Friedens in den Vordergrund gestellt. Und es überrascht und bestürzt mich manchmal zu sehen, daß der eine oder andere jenseits der Grenzen diesen heißen Wunsch des deutschen Volkes, in Frieden

zu leben, mißverstehen möchte. Unter einer verantwortungslosen und verbrecherischen Führung ist ein großes Volk zusammengebrochen. Millionen von deutschen Menschen haben erkannt, daß jeder Einsatz, auch der Einsatz für das Gute und sittlich Wertvolle, letztlich Dienst am Schlechten war. Wohl niemand, der jenseits der Grenze lebte, kann sich eine echte Vorstellung davon machen, wie grauenvoll und zermürbend der Gewissenskonflikt auf Millionen von deutschen Menschen lastete, die sich ihrem deutschen Vaterlande, aber nicht seiner schlechten Führung verpflichtet fühlten und die ausweglos versuchten, zwischen Pflichterfüllung und Pflichtversäumnis, zwischen Verantwortung und Verantwortungslosigkeit zu wählen. Man soll es dem deutschen Volke doch glauben, daß es reif und nachdenklich geworden ist. Man soll verstehen, wie schwer auch die politische Entwicklung der Jahre nach 1945 auf dem deutschen Menschen lastet. Etwa 16 Millionen deutscher Menschen haben nach dem Zusammenbruch nicht nur Haus und Hof, sondern auch die Heimat verloren. Etwa 18 Millionen haben Terror und die Unfreiheit des Nationalsozialismus mit dem Terror und der Sklaverei des Bolschewismus vertauschen müssen. Wenige Kilometer von hier beginnt diese Zone des Schweigens und des Elends. Alles dies lastet unermeßlich schwer auf dem deutschen Volk, und das Wort „Krieg“ hat gerade für uns einen besonders furchtbaren Klang gewonnen. Darum ist es auch, was nicht oft und laut genug gesagt werden kann, der tiefste und heilbeste Wunsch des deutschen Volkes, die Wunden, die die Vergangenheit ihm schlug, im Frieden auszuheilen und im Frieden den Versklavten die Freiheit und den Vertriebenen die Heimat wieder zu gewinnen.

Was gestern abend der 1. Vorsitzende der CDU Deutschlands, Herr Bundeskanzler Dr. Adenauer, aussprach, möchte auch ich wiederholen: Wir haben einmal durch falsches Handeln die Freiheit verspielt. Wir wollen sie nicht durch ein falsches Unterlassen ein zweites Mal unwiderruflich verlieren. Wir sind überzeugt davon, daß wir uns am Schicksal unseres eigenen Volkes und der abendländisch-christlichen Kultur veründigen würden, wenn wir glaubten, das Leben mit dem Vegetieren, das Handeln mit dem Leiden und das Gestalten mit dem Geformtwerden, vertauschen zu dürfen. Gerade weil wir glauben, daß Gott damit den Menschen mit der Freiheit des Handelns ausgestattet hat, damit er in eigener Verantwortung und vor dem eigenen Gewissen — und was ist das Gewissen anderes, als der Anruf Gottes an den Menschen, — sein Leben gestaltet, darum glauben wir auch, daß uns die sittliche Verpflichtung mit auf den Weg gegeben wurde, zu handeln. Noch einmal möchte ich hier Jaques Maritain zitieren: „Beten, als ob alles von Gott abhinge, handeln, als ob alles vom Menschen abhinge, ist eine gleichviel bedeutende Lebensregel.“ So haben wir uns im Bundestag in Bonn auch entschlossen, nach Straßburg zu gehen, um dort im Europarat mitzuarbeiten. Die Bedenken und Vorbehalte derer, die vor diesem Entschluß warnten, haben wir durchaus nicht leicht genommen. Wir wußten wohl, daß der Europarat in Straßburg noch kein vollkommenes Instrument ist. Wir waren uns auch darüber im klaren, daß in den zurückliegenden Jahren manche Sünde gegen den europäischen Geist begangen wurde. Wir glaubten aber, nicht abwarten zu dürfen, bis alle Voraussetzungen so geschaffen sind, wie wir sie uns wünschen; wir glaubten vielmehr, durch eine aufgeschlossene und vorbehaltlose Bereitschaft zur Zusammenarbeit daran mitarbeiten zu sollen, daß diese Voraussetzungen geschaffen werden. Und heute bin ich rückblickend mehr denn je der festen Überzeugung, daß dieser Entschluß der richtige war. Wir wollten die Mit-

verantwortung für die Gestaltung Europas übernehmen, weil wir an die Idee glauben, weil wir uns dieser Idee verpflichtet fühlen, und weil wir überzeugt sind, daß nur derjenige von Europa reden darf, der bereit und entschlossen ist, es mitzugestalten.

In einem solchen Augenblick Bedingungen zu stellen, ist entweder ein Ausdruck der Intoleranz oder der Unentschlossenheit und des mangelnden Mutes zur Verantwortung. Wir stellen darum auch keine Bedingungen.

Wohl glauben wir, daß dieses neue Europa christlich sein muß und christlich sein wird. Der Wille, der Millionen von Menschen in allen europäischen Ländern, die in den letzten Jahren den christlichen Parteien ihre Stimme und ihr Vertrauen gegeben haben, bestärkt uns in dieser Überzeugung.

Aber es ist ein Ausdruck politischer Intoleranz und geistigen Sektierertums, wenn andere ihr Ja zu Europa unter dem Vorbehalt der Durchsetzung doktrinärer Vorstellungen aussprechen. Dieses neue Europa soll sich in Freiheit gestalten. Es mag seine äußeren Lebensformen selbst suchen und finden. In einem freien europäischen Bundesstaat ist Raum für alle Vorstellungen, soweit sie mit der Gesamteuropa verpflichtenden Aufgabe nicht im Widerspruch stehen. Die ökonomischen Formen zu bestimmen, mag der Zukunft überlassen bleiben. So, wie wir das Primat des Geistes vor der Materie anerkennen, so anerkennen wir auch das Primat der Politik vor der Wirtschaft. Und wie ich es eingangs schon sagte: Dies Europa muß gestaltet werden im Glauben an seine unvergängliche Existenz und an seine unveräußerliche Aufgabe, nicht aber aus der Erkenntnis augenblicksbedingter politischer oder ökonomischer Zweckmäßigkeiten und Notwendigkeiten. Aber weil wir wissen, daß nur derjenige ein guter und wahrhafter Europäer sein kann, der zunächst die Pflicht seinem eigenen Volk gegenüber erfüllt und weil wir glauben, daß die Lösung der uns aufgegebenen deutschen Aufgaben und Probleme vor allen anderen Fragen den Vorrang haben muß, darum haben wir nicht etwa im illusionären Glauben an ökonomische Vorteile einer europäischen Zusammenarbeit die brennenden Gegenwartsfragen übersehen. Ich möchte Ihnen keinen Rechenschaftsbericht über die Arbeit der Christlich-Demokratischen Union in den letzten 12 Monaten geben, und ich möchte auch nicht etwa behaupten, daß wir alles richtig machen; ich will jeder Kritik offenen Raum lassen.

Wohl aber glaube ich, für die Regierung, und insbesondere für die Christlich-Demokratische/Christlich-Soziale Union in Anspruch nehmen zu können, daß wir alles versucht haben, um die brennenden Probleme zu lösen, die wir bei Gründung der Bundesrepublik Deutschland vorgefunden haben. Denn wir sind davon überzeugt, daß wir den besten Beitrag zur Erhaltung des Friedens in Europa und in der Welt damit leisten, daß wir zunächst in unserem Vaterland die zerstörte Ordnung wieder herstellen, den inneren Frieden und die soziale Gerechtigkeit wieder aufbauen und damit den deutschen Menschen die Überzeugung vermitteln, daß es sich lohnt für die Erhaltung des Lebens und der Freiheit in der neuen Demokratie auch Opfer zu bringen.

Lassen Sie mich aus diesem Grunde einige wenige Beispiele nennen: Zu Beginn des Jahres 1950 hat der Deutsche Bundestag nahezu einstimmig das Wohnungsbaugesetz beschlossen. Danach war die Errichtung von 250 000 Wohnungseinheiten geplant; schon heute läßt sich übersehen, daß im ersten Jahr mindestens 330 000 Wohnungseinheiten im Durchschnitts-

wert von DM 10 000 errichtet werden. Das Wohnungsbauprogramm ist zunächst auf sechs Jahre hinaus geplant. In dieser Zeitspanne sollen 1,8 Millionen Einheiten errichtet werden. Für das Jahr 1950 wird die vorgesehene Zahl sich etwa auf 300 000 bis 310 000 Wohnungen erhöhen, und wir können damit rechnen, daß insgesamt 350 000 bis 400 000 Wohnungen erstellt werden.

Wir wissen sehr wohl, daß in dem weitgehend zerstörten Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, in dem jeder Fünfte zum Kreise der Heimatvertriebenen gehört, dies nur ein Anfang sein kann, aber ich glaube, daß wir trotzdem mit berechtigtem Stolz auf diese Leistung zurückblicken können, die Leistung eines Volkes, das wenige Jahre vorher noch unter den Schockwirkungen eines geschichtlich einmaligen Zusammenbruchs in dumpfer Agonie hinzusterben drohte.

Im Gebiet der Bundesrepublik haben im Jahre 1939 rund 39,3 Millionen Menschen gewohnt, im Juni 1950 betrug diese Zahl 48,5 Millionen. 7 Millionen 675 000 Heimatvertriebene aus dem deutschen Osten und mehr als eine Million Flüchtlinge aus dem Sowjetzonen-Paradies haben diese Steigerung gebracht. Im gleichen Gebiete waren im Jahre 1938, als die Rüstungsproduktion auf vollen Touren lief, 12 Millionen 215 000 Menschen beschäftigt. Heute sind es 14,3 Millionen. Nur wer den Zerstörungsgrad Deutschlands kennt, wer sich Rechenschaft gibt, daß Hunderttausende von Arbeitsplätzen der Demontage zum Opfer fielen, und wer weiter berücksichtigt, daß die altersmäßige und soziologische Struktur unserer Bevölkerung durch die Auswirkungen des Krieges, durch den Tod von Millionen von Menschen, die im besten Alter standen, zerrüttet wurde, wird er messen können, was es bedeutet, daß trotzdem die Zahl der arbeitenden Menschen um 2 Millionen gestiegen ist.

Im August 1948 betrug die Ausfuhr des Vereinigten Wirtschaftsgebietes rund 223 Millionen, der eine Einfuhr von 326 Millionen gegenüberstand. Im August 1950 steigerte sich die Ausfuhr auf 752 Millionen und die Einfuhr auf 864 Millionen; und wir werden wohl im Jahre 1950 unsere Ausfuhr auf 8 bis 9 Milliarden DM. erhöhen.

Das Sozialprodukt betrug in dem ersten Halbjahr 1949 rund 35,9 Milliarden, um im zweiten Halbjahr 1949 auf 39 Milliarden zu steigen. Im Jahre 1950 werden wir voraussichtlich die Zahl von 80 Milliarden erreichen. Hand in Hand ging eine Steigerung des Produktionsindex, der im Jahre 1949, verglichen mit dem Standardjahr 1936, etwas über 77 % betrug, um im September 1950 auf 121 % zu steigen. Von besonderem volkswirtschaftlichen Interesse ist der Anteil der Fertigwaren am Export. Es ist klar, daß nur eine Steigerung des Fertigwarenexportes Deutschland die Erfüllung seiner schweren Aufgaben ermöglichen wird, denn wir müssen in der Veredelungswirtschaft die deutsche Arbeitskraft als das wichtigste Aktivum einsetzen. Der Anteil der Fertigwaren am Export stieg vom August 1948 mit 38,6 bis zum August 1950 auf 64 %.

Vor zwei Tagen haben wir in Bonn einstimmig (wobei ich die Stimmen der wenigen Kommunisten grundsätzlich nicht mitzähle) das Gesetz über die Versorgung der Kriegsoption beschlossen. 3,2 Milliarden wird die Bundesrepublik Deutschland jährlich dafür aufbringen, um die etwa 6 Millionen, die vom Krieg so unmittelbar betroffen waren, in ihrer Existenz zu sichern.

Neue Aufgaben stehen uns bevor. Ich erwähne hier nur das ungeheure Problem des Lastenausgleichs

Hierfür hat gerade die CDU/CSU unter der unermüdlichen und aufopferungsvollen Leitung meines hier anwesenden Fraktionsfreundes Kunze wertvollste Vorarbeiten geleistet, von denen wir hoffen, daß sie die Grundlagen für einen sozial gerechten Lastenausgleich im Rahmen der Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes abgeben werden. Wir wissen wohl, daß wir die ungeheure Not dieser Millionen von Menschen niemals ganz beseitigen, daß wir ihnen insbesondere nicht das wiedergeben können, was in Zahlen sich nicht ausdrücken läßt: ihre Heimat. Aber die Heimatvertriebenen mögen gewiß sein, daß wir uns der sittlichen Verpflichtung, sie wieder als gleichberechtigte Bürger in unser Vaterland einzugliedern und ihnen die gleichen Lebenschancen zu gewähren, die den anderen gegeben sind, vollkommen bewußt sind, und daß wir alles tun werden, um auch diese Frage so zu lösen, wie wir sie nicht nur als Politiker, sondern mehr noch als Christen vor uns sehen.

Aber weil wir auch wissen, daß selbst eine wirtschaftliche Prosperität niemals ausreichend sein kann, wissen wir auch um unsere Aufgabe, alles zu tun, um den sozialen Frieden und die soziale Gerechtigkeit sicher zu stellen. Wir machen es uns nicht etwa so leicht wie andere, die ohne die Verantwortung zu tragen und vielleicht auch ohne sie tragen zu wollen, die existenzielle Not, die Sorge und das Gefühl der Unsicherheit ansprechen. Wir wissen um die Grenzen des Möglichen, und wir glauben, daß wir eine Politik der Lüge betreiben würden, wenn wir mehr versprechen wollten, als wir zu halten in der Lage sind. Wir fühlen uns aber als christlich-demokratische Partei gerade auch den Millionen von Menschen zutiefst verpflichtet, ohne deren unermüdliche verantwortungsbewußte Arbeit unser deutsches Vaterland zusammengebrochen wäre. Wir denken an die Millionen und Abermillionen, die in den schweren Jahren nach 1945 unverdrossen Tag für Tag am Arbeitsplatz standen, auch noch zu einer Zeit, als das, was sie am Wochenende mit nach Hause brachten, weniger war als das, was ein gewissenloser Schwarzhändler mit einer Stange amerikanischer Zigaretten in wenigen Minuten verdienen, oder richtiger gesagt, ergaunern konnte. Und weil wir glauben, daß wir den sozialen Frieden nur verwirklichen können, wenn wir im Verhältnis aller Menschen, die im Produktionsprozeß stehen, eine Grundlage des echten Vertrauens herstellen, werden wir auch, wie Partei und Regierung es schon begonnen haben, das Problem der Mitbestimmung des arbeitenden Menschen in seinem Betrieb zu lösen wissen in dem Sinne, daß alle sich gleichermaßen verpflichtet fühlen und daß insbesondere der arbeitende Mensch die Überzeugung gewinnt, daß er in dem neuen Deutschland, das wir zu errichten trachten, nicht mehr Objekt, sondern Subjekt des Geschehens ist. Und wenn wir auf allen Gebieten des menschlichen Lebens und damit auch auf dem Gebiete der Wirtschaft den Grundsatz der Freiheit anerkennen und zu verwirklichen suchen, so weiß ich mich doch mit meiner Fraktion und mit der Bundesregierung vollkommen einig, wenn ich hier mit allem Ernst und mit allem Nachdruck ausspreche, daß eine zügellose Freiheit Anarchie bedeutet. Wer die Freiheit für sich in Anspruch nimmt, muß wissen, daß diese Freiheit begrenzt ist durch die sittliche Pflicht gegenüber dem Mitmenschen. Es gibt, wie gerade auch die jüngste Entwicklung gezeigt hat, Menschen, die diesen Freiheitsbegriff offenbar nicht anerkennen wollen; wir sind bereit und entschlossen, hier die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, um jeden Mißbrauch wirtschaftlicher Freiheit des einzelnen auf Kosten der Wohlfahrt der Gesamtheit zu unterbinden und abzustellen.

Ich weiß, daß ich eine Unzahl von brennenden Problemen in dieser kurzen Übersicht nicht anschneiden konnte. Ich muß mich aber darauf beschränken, wenn ich nicht den Rahmen meines Vortrages sprengen wollte. Es ist unser fester Wille, in dieses neue Europa, das wir mitgestalten wollen, ein neues Deutschland einzubringen. Wir glauben an dieses Deutschland und an seine Zukunft, wie wir an Europa und seine Zukunft glauben. Als der große französische Dichter Baudelaire einmal gefragt wurde, was Inspiration sei, gab er die überraschende Antwort: „Inspiration heißt unermüdlich zu arbeiten“.

In diesem Sinne und inspiriert von dem Glauben an unsere Zukunft wollen wir an die Errichtung eines neuen Europas gehen, das unter der Mitarbeit aller Gutwilligen gemeinsam gestaltet werden soll. Zu diesem Europa gehören die Kathedrale von Chartres, die Peterskirche und der Naumburger Dom, zu ihnen gehören die Sorbonne und die Universitätsstadt Königsberg, in der Kant seine Schrift vom ewigen Frieden schrieb, zu ihm gehören alle die lebendigen Kräfte, die in der Vergangenheit die abendländisch-christliche Kultur gestaltet haben. In diesem Europa sollen die soziale Gerechtigkeit, die menschliche Freiheit und das lebendige Christentum ihre Heimat behalten. Es soll entstehen, wenn ich ein Wort Hölderlins abwandeln darf: „Im alten Glanz, mit neuem Namen, als reifste Frucht der Zeit.“

Dritter Tag: Sonntag, 22. Oktober 1950

Der Morgen des dritten Tages war den Gottesdiensten der beiden Bekenntnisse vorbehalten. Die evangelischen Delegierten versammelten sich in der Marktkirche, die katholischen in der Jakobikirche. Die Verchristlichung des öffentlichen Lebens war das große Anliegen, das in den Ansprachen von Landesbischof Dr. Erdmann und Generalvikar Dr. Offenstein zur Geltung kam.

Oberkirchenrat Cillien eröffnete die Verhandlungen des dritten Tages, die vorwiegend dem Sozialproblem gewidmet waren.

Als erster Redner behandelte

Landtagspräsident Josef Gockeln, Düsseldorf

das Thema

Der soziale Auftrag der CDU

In der Diskussion um Inhalt und Wert der deutschen Parteien wird unsere Christlich-Demokratische Union selbst von wohlwollenden Kritikern gern als neue und junge Partei bezeichnet. Diese Beurteiler sind jedoch vorsichtig genug, uns zunächst noch eine Bewährungsfrist einzuräumen. Wie die CDU im geistigen Bild unseres Volkes bestehe, wie ihre politische Idee in den Problemen dieser Generation sich behaupte und ob ihre organisatorische und politische Standfestigkeit sich bewahrheitete, das sei nach diesen wenigen Jahren noch nicht endgültig zu sagen. Also müsse man noch etwas abwarten.

Weit deutlicher ist dagegen das Urteil unserer Gegner. Ihren eigenen Wünschen und Absichten folgend, ist ihre Behauptung kurz und bündig. Die Existenz der CDU könne nicht von Dauer sein, denn in ihrer jetzigen Zusammensetzung müsse unsere Partei an den politischen Notwendigkeiten zerbrechen. Es sei unmöglich, alle sozialen Schichten in einer Partei zu vereinen, und dann in den Entscheidungen über die schwerwiegenden sozialen Probleme zu einem einheitlichen Urteil zu kommen. Nicht die außenpolitischen Fragen, auch nicht die Probleme der Staats- und Verfassungspolitik, die in einem so zerschlagenen und geschlagenen Volk wahrhaftig schwer genug sind, sollen uns sprengen. Nein, die sozialen Aufgaben sollen es sein, die uns zum Verhängnis würden, weil sie in der jetzigen Struktur unserer Partei nicht gelöst werden könnten.

Es ist eigentlich selbstverständlich, daß die Linksparteien in getreuer Anbetung der durch Karl Marx gegebenen Geschichtsdeutung unsere Partei als einen Fremdkörper in ihrem politischen Bild betrachten. Ja, es überrascht uns nicht einmal, wenn sogenannte bürgerliche Gruppen mit der gleichen Begründung uns für eine parteipolitische Fehlkonstruktion halten. Jeder begreift eben am besten den Geist, der ihm am meisten gleicht. Warum sollte die Idee des Klassenkampfes nicht auch den liberalen Parteien durchaus recht sein. Mit dem Hinweis auf die gleichen bedrohten Interessen kann man die Vertreter der alten bürgerlichen Welt doch gut für die eigene Parteikasse gewinnen und ihre Stimmen sich in den Wahlen sichern. Wo die Soziologie zur Religion

der politischen Welt- und Geschichtsdeutung geworden ist, müssen Sozialisten links und Liberale rechts unsere Partei für ein unzeitgemäßes Gebilde halten. Das war so und wird so bleiben.

Das parteipolitische Bild in unserem Vaterlande ist auch nach 1945 in seinen wesentlichen Zügen unverändert geblieben. Der Liberalismus wird und muß immer den Versuch machen, die auf Besitz-Sicherheit und Sicherung beruhende Mentalität des Bürgers für sich einzufangen. Die Sozialdemokratie hat ideologisch und programmatisch an die Zeit vor 1933 angeknüpft. Der Kommunismus ist noch um einige Grade konsequenter und überzeugender in seinen revolutionären Absichten geworden.

Für uns aber ist die geistige Grundlage der CDU weder jung noch neu.

In der organisatorischen Gestalt der Zusammenführung von Katholiken und Protestanten gingen wir zwar 1945 einen neuen Weg. In der politischen Grundidee aber gab es viele Vorgänger und Vorbilder. Von den christlich Konservativen im Kaiserreich, über die christlich Sozialen in der Weimarer Zeit bis zur CDU in der Gegenwart gibt es, besonders in der sozialen Arbeit, unmittelbare Verbindungslinien, wie die Ahnentafel der deutschen Sozialpolitik beweist. Wir betrachten es als die besondere Pflicht dieser Tagung, für uns als Partei diese Klarheit und Gewißheit zu gewinnen und durch Einheit und Geschlossenheit jede Spekulation zu zerstören, die in den Weissagungen unserer Gegner Ausdruck findet.

Die Parteien haben in den Zeiten der politischen Geschichte nicht immer die gleiche Verantwortung getragen. In einer konstitutionellen Monarchie oder in einem feststehenden Staatswesen genügt ein Parteiprogramm. Wo jedoch der Staat zerfallen und die Lebensgrundlagen zerstört sind, da muß eine Partei ein klares und greifbares Staatsprogramm haben. Es ist eine zunächst erschreckende und doch höchst verantwortliche Erkenntnis und Wahrheit, daß der Staat heute so aussieht wie die ihn tragenden Parteien. Nationalsozialismus, Faschismus und Bolschewismus sind dafür klassische Beweise, wie eine Partei die kulturelle, soziale und gesellschaftliche Gestalt eines Volkes völlig verändern und umformen kann, wenn eine schrankenlose Macht dafür den Weg freigibt. Gerade diese große Verantwortung, die die Parteien unserer Zeit zu tragen haben, geben der Frage nach dem Verhältnis der Christen zu den politischen Parteien eine besondere Bedeutung.

Die Christlich-Demokratische Union ist ein Beweis für das Vorhandensein einer von allen christlichen Volksschichten gemeinsam empfundenen politischen Verantwortung. Das war das große Ereignis und Erlebnis des Herbstes 1945. Wir hatten keine ausreichende organisatorische Grundlage, wir hatten keine besonderen propagandistischen Hilfsmittel. Und doch gaben uns Millionen ihr Vertrauen. Zwar hatte das gemeinsame Leid der Kirchen in den vergangenen Jahren die Christen einander näher gebracht. Wir vergessen aber nicht die uns im Jahre 1945 stets bedrückende Frage: welche geistigen Energien haben sich in unserem Volk in den Jahren des Nationalsozialismus aufgespeichert und erhalten, die nunmehr im Feld der Politik sich formieren werden? Alle Hände waren damals leer und die einzige Hoffnung richtete sich auf die moralischen und sittlichen Reserven, die im Volk verblieben waren. Wir, die wir Anteil an dem Aufbau dieser Jahre haben, wollen nie vergessen, was uns gerettet hat. Es waren:

1. der unserem Volk verbliebene Sinn für Ordnung und Fleiß;
2. die in den Kirchen uns verbliebene sittliche Kraft und die gestärkte Autorität, die auch in jenen gefährlichen Monaten wirksam blieb, und
3. der Geist und die Moral der deutschen Frau und Mutter, die auch in den Jahren der Verrottung uns erhalten geblieben war.

Sie haben geholfen, daß unser Volk, das zwar Lumpen trug, in der Lumpigkeit nicht verschwunden ist.

Die Christlich-Demokratische Union besteht und fällt mit der Lebenskraft der aus der christlichen Verantwortung kommenden politischen Zielsetzung. Das entscheidet übrigens über das Schicksal aller christlichen Parteien im europäischen Raum. Unsere Partei lebt so lange, als zwei Grundauffassungen in unserem Volk wie in anderen Völkern lebendig sind. Die erste lautet: Wir als Christen haben nicht nur unser einzelnes persönliches Leben christlich zu formen, sondern wir haben auch die Zeit, die Geschichte, das Gesamtleben in unsere gemeinsame Verantwortung zu nehmen. Das klingt so selbstverständlich und ist doch nicht so unbestritten. Selbstverständlich ist es, Gott Dank, den Hunderttausenden einfach, schlicht und echt denkender Christen, die in unserer Partei ihre Heimat gefunden haben. Nicht selbstverständlich ist es den eigenartigen theologisch Intellektuellen oder den intellektuellen Theologen unserer Tage. Diese träumen, und zwar oft in nicht zu verkennender Abhängigkeit und Furcht vor den Mächtigen dieser Erde, von einer christlichen Idylle und Lebensflucht, die eher eines orientalischen Fatalismus würdig ist. Gandhi zum Vorbild Europas zu machen, bedeutet, ein Jahrtausend der Geschichte Europas ignorieren und den wertvollsten Kulturbesitz dieses Kontinents anderen als den christlichen Quellen zuzuschreiben. Es mag sein, daß wir diese Geister nicht belehren können, es wird aber ebenso sicher sein, daß uns die tägliche Wirklichkeit und vielleicht ein grausames Schicksal das Verhängnis dieses Irrtums nicht ersparen wird.

Die zweite Grundlage unserès politischen Wirkens ist die Überzeugung unserer Anhänger, daß die aus christlicher Verantwortung gestaltete Staats- und Lebensordnung jedem anderen System überlegen ist. Es ist die edelste und schönste Hoffnung in unseren Tagen, zu wissen, daß Millionen noch an den Segen einer christlichen Gesellschaftsordnung glauben. Solange im Herzen und im Bewußtsein unserer Wähler die Überzeugung lebendig ist, daß eine christlich bestimmte Politik ein höheres Maß von Wahrheit und innerer Gerechtigkeit verbürgt als jedes andere System, solange ist der geistige Mutterboden unserer Partei garantiert. Es ist aber auch die tiefste Rechtfertigung und höchste Verantwortung unseres eigenen Handelns, diesen Glauben zu rechtfertigen.

Wenn wir als CDU die christlichen Grundlagen und Wahrheiten zum Inhalt unserer sozialen Ordnung machen wollen, so ist die erste Voraussetzung für unser Handeln die Unabhängigkeit. Ich meine damit die Freiheit von der Systemgläubigkeit, die auf der einen Seite den Liberalismus und auf der anderen Seite den Sozialismus kennzeichnet. So wie das Christsein die höchste Sicherung und Wertung des Menschen bedeutet, so ist der Inhalt einer christlich bestimmten Sozialordnung darauf zu richten, der Freiheit des Menschen einen Weg zu ebnen. Wir können als Christen nicht die persönliche Verantwortung des Gewissens betonen und fordern, während in der gesellschaftlichen Organisation der Vollzug der Gewissensverantwortung aufgehoben ist. Christentum und Freiheit

sind eine unlösbare Einheit. Nur in dieser Freiheit können wir die Notwendigkeiten einer sozialen und gerechten Ordnung finden.

So trifft sich der christliche Gedanke auch mit dem demokratischen Prinzip. Dieses Letztere kann nur eines zum Inhalt haben, nämlich, die persönliche Freiheit und Würde zu gewährleisten, indem die Staats- und Sozialordnung der Erfüllung der persönlichen Verantwortungsbereitschaft Raum gibt. Demokratie ist nicht zu messen an den formalen Rechten, die sie deklariert, sondern an der Größe des individuellen Verantwortungsbewußtseins, das sie weckt und zur Lebenshaltung ihrer Bürger macht. Darum die erste Einsicht und Notwendigkeit: Die soziale Aufgabe der CDU besteht darin, daß in der Staats- und Sozialordnung die Freiheit gewahrt wird, weil sonst keine Verantwortung möglich ist. Die soziale Gerechtigkeit ist durch alle Zeiten möglich und ist nicht einem Organisationssystem verhaftet. Wer wollte etwa behaupten, daß der Mensch in der alten Feudal- oder Zunftsordnung weniger gewertet worden sei als in der neuen volksdemokratischen Herrschaft! Und um die gängigen Schlagworte zu gebrauchen: In Westdeutschland, wo alles unter der Knute des amerikanischen Kapitalismus seufzen soll, zeigen die Arbeiter doch wenig Neigung, in die Freiheit Stalins zu marschieren. Tyrannei bleibt Tyrannei, ob sie nun in Machtbereichen der Wirtschaft die Menschen in Abhängigkeit hält, oder diese nach neuerlichen Methoden als Sklaven eines Staatsgötzen zu dienen für würdig befunden werden. Wir sind gegen die Wünsche eines kapitalistischen Herzens genau so kritisch wie gegen die gleisnerischen Beteuerungen der Propheten einer neuen und beglückenden Volksdemokratie. Unfreiheit schreckt uns in jeder Form, mag sie nun in einer kapitalistischen Wirtschaft sich zeigen, oder mag sie in der Despotie des Staates, der Organisationen, Verbände und Parteien uns sichtbar werden.

Es ist durchaus richtig, daß der politischen Gleichberechtigung die soziale Freiheit folgen muß. Es ist aber ebenso absurd und heuchlerisch, eine soziale Freiheit vorzuheucheln, wenn sie zugunsten einer politischen Knechtschaft abgeschlossen werden soll.

Zu dieser geistigen Freiheit muß für uns die persönliche Unabhängigkeit des christlichen Politikers kommen. Die Verfassungen erklären zwar, daß die Abgeordneten nur ihrem Gewissen verantwortlich seien. Die Praxis aber bekundet, daß dieses Gewissen sehr oft von den Verbänden und Organisationen bestimmt wird. Auch die deutsche Politik trägt schwer an der Tatsache, daß mehr Funktionäre als Politiker in die Parlamente entsandt werden. Das hat nicht zuletzt dazu geführt, daß in unserer Partei dauernd in Flügeln geredet wird und von den Flügeln her die Gewinnung eines einheitlichen politischen Bildes erschwert und gefährdet wird. Nicht aber nur der Wert unserer eigenen Auffassung, auch die Ehre unserer Partei sollte es verbieten, daß unsere Gegner ihre Positionen dadurch zu stärken vermögen, daß in unseren Reihen Hospitanten und Sekundanten der Gegner sitzen können. Ob es sich um Geld oder um geistige Abhängigkeiten handelt, die Einheit eines sozialen Programms wird dadurch untergraben. Und wir sollten uns gegenseitig die Beleidigungen ersparen, die darin liegen, daß der eine sich als das Kultur-, der andere als das Wirtschafts-, der Dritte als das Sozial- und der Vierte als das Organisationsgewissen ansieht. Wollen wir eine echte Vertrauensgrundlage, so ist jeder von uns verpflichtet, das Wahre und Gerechte zu suchen, so wie jeder Anspruch darauf hat, in diesem Suchen und Mühen unser Vertrauen und unsere Freundschaft zu besitzen. Diese

Einheit wird uns auch gelingen, wenn wir das Wesentliche einer christlich-sozial bestimmten Gesellschaftsordnung uns zum Ziel setzen und die Grundlagen klar erkennen.

Gegenüber der vielfach und immer wieder aufdringlich verkündeten Parole „die Wirtschaft sei unser Schicksal“ heißt unser erster Grundsatz: Der Staat ist unser Schicksal. Wir wollen damit bekunden, daß wir in der Gemeinschaft des Staates die höchste und ausgeprägteste Verantwortung für unser Volk sehen. Darum hat der Staat über der Wirtschaft zu stehen, er ist selbst nicht Wirtschaft und soll es auch nicht werden. Weil die Wirtschaft nicht der Staat ist, darum ist die Wirtschaft nicht Bereich der Politik. Denn die Politik hat das Gemeinwohl zu sehen und ist darum die erste und wichtigste Aufgabe des Staates. Die Unabhängigkeit des Staates, seine Hoheit und seine überragende Stellung geben ihm das Recht auf einzelnen Gebieten der Wirtschaft, des Rechts, der Erziehung, der geistigen und materiellen Fürsorge Forderungen geltend zu machen und Pflichten aufzuerlegen. Wir sagen es offen, wir wollen einen starken Staat, der in seiner echten Macht und seiner Autorität befähigt ist, auch gegen starke Gruppen innerhalb des Volkes sich zu behaupten.

Weil wir dem Staat für seine Hoheitsaufgabe echte Macht geben wollen, darum darf er nicht alles, was er kann. Seinem Machtbereich sind jene Autoritäten entzogen, die von Natur aus da sind und unverletzlich bleiben müssen. Das ist das Recht der Eltern, das Recht der Kirche und der berechnete Anspruch der sozialen Gemeinschaften auf Eigenleben und eigene Verwaltung. Diese Grundsätze haben für uns Grundlage zu sein für die praktischen Entscheidungen im politischen Raum. Sie seien im folgenden kurz zusammengefaßt:

1. Wir wollen keinen Staat, der Parteistaat ist. Als Partei haben wir dem Staat zu dienen, diesen aber nicht dem Parteiziel zu opfern. Der Parteistaat hört auf, Hüter des Gemeinwohls zu sein und verliert damit seine moralische Grundlage.

2. Der Staat kann nicht Wirtschaftsstaat sein. Die Wirtschaft hat für die Güterproduktion zu sorgen, aber nicht die Funktion des Staates zu übernehmen. Was dem Gemeinwohl dient, entscheidet der Staat, nicht die Wirtschaft. Darum ist es ein Recht des Staates, die Planung und Lenkung von Kapital, Rohstoffen und Arbeitskraft zu erfüllen. Das ist die Absage an den Liberalismus, der die sittliche Verpflichtung des Staates nicht anerkennen will. Innerhalb der Wirtschaft gilt unter den Sozialpartnern allgemein das Gesetz des Nutzens und des Erfolges. Gegenüber diesem an sich natürlichen, aber auch verführerischen Prinzip hat der Staat die Verpflichtung, das Recht zu schützen. Im Bild dieser sozialen Ordnung sind das Koalitionsrecht der Arbeitsmarktparteien, das Tarifvertragsrecht feste Bestandteile. Noch mehr. Da, wo sich in Institutionen der Wirtschaft eine Aufsichtspflicht oder die Grundlage einer wirtschaftspolitischen Entscheidungsbefugnis oder einer staatlichen Kontrollfunktion ergeben, da ist auch eine gleichberechtigte Mitbestimmung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern erwünscht und gerechtfertigt.

Andererseits ist dem Staat die selbstverständliche Pflicht auferlegt, gegen den Mißbrauch des überlassenen Rechtes durch die Wirtschaftsgruppen mit seinen Machtmitteln einzuschreiten. Man kann nicht bei Risiken die Verpflichtung des Staates anerkennen, während bei der Ausnutzung oder auch Ausbeutung der wirtschaftlichen Marktlage dem Staat die Rolle des untätigen Zuschauers zugeordnet wird.

3. So wie wir keinen Parteistaat wollen, sind wir auch Gegner des Betriebsstaates. Hier stehen wir an der großen und entscheidenden Frage, die unsere Wirtschafts-, Verfassungs-, Arbeitsrechts- und Steuerpolitik am stärksten berührt. Alles spitzt sich auf die Frage zu, ob der Betrieb in der Wirtschaft im Raum des privaten Rechtes gesehen wird oder in den Bereich des öffentlichen Rechtes gerät. Wird das letztere bejaht, hört die Unterscheidung zwischen Staat und Wirtschaft auf, und der Weg zur sozialistischen Gesellschaftsordnung ist frei. Aus dieser Frage sind die vielen kritischen Erklärungen und Bemerkungen zur Frage des Mitbestimmungsrechts in der Betriebsebene erfolgt. Die christliche Auffassung von der Verschiedenheit des Charakters des Staates und des Charakters der Wirtschaft läßt eine solche Gleichsetzung des privaten und öffentlichen Rechtes nicht zu. Wir wünschen eine weitgehende echte Selbstverwaltung der Vertragsparteien in der Wirtschaft, die jedoch dem Einspruchs- und Anordnungsrecht des Staates unterstellt bleibt.

So sehr wir in Betonung der eigenen und persönlichen Verantwortung innerhalb der privaten Wirtschaft unser Hauptanliegen sehen, so gibt es jedoch auch ganz eindeutige Kennzeichen dafür, wo der Charakter des Privatwirtschaftlichen aufhört. Wo die Spielregeln der Vertrags- und Wettbewerbswirtschaft aufhören, da ist eine Überführung in das öffentliche Recht durchaus gerechtfertigt. Gegen diese Überführung in Gemeinwirtschaft können keine Einwände erhoben werden.

Die christliche Auffassung von der Gesellschaft gibt uns nicht nur die Merkmale der Besonderheit von Staat und Wirtschaft, von öffentlichem und privatem Bereich des Rechtes, sondern wir haben auch eine feste Grundlage für die vielfältigen politischen Entscheidungen auf den verschiedensten Gebieten. Sie sollen nur angedeutet werden.

a) Interessenvertretungen sind vorwiegend in dem Bereich des privaten Rechtes zu belassen. Wo sie vom Staat in Selbstverwaltung beauftragt werden, öffentliche Funktionen zu erfüllen, bleibt ihr privatrechtlicher Charakter davon unberührt. Jede andere Entwicklung muß zum syndikalistischen Staat führen.

b) Je mehr Selbstverwaltung in wirtschaftsrechtlichen Fragen gegeben werden kann, desto besser. Die Überwälzung so vieler wirtschaftlicher Funktionen auf den Staat vermehrt die Gefahr der Verbeamtung und der Grenzverwischung zwischen Wirtschaft und Staat.

c) Die Einschaltung der Berufsorganisationen in eigenen Institutionen zur Mitwirkung an der Gesetzgebung des Wirtschafts- und Sozialrechts, der Wirtschafts- und Sozialpolitik sollte erstrebt werden.

d) Eine freiheitliche Lebensordnung setzt auch Freiheit des wirtschaftlichen Handelns voraus. Diese Freiheit ist nicht absolut, sie gilt nur im Rahmen der vom Staat gezogenen Grenzen. Die Fragen der Investitionspolitik, der Wirtschaftspolitik, des Betriebsrechts und des Gütermarktes stehen unter diesem Gebot.

e) In Übereinstimmung mit dem Bekenntnis zur Freiheit der Wirtschaft ist die Berufswahl, der Arbeitsplatzwechsel und Ausbildungsweg des Arbeitnehmers auf freier Grundlage zu gewährleisten.

f) Alle Maßnahmen, die der größeren Freiheit des Arbeitnehmers dienen sollen, müssen die Möglichkeit für ein höheres Maß persönlicher Verantwortung und die Bildung persönlichen Eigentums in sich schlie-

ßen. Diese Ziele haben Vorrang vor allen anderen Formen einer Mitbeteiligung.

g) In der Fürsorge muß bei weitergehender Normalisierung des Lebens die Familienhaftung wieder in stärkerem Maße zur Geltung kommen. Die durch die Massennotstände dieser Jahre gegebenen generellen Anspruchsberechtigungen sind zugunsten der individuellen Begründung zu entwickeln.

h) Eine auf Freiheit beruhende Lebensordnung ist nicht denkbar ohne Anerkennung des Eigentums. Das mit der Natur gegebene Recht auf Eigentum hat für alle eigentumslosen Volksgenossen die gleiche rechtliche und sittliche Bedeutung wie für diejenigen, die im Besitz von Eigentum sind. Mehr Eigentum, und vor allem mehr Eigentum in Privathänden, das sollte der erste und wichtigste Grundsatz sein. Handelsrecht und Steuerpolitik sind danach zu gestalten.

Und eine letzte soziale Aufgabe sollte unseren ganzen Ernst in Anspruch nehmen. Sie ist weniger eine Maßnahme der Sozial- oder Wirtschaftspolitik. Diese Frage hat ihre besondere Bedeutung im Laufe der letzten Jahrzehnte gewonnen. Ich meine damit die Finanzoperationen und Manipulationen, zu denen der Staat unserer Zeit so gern greift. Wer das Ausmaß der hier in den letzten Währungsoperationen unserer Generation vernichteten Milliarden des kleinen Volkes vor sich sieht, der ist zu der Erkenntnis genötigt, daß es keine wichtigere soziale Aufgabe gibt, als diese. Den Wert des Zahlungsmittels eines Volkes wenigstens für die Dauer einer Generation zu erhalten, das ist die dringlichste soziale Aufgabe. An wertmäßiger Größe übertrifft das alles, was sonst unter sozialer Notwendigkeit gesehen wird. Klarheit, Härte und Verantwortungsfreude sollten uns daran hindern, diese Wege der abscheulichsten Ausnutzung eines gutgläubigen Volkes zu beschreiten.

Der Abschluß unserer Betrachtung nötigt zu einem besonderen Hinweis. In der Geschichte haben Form und Organisation der menschlichen Gesellschaft sich dauernd gewandelt. Unsere Generation ist nun Zeuge, wie in den meisten europäischen Ländern die politische Verfassung grundlegend geändert worden ist. Die großen Kriege haben weiter entscheidend dazu beigetragen, die sozial-wirtschaftliche Grundlage so zu erschüttern, daß die bisherige Gesellschaftsordnung nicht gehalten werden kann. Das nationalstaatliche Prinzip ist so überfällig geworden wie die bürgerlich-kapitalistische Lebensform. Hier liegt die Macht begründet, die aus der sozialen Revolution sich ankündigt. Unter ihrem Ansturm sind selbst Jahrtausende alte Kulturen und Lebensformen der Völker Asiens zerbrochen. Der Träger dieser Revolution ist zunächst die Arbeiterschaft, verstärkt durch alle anderen proletarischen Schichten. Moskau gibt vor, Vollstrecker dieser geschichtlichen Notwendigkeit zu sein. Die Welt aber sieht mit Schrecken, daß diese bolschewistische Revolution nicht eine Gesellschaftsreform ist, sondern eine Gesellschaftsvernichtung im europäischen Sinn. Weder der Mann der freiheitlichen Lebensordnung in Staat und Wirtschaft, noch der Träger des Geistes in Kirche, Staat und Volk, noch der seinem Recht und seiner Gleichberechtigung zustrebende aufrechte Arbeiter Europas kann in diesem ihm drohenden System wirken und leben.

Mit der Ablehnung dieses Systems ist es allein nicht getan. Es genügt auch nicht, daß die Generalstähler auf internationaler oder europäischer Ebene ihre Pläne erörtern und abstimmen. Wer über den Schumanplan berät, darf nicht nur die Aufteilung der Kontinente und Kontingente

sehen. Die Ausgleichskasse sollte Vorbild für ein weit größeres Ziel, nämlich einen europäischen Sozialplan, werden.

Und in der Straßburger Versammlung muß man über die Beseitigung des nationalstaatlichen Gestrüpps hinweg eine europäische Idee entwickeln, die unsere Gesellschaftsstruktur deutlich und glaubwürdig macht. Diesem Glauben muß eine sichtbare Gestalt gegeben sein. Was in den Kathedralen vom Atlantik bis zu den Domen der Baltenlande zu uns spricht, ist ein Ruf an uns. Ihr ewiges Gesetz ist eine gute Vorlage für die soziale Aufgabe unserer Tage.

Leere Hände gehören zu dem Schicksal unserer Generation. Der stille Heldenmut so vieler Mütter, der harte Schweiß der Väter und das Hoffen unserer Jugend mahnen uns täglich. Wahrlich, dieses Volk verdient es, geliebt zu werden. Dieses Volk erwartet auch, daß wir ihm das Recht sichern und die Freiheit erhalten.

Das Korreferat erstattete

Dr. Robert Tillmanns, Berlin.

Der soziale Auftrag der Christlich-Demokratischen Union umfaßt alle Gebiete des politischen Lebens und ist in diesem Sinne ein umfassendes Grundanliegen unserer Partei. Wir haben uns daher bei diesem Thema nicht mit Sozialpolitik als einem abgegrenzten Aufgabenkreis zu beschäftigen, sondern mit dem sozialen Auftrag als der Kernaufgabe der Verwirklichung sozialer Wohlfahrt. Das ist ein Auftrag für alle Tätigkeitsgebiete des Staates, insbesondere für Wirtschafts-, Arbeits- und Finanzpolitik.

Als wir uns vor fünf Jahren unter der Parole „christlich, demokratisch, sozial“ zu politischer Arbeit in der großen Gemeinschaft der CDU zusammenschlossen, waren wir uns darüber klar, daß wir nach den furchtbaren Zerstörungen des Krieges und angesichts der tiefgehenden Zerrüttung des gesellschaftlichen Gefüges nicht nur vor der Aufgabe standen, soziale Not- und Hilfsmaßnahmen und die Wiederinstandsetzung einer im Grunde unversehrten Gesellschaftsordnung durchzuführen, sondern daß diese Aufgabe nur zu meistern sei in dem entschlossenen Willen zu einer neuen Sozial- und Wirtschaftsordnung, deren Mittelpunkt die Wohlfahrt der Gesamtheit ist. So bekennen die Ahlener Beschlüsse: Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund aus erfolgen. Das, scheint mir, ist die Voraussetzung, wenn wir von dem sozialen Auftrag unserer Partei sprechen. Es ist in dieser Frage der Neuordnung nicht nur von den Sozialausschüssen, die gleichsam als das soziale Gewissen unserer Partei wirksam geworden sind, gearbeitet worden, sondern es ist, wie gesagt, eine Aufgabe der gesamten Partei. Wir sind nun in der Deutschen Bundesrepublik seit der Währungsreform Dank der Wirksamkeit unserer Männer und Frauen im Wirtschaftsrat und in der Bundesregierung zweifellos ein großes Stück vorwärtsgekommen auf dem Wege der Sicherung der sozialen Existenz unseres Volkes. Aber noch sind große unbehobene Notstände vorhanden, und es ist nicht übersehbar, daß jede Steigerung der wirtschaftlichen Produktion auch zu erheblichen Problemen der Einkommensverteilung geführt hat, d. h. mit anderen Worten, daß soziale Spannungen trotz Verbesserung der Güterversorgung kaum geringer geworden sind.

Wenn wir uns daher heute auf dem ersten Gesamtparteitag der Christlich-Demokratischen Union zusammenfinden, so stehen wir wie vor fünf Jahren vor der Aufgabe der Grundbesinnung über den sozialen Auftrag der Christlich-Demokratischen Union. Das Wort „Auftrag“ zieht sich als Thema durch sämtliche Referate dieses Parteitages. Wir haben gestern Referate über den geschichtlichen und kulturellen Auftrag der CDU gehört und sprechen heute vom sozialen. Was ist mit diesem Wort gemeint, Doch wohl dies, daß wir nicht eine selbstgewählte Aufgabe haben, sondern daß uns etwas aufgegeben ist. Das kann ja für eine Partei, die in ihrem Namen das Wort christlich führt, wohl nur sein, daß sie einen Auftrag hat, der sich aus der christlichen Verkündigung für das Zusammenleben der Menschen auf dieser Erde ergibt. (Beifall.)

Was ist nun, so frage ich, wenn das nicht nur ein schmückendes Beiwort bleiben soll, Wesen und Inhalt dieser christlichen Verantwortung? Wenn unsere gemeinsame Arbeit als Christlich-Demokratische Union überhaupt einen Sinn haben soll, dann muß diese christliche Verantwortung der tragende Impuls unseres gesamtpolitischen und vor allen Dingen auch unseres sozialen Handelns sein. Christliche Verantwortung heißt, so scheint mir zuerst, daß wir etwas wissen von der **Personenhaftigkeit** des Menschen, nicht als eines selbtherrlichen Einzelgängers, sondern als des Menschen, der von Gott geschaffen, zu ihm berufen ist, und der von ihm seine Würde erhält. Diese Würde gegenüber den unpersönlichen Mächten einer technisierten Wirtschaft zu wahren, diese Würde aus dem Elend der vergangenen Katastrophe wiederherzustellen, sollte das oberste Gesetz aller christlichen Sozialpolitik sein.

Aus dieser Personenhaftigkeit ergibt sich zweitens, daß der Mensch Verantwortungsfähigkeit hat. Gott hat uns die Fähigkeit gegeben, unser Leben in Verantwortung vor ihm zu führen; und daraus fließt die Verantwortung eines jeden von uns für den anderen und für die Gemeinschaft. Wo diese Verantwortungsfähigkeit nicht mehr da ist, versinkt und verkümmert das Element der Freiheit in der Gesellschaft. Der Staat kann nur insoweit freiheitlich geordnet sein, als Verantwortlichkeit in den Menschen lebendig ist, sonst wird er unausweislich zur Diktatur. Für die Wirtschaft gilt genau dasselbe. Nur soweit in ihr von allen an ihr Teilhabenden echte Verantwortlichkeit für einander geübt wird, kann sie freie Wirtschaft bleiben. Soweit diese Verantwortlichkeit von den Sozialpartnern nicht mehr gegenseitig empfunden und exerziert wird, ist die freie Wirtschaft nicht zu retten. (Beifall.)

Drittens: Maßstab unseres verantwortlichen Handelns kann nur die soziale Gerechtigkeit sein, d. h. die Gerechtigkeit, die den Egoismus überwindet. Der Antrieb unseres Handelns ist allein die Liebe dem Nächsten gegenüber, die oft mehr wirkt, als viele Kluge sich einbilden. Ein Geistlicher hat vor einigen Tagen gesagt: Liebe erzeugt Inspiration. Er hat dabei darauf hingewiesen, daß eine einfache und bescheidene Schwester, die aber die Liebe im Herzen trug, in den Flüchtlingslagern für die Linderung des Loses der ihr anvertrauten Menschen mehr Phantasie und mehr Aktionskraft entwickelt hat als eine ganze Bürokratie. (Beifall.)

Unsere Aufgabe besteht darin, eine Sozialordnung zu entwickeln, in der diese Werte tragende Elemente sind, in der die Personenhaftigkeit gestützt und gestärkt und die Menschen fähig gemacht werden, ihre Verantwortlichkeit füreinander zu üben, d. h. daß kein totalitärer Staat und keine Kommandowirtschaft über sie Gewalt gewinnt, sondern daß

eine Ordnung erreicht wird, deren tragendes Fundament soziale Gerechtigkeit ist, soweit sie auf dieser Erde überhaupt zu verwirklichen ist.

Aber unsere Aufgabe geht noch weiter. Diese Werte sind weitgehend verschüttet in unserer modernen Wirtschaft. Die Fähigkeit zur persönlichen Verantwortung ist durch eine Entwicklung, die auf die Anfänge des 19. Jahrhunderts zurückgeht, verkümmert. Wir haben vor allen Dingen auch die äußeren Voraussetzungen zu schaffen, die überhaupt wieder ein solches personenhaftes Leben möglich machen.

Für unsere Sozial- und Wirtschaftsordnung haben wir die Bezeichnung gewählt: Soziale Marktwirtschaft, also freier Wettbewerb am Markt als regulierender Faktor und wesentliches Element dieser Wirtschaft, weil wir der Überzeugung sind, daß nur so echte Leistung, Wirtschaftlichkeit, Wettbewerb mit dem Ausland und ein Steigern der Produktivität mit ausreichender Güterversorgung gewährleistet sind als die Grundlagen aller Wohlfahrt, und weil schließlich nur dieses Element des freischaffenden Wettbewerbs die Personenhaftigkeit und Verantwortlichkeit des Menschen überhaupt ermöglicht. Aber wir haben dieser Marktwirtschaft das Eigenschaftswort „sozial“ vorausgesetzt. Dieses Eigenschaftswort hat die Bedeutung, daß wir der Auffassung sind, daß die Eigenschaft dieser Marktwirtschaft sozial, d. h. sozialgerecht zu sein hat. (Beifall.)

Uns wird von zwei Seiten dazu etwas entgegnet. Einmal von den Marxisten: das geht nicht, sozial-gerecht kann nur eine vollsozialisierte Wirtschaft mit verstaatlichten Betrieben sein; sozial-gerecht kann nur eine Wirtschaft sein, deren Lenkung statt durch den Markt durch das Kommando des Staates erfolgt. Wir erklären hierzu, daß diese staatliche Kommandowirtschaft von uns eben deswegen abgelehnt wird, weil hier letzten Endes kein Raum mehr ist für die Verantwortlichkeit des Menschen, mit der seine Personenhaftigkeit steht und fällt; denn in der sozialisierten Wirtschaft trägt Verantwortung letztlich nur der Staat allein, und die Menschen sind lediglich vollstreckende Organe, und in letzter Konsequenz — wir erleben das in dem östlichen Teil Deutschlands mit erschütternder Deutlichkeit — ist eben doch die Herabwürdigung des Menschen zu einem reinen Objekt der Staatsallmacht die größte soziale Ungerechtigkeit, die denkbar ist.

Der zweite Einwand, der uns entgegengehalten wird, kommt von der liberalen Seite. Er sagt: Die Eigenschaft „sozial“ braucht nicht besonders betont und gefordert zu werden, weil sich das aus dem Funktionieren des freien Ablaufs am Markte von selbst ergibt. Die Erfahrung, meine Freunde, lehrt, daß das nicht richtig ist. Die freie Wirtschaft hat infolge der Ungleichheit der Bedingungen und der Kräfte die stetige Tendenz zur Entwicklung von sozialen Spannungen, zum Auseinanderklaffen von Reichtum und Armut; sie hat die ständige Tendenz zur Erzeugung von Krisen, von Arbeitslosigkeit, d. h. sozialer Ungerechtigkeit.

Das Wort „soziale Marktwirtschaft“ heißt also, daß wir uns eine Marktwirtschaft vorstellen, in der die soziale Wohlfahrt bewußt gewollt wird. (Beifall.) Soziale Gerechtigkeit entwickelt sich eben nicht von selbst, sondern sie muß gewollt werden. Es ist die ständige Aufgabe des Staates, und zwar aller seiner Funktionen — nicht etwa nur des Sozialministers —, darüber zu wachen, und stets die Hand am Puls der Wirtschaft dafür zu haben, Wahrer sozialer Gerechtigkeit zu sein, falschen Entwicklungen, sich anbahnender Krisen vorzubeugen und Mißbildungen wie Monopolstellungen am Markt zu verhindern, notfalls eingreifend, regulierend, hemmend und auch fördernd, immer unter dem obersten Gesichtspunkt,

dem Menschen zu dienen und seine Existenz zu sichern. Es entspricht der demokratischen Grundlage unseres Staates, daß diese Eingriffe nicht in diktatorischer Form erfolgen, sondern in möglichst enger Zusammenarbeit mit den in der Wirtschaft Tätigen, den Sozialpartnern und allen dazu Berufenen.

Ausmaß, Art und Weise dieser lenkenden Maßnahmen des Staates hängen von zweierlei ab: 1. von dem Verhalten des Menschen in der Wirtschaft und 2. von den jeweiligen sachlichen Gegebenheiten. Je mehr Verantwortlichkeit von den in der Wirtschaft Tätigen freiwillig und selbst geübt wird, umso weniger braucht der Staat einzugreifen. Je freiwilliger soziale Rücksichtnahme ein Element unseres wirtschaftlichen Lebens bei allen Beteiligten ist, umso weniger Interventionen. Die in der freien Wirtschaft Tätigen und für die Führung der Betriebe Verantwortlichen haben es selbst in der Hand, ob der Staat ihnen das freie Tätigsein überlassen kann oder ob er gezwungen wird, mit Interventionen einzugreifen. (Beifall.) Das eigene Verhalten aller in der Wirtschaft Beteiligten entscheidet letzten Endes darüber, inwieweit Freiheit der Wirtschaft in unserem Volke möglich ist und inwieweit nicht. Dieselbe Mahnung gilt auch für die Arbeiter, vor allen Dingen für die großen Organisationen ihrer Interessenvertretung, die Gewerkschaften. Solange sich die Gewerkschaften nicht mitverantwortlich fühlen für die gesamte Wirtschaft, solange wird auch hier die Spannung nicht überwunden werden. (Beifall.) Erst dann, wenn sie zusammen mit der Arbeitgeberseite echte Verantwortlichkeit füreinander und für die Gesamtheit üben, wird überhaupt die Voraussetzung geschaffen für einen möglichst freien Ablauf der wirtschaftlichen Vorgänge.

Zweitens: Die Notwendigkeit lenkender Eingriffe hängt auch von den sachlichen Gegebenheiten ab, d. h. davon, inwieweit das Funktionieren des Marktes sich überhaupt ungestört vollziehen kann und inwieweit Angebot und Nachfrage ausgeglichen sind oder nicht. Marktwirtschaftliche Entwicklungen können sich nicht selbst überlassen bleiben, wo Mangel vorhanden ist und Störungen des Kreislaufes eintreten. Wir leben in einer Welt, die niemals ungestört ist. Es ist ein Element unseres Lebens, daß Störungen immer wiederkommen, sei es aus dem innenpolitischen, aus dem außerpolitischen oder aus irgend einem anderen Raum. Daher haben wir die Aufgabe, daß wir soweit wie irgend möglich versuchen, auch durch hemmende und regulierende Einwirkungen diese Störungen zu beseitigen, aber immer, wie gesagt, unter dem Gesichtspunkt der sozialen Wohlfahrt für die Gesamtheit.

Zusammenfassend: Wir, die Christlich-Demokratische Union, kennen für die Auffassung unserer sozialen Ordnung nicht die Bindung an irgend eine von Menschen erdachte Theorie. Für uns sind die Wirtschaftstheorien des 19. Jahrhunderts — sei es der Liberalismus, der Marxismus, oder der Neoliberalismus — keine Schnittmusterbogen, die man nur auf die Wirklichkeit zu legen braucht, um sich danach eine Wirtschaftsordnung zu zimmern. (Lebhafter Beifall.) Wir überwinden diese Doktrinen einfach deswegen, weil wir wissen, daß die theoretischen Auffassungen des 19. Jahrhunderts, die davon ausgehen, man könne die Wirtschaft nach einem einzigen Prinzip gestalten, falsch sind. Das Zusammenleben von Menschen auf dieser Erde ist seinem Wesen nach widerspruchsvoll und spannungsgeladen und steht unter der ständigen Spannung von Freiheit und Bindung. Beides sind zwar begriffliche Gegensätze, aber in der Praxis unseres Lebens einander zugeordnete

Elemente. Sie sind letzten Endes die Pole, aus deren Spannungsfeld sich überhaupt das gesellschaftliche Leben allein entwickelt. Die große Aufgabe aller sozialen Wirtschaftspolitik ist der ständige Spannungsausgleich unter dem Gesichtspunkt einer sittlichen Kraft, die die soziale Gerechtigkeit will.

Wir stehen auf Grund der Entwicklung des 19. Jahrhunderts und vor allen Dingen auf Grund der Zerstörungen, die zwei Weltkriege hinterlassen haben, in einer gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Situation, in der bereits die wesentliche Grundlage der menschlichen Existenz strukturell bedroht ist. In den Massenkasernen unserer Großstädte, in der Unpersönlichkeit des Lebens in den modernen Großindustrien und Betrieben ist eben die Personenhaftigkeit und die Fähigkeit zum mitverantwortlichen Handeln existenziell bedroht, und zwar nicht erst seit gestern und vorgestern. Unser Volk ist gegenwärtig nach den Folgen des Krieges mit all den furchtbaren Zerstörungen unseres sozialen Gefüges noch sehr viel schwerer bedroht als durch diese strukturelle Bedrohung an sich. Das Massenelend der Flüchtlinge, die Kriegsbeschädigten, die Arbeitslosigkeit und das Wohnungselend sind alles Gegebenheiten, die überhaupt das personenhafte und verantwortliche Leben des Menschen verschütten und weitgehend nicht mehr möglich machen. Deswegen haben wir vor allen Dingen als dringlichste und wichtigste Aufgabe die äußeren Voraussetzungen für die Heilung dieser Schäden und damit für die Entwicklung einer würdigen menschlichen Existenz zu schaffen.

Die guten Anfänge, die in dieser Beziehung im Gebiet der Bundesrepublik gemacht worden sind, wollen wir nicht übersehen. Ich glaube, wir würden auf diesem Parteitag etwas vergessen, wenn wir uns nicht mit einer gewissen Genugtuung daran erinnern, was im Bundestag in Bonn in der letzten Zeit geleistet worden ist; es sind dort zwei maßgebende und große soziale Gesetze — das Wohnungsbaugesetz und das Gesetz über die Kriegsopferversorgung — nach mühevoller und monatelanger Arbeit mit Einstimmigkeit aller Parteien verabschiedet worden. (Beifall.) Ich glaube, daß nicht zuletzt den Männern und Frauen der Christlich-Demokratischen Union, die sich in den Ausschüssen um die Herbeiführung dieser Übereinstimmung bemüht haben, das Verdienst zukommt, daß überhaupt dieses Ziel erreicht werden konnte. Wir haben damit unserem Volk einen großen und starken Dienst erwiesen. Aber wichtige und entscheidende Aufgaben auf diesem Gebiet liegen noch vor uns. Sie erfordern von uns allen Opfer; sie erfordern die größten Opfer von denen, die am meisten haben.

Eigentum ist zweifellos ein wesentliches Element personenhafter Gesellschaftsordnung, aber Reichtum ist nur insoweit berechtigt und sittlich gerechtfertigt, als er als Verpflichtung empfunden wird. Diese Verpflichtung ist umso größer, je größer die Armut im Volke ist. Wo diese Verpflichtung nicht empfunden wird, ist es letzten Endes auch die Aufgabe des Staates, durch staatliche Steuer- und andere Maßnahmen diese Verpflichtung allen Beteiligten klar ins Bewußtsein zu rufen. (Stürmischer Beifall.)

Der uns wohl allen noch bekannte katholische Geistliche Carl Sonnenschein hat einmal auf dem ersten Deutschen Studententag in Würzburg — an den ich mich sehr lebhaft erinnere — den Studenten, die z. T., soweit sie Geld in der Tasche hatten, anfangen, ein sozial anstößiges Leben zu führen, zugerufen: „Wo jemand krank ist im Hause, da geht man leise die Treppe rauf und runter.“ Ich glaube, wir sollten auch heute

allen denen, denen das Glück beschieden ist, daß sie wieder über Wohlstand und über eine eigene Lebensfähigkeit für sich und ihre Familien verfügen, diese Worte zuzurufen: Es sind viele Kranke in unserem Hause, Millionen Kranke, und solange Kranke im Hause sind, geht man leise die Treppe rauf und runter. (Tosender, anhaltender Beifall.)

Meine Freunde, ich bin am Schluß. Als Christen wissen wir, daß es in dieser Welt keine Heilung aller Nöte gibt. Ungleichheiten und Mängel wird es immer geben. Wir wissen auch ein zweites: daß nicht nur äußere Güter das Glück unseres Lebens bringen. Wir erleben sogar hier in der Deutschen Bundesrepublik mit großer Deutlichkeit, daß es gar nicht so ist, daß die Menschen, wenn sie wieder genug zu essen und zu trinken haben, wirklich zufrieden werden. Wir wissen um die Fehlerhaftigkeit und die Mängel der menschlichen Existenz. Infolgedessen haben wir den Mut, auch unseren Wählern zu sagen, daß es eine Utopie ist — eine Utopie aus dem Rationalismus des 19. Jahrhunderts — daß der Staat jemals die Dinge der sozialen Ordnung und des sozialen Zusammenlebens fehlerfrei ordnen könne. Das kann er nicht. Aber wir können uns nicht damit beruhigen. Es bleibt unsere unausweichliche Aufgabe, soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen. Wir, die wir Politik zu verantworten haben, befinden uns in der Situation des Arztes. Der Arzt geht auch unverdrossen Tag für Tag seiner Aufgabe nach, Menschen gesund zu machen, obwohl er weiß, daß er die Krankheit nicht aus dieser Welt schaffen kann. Wir sind genau in der gleichen Situation. Obwohl wir wissen, daß soziale Gerechtigkeit und eine vollkommene Sozialordnung nie zu vollenden sind, haben wir die Aufgabe, Tag für Tag unverdrossen für dieses große Werk zu arbeiten, und zwar einfach deshalb, weil wir einen Auftrag haben, der nicht von uns stammt, sondern von dem Herrn, der über uns ist. (Stürmischer Beifall.)

Die Aussprache

Albers: Als wir nach dem Zusammenbruch 1945 an die Arbeit gingen, waren in uns die Ideen lebendig, die von Adam Stegerwald auf dem Kongreß der Christlichen Gewerkschaften verkündet wurden. Es waren die Gedanken einer echten Bildungsordnung unter der Devise: christlich, national, sozial und demokratisch. Es war der Wille der Arbeiterschaft, den ihr zukommenden Platz in der Gesellschaft und im staatlichen Leben sowie im Wirtschaftsleben einzunehmen. Wir wissen, daß die wirtschaftlichen und auch die politischen Möglichkeiten begrenzt sind, denn wir sind heute die Konkursverwalter für den von Hitler so leichtfertig vom Zaun gebrochenen Krieg mit seinen ungeheuren Folgen. Das Flüchtlingsproblem kann nicht endgültig gelöst werden, solange Deutschland gespalten und die Heimat den Ostvertriebenen entrissen ist. Die finanziellen Mittel für die Versorgung der Hilfsbedürftigen sind begrenzt, vor allem weil das Sozialprodukt, das wir gegenwärtig erarbeiten, nicht groß genug ist. Darum ist es heute die dringende Aufgabe, das Sozialprodukt so zu vermehren, daß alle Lebensmöglichkeiten gegeben werden. Die Wirtschaft hat zweifellos seit Mitte 1948 Fortschritte gemacht. Es kann aber nicht verkannt werden, daß gewisse Kreise diese Fortschritte einseitig zu nutzen wußten. (Zurufe: sehr richtig!) Darum muß als die zweite Aufgabe herausgestellt werden die gerechte Verteilung des Sozialproduktes. Wir müssen an die Menschen, die die Güter schaffen, her-

antreten; das sind die Bergarbeiter, Metallarbeiter, Ingenieure, Techniker und all die Kräfte, die irgendwo geistig anregend und verwaltend in der Wirtschaft stehen. Es muß aber auch daran gedacht werden, daß die Bauern zu ihrem Recht kommen. (Beifall!) Eine noch weit größere soziale Aufgabe steht vor uns, und diese Aufgabe muß irgendwie gelöst werden, wenn das Wort unseres verehrten Parteivorsitzenden und Bundeskanzlers Dr. Adenauer zu Recht bestehen soll, daß in einer Zeit größter politischer Spannungen und wichtiger weltpolitischer Entscheidungen der soziale Frieden unbedingt gewährleistet werden muß. Ich sage, daß die soziale Idee in Gefahr ist, wenn sich Bauer, Arbeiter und Verbraucher nicht in absehbarer Zeit zu einer echten Gemeinschaft zusammenfinden mit dem Ziele der Sicherung des gerechten Preises für die Bauern und des gerechten Lohnes für die Arbeiter. Die Steigerung des Sozialprodukts ist aber auch vor allem deshalb notwendig, damit den sozial bedrängten Schichten, die nicht in der Lage sind, sich ihren Unterhalt zu erarbeiten, besser geholfen werden kann. Nachdem im Bundestag das Gesetz über die Versorgung der Kriegsoffer in voller Einmütigkeit verabschiedet worden ist — ich stelle fest, daß wir bei dieser Verabschiedung und der Vorbereitung dieses Gesetzes an erster Stelle gestanden haben —, haben wir auch daran zu denken, daß jetzt den Sozialrentnern und Fürsorgeempfängern und auch den Arbeitslosen ihr Recht wird. Weiter müssen wir daran denken, daß die alten Leute wieder dahinkommen — sie wurden zweimal Opfer eines furchtbaren Krieges, es wurden ihre Ersparnisse geraubt —, daß diesen eine bessere Lebensmöglichkeit gegeben wird. (Beifall!) Als wichtigste Aufgabe muß vor uns stehen die Frage des Wohnungsbaues. Das erste Wohnungsbaugesetz ist unter stärkster Initiative der CDU vom Bundestag verabschiedet worden, und wir sind stolz darauf. Das erste Wohnungsbaugesetz ist von uns gestaltet und durch unsere Initiative zu dem gemacht worden, wie es heute an Leistungen vor uns steht. Ein großer Anfang ist damit gemacht worden, und die Leistungen des Jahres 1950 mit rd. 320 000 bis 350 000 Wohnungen können sich sehen lassen. Aber damit ist die weitere Frage verbunden, ob das, was im Jahre 1950 begonnen wurde, mit gleichem Erfolg fortgesetzt wird. Wir erwarten vom Jahre 1951 unter stärkster Beihilfe des Bundes, aber auch der Länder und Gemeinden, die Fortsetzung dessen, was in diesem Jahre geschaffen wurde. Dabei kommt es aber darauf an, daß wir unsere Aufgabe nicht nur in der Erstellung von großen Wohnblocks sehen. Wir möchten nicht haben, daß über das Mietbuch die politische und weltanschauliche Auffassung erkaufte wird. Wichtiger ist aber, daß die kinderreichen Familien eine starke Beachtung zum Wohnungsbau finden und daß vor allem die Menschen über den Siedlungs- und Heimstättenbau stärker mit unserem Boden verbunden werden. Jetzt ist uns die einmalige Chance gegeben, die Großstädte aufzulockern und Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß ein naturgerechtes Familienleben gesichert wird.

Es scheint mir notwendig, auch ein Wort zu dem Thema „Unternehmerschaft“ zu sagen. Offen gestanden: Die Haltung mancher Unternehmerkreise zur Frage der Mitbestimmung ist mir unverständlich. Weshalb die einseitige Ablehnung der Forderung der Gewerkschaften zur betrieblichen Mitbestimmung der Arbeitnehmer? Weshalb die Abneigung gegen die Gewerkschaften, wenn diese unter gewissen Voraussetzungen ein Mitbestimmungsrecht durch ihre Vertreter erwarten? Im Gesetzentwurf der CDU über die Mitbestimmung heißt es, daß die Betriebsangehörigen im Aufsichtsrat das Recht der Mitbestimmung erhalten, aber auch die

Gewerkschaften berechtigt sind, Vorschläge für die Wahl der Arbeitnehmervertreter zu machen. Ich halte eine solche Regelung für durchaus richtig. Ich meine, man sollte nicht einen Gegensatz zwischen Arbeitnehmer und Gewerkschaften aus durchsichtigen Gründen konstruieren. Gewiß gibt es innerhalb der Gewerkschaften gewisse Schwierigkeiten, die sich aus den parteipolitischen und weltanschaulichen Unterschieden bei den Mitgliedern der Gewerkschaften ergeben. Sicher, es gefällt uns manches nicht bei den Gewerkschaften. Ich habe manchmal den Eindruck, als ob die Gewerkschaften sich allzu sehr in eine Rolle hineindrängen lassen, die gleich der Rolle einer großen Oppositionspartei ist. (Beifall!) Denn wenn es anders wäre, wären mir manche Darstellungen der Gewerkschaftspresse und gewisse Tendenzen der Rede des Herrn Dr. Agartz nicht verständlich. Wir müssen von dieser Stelle aus sagen, daß wir es uns verbitten, daß unsere Männer wie Storch immer durch den Dreck gezogen werden von der Gewerkschaftspresse, wenn es ihm nicht möglich ist, die Wünsche der Oppositionspartei zu erfüllen. (Stürmischer Beifall!) Das soll uns aber nicht abhalten, auch das Positive zu sehen. Wenn die Gewerkschaften heutzutage sich überjagen, so wollen wir nicht vergessen, daß eine gewisse Unternehmerschicht ihnen das Leben nicht immer leicht macht. Die Gewerkschaftsbewegung hat eine große Aufgabe in der Wirtschaft zu erfüllen und hat sie erfüllt. Sie wird diese Aufgaben umso besser erfüllen, je mehr sie sich von der einseitigen Vorstellung frei macht und in voller Toleranz die Mitarbeit durch die christlich-demokratische Unternehmerschaft in verantwortlichen Stellen der Gewerkschaft und der Wirtschaft zu schätzen weiß. Daß wir noch nicht zu einer echten Partnerschaft gekommen sind, liegt nicht an den Gewerkschaften, sondern an den Unternehmern, die die Stunde noch nicht erkannt haben und von Vorstellungen von gestern befallen sind. Man darf nicht das Negative nur auf der einen Seite und das Positive bei sich selbst sehen. Unsere Zukunft liegt nicht in der Restauration einer liberalen Auffassung der Wirtschaft. Wir wollen keinen Kultur-, aber auch keinen Wirtschaftsliberalismus. Wir haben dafür zu sorgen, daß aber auch nicht die überholte alte marxistische Klassenbetrachtung neue Triumphe erleben kann. Unsere Aufgabe als CDU ist es, vermittelnd zu wirken, um eine echte Entwicklung des sozialen Ausgleichs und gleichberechtigte Zusammenarbeit der Sozialpartner zu ermöglichen. Im Jahre 1946 haben wir uns in der britischen Zone unter Vorsitz unseres Herrn Bundeskanzlers in Ahlen zusammengesetzt, um das Ahlener Programm zu entwickeln. Was wir im Ahlener Programm festgelegt haben, ist auch die Grundlage für die Neuordnung unseres wirtschaftlichen und sozialen Lebens. Davon lassen wir nicht ab. Und wenn dieser Parteitag ein Parteitag der Besinnung ist, dann bitte ich alle unsere Parteifreunde daran zu denken, daß die Besinnung auch von Ahlen ausgehen muß. (Beifall.)

Karsch: Zum sozialen Auftrag der CDU gehört die Lösung der sozialen politischen Aufgabe. Am besten wissen es diejenigen, wie gewaltig diese Aufgaben sind, die tagtäglich mit Menschen, die sich in Not befinden, zusammenkommen und die Verpflichtung in sich fühlen, für sie zu arbeiten. Sie wissen aber auch, daß gerade die Linksparteien durch nicht einzulösende Versprechungen versuchen, diese Menschen in Not an sich heranzuziehen und daß diese Linksparteien immer und immer wieder diesen Menschen gegenüber behaupten, daß die CDU nicht in der Lage sei, die sozialpolitische Aufgabe zu lösen. Ich selbst gehöre zu einem Personenkreis, der für den Staat in zwei Kriegen das Leben, die

Gesundheit und die gesunden Glieder opferte und durch Gesetze der Militärregierung in die bitterste Not geriet. Ich habe aber auch die Erfahrung gemacht, daß gerade bei diesem Personenkreis die Linksparteien versuchten, durch große Versprechungen die Kameraden von mir und die Kameradenfrauen an sich heranzuziehen; ich meine hier den Kreis der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen. Wenn ich die Frauen, die Kriegerwitwen und die Kriegereltern hinzurechne, dann umfaßt dieser Personenkreis ca. acht Millionen. Sie haben eben gehört, daß das Bundesversorgungsgesetz verabschiedet worden ist, und zwar einmütig. Als maßgeblicher Mann in der Kriegsopferbetreuung möchte ich es nicht verabsäumen, dem Bundesarbeitsminister, der Bundesregierung und dem Bundestag für die Verabschiedung den Dank der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen auszusprechen. (Beifall!) Wir wissen aber, daß entscheidend bei der Schaffung dieses Gesetzes Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene und Parteifreunde der CDU mitgewirkt haben und daß die Opposition sich nur damit befaßt hat, das Gesetz zu verzögern oder aber es unmöglich zu machen. Mit diesem Gesetz sind auch weitere Gesetze verbunden, die noch zu verabschieden sind, und noch manche Aufgabe steht der Bundesregierung bevor. Die Kriegsofopfer sind bereit, an dieser schweren Aufgabe mitzuarbeiten. Wir haben uns gefreut, als wir endlich einmal die Anerkennung fanden, daß hier in Goslar ein Arbeitskreis für Kriegsopfer gebildet wurde. Wir haben Beschlüsse gefaßt, die wir dem Parteivorstand vorlegen. Die Kriegsopfer, die für den Staat ihre Gesundheit oder ihr Leben verloren haben und von denen 50 oder über 60 Prozent der Jugend angehören, sind bereit, weiter für den Staat zu arbeiten, und die Kriegsopfer der CDU sind bereit, im Interesse ihrer Kameradenfrauen und im Interesse ihrer Kameraden, aber auch im Interesse der Partei innerhalb der Kriegsopferkreise zu arbeiten. (Beifall!) Es muß unter allen Umständen gesagt werden, daß die Verabschiedung des Bundesversorgungsgesetzes ein gewaltiger Erfolg für die CDU war. Hierdurch hat die CDU bewiesen, daß sie die soziale Frage wirklich großzügig lösen will. Wir wollen weiter dafür sorgen, daß die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, die sich durch die Versprechungen der Linksparteien haben infizieren lassen, wieder zu uns zurückkommen. Das halten wir für die Aufgabe der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen der CDU, und wir sind gewillt, diese Aufgabe zu erfüllen. (Beifall!)

Arndgen: Mit der Unterstreichung unseres sozialen Wollens haben wir noch nicht genügend getan. Wir werden auch dafür sorgen müssen, daß unser soziales Wollen verwirklicht wird. Hierfür müssen wir alles tun. Wir müssen, wenn wir eine soziale Partei sein wollen, auch dafür sorgen, daß in der Repräsentation dieser Partei auch Arbeitnehmer im Vorstand in Erscheinung treten. (Zuruf: Jakob Kaiser!) Herr Kaiser ist nicht als Vertreter der Arbeitnehmer gewählt worden; es ist in humorvoller Weise zum Ausdruck gebracht worden: „Gesamtdeutscher Jakob“. Wir haben ferner einen Ausschuß für Sozialpolitik und einen Ausschuß für Wirtschaftspolitik eingeführt. Aber es ist nicht daran gedacht worden, die Arbeiten der beiden Ausschüsse zu koordinieren. Wenn eine Neuordnung der Wirtschaft und Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse kommt, dann müßte es möglich sein, daß durch eine Zusammenarbeit zwischen unserem Arbeitskreis, Sozialausschuß und Wirtschaftsausschuß Wege gezeigt werden, wie die Arbeiterschaft an diesem Eigentum mitbeteiligt wird. Wenn wir unser Volk immun machen wollen gegen Ra-

dikalisierung und Bestrebungen des Ostens, müssen wir versuchen, das Eigentum so breit wie möglich zu streuen und dafür Sorge tragen, das nach Möglichkeit jeder zu Eigentum kommen kann. Es wird immer wieder von der Sicherheit gesprochen, die wir gegen die Aggression, die vom Osten her droht, entgegenzusetzen haben. Der Widerstand der breiten Masse im Westen muß viel besser fundiert sein.

Hesse: Die Behandlung der sozialpolitischen Frage auf dem Parteitag der CDU würde meines Erachtens nicht vollständig sein, wenn nicht ein Wort auch für einen Berufsstand gesprochen würde, der gegenwärtig sich in einer schweren Krise befindet: das Berufsbeamtentum. Der Beamte hat bewußt seine Forderungen bis zur Stunde zurückgestellt. Er ist noch genötigt, die Preise von 1950 mit den Gehältern von 1927 zu bezahlen. (Beifall!) Innerhalb der letzten 23 Jahre hat sich die Besoldung der Beamten überhaupt nicht verändert. Die Not weiter Beamtenkreise ist so groß, daß sie eine tiefgehende Verschuldung zur Folge gehabt hat. Wir haben absichtlich von der Beamtenseite aus keine Forderungen an den Staat gestellt, weil wir uns genau der Situation bewußt sind, in der sich heute die Bundesrepublik befindet. Aber nachdem man versucht hatte, uns noch eine dreiprozentige Gehaltskürzung aufzuerlegen in einer Situation, in der schon andere Berufsgruppen 50prozentige Erhöhungen der Löhne und Gehälter durchgesetzt haben, haben wir nicht zurückhalten können und um eine geringe Teuerungszulage gebeten. Darüber hinaus darf und muß ich noch ein Wort sagen hinsichtlich der leider allzu starken Animosität gegen den Berufsbeamten überhaupt. Wenn heute ein Wohnungs- oder Finanzbeamter genötigt ist, sehr drückende Maßnahmen zu treffen, weil der Gesetzgeber das verlangt, so ist es völlig abwegig, dafür den Beamten verantwortlich zu machen. Wir wenden uns hier aber als verantwortliche Vertreter der Beamtenschaft gegen die Unhöflichkeit von Beamten. (Beifall!) Wir wollen wieder das sein, was wir früher waren: eine hochqualifizierte, unbestechliche und volksnahe Beamtenschaft, die sich des Dienstes am ganzen deutschen Volke bewußt ist. (Beifall!)

Dr. Zimmer: Ich möchte außerhalb der Diskussion eine kurze Erklärung abgeben zu den Ausführungen, die soeben Herr Arndgen gemacht hat hinsichtlich der Vertretung der Arbeiterschaft in den Organen der Bundespartei. Ich habe mir den Zwischenruf zu machen erlaubt: „Jakob Kaiser“, und Freund Arndgen hat erklärt, daß Jakob Kaiser als Vertreter der Exil-CDU Stellvertreter des Parteivorsitzenden geworden ist. Ich bin ausdrücklich legitimiert und in der Lage, festzustellen, daß diese Auffassung unseres Parteifreundes Arndgen nicht ganz richtig ist. Ich möchte hier bekannt geben, was der autorisierte Sprecher der Sozialausschüsse der CDU zu dem Vorschlag und zur Erwägung mir geschrieben hat, als die Kandidatur Kaisers in der Erörterung stand: „Jakob Kaiser besitzt das Vertrauen der gesamten christlich-demokratischen Arbeiterschaft. Rheinland-Westfalens Sozialausschüsse haben durch meinen Mund als eines ihres Vorsitzenden ausdrücklich betont, daß Jakob Kaiser auch als ihr Vertrauensmann anzusehen ist. Ich darf feststellen, daß unser Freund Jakob Kaiser nicht nur Ostdeutschland angehört. Wir Süd- und Westdeutschen haben auch einen politischen Anspruch, ich möchte sagen, auf die Führerpersönlichkeit Kaisers. In diesem Sinne wird er auch als Vertreter der christlichen Arbeiterschaft angesehen.“ Ich glaube, es war wichtig, daß der Irrtum aufgeklärt wurde. (Beifall!)

Erklärung der evangelischen Delegierten

Nach Abschluß der Aussprache erklärte Minister S i m p f e n d ö r f f e r : Die evangelischen Delegierten und Abgeordneten aller Landesverbände der CDU haben sich gestern in eingehender Aussprache mit den Angriffen des Kirchenpräsidenten Niemöller auf die Politik des Bundeskanzlers befaßt. Sie halten es für notwendig, von hier aus ein Wort zu der Sache zu sagen, um sich in besonderer Weise zur Politik und Person des Bundeskanzlers zu bekennen und dies in einer Erklärung zum Ausdruck zu bringen. Die Tatsache, daß diese Erklärung von den beteiligten Delegierten unterschrieben wurde, verleiht ihr eine besondere Bedeutung. Sie liegt heute an einem Tisch der rechten Wandelhalle nahe des Standes auf und kann noch von anderen evangelischen Delegierten unterschrieben werden.

Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:

Wir evangelischen Delegierten zum ersten Parteitag der CDU bekennen uns erneut zur politischen Grundaufgabe der Christlich-Demokratischen Union, die nichts anderes zum Inhalt hat, als den Neubau unserer staatlichen, sozialen und wirtschaftlichen Ordnung aus dem Geist christlicher Verantwortung. Wir sind mehr denn je davon überzeugt, daß nur eine solche Politik, die uns mit den Christen anderer Konfessionen verbindet, unser Volk nach dem Irrweg des Nationalsozialismus aus den Nöten der Gegenwart herausführen kann. Vornehmstes Ziel unserer politischen Arbeit ist die Wiedervereinigung Deutschlands in einem geeinten Europa. Die gegenwärtige Spaltung, die unsere größte Not ist, ist allein verursacht durch den Machtwillen des Bolschewismus, der auf das ganze Europa zielt und die Parolen von Einheit und Frieden nur als Mittel zur Unterwerfung mißbraucht. In dieser Lage führt der Weg zur Wiedervereinigung nur über die Erstarkung, die wirtschaftliche und soziale Gesundung des freien Deutschlands und seine Sicherung. Wenn wir daran einmütig arbeiten, leisten wir den wichtigsten stellvertretenden Dienst auch für die Deutschen in der Sowjetzone. Wir stellen uns daher hinter die Politik des Bundeskanzlers und seiner Regierung, die allein vom Volk legitimiert sind, für ganz Deutschland zu sprechen. Wir sind von tiefer Sorge erfüllt über Erklärungen, die Männer der evangelischen Kirche, insbesondere Kirchenpräsident Niemöller, in letzter Zeit zu politischen Fragen unseres Volkes abgegeben haben. So sehr wir die Pflicht der Kirche bejahen, die Verantwortung für die Gestaltung unseres öffentlichen Lebens mit zu tragen, so sehr erwarten wir, daß solche Erklärungen nicht voreilig, sondern nur nach gewissenhafter Sachprüfung, nach brüderlicher Beratung und in gemeinsamer Verantwortung veröffentlicht werden.

(Die Erklärung löste anhaltenden Beifall der Delegierten aus.)

In Fortsetzung der Behandlung sozialer Probleme sprach am Nachmittag
Bundestagsabgeordneter Dr. Linus Kather, Hamburg
über:

Die CDU und das Vertriebenenproblem

Vor dem Gebäude, in dem wir tagen, wehen neben den Fahnen der Länder der deutschen Bundesrepublik die Flaggen der Länder der Mittelzone und der Provinzen Ostpreußen, Pommern und Schlesien. Sie bezeugen, daß auch diese Gebiete zu uns, zu Deutschland, gehören. Namens der Vertriebenen danke ich der Bundesregierung dafür, daß sie mit Entschiedenheit gegen den Raub unserer Heimat protestiert hat und stelle mit Genugtuung fest, daß auch die Hohen Kommissare sich diesem Protest angeschlossen haben. Was ich vor 14 Tagen in Berlin gesagt habe, möchte ich hier wiederholen: Wenn eine sog. deutsche Regierung durch das Warschauer und genau so durch das Prager Abkommen unsere Heimat verraten hat, so ist das ein wahrhaft furchtbares Unter nehmen, das nur einen Erfolg zeitigen kann, nämlich, eine solche Regierung für immer der Verachtung der ganzen Welt preiszugeben. Und ich danke dem Herrn Bundeskanzler ganz besonders dafür, daß er vorgestern feierlich erklärt hat, daß die Wiederherstellung der vollen Einheit Deutschlands das Ziel der Bundesregierung ist, für das zu wirken und zu arbeiten sie sich durch nichts abhalten lassen wird.

Wir wollen unsere Heimat nicht durch einen Krieg zurückgewinnen. In der Charta der deutschen Heimatvertriebenen haben wir es ausgesprochen: Wir verzichten auf Haß und Rache. Der ewige Kreislauf zwischen Unrecht und Vergeltung soll endlich einmal unterbrochen werden, und wir deutschen Heimatvertriebenen wollen damit den Anfang machen. Trotzdem kann ich namens der Vertriebenen dem, was der Herr Bundeskanzler vorgestern über die Notwendigkeit sagte, für die Verteidigung von Freiheit und Menschenwürde Opfer zu bringen, in vollem Umfange und aus ehrlicher Überzeugung zustimmen. So sehr wir unsere Heimat lieben, wir wissen, daß es ein noch höheres Gut gibt: Die Freiheit.

Und wir haben den Bolschewismus erlebt, wir wissen, was wir von ihm zu erwarten haben und wissen, wie sehr der Kanzler recht hatte, als er sagte, daß die Diktatoren des Ostens nur eine Sprache kennen: Die Sprache der Macht.

Und wir bejahen aus vollem Herzen das Bekenntnis zum europäischen Gedanken, da wir wissen, daß wir nur in einem vereinten und freien Europa unsere geliebte Heimat in Freiheit werden zurückerhalten und besitzen können.

Und wir sind, auch das ist in der „Charta“ zum Ausdruck gekommen, bereit, an dem Aufbau Europas mitzuarbeiten. Wir beklagen, daß der Bundestag bei den Wahlen zum Eroparat uns nicht hinreichend Gelegenheit zur Mitarbeit gegeben hat. Es ist nur ein Hauptvertreter entsandt worden, und zwar von der Union, und es ist untragbar, daß unsere alten Provinzen Ostpreußen, Pommern und Schlesien im Eroparat nicht vertreten sind, obwohl sie doch weiß Gott keine schlechteren Ansprüche auf diese Vertretung haben wie etwa das Saargebiet. Das darf nicht so bleiben.

Wann wir unser Fernziel, die Rückkehr in die freie Heimat, erreichen, steht bei Gott. So sehr wir eine zuversichtliche und optimistische Haltung gegenüber diesem unserem Herzenswunsch bejahen, so sehr muß ich beklagen, wenn, wie es in letzter Zeit mehrfach geschehen ist, verantwortliche Staatsmänner über diese Frage in einer Weise sprechen, als ob eigentlich nur noch die Abfahrtszeiten der Züge nach dem Osten festzusetzen seien. Solche Äußerungen bringen zwar im Augenblick Beifallsstürme ein, der Schaden, den sie anrichten, ist leider sehr viel dauerhafter. Solche Erklärungen, unvereinbar mit der Realität der harten Gegenwart, sind geeignet, Illusionen hervorzurufen und den Willen zu lähmen, der Voraussetzung ist für eine gesunde wirtschaftliche Eingliederung.

Man soll sich doch keine falschen Vorstellungen machen über die Umstände, Bedingungen und Erfordernisse, unter denen sich eine Rücksiedlung in die Heimat vollziehen wird. Wir werden unsere Heimat nicht wiedererkennen, selbst dann nicht, wenn wir sie ohne einen dritten Weltkrieg wiederbekämen. Eine neue Kolonisation wäre erforderlich, und nur die könnten mit Aussicht auf Erfolg an eine Rückkehr denken, die hier nicht die Hände in den Schoß gelegt haben und die wirtschaftlichen, körperlichen und seelischen Voraussetzungen für eine so schwere Aufgabe erfüllen. Und diese Rücksiedlung könnte keineswegs allein von den Vertriebenen, sie müßte von der Kraft des ganzen Volkes getragen sein und von ganz Europa unterstützt werden.

Und etwas möchte ich denen sagen, die nur landsmannschaftlich denken: Eine gesunde wirtschaftliche Grundlage ist auch die Voraussetzung für jede kulturelle Leistung. Die Pflege der Kultur fängt da an, wo der Hunger aufhört. Und deshalb muß noch auf lange Sicht der Vorrang in Anspruch genommen werden für die Arbeit, die dahin zielt, die wirtschaftliche und soziale Lage unserer Schicksalsgefährten zu bessern und ihre Eingliederung in unser wirtschaftliches und staatliches Leben auf der Grundlage der vollen Gleichberechtigung, wie sie durch das Grundgesetz garantiert ist, zu vollziehen.

Und das ist unsere Arbeit, der wir uns seit 5 Jahren hingegeben haben, und ich kann für die Landes- und Kreisflüchtlingsausschüsse der CDU/CSU in Anspruch nehmen, daß sie in diesen Jahren eine Unsumme von praktischer Betreuungsarbeit geleistet haben, ohne an den eigenen Nutzen zu denken, unter den schwierigsten Umständen und den größten persönlichen Opfern und — ich muß es sagen — vielfach ohne Dank und Anerkennung. Wenn heute überall neue Kräfte am Werke sind und das große Wort führen, so brauchen wir diesen neuen Männern gegenüber keine Minderwertigkeitskomplexe zu haben. Wir haben der Sache um der Sache willen gedient, jahraus, jahrein, es ist nicht unsere Schuld, wenn uns der Erfolg nicht in hinreichendem Maße beschert wurde. Unser Weg ist der der mühevollen Kleinarbeit des Ringens um kleine Erfolge, Tag für Tag und Schritt für Schritt, genau derselbe Weg, den das ganze deutsche Volk geht und gehen muß.

Diese Arbeit und dieser Weg sind auch die Arbeit und der Weg der großen überparteilichen Organisation, des Zentralverbandes der vertriebenen Deutschen, dessen erster Vorsitzender Bundesminister Dr. Lukaschek war und an dessen Spitze ich jetzt stehe. Die Notwendigkeit eines Zusammenschlusses aller Vertriebenen ohne Rücksicht auf Konfession, Partei und Landsmannschaft sollte bei der einmaligen Situation, in der sich diese Gruppe unseres Volkes befindet, von keinem Wohlmei-

nenden und Einsichtigen bestritten werden. Der Gedanke, landsmannschaftliche oder andere Gegensätze zur Aufspaltung der Vertriebenen zu benutzen, wird bei wahrhaft christlichen Politikern keinen Platz finden. Es wäre das auch eine kurzsichtige Politik. Der Wille zur Einheit ist bei den Vertriebenen übermächtig und könnte dazu führen, daß man diese Einheit in der parteipolitischen Ebene, in der parteipolitischen Absonderung sucht, wenn sie in der überparteilichen Organisation nicht zu erreichen ist.

Die Landesflüchtlingsausschüsse der CDU/CSU haben sich auf ihrer Tagung in Bonn am 30. 9. einmütig zur Mitarbeit im Z. v. D. bekannt. Voraussetzung ist seine streng parteipolitisch neutrale Haltung. Sie ist in Wahrheit auch die erste Grundlage eines solchen Verbandes; er wird überparteilich sein oder er wird zerfallen. Ich kann hier erklären, daß das die einmütige Auffassung aller unserer Landesvorsitzenden und sonstiger Führungskräfte ist, und solange ich an der Spitze stehe, wird diese Linie nicht verlassen werden.

Zusammen mit den Landsmannschaften haben wir die Charta der deutschen Heimatvertriebenen erarbeitet und in Stuttgart am 5. 8. feierlich verkündet. Sie enthält in würdiger und maßvoller Sprache die Grundforderungen der Vertriebenen. Sie verkündet das unverlierbare Recht jedes Menschen auf seine Heimat. Sie verzichtet auf Haß und Rache und erklärt die Bereitwilligkeit zur Mitarbeit am Aufbau Deutschlands und Europas. Sie fordert einen gerechten Ausgleich der Lasten des Krieges und die Gewährung der vollen Gleichberechtigung, „nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis des Alltags“.

Die Charta hat in Deutschland und der Welt einmütige Anerkennung gefunden, es ist nicht ein Wort des Widerspruches laut geworden. Allgemein werden hervorgehoben das große Verantwortungsbewußtsein und der tiefe sittliche Ernst, die aus ihr sprechen. Die im Ständigen Ausschuß vereinten Verbände unseres sozialen, wirtschaftlichen und öffentlichen Lebens, darunter sämtliche Wohlfahrtsverbände, die Gewerkschaften, Genossenschaften und Selbsthilfverbände, haben sich in der Paulskirche in Frankfurt in einer Feierstunde in Anwesenheit des Herrn Bundespräsidenten zur Charta und ihren Leitsätzen bekannt.

Auch beide großen Kirchen haben ihr zugestimmt.

Der Arbeitskreis der Vertriebenen würde es sehr begrüßen, wenn die CDU als erste politische Partei sich hinter die Charta stellen würde.

Ich habe schon von der Gefahr der vollständigen politischen Absonderung gesprochen, und gerade hier in Goslar, von wo aus diese Entwicklung auch auf Niedersachsen übergreifen hat, können wir an diesem Tatbestand nicht mit Schweigen vorübergehen. Wir stehen vor der hochpolitischen Frage, wird diese neue politische Bewegung, die erstmalig bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein so bedeutsam in Erscheinung getreten ist, in gleicher oder ähnlicher Weise auf das Bundesgebiet sich ausdehnen und damit einen neuen Faktor von entscheidender Bedeutung in unser politisches Leben einführen?

Meine Mitarbeiter und ich sind durch das Wahlergebnis in Schleswig-Holstein nicht überrascht worden. Ich habe auf der Fahrt hierher mein Referat durchgeblättert, das ich am 29. 8. 48 auf dem Parteitag der britischen Zone in Recklinghausen gehalten habe. Ich habe damals, also vor mehr als zwei Jahren, dieser Gefahr der politischen Absonderung

einen breiten Raum in meinem Referat gewidmet. Ich darf Ihnen einige Sätze daraus vorlesen:

Ganz besonders haben die Parteien bei den Flüchtlingen an Vertrauen eingebüßt. Was ich Ihnen hierüber zu berichten habe, ist geradezu erschütternd, wobei ich bemerken muß, daß meine Wahrnehmungen sich hauptsächlich auf Schleswig-Holstein und Niedersachsen beziehen, und daß auch dort die Dinge örtlich verschieden sind. Man will im allgemeinen von den Parteien überhaupt nichts mehr wissen. Der Ruf nach einer eigenen Partei wird immer stärker. Ich habe es immer wieder erleben müssen, daß in großen Flüchtlingskundgebungen der Kontakt mit der Zuhörerschaft sofort dahin ist, wenn man auch nur in vorsichtiger Form die Weiterarbeit in den Parteien anschnidet. Erst gestern hat mir eine Delegierte aus Oldenburg von sich aus erklärt: „Man darf es gar nicht wagen, sich in einer Flüchtlingsversammlung als Parteivertreter hinzustellen.“

Ich habe damals auf die Gründe hingewiesen, die zu einer solchen Entwicklung geführt haben. Neben der Tatsache, daß es (z. B.) in Schleswig-Holstein ganz gewiß unmöglich war, dem Problem aus eigener Kraft auch nur einigermaßen beizukommen, daß darüber hinaus vieles zur Linderung der Not Mögliche unterlassen wurde, hat vor allem der Umstand sich ungünstig ausgewirkt, daß man die Vertriebenen auch im politischen Raum in unverständiger Weise zurückgesetzt hat. Ich habe schon in Recklinghausen hervorgehoben, daß Schleswig-Holstein, dessen Bevölkerung zur Hälfte aus Vertriebenen bestand, weder in den Wirtschaftsrat noch in den Parlamentarischen Rat auch nur einen Vertriebenen entsandt hat. Ich habe damals wörtlich gesagt: „Unser Recht auf diese Mandate, die ja nach der Zahl der Bevölkerung verteilt werden, kann nicht in Zweifel gezogen werden. Auf unseren Stühlen sitzen andere Leute, und ich stehe beschämt vor meinen Schicksalsgefährten und kann die Tatsache nicht ableugnen, daß ich dieses Unrecht nicht habe verhindern können.“

Im Bundestag habe ich vor einem Jahr bei der Debatte zur Regierungserklärung erneut auf die Gefahr hingewiesen, ich habe die Situation gekennzeichnet, in der wir, die in den Parteien stehenden Vertriebenen, sind, und betont, daß wir unsere Position nicht werden halten können, wenn man uns nicht endlich die Erfolge gibt, um die wir schon lange vergeblich gerungen haben.

Hat man auf meine Stimme gehört, hat man uns die Unterstützung zuteil werden lassen, auf die wir so sehr angewiesen waren?

Ich will — um keinen Preis — mich dem Vorwurf einseitiger und ungerechter Darstellung aussetzen und bekenne gern, daß Erfolge erzielt sind. Zunächst hebe ich dankbar hervor, daß mit der Bildung des Bundesministeriums für Vertriebene die alte Forderung gerade der Landesflüchtlingsausschüsse der CDU/CSU nach einer Zentralinstanz erfüllt worden ist. Mein Dank gilt insbesondere Herrn Bundeskanzler Dr. Adenauer, der, seinem vor der Wahl gegebenen Versprechen getreu, die Errichtung dieses Ministeriums durchgesetzt hat. Die Vertriebenen haben diese Maßnahme mit großer Freude begrüßt und haben auch große Hoffnungen darauf gesetzt. Der Minister ist in einer ähnlichen und noch schlimmeren Lage als wir, er ist der Gefahr ausgesetzt, zwischen zwei Mühl-

steinen zerrieben zu werden. Auf der einen Seite steht er vor den beschränkten Möglichkeiten des Bundes — oft auch vor mangelndem Verständnis — auf der anderen Seite hat er vor sich die Hoffnungen und Ansprüche von Millionen, die zwar jahrelang eine bewunderungswürdige Disziplin bewiesen haben, nunmehr aber im Begriff sind, die Geduld zu verlieren.

Der großen Gefahr steht eine große Chance gegenüber. Kein anderer Minister hat eine so naturgegebene Gefolgschaft von Millionen hinter sich, wenn seine Arbeit von Erfolg gekrönt ist. Auf diese Gefahr und auf diese Chance sollte das Kabinett achten, wenn Vertriebenenfragen zur Entscheidung stehen.

Es ist weiter mit Freuden begrüßt worden die Errichtung der Vertriebenenbank. Dafür danke ich besonders Herrn Dr. Lukaschek, der für diesen Erfolg in erster Linie verantwortlich zeichnet. Es sind zwar nur 70 Millionen DM, die bisher der Bank zugeflossen sind, aber es ist ein Anfang, und wir wollen auf die Zukunft hoffen.

Mit Sorge sehen wir einer Entwicklung entgegen, die auf diesem und anderen Gebieten weitere Erfolge in Frage stellt. Der Herr Bundeskanzler hat es vorgestern angedeutet, und ich habe es oben schon erwähnt, daß der Beitrag des deutschen Volkes zur Verteidigung Europas gewisse finanzielle Opfer erforderlich machen wird.

Ich müßte es als eine verhängnisvolle Fehlentwicklung bezeichnen, wenn die Aufbringung dieser Mittel, wenn auch nur zu einem erheblichen Teil, auf dem Wege des schwächsten Widerstandes gesucht werden würde, nämlich zu Lasten der Vertriebenen. Ich sage das nicht ohne Grund. Von den 750 Millionen der ersten Marshall-Plan-Tranche für 1950/51 waren ursprünglich für die Vertriebenenbank vorgesehen 100 Millionen, dann 50 Millionen DM. Jetzt ist auch dieser Betrag gestrichen worden, so daß gar nichts mehr für diesen Zweck vorgesehen ist. Demgegenüber muß ich mit allem Nachdruck hervorheben, daß die Gefahr aus dem Osten mit Divisionen allein nicht gebannt werden kann. Der Herr Bundeskanzler hat gestern mit Recht gesagt: „Das Gift des Kommunismus gedeiht am besten auf schlechtem Boden.“ Und ich möchte in diesem Bild bleiben und hinzufügen, es wäre eine schlechte Kalkulation, wenn man diesem Boden gerade jetzt im entscheidenden Augenblick die Düngemittel entziehen wollte.

In diesem Zusammenhang muß ich auch die Pressemeldungen, ich denke dabei besonders an eine Meldung aus Flensburg darüber, daß die Durchführung der Umsiedlung infolge der gleichen Entwicklung bedroht ist, in Erinnerung bringen.

Die Erhöhung der Besatzungstruppen darf nicht dazu führen, daß die ohnehin so schlechte Wohnlage der Vertriebenen weiter verschlimmert und die so bitter notwendige Umsiedlung gefährdet wird. Ein Kampf gegen den Bolschewismus, der mit solchen oder anderen Benachteiligungen gerade der Vertriebenen verbunden wäre, würde den Segen Gottes nicht haben.

Wenn ich mich nun weiter mit unserer Arbeit und unseren Erfolgen auf der Bundesebene beschäftige, so nenne ich die Verdoppelung des Abzuges für die Beschaffung von Hausrat für die Kriegsbeschädigten bei der kleinen Steuerreform, den einstimmigen Beschluß des Bundes-

tages vom 2. 12. 49 in der Beamtenfrage, die Schaffung der Überbrückungshilfe und die Einbringung des Gesetzentwurfs zur Feststellung des kriegsbedingten Vermögensverlustes. Alle diese Erfolge, die wir mit Unterstützung bzw. Zustimmung unserer Fraktion erzielt haben, gehen in entscheidender Weise zurück auf die Initiative der heimatvertriebenen Abgeordneten der CDU. Es handelt sich durchweg um Aktionen, die wir in Gang gebracht oder führend beeinflußt haben. Es ist mir ein Bedürfnis, der Fraktion für ihre Unterstützung zu danken; ich hoffe, daß die Zusammenarbeit sich in Zukunft noch enger und vertrauensvoller gestalten wird.

Diese Erfolge, so dankenswert sie sind, haben an der Lage des Großteils der Vertriebenen nichts Entscheidendes geändert. Das gilt auch von dem Soforthilfegesetz, das vor etwas mehr als einem Jahr in Kraft getreten ist. Es muß anerkannt werden, daß das deutsche Volk in diesem Zeitraum mehr als 1½ Milliarden DM für diesen Zweck aufgebracht hat, gewiß eine sehr beachtliche Leistung. Sie ist zur Hälfte in die Unterhaltshilfe gegangen, gegen die einzuwenden ist, daß der Personenkreis der Berechtigten zu eng gezogen ist, und daß ihre Sätze sich nicht erheblich über den Fürsorgesätzen bewegen.

Die Hausratshilfe, für die 300 Millionen DM aufgewendet werden, hat nur die allerdringlichsten Fälle berücksichtigen können und daher viel Mißstimmung geschaffen. Erhebliche Beträge sind in den Wohnungsbau gegangen, wobei zu beklagen ist, daß die damit erbauten Wohnungen, besonders in der ersten Zeit, zum erheblichen Teil nicht den Geschädigten zugute gekommen sind. Augenblicklich stehen wir beim sozialen Wohnungsbau vor dem Übelstand, daß gerade die Vertriebenen den Preis von 1 DM pro qm nicht aufbringen können, es muß die Möglichkeit einer Herabsetzung der Miete durch Subvention geschaffen werden.

180 Millionen DM sind aus Soforthilfemitteln für Kredite zum Existenzaufbau bereitgestellt worden, weitere 50 Millionen werden folgen. Nicht unerwähnt wollen bleiben auch die 143 Millionen DM, die aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm für den gleichen Zweck gegeben worden sind. Allgemein ist die Klage darüber, daß bei der Verteilung dieser Kredite die bürokratischen Schwierigkeiten sich als zu zeitraubend erweisen, daß die Hilfe oft zu spät kommt, eine Beschwerde, die z. B. auch bei der Durchführung des Flüchtlingssiedlungsgesetzes häufig erhoben wird.

Die großen Entscheidungen sind aber immer noch nicht gefallen. Ich habe bei der Durchsicht meines Referates von 1948 feststellen müssen, daß alles, was ich zur Beamtenfrage, zur Aufwertung der Ostkonten und Sparguthaben, zur landwirtschaftlichen Siedlung und vor allem zum Lastenausgleich damals gesagt habe, heute noch eine erschreckende Aktualität hat und ohne weiteres in dieses Referat hätte übernommen werden können. Es wird niemand widersprechen können, wenn ich feststelle, daß die Behandlung, die die Materie des Art. 131 GG. und das Problem des Lastenausgleichs auf der Bundesebene erfahren haben, entscheidend zu dem Wahlergebnis in Schleswig-Holstein beigetragen hat. Gerade in der Woche vor der Wahl faßte das Kabinett den Entschluß, den Gesetzentwurf gem. Art. 131 noch einige Zeit zurückzustellen, damit diese Frage zusammen mit anderen Kriegsfolgeerscheinungen behandelt werden könnte, und in derselben Woche erfolgte durch eine Indiskretion die Veröffentlichung des ersten Entwurfs zum Lastenausgleich, eines Ent-

wurfs, der heute selbst vom Finanzministerium nicht mehr verteidigt werden kann. Und das in Verbindung mit jahrelangen Enttäuschungen und mit psychologisch verfehlten und unglücklichen Ministerreden und Presseerklärungen führte dazu, daß die Vertriebenen sich in großer Zahl von den alten Parteien abwandten. Der BHE hatte weiter nichts zu tun, als eine reife Frucht zu pflücken.

Mich hat, wie gesagt, dieses Ergebnis nicht überrascht und auch nicht erschüttert. Aber erschüttert hat es mich, wie wenig man, trotz des anfänglichen Choks, auf diesen Vorgang reagiert hat. Es handelt sich immerhin um etwa fünf Millionen Wählerstimmen, die durch diese Entwicklung und ihre Übertragung auf das Bundesgebiet in Frage gestellt werden. Man sollte doch meinen, daß alle Parteien, insbesondere die großen, sich eingehend mit diesem Tatbestand beschäftigen und sich fragen würden: „Wie konnte es dahin kommen?“ und zweitens: „Wie können wir dieser Entwicklung entgegentreten?“

Ich habe bei meiner Partei jedenfalls auf der Bundesebene ein solches Interesse nirgends feststellen können.

Ich glaube nicht, daß das überall so ist.

Ich behaupte, daß die FDP, die inzwischen in Hessen bereits ein Wahlbündnis mit dem BHE eingegangen ist, dieser Entwicklung und dem Problem überhaupt eine viel größere Aufmerksamkeit schenkt. Und es gibt ja auch bei anderen Parteien Männer, die schon seit Jahren auf der politischen Arena zu sehen waren, und die jetzt auf einmal entdeckt haben, daß sie sozusagen auch Vertriebene sind.

Und wir linientreuen Vertriebenen in den Parteien haben in den letzten Monaten einen Anschauungsunterricht bekommen, der nicht sehr ermutigend ist. Wir haben es in Jahren nicht durchsetzen können, daß man uns die uns zustehenden Mandate z. B. im Wirtschaftsrat und im Parlamentarischen Rat gab, und nun vergleiche man damit einmal die Erfolge der Leute, die sich auf den Weg begeben, den wir in Übereinstimmung mit der Partei immer zu gehen abgelehnt haben! Sehen Sie nach Schleswig-Holstein und Sie haben die Antwort.

Muß es wirklich so sein und so bleiben, daß unsere politische Stärke übergangen wird, solange wir ohne die Möglichkeit des zahlenmäßigen Nachweises in der Partei stehen und daß sie erst und dann aber sofort anerkannt wird, wenn wir von draußen her mit der genügenden Zahl der Mandate, also zählbar und meßbar, in Erscheinung treten?

Wenn hierin nicht Wandel geschaffen wird, so führt das zwangsläufig zur völligen Abwanderung der Vertriebenen. Eine Gruppe, der man nicht den ihr zukommenden Einfluß einräumt, kann auf die Dauer bei einer Partei nicht gehalten werden.

Wir stehen vor den Landtagswahlen in Niedersachsen, in Hessen, in Bayern und wohl auch noch in anderen Ländern. Die Gefahr des BHE darf nicht unterschätzt werden. Die seit Jahren bestehende Parteimüdigkeit wird ihm die Vertriebenen in großer Zahl zuführen. Der Erfolg in Schleswig-Holstein wird anreizend wirken. Man muß diese Dinge sehr ernst nehmen.

Andererseits darf man die Gefahr auch nicht überschätzen. Die Schwierigkeiten für den BHE beginnen erst mit der praktischen Arbeit. Ob sein Zusammengehen mit Haussleiter und anderen Gruppen Einheimischer sich bewähren wird, bleibt abzuwarten. Es gibt fraglos eine Reihe von Ländern, in denen sich das Experiment von Schleswig-Holstein nicht wiederholen läßt.

Es wird vielfach auch übersehen, daß selbst in Schleswig-Holstein ungefähr die Hälfte der Vertriebenen bei den alten Parteien geblieben ist, und sicher zu einem erheblichen Teil bei uns. Wir haben also schon noch etwas zu verlieren. Es sind bei uns geblieben in der Hauptsache die positiv christlich eingestellten Kreise, bei denen die weltanschauliche Bindung an unser Programm eine Abwanderung bisher verhindert hat.

Es ist die einstimmige Meinung der Vertriebenen in der CDU, das hat sich sowohl bei unserer Bonner Tagung als auch bei den Beratungen im Arbeitskreis hier ergeben, daß eine erfolgversprechende Fortsetzung unserer Arbeit in der Union nur dann geleistet werden kann, wenn in organisatorischer und sachlicher Beziehung die erforderlichen Voraussetzungen für ein ersprießliches Wirken geschaffen werden.

An einer wirklichen politischen Zusammenarbeit hat es bisher gänzlich gefehlt, sicher nicht nur auf unserem Sektor. Möge die neue Parteiorganisation hier Wandel schaffen.

Der bisher gänzlich fehlende Kontakt muß in doppelter Hinsicht hergestellt werden. Wir müssen unbedingt erwarten, daß bei allen uns berührenden Fragen wie überhaupt bei allen wichtigen Entscheidungen unsere gewählten Sprecher gehört und zu Rate gezogen werden. Das gilt für alle Parteien. Es ist unerträglich, wenn unsere Vertreter wichtige persönliche oder sachliche Entscheidungen, die unsere Anliegen betreffen, aus der Tagespresse erfahren und daß an ihrer Stelle Leute mitreden, die keine andere Legitimation haben als ihre kräftigen Ellenbogen.

Umgekehrt darf es nicht weiter dabei bleiben, daß unsere Zusammenkünfte unter Ausschluß unserer führenden politischen Persönlichkeiten vor sich gehen, wie das erst wieder bei unserer Bonner Tagung der Fall war.

Es wurde ferner im Arbeitskreis allgemein darüber geklagt, daß Vorschläge in personeller Hinsicht fast nie Beachtung finden. Die Stärke der SPD beruht zum erheblichen Teil auf ihrer Personalpolitik. Sie sorgt für ihre Leute ganz anders als wir das tun, was sie allerdings nicht hindert, uns im Bundestag den gegenteiligen Vorwurf zu machen. Wenn wir in personeller Hinsicht Erfolge verzeichnen können, stärkt das unsere Stellung gerade bei den Vertriebenen außerordentlich.

Auch die sachlichen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Arbeit müssen geschaffen werden, wir können unter den heutigen Umständen nicht mit leeren Händen vor die Vertriebenen treten. Ich will dabei nur auf die großen Probleme eingehen, die gegenwärtig im Bundestag zur Beratung stehen bzw. demnächst stehen werden. Ich habe schon gestreift den Gesetzentwurf zu Art. 131 GG. Es ist das ein Gegenstand von außerordentlicher Bedeutung, denn es handelt sich dabei gerade um die Kräfte, die führend in der Vertriebenenorganisation stehen. Es liegt hier eine Meinungsverschiedenheit zwischen Bundestag

und Bundesregierung vor; der Bundestag hat sich mehrfach zum Prinzip der vollen Gleichstellung bekannt, der Entwurf der Regierung sieht die Gleichstellung nicht vor.

Es handelt sich dabei in erster Linie um eine Rechtsfrage. Der Bundesinnenminister hat bei der Begründung des Entwurfs zugegeben, daß die ehemaligen Wehrmächtsangehörigen einen Rechtsanspruch gegen das Reich haben und ebenso mehr als 50 % der anderen Gruppen. Danach kann man also davon ausgehen, daß 75—80 % aller Betroffenen einen Rechtsanspruch gegen das Reich haben.

Es besteht weiter Übereinstimmung darüber, daß Art. 131 diese Rechte unberührt gelassen hat. Ist nun der Bund verpflichtet, diese Ansprüche zu befriedigen?

Mit dem Begriff der Rechtsnachfolge kann man nicht operieren, denn nach herrschender Meinung besteht das Reich noch, es ist nicht untergegangen. Man braucht aber auch nicht damit zu operieren, denn der Bund, der immerhin einen erheblichen Teil des Reichsvermögens übernommen hat, hat sich selbst im Grundgesetz gerade durch Art. 131 die Verpflichtung auferlegt, diese Rechtsverhältnisse zu regeln, und er will es ja auch tun, deshalb kann er bestehende Rechtsansprüche nicht einfach übergehen.

Ich freue mich, daß der Herr Bundeskanzler vorgestern die Notwendigkeit — das Recht zu achten und zu beachten — in so prägnanter Form herausgestellt hat, wie er das auch schon bei anderer Gelegenheit getan hat. Dieses Bekenntnis zum Recht kann auch in diesem Falle nicht ohne Wirkung bleiben. Ich will meine juristischen Ausführungen nicht weiter vertiefen und nur noch meiner Überzeugung Ausdruck geben, daß jede gesetzliche Regelung, die nicht von dem Recht ausgeht, vor dem Bundesverfassungsgericht keinen Bestand haben würde.

Ich glaube fest daran, daß die finanziellen Anforderungen immer überschätzt worden sind. Dafür spricht auch der Umstand, daß bei der Überbrückungshilfe die vorgesehenen und bewilligten Mittel nur zu einem Teil verausgabt worden sind. Es ist weiter zu erwarten, daß die bevorstehende Errichtung der Betreuungsstelle und die damit in Zusammenhang stehenden Vorschriften in Kürze zu einer weiteren erheblichen Senkung der Ausgaben führen werden.

In keinem Fall ist es möglich, vom Rechtsstandpunkt abzugehen und in Zukunft Pensionäre und Beamte minderen Rechts unter uns zu haben. Es darf wohl auch in einem Augenblick, in dem wir uns Gedanken machen über unseren Beitrag zur Verteidigung Europas, nicht geschehen, daß man den ehemaligen Soldaten weiter ihr Recht vorenthält. Diese haben darüber hinaus in ihrer überwiegenden Mehrheit einen Anspruch darauf, daß auch einmal durch die Tat anerkannt wird, daß sie im Kriege ihre Pflicht getan haben und nichts als ihre Pflicht.

Es müssen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, die notwendigen Mittel dem allgemeinen Etat zu entnehmen, und wenn das nicht in vollem Umfange gelingen sollte, dann bleibt eben nur noch das eine: Wenn der Topf nicht für alle reicht, dann müssen eben alle mit einer geringeren Ration zufrieden sein. Wir sind nun einmal ein armes Volk geworden.

Ich darf noch einmal mit allem Nachdruck darauf hinweisen, daß der einstimmige Beschluß des Bundestages vom 2. 12. 49 auf einem Antrag unserer Partei beruht und daß auch die anderen Parteien sich in dieser Frage eindeutig festgelegt haben. Es ist mit aller Sicherheit damit zu rechnen, daß der Bundestag unter diesen Umständen an der vollen Gleichstellung festhält und es ist demnach nicht nur aus der Bejahung des Rechtsgedankens heraus, sondern auch aus Gründen politischer Klugheit unbedingt erforderlich, daß wir in dieser Frage eine eindeutige und entschiedene Haltung einnehmen.

Es steht weiter zur Beratung in den Ausschüssen des Bundestages der Entwurf des Kriegsschädenfeststellungsgesetzes, das von mir und anderen heimatvertriebenen Abgeordneten im Einvernehmen mit unserer Fraktion als Initiativantrag eingebracht worden ist. Die Bedeutung dieses Gesetzes liegt einmal darin, daß damit der erste Ansatz zur Verwirklichung des Lastenausgleichs gemacht wird. Eine individuelle Entschädigung kann nicht erfolgen ohne vorherige Feststellung des Schadens. Die Vertriebenen legen, das zeigt sich jeden Tag, einen außerordentlich großen Wert auf dieses Gesetz, seine Verabschiedung wird eine starke günstige psychologische Wirkung haben.

Ich nehme die Gelegenheit wahr, unserem Freund und Kollegen Wackerzapp, unter dessen Vorsitz dieser Gesetzentwurf erarbeitet worden ist, herzlichst für diese seine Arbeit zu danken, und ebenso danke ich unserem Freund Kunze, dem Vorsitzenden des Lastenausgleichsausschusses, für seine Bereitwilligkeit und seinen Einsatz bei der beschleunigten Beratung dieses Entwurfes.

In dieser Woche beginnen die Beratungen der beiden Unterausschüsse, die wir für diesen Zweck gebildet haben. Es ist mit einer baldigen Verabschiedung des Gesetzes zu rechnen, zumal die anfangs sehr unfreundliche Haltung der SPD sich nicht zu offenem Widerstand verdichtet hat. Ich hoffe, daß der Wunsch der Vertriebenen nach einer möglichst weitgehenden Heranziehung der Vertriebenenorganisationen zu dem Feststellungsverfahren berücksichtigt wird; es ist auch dies der einstimmige Wille unseres Arbeitskreises.

Dieses Gesetz ist ein Vorläufer des eigentlichen Lastenausgleichsgesetzes, und damit komme ich zum Hauptthema unserer Tage, zu der Frage, von deren Lösung das Schicksal der Vertriebenen, der anderen Kriegsgeschädigten und letztlich des ganzen deutschen Volkes abhängt. Auch hierbei handelt es sich um ein überreifes Problem. Ich habe schon in Recklinghausen gesagt: „Der Lastenausgleich ist die letzte Hoffnung der Vertriebenen... Die Flüchtlinge klammern sich an diese Hoffnung, sie sehen darin die letzte Chance für einen Wiederaufstieg oder für einen halbwegs erträglichen Lebensabend.“

Diese Worte haben heute noch ihre volle Geltung, es ist bisher bei der Hoffnung geblieben. Die Zeit arbeitet nicht für uns, je weiter wir uns von der Chokwirkung des Zusammenbruchs entfernen, desto geringer wird die Bereitschaft, etwas abzugeben, und es ist schade, daß die Besatzungsmächte den Lastenausgleich und die Steuerreform nicht zusammen mit der Währungsumstellung durchgeführt haben.

Ich erkenne an, daß die ganze Frage gegenüber der Zeit vor zwei Jahren wenigstens in ein akutes Stadium getreten ist. Trotzdem ist die damals von mir geäußerte Skepsis nicht geringer geworden. Wenn ich den ersten Entwurf des Bundesfinanzministers in seiner vollen Tragweite erfasse, dann sehe ich trotz aller dankbar anzuerkennenden Bemühungen

des Unkeler Kreises, die fraglos erhebliche Verbesserungen mit sich gebracht haben, keine Aussicht, von einer solchen Grundlage aus zu einer tragbaren Regelung zu kommen. So begrüßenswert die Bereitschaft ist, die deutsche Wirtschaft bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit zu belasten, kann das nicht über die Erkenntnis hinwegtäuschen, daß mit dieser Formulierung für die praktische Entscheidung nicht viel gewonnen ist. Diese Grenze wird von beiden Seiten anders gezogen werden.

Und wir müssen vor allem darauf hinweisen, daß damit die Grenze der Leistung aus dem Ertrag gemeint ist. Das folgt aus der ständig aufrecht erhaltenen Behauptung, daß die deutsche Wirtschaft im Jahre nicht mehr als etwa 1,5 Milliarden DM für diesen Zweck aufzubringen imstande ist.

Wir müssen die Dinge anders sehen. Die Finanzierung aus dem Ertrag ist unvereinbar mit dem Begriff einer Neuverteilung der Kriegslasten, einer Neuordnung des erhaltenen Zufallsbesitzes, einer echten Vermögensumschichtung, kurz einem wirklichen und gerechten Lastenausgleich. Dieser fordert den Eingriff in die Vermögenssubstanz und ich darf darauf hinweisen, daß unsere Union in ihrem offiziellen Organ, dem DUD, sich vor der Bundestagswahl mit klaren Worten zu dieser Auffassung bekannt hat.

Es handelt sich hier um ein hohes sittliches Postulat. Der Evangelische Kirchentag in Essen hat dazu erklärt: „Wenn wir nicht einen gerechten Lastenausgleich durchführen, werden wir zu unserem Eigentum ein schlechtes Gewissen haben.“

Und die Fuldaer Bischofskonferenz hat mit Recht darauf hingewiesen, daß die Durchführung eines gerechten Lastenausgleichs nicht einen Angriff auf das Privateigentum darstellt, sondern geradezu die Wiederaufrichtung und Wiederherstellung des Begriff vom Privateigentum bedeutet. Wenn die Bischofskonferenz weiter betont, daß die Güter dieser Welt nicht auf einen oder wenige, sondern alle Menschen von Gott beigeordnet sind, nicht auf ein Volk oder wenige, sondern auf alle, so bewegt sie sich damit in den Gedankengängen eines Leo XIII. in der Enzyklika „Rerum novarum“ und eines Pius XI. in „Quadragesimo anno“.

Wenn wir uns vergegenwärtigen, daß schon damals, also bereits vor dem ersten Weltkrieg, eine einseitige Besitzverteilung als sittenwidrig bezeichnet wurde, so wird auch der letzte zugeben müssen, daß wir die reinen Zufallsentscheidungen des Krieges nicht als sakrosankt anerkennen können.

Und wir können auch nicht völlig an der Bedeutung und dem Sinn des jüngsten geschichtlichen Geschehens vorbeigehen. Sollen wir aus dem, was wir erlebt haben, gar keine Konsequenzen ziehen? Ich kann mich einer Auffassung nicht anschließen, die davon ausgeht, Gott habe das deutsche Volk in die Erniedrigung geführt, damit es darin verharre. Aber ebensowenig könnte ich mich damit abfinden, daß wir keine Folgerungen aus all diesem Furchtbaren zu ziehen hätten, daß wir weiter leben könnten wie vorher nach dem Motto: „Wir sind noch einmal davonkommen.“

Nein, wir wollen nicht übersehen, daß wir in einer Situation leben, die auch den Besitzenden und Eingessenen von heute über Nacht zum Bettler und Flüchtling von morgen machen kann. Wir müssen alle uns darüber klar geworden sein, wie schwankend alle irdischen Grundlagen sind, wie wenig Besitz in Wirklichkeit bedeutet, besonders wir Heimat-

vertriebenen, denen Gott den Wanderstab in die Hand gedrückt hat und die oft binnen weniger Minuten alles, was ihnen lieb und teuer war, verlassen mußten. Und wir haben gesehen, daß der Weg ohne Gott in den Abgrund führt, den einzelnen sowohl wie die Völker.

Und wenn wir den Kampf gegen den Feind des Menschengeschlechts bestehen wollen, dann werden wir erst den Feind in unserer eigenen Brust zu überwinden haben.

Wir wollen aus dieser Erkenntnis die Folgerung ziehen, wir Vertriebenen, indem wir nichts wirklich Unmögliches verlangen, und die andere Seite durch die Bereitschaft, wirklich das zu geben, was zur Herstellung eines inneren Friedens notwendig ist.

Täuschen wir uns nicht darüber, diese Regelung wird auch über das Schicksal der Union entscheiden. Sorgen wir, daß die Große Stunde nicht auf Kleine Geister trifft.

Auf Einzelheiten in diesem Augenblick einzugehen, wäre verfehlt, dazu wird noch Gelegenheit genug sein, auch die Einstellung zu unserem Problem und zu uns auf neue Grundlagen zu stellen. Daß dies unverzüglich geschehe, ist der Wunsch aller Vertriebenen in der CIU, den vorzutragen ich ausdrücklich beauftragt bin.

Es wird uns allen nützen, wenn dieser Wunsch nicht überhört wird. Wir denken nicht nur an uns, wir wissen auch, daß wir kein Monopol auf die Not haben. Wir sind zutiefst durchdrungen von der Erkenntnis, daß wir nur im vertrauensvollen Miteinander, im Zusammenwirken aller wohlmeinenden, aller christlich und sozial eingestellten Kräfte zu wirklichen und dauerhaften Erfolgen gelangen können.

Die Landesflüchtlingsausschüsse der CDU/CSU haben sich auf ihrer Tagung erneut zu dem Gedanken einer großen christlichen Weltanschauungspartei bekannt und lehnen nach wie vor die politische Absonderung ab.

Wir wollen es als ein verheißungsvolles Zeichen eines neuen Anfangs hinnehmen, daß in der neuen Satzung in Anerkennung unserer einmaligen Situation uns Vertriebenen der Status eines besonderen Landesverbandes eingeräumt ist, und wir sind umso mehr dankbar dafür, als darin ein besonders starkes Bekenntnis der größten Partei Deutschlands zum Recht auf unsere Heimat zu erblicken ist.

Ich schließe mit dem Wunsch:

Daß der Golsarer Parteitag unserer Arbeit in der Union neue und starke Impulse gebe und daß diese Arbeit mit dazu beitrage, daß der Schlußsatz der Charta der deutschen Heimatvertriebenen Wahrheit werde und daß aus Schuld, Unglück, Elend und Not eine neue und bessere Zukunft für uns und unser ganzes Volk heranreifen möge!

Die Aussprache

Kunze MdB:

Mein Fraktionskollege Kather hat aus der Schau der Heimatvertriebenen heraus zu uns in großem Ernst und großem Verantwortungsbewußtsein gesprochen. Erlauben Sie mir als dem Vorsitzenden des Ausschusses für den Lastenausgleich, der nicht Heimatvertriebener ist, Ihnen allen und der deutschen Öffentlichkeit zu sagen, daß wir Einheimische

alle miteinander Hand in Hand mit den Heimatvertriebenen ihre Not tragen und lösen wollen. Wir dürfen aber, wenn wir von der Not der Heimatvertriebenen reden, nicht die Not der in der Heimat durch Kriegsereignisse geschädigten Millionen vergessen. Wir müssen ferner an die Not der Kriegsgefangenen denken, an die Not der Alten und Erwerbsunfähigen, kurzum an die Summe all des materiellen und seelischen Leides, welches der unselige Hitlerkrieg über unser Volk gebracht hat. Es darf und kann nicht so bleiben oder dahin kommen, daß wir zwei Gruppen in unserem Volke haben: die Gruppe der in Not Geratenen, von der ich eben sprach, und die Gruppe derer, die in Arbeit und Brot sind und die ihren Besitz behalten haben. Ich habe volles Verständnis für die Bundesregierung, die vor kurzer Zeit im Ernst überlegte, ob nicht das Kriegsopferversorgungsgesetz, das Gesetz nach Artikel 131 GG und das Lastenausgleichsgesetz als ein Fragenkomplex miteinander behandelt werden müßten. Sie haben in diesen Tagen gehört, daß das Kriegsopferversorgungsgesetz zur Zufriedenheit der Kriegsopfer verabschiedet worden ist. Bitte bedenken Sie, um Ihnen eine einzige Zahl zu sagen, daß heute ein 70 Prozent Kriegsbeschädigter höhere Einkünfte an Rente hat als ein Bergmann, der 40 Jahre unter Tage gearbeitet hat. Konsequenz: Wir stehen vor der ernstesten Überlegung der Erhöhung der Sozialrenten. Herr Kather hat darauf hingewiesen, daß die Unterhaltshilfe im Hinblick auf die gestiegenen Preise nicht mehr ausreichend sei. Ich könnte Ihnen andere Beispiele nennen. Kurzum: Die Anforderungen an die Regierung und letztlich an das Parlament, Mittel bereitzustellen, kommen von allen Seiten. Das eine dürfen Sie wissen: Die Bundesregierung und die Fraktion der CDU/CSU werden alles tun, was in ihren Kräften steht, um die Wege zu suchen, wie wir nach den Grundsätzen sozialer Gerechtigkeit miteinander in eine bessere Zukunft gehen können. (Beifall.) Es kann heute nicht unsere Aufgabe sein, auf Einzelheiten der vollzogenen und geplanten Gesetzgebung einzugehen. Dazu brauchten wir viel Zeit. Heute können wir nur Ihnen und dem ganzen deutschen Volk und darüber hinaus der Weltöffentlichkeit sagen, daß die Christlich-Demokratische Union sich ihrer Verantwortung bewußt ist, und daß die Fraktion der CDU/CSU im Deutschen Bundestag als die Regierungspartei gewillt ist, gemeinsam mit der Regierung mutig an die Lösung der uns gestellten Aufgabe heranzugehen und nach den Grundsätzen sozialer Gerechtigkeit aus christlicher Verantwortung zu handeln. (Beifall.)

R y b a :

Das Flüchtlingsproblem ist der typische Fall einer echten Staatsaufgabe. Es ist darüber hinaus eine Aufgabe, die der deutsche Staat allein nicht im entferntesten lösen kann, eine Aufgabe, die ganz Europa gestellt ist und zu deren Lösung in christlichem Geiste in erster Linie der Anruf an die Christen ergangen ist und stündlich ergeht. Man kann ein solches Problem im östlichen Geist lösen oder in einem anderen Geist, den wir ganz allgemein umschrieben als den westlichen Geist bezeichnen wollen und der in Wirklichkeit der christlich-abendländische Geist sein soll. Lassen Sie uns heute nicht auseinandergehen nur in dem Gefühl, wir hätten hier wieder ein Referat über das Vertriebenenproblem gehört, sondern besinnen wir uns alle auf unsere christliche Verpflichtung. (Großer Beifall.) Der BHE, der sich zu einer ansteckenden Krankheit im politischen Sinn auszuweiten droht, auch er kann und wird nur „mit Wasser kochen“. So manchem Heimatvertriebenen, der

aus seiner Verbitterung und Verzweiflung heraus BHE gewählt hat, ist wieder die Erkenntnis gekommen, daß er mit einer reinen Interessenvertretung niemals das erreichen kann, was er sich erhofft. Wir wollen das sogenannte Flüchtlingsproblem, das das Schicksalsproblem der kultivierten Welt überhaupt ist, nicht sehen als einseitige Angelegenheit nur von der Seite der Einheimischen oder nur von der Seite der Vertriebenen. Es ist nur zu lösen von beiden Seiten her, nur durch ehrliche, aufrichtige und saubere Zusammenarbeit; Einigkeit unter den Heimatvertriebenen, aber nicht Absonderung, sondern Zusammengehen, Einigkeit zusammen auch mit den Einheimischen und Gerechtigkeit nicht nur für die eine Seite, sondern Gerechtigkeit für alle. Dann wird uns auch der Tag der Freiheit und des Glücks eines Tages wieder aufleuchten. (Beifall.)

Jim meck (Württemberg) dankt dem Bundestagsabgeordneten Dr. Kather, dem Bundesflüchtlingsminister sowie dem Bundeskanzler und beleuchtet durch einige Beispiele die gute Zusammenarbeit zwischen Vertriebenen und Einheimischen in Süd-Württemberg. (Beifall.)

Winkler:

Ich möchte das Problem der Heimatvertriebenen einmal unter dem europäischen Gedanken sehen. Das bedeutet, daß wir, bevor wir an den Aufbau eines geeinigten Europas gehen können, Deutschland aufbauen und ordnen müssen, und dazu gehört, daß in vorderster Linie das Problem der Heimatvertriebenen insoweit gelöst wird, als das deutsche Volk hierfür zuständig ist und es in seiner Kraft liegt. Bis diese letzte Möglichkeit ausgeschöpft ist, erst dann können wir Gesamt Europa und darüber hinaus die Welt verantwortlich machen. Das muß einmal deutlich ausgesprochen werden, daß hier die Pflicht des deutschen Volkes bis zur letzten Konsequenz erfüllt werden muß. Es besteht die Gefahr, daß die Heimatvertriebenen an einem Wendepunkt stehen: Entweder, sie werden zu einem Baustein für Deutschland und damit für Europa, oder sie werden ein Explosivstoff. Es besteht die Gefahr einer sozialen Revolution im negativen Sinne, wenn in puncto Lastenausgleich nicht soziale Gerechtigkeit das tragende Moment wäre. Wenn der einzelne noch heute an seinem Besitz klebt, der mehr oder weniger dem Glück zuzuschreiben ist, so kann ich ihm nur zurufen: Die heutigen Besitzverhältnisse sind keineswegs Eigentumsverhältnisse. Wer heute besitzt, ist noch lange nicht Eigentümer. Noch etwas anderes muß ich dabei betonen, und das betrifft die Heimatvertriebenen selbst: Das, was wir verloren haben, ist noch lange nicht Anspruch dafür, daß wir alles wieder erhalten. Die Menschen sind behaftet mit Egoismus und mit Materialismus. Und hier sehe ich eine wesentliche Aufgabe der CDU, daß sie an die Gestaltung des Einzelmenschen einmal herangeht und ihn zum Gemeinschaftsgedanken bringt. (Beifall.)

Schwarz:

Es sieht in der Stimmung der Heimatvertriebenen im Augenblick von der CDU und den Altbürgerparteien aus gesehen schlecht aus. Seinerzeit sind die Arbeitermassen von der SPD zum vierten Stand gemacht worden, und wir Heimatvertriebenen sollen nun ein fünfter Stand werden. Es sind Kräfte am Werk, die Heimatvertriebenen zum fünften Stande zu deklassieren. Es ist Ihre Aufgabe, mit warmem Herzen um den Heimatvertriebenen zu kämpfen, daß dieser Wahnsinn niemals geschehe. (Beifall.)

Dr. Zimmer:

Das Problem der Heimatvertriebenen muß endlich herausgehoben werden aus dem Bereich der sogenannten Interessenvertretung. Die Interessen der Heimatvertriebenen sind und müssen ein Anliegen des ganzen deutschen Volkes werden. Jeder Deutsche muß sich ständig fragen: Was kannst du und was mußt du heute und hier zur Beseitigung der seelischen und körperlichen Not dieser Menschen tun? — Und deshalb richte ich einen aufrichtigen Appell an alle unsere Freunde in Stadt und Land, ihrerseits die Dinge nicht mehr in Zukunft nur oder vorwiegend den Organisationen der Heimatvertriebenen zu überlassen. Wir als Westdeutsche müssen auf diesem Gebiet mehr und mehr die Initiative selbst ergreifen. (Beifall.) Wir müssen nicht immer warten, bis die Heimatvertriebenen die Dinge an uns herantragen. Wir müssen mit ihnen ständig in Verbindung treten. (Beifall.) Es fehlt vielfach nicht an dem guten Willen, es fehlt einfach an dem inneren Anstoß. Ich glaube, daß hier für die CDU eine ganz große Aufgabe zu erfüllen ist. So bitte ich, daß in Zukunft sämtliche Organisationen der Partei, von unten bis oben, in ihren Gremien Beauftragte bestimmen, die sich für die Partei der Anliegen der Heimatvertriebenen tatkräftig annehmen, und zwar sollen das nicht nur Heimatvertriebene sein, sondern auch gerade Einheimische, denen diese letzte Frage ans Gewissen greift. (Beifall.)

Mit besonderer Spannung wurde das Referat von
Bundesminister Prof. Dr. Ludwig Erhard
erwartet:

Die CDU und die Wirtschaft

Besinnung tut not! Ruhige Besinnung möchte ich sogar sagen, denn die Flammenzeichen in der Welt ringsum verlangen nicht nur Erkenntnis, sondern auch Bekenntnis. Wir sind bereit, vor der Welt und — was noch schwerer wiegt — vor unserem Gewissen Rechenschaft gegenüber dem deutschen Volk abzulegen. Wir wollen uns diese Rechenschaft nicht leicht machen und uns nicht in billigem Selbstlob gefallen, denn wir sind uns fortdauernd der Sorgen und Nöte so vieler unseres Volkes nur allzu sehr bewußt. Aber wir haben es auch nicht nötig, unser Licht unter den Scheffel zu stellen, denn wir, unsere Christlich-Demokratische Union, sind es gewesen, die in einer fast ausweg- und hoffnungslosen Situation den Mut zur völligen, zur alleinigen Verantwortung aufgebracht und, wenn auch noch viel zu tun übrig bleibt, dem deutschen Volk die Existenzgrundlage zurückgegeben haben.

Als ich vor nunmehr gerade zwei Jahren in Recklinghausen als ein Ihnen bis dahin Unbekannter in einer Zeit stärkster sozialer Spannungen zu Ihnen zu sprechen hatte, konnte ich Ihnen kaum mehr bieten als die Aussicht, daß es uns mit der Politik der sozialen Marktwirtschaft gelingen würde, das deutsche Volk aus der Fron einer übermütigen Bürokratie zu befreien, seinem moralischen Verfall zu steuern und durch

eine Ausweitung und gerechtere Verteilung des Sozialprodukts das harte deutsche Schicksal zu wenden. Es war gerade die Zeit, in der eine scheinbar chaotische Preisentwicklung das soziale Leben auf das stärkste zu erschüttern drohte und außer unserem Glauben, außer unserer Einsicht nichts auf eine glückliche Wendung schließen ließ. Den Mitgliedern unserer Partei im Frankfurter Wirtschaftsrat gebührt heute noch der Dank der Nation, daß sie im Trubel der Ereignisse die ruhige Selbstbesinnung bewahrten und dem neuen Kurs unbeirrt treu blieben, gerade damit aber die Voraussetzungen für eine selbständige deutsche Wirtschaftspolitik überhaupt erst geschaffen haben. (Beifall.) Wenn Geist und Wille dieser Männer und Frauen weiterleben, dann ist mir weder um unsere Partei noch vor allen Dingen um das volkliche Leben Deutschlands bange. Ich möchte auch Sie deshalb mahnen, dieser guten und bewährten Tradition treu zu bleiben.

Um wieviel leichter sollte das heute sein, da wir nach 2¼ Jahren dank unserer Politik der sozialen Marktwirtschaft den Produktionsindex von 40 auf 120 % von 1936 heraufgehoben, d. h. also verdreifacht haben und jetzt — wohlgermerkt auch schon vor der sogenannten Korea-Konjunktur — in einem Monat mit rund 750 Millionen DM genau so viel exportieren, als wir im Jahre 1947 insgesamt an deutscher Ausfuhr erreichen konnten! (Beifall.) Vergessen wir dies nicht, und sagen wir es dem deutschen Volk, welch fast hoffnungsloser Ausblick sich uns darbot, wenn wir noch vor nicht allzu langer Zeit damit rechnen mußten, daß wir im Jahre 1952 mit dem Auslaufen des Marshall-Planes auf unsere eigene Kraft angewiesen sein sollten; und heute können wir immerhin feststellen, daß wir uns mehr als $\frac{2}{3}$ unseres zu unserem Leben unabdingbaren Devisenbedarfs aus eigener Kraft, durch deutsche Ausfuhr erwerben. (Beifall.)

Mir will scheinen, auch das gehört zur Besinnung, daß wir rückblickend die Erfolge nicht verkennen, die unserer zielstrebigem Politik beschert waren. Umso mehr wollen wir es nicht gutheißen, als gerade diese unsere Erfolge den parteipolitischen Gegnern das Konzept gründlich verdorben haben. Würden die von diesen über zwei Jahre ausgestreuten düsteren Prophezeiungen auch nur zu einem kleinen Teil Wirklichkeit geworden sein, dann gäbe es heute überhaupt kein deutsches Leben mehr. Aber wer würde schon jemand zur Verantwortung ziehen, wenn sich die Dinge zum Besseren gewendet haben! Ich scheue mich nicht, es auszusprechen, daß es unsere Schuld ist, wenn wir das deutsche Volk in solcher Weise verdummen, nein, was viel schlimmer ist, unbegründeterweise in dumpfe Lebensangst stürzen lassen, anstatt ihm tagtäglich diese Parteimanöver in ihrer ganzen Kläglichkeit und Unwahrhaftigkeit vor Augen zu führen. (Beifall.)

Was haben diese Leute gegenüber unserer Marktwirtschaft schon anderes zu bieten als ein Wirtschaftssystem, das uns in fast lebensgefährlicher Weise an den Rand des ökonomischen und moralischen Verfalls gebracht hat und dessen Untauglichkeit heute vergleichsweise und geschichtlich als erwiesen gelten kann! Wie wenig fundiert die sozialistische Auffassung in dieser Beziehung ist, kann durch nichts besser beleuchtet werden als durch den Umstand, daß sich in den europäischen Ländern Sozialisten einerseits absolut planwirtschaftlich im Sinne einer staatlichen Befehlswirtschaft, andererseits aber auch wieder konsequent liberal gebärden, ohne sich offenbar der Inkonsequenz ihrer Haltung bewußt zu werden.

Umso mehr Grund aber haben wir, die Klarheit und Folgerichtigkeit unserer Konzeption herauszustellen, die da lautet, daß freie Konsumwahl zu den in den Sternen geschriebenen Grundrechten eines Volkes und jedes einzelnen Menschen gehört, und daß es demgegenüber ein Verbrechen an der Würde und an der Seele des Menschen bedeutet, ihn durch staatliche Willkür zum Normalverbraucher erniedrigen zu wollen. (Sehr gut!) Eine Politik, die sich von solcher Schuld frei wissen will, ist allerdings nur ehrlich zu nennen, wenn sie um eine gerechte Verteilung des Sozialprodukts bzw. des Volkseinkommens besorgt ist. Es wäre also zu prüfen, inwieweit unsere Union dieser Forderung entsprochen hat.

Kein ehrlich Denkender und Wägender wird glauben können, daß aus dem vollendeten Chaos heraus in kurzer Übergangszeit schon Vollkommenheit zu erreichen wäre. Niemand wird auch ehrlicherweise bestreiten können, daß wir mit Erfolg bestrebt waren, über Preissenkungen, Qualitätsverbesserung sowie Erhöhung der Nominaleinkommen der Lohn- und Gehaltsempfänger den Lebensstandard der breiten Schichten unseres Volkes zu erhöhen und damit eine immer bessere, sozial gerechtere Verteilung des gemeinsam erzeugten Reichtums zu verwirklichen. Obwohl es leicht wäre, zur Erhöhung dieses guten Willens und des Erfolges Indexziffern anzuführen, möchte ich bewußt auf solches Vorgehen verzichten, um damit zugleich auszudrücken, daß wir in keiner Weise daran denken, uns mit dem Erreichten zu begnügen. (Sehr gut!)

Wirtschaft und wirtschaftlicher Fortschritt kennen kein absolutes Maß. Es ist deshalb auch völlig abwegig, wenn jüngst von sozialistischer Seite gefordert wurde, es müsse jeder Preissteigerung durch eine entsprechende Lohnbewegung begegnet werden, d. h. also Preisbewegungen mit Lohnbewegungen zu verkoppeln. Wir sind umgekehrt der Meinung, daß mit zunehmender Produktivität unserer Wirtschaft auch Preissenkungen mit Lohnerhöhungen parallel gehen können und es sogar müssen, um den Tatbestand der sozialen Marktwirtschaft zu erfüllen. (Beifall.) Wir werden nicht aufhören, in diesem Sinne und in dieser Richtung zu wirken. Wenn zum Beispiel erst in den letzten Tagen das Volkswagenwerk trotz erhöhter Rohstoffpreise für seinen Wagen eine rund zehnprozentige Preissenkung bei gleichzeitiger, ebenfalls zehnprozentiger Lohn- und Gehaltserhöhung vornahm, so entspricht das vollkommen der Zielsetzung der sozialen Marktwirtschaft. (Starker Beifall.) Wir werden stets jene wohlthätigen Kräfte lebendig halten, die sich nur in einer Erhöhung des Lebensstandards unseres Volkes auswirken können. Darin wollen wir uns nicht irre machen lassen, so hämisch auch eine gegnerische Propaganda unseren guten Willen in Abrede stellt, und so schwer uns auch die Entwicklung der Weltmarktpreise die Durchsetzung einer solchen Politik machen mag. Wir wollen in dem Wirrwarr unserer Zeit vielmehr festhalten, daß es die unbeirrbare Politik unserer Partei ist, trotz aller widerstrebenden Einflüsse den inneren und äußeren Wettbewerb mit aller Schärfe zur Entfaltung kommen zu lassen, und daß unter so bewußtem Willen gerade Deutschland durch seine Politik der Liberalisierung als erstes europäisches Land einen wesentlichen Beitrag zur europäischen Zusammenarbeit geleistet hat.

Wir sind ehrlich genug, einzugestehen, daß die Freiheit der Märkte deutschen außenhandelspolitischen Interessen entgegenkommt. Aber man mag auch würdigen, daß wir trotz mancher enttäuschten Hoffnungen

bis an die Grenze des Möglichen, bis an die Grenze unserer Verschuldung gegangen sind, um unseren vollen Beitrag zur friedlichen Zusammenarbeit der demokratischen Welt zu leisten. Es diene deutschen und europäischen Interessen zugleich, wenn wir mithelfen, protektionistische Neigungen zu überwinden und dem Unfug der Beschränkung des Außenhandels auf sogenannte essential goods ein Ende zu machen. Dabei ist es unvermeidbar, daß hinüber und herüber entbehrliche Güter gehandelt werden, wenn sich darin der gesunde Gedanke der internationalen Arbeitsteilung fruchtbar verkörpert. Es erscheint auch nicht überflüssig, zu betonen, daß uns erst die Marktwirtschaft in den Genuß einer gesunden und stabilen Währung setzte, und nur auf dieser festen Grundlage ein gedeihlicher zwischenstaatlicher Warenverkehr bewerkstelligt werden konnte. Wenn auch immer eine staatliche Plan- oder Befehlswirtschaft im Binnenmarkt — trotz Schwarzmarkt und Schleichhandel — die Fiktion stabiler Preise aufrechtzuerhalten vermag, so ist es doch nur zu natürlich, daß sich das mit uns handelnde Ausland durch solche Roßtäuschertricks nicht prellen läßt, sondern auf dem Tausch echter Äquivalente besteht, so daß also auch von dieser Seite aus gesehen die Planwirtschaft ins Leere stößt. Der Staat, der entgegen den marktwirtschaftlichen Gegebenheiten durch willkürliche und künstliche Preisbindungen die soziale Ordnung und Ruhe gewährleisten zu können glaubt, handelt in Wahrheit unsozial, weil er sich mit entsprechenden Rechtsanordnungen politische und moralische Deckung für Ereignisse und Verhältnisse verschafft, die durch Diktat zu beeinflussen, so wie zum Beispiel jetzt, gar nicht in seiner Macht liegt. Diese allzu bequeme Besänftigung des sozialen Gewissens ist umso unwahrhaftiger, als wir aus bitterer und reicher Erfahrung nur allzu gut wissen, daß das durch künstliche Preismanipulationen gestörte Gleichgewicht der Wirtschaft nicht nur die gesellschaftswirtschaftliche Ordnung sprengt, sondern fast naturnotwendig zur moralischen Verwilderung und dazu noch zu einem Leistungsverfall führt, der das soziale Übel, das die Planwirtschaft heilen sollte, nur noch immer schlimmer werden läßt.

Wenn also zum Beispiel in diesem Augenblick die Weltmarktpreise in Bewegung geraten und Preissteigerungen von 20 bis 100 % zu verzeichnen sind, bedeutet es ein vergebliches Bemühen, starre und stabile Preise befehlen zu wollen. Aber ich möchte gleich hinzufügen, daß es zwar nicht von heute auf morgen, aber auf längere Sicht mit steigender Leistung und sich ausweitender Produktion doch möglich sein wird, diese höheren Rohstoffkosten bis hin zum verbrauchsreifen Produkt zunehmend aufzusaugen, so wie es auch im Herbst des Vorjahres im Zusammenhang mit der Mark-Abwertung schon einmal gelungen ist, eine 20-prozentige Verteuerung auf solche Weise in kürzester Frist zu kompensieren. Vor allem aber möchte ich betonen, daß uns die soziale Verantwortung geradezu auf die Bahn der Marktwirtschaft zwingt; denn immer sind es die Ärmsten, die Schichten mit der geringsten Kaufkraft, die von nicht vorhandenen Waren zu fiktiven Marktpreisen nicht satt werden, aber am Schwarzmarkt und Schleichhandel nicht teilhaben können. (Beifall).

Eine Regierung, die sich noch einmal des sich so bequem anbietenden Systems der Planwirtschaft bedienen würde, verliert vor dem deutschen Volk ihre moralische Legitimation. Denn dieses System bedeutet in der Konsequenz nicht anderes, als auf die Bürokratie noch den Polizeistaat zu setzen (sehr richtig!) und die eigene Schuld auf das Volk abzuwälzen,

das mit den Sünden einer lebensfremden Wirtschaftspolitik fertig werden soll und dabei nach dem Gesetz schuldig werden muß. (Bravo!) Umgekehrt aber kann eine Regierung auf dem Boden der Marktwirtschaft auch mit Recht fordern, daß die Wirtschaft Disziplin wahrt und sich nicht in unsittlicher Weise zu bereichern sucht, wenn ihr eine vorübergehend auftretende Diskrepanz zwischen Angebot und Nachfrage diese Aussicht eröffnet. (Beifall). Darum ist die Bundesregierung auch fest entschlossen, die ihr durch das Wirtschaftsstrafrecht an die Hand gegebenen Mittel mit aller Schärfe zur Anwendung zu bringen und die Schuldigen an den Pranger zu stellen, die solchem Freibeutertum fröhnen zu können glauben. (Starker Beifall).

Wir sollten uns aber auch davor hüten, bei jeder auftretenden Spannung, wie sie heute angesichts der weltpolitischen Ereignisse fast unvermeidbar sind, immer gleich nach Schuldigen zu rufen und damit die soziale Atmosphäre zu vergiften (Beifall), anstatt uns der tieferen Zusammenhänge und ihrer Zeitbedingtheit bewußt zu werden. (Beifall). Es ist meine feste Überzeugung, daß es in höchstm Maße ungerecht wäre, diesen oder jenen Stand, die eine oder andere Schicht zu verdächtigen oder zu belasten. Vielmehr sollten wir erkennen, daß es überall Gerechte und Ungerechte gibt. Wir sollten das Gefühl der Solidarität innerhalb der sozialen und wirtschaftlichen Gruppen zu stärken suchen und ihnen sagen, wie ich es neulich vor dem deutschen Einzelhandel tat, daß 999 Gerechte nicht so viel gutmachen können, als ein Sünder ihnen und ihrem Stande an Schaden zufügt. (Sehr gut!)

Vielleicht könnte man hier einwenden, daß diese Haltung nicht konsequent liberal sei. Aber das macht ja die Besonderheit unserer Politik der sozialen Marktwirtschaft aus, daß sie nicht liberalistisch im althergebrachten und dogmatischen Sinn sein will und der sittlichen und moralischen Ausrichtung gar nicht entbehren kann. So gesehen, hält der deutsche Mensch tatsächlich sein wirtschaftliches Schicksal selbst in der Hand. Denn wenn wir auch unter erschwerten Umständen alles tun, um über den Wettbewerb die ökonomische und soziale Leistung zu verbessern, so ist es doch bis zur Wiederherstellung der völligen Freizügigkeit auf dem Weltmarkt — und gerade in solchen Situationen wie heute — unvermeidlich, daß Angebot und Nachfrage nicht immer sofort harmonisch und störungsfrei zum Ausgleich kommen. Wer dann aber nach Planwirtschaft schreit, ist dem Manne vergleichbar, der wegen seiner kleinen Sorgen von heute den Kopf verliert und Selbstmord begeht. Wir aber begehen nicht Selbstmord. Wir wollen und wir werden leben, und wir haben sogar die feste Zuversicht, daß wir aller Widerwärtigkeiten Herr werden, wenn wir nur auf dem als richtig erkannten Weg ruhig weiterschreiten.

Wir spüren es im allgemeinen viel zu wenig, daß unsere Widersacher nur darauf warten, uns schwach zu sehen, weil sie genau wissen, daß unserer Union damit die Verantwortung für das deutsche Schicksal aus der Hand gewunden werden würde und sie die Nachfolge anzutreten berufen wären. Die CDU würde sich selbst preisgeben und das deutsche Volk sozialistischen Experimenten überantworten, wenn sie nur einen Augenblick versagen und den Boden der sozialen Marktwirtschaft verlassen würde. Diese zu verteidigen, ist nicht um des Dogmas, sondern um des deutschen Volkes willen höchstes Gebot. (Beifall).

Aus solchen Überlegungen heraus habe ich ein großzügiges Einfuhrsicherungsprogramm durchgeführt, das im Vorausgriff auf die Devisen-

verfügung der nächsten drei bis vier Monate uns die Güter und Rohstoffe an die Hand gibt, deren wir zur Sicherung der deutschen Ernährung wie auch der Aufrechterhaltung unserer gewerblichen Beschäftigung und Produktion bedürfen. Die Bundesregierung war sich dabei wohl bewußt, daß sie für ein solches Programm alle verfügbaren Mittel zum Einsatz bringen muß. Aber nur eine kühne Politik verheißt in solcher Lage Erfolg. Wenn wir damit die deutsche gewerbliche Produktion für die nächsten drei bis sechs Monate sichergestellt haben, so bedarf es wirklich keiner besonderen Erläuterung, daß der Vorwurf einer Hortung mehr als unbegründet ist, und die deutsche Bundesregierung mit solcher Maßnahme nicht mehr als ihre Pflicht getan hat.

Gleichwohl wäre es falsch, leugnen zu wollen, daß die deutsche Devisenbilanz heute bis zum äußersten angespannt ist und entscheidende Maßnahmen geld- und kreditpolitischer Art erforderlich wurden, um einerseits das System der Liberalisierung zu retten und Deutschlands Verbleib in der Europäischen Zahlungs-Union zu gewährleisten. Wenn wir heute auch feststellen, daß die uns im Rahmen dieses Systems eingeräumte Kreditlinie der zwischenzeitlich eingetretenen Verdoppelung unseres Exports in keiner Weise mehr gerecht wird, und wir für unser Vorgehen in der europäischen Liberalisierung bisher nicht belohnt, sondern indirekt bestraft wurden, so blieb uns doch um des guten Grundsatzes willen kein anderer Weg übrig, als durch kreditpolitische Restriktionen die Liberalisierung aufrechtzuerhalten. Deutschland als Vorkämpfer dieses den Protektionismus überwindenden und größere Märkte schaffenden Systems wird um seines eigenen Schicksals willen diesen Grundsatz niemals verleugnen. Aber die Welt sollte anerkennen, daß wir mit unseren bis an das Ende unserer Kraft gehenden Anstrengungen einen guten Dienst an der friedlichen Zusammenarbeit der Völker leisten.

Wenn ich vor Monatsfrist im Einvernehmen mit dem Zentralbankrat um Erhöhung der Mindestreserven besorgt war, nunmehr bei der Erteilung von Importlizenzen eine 50prozentige Drosselung befürwortete und dazu noch für eine Beschränkung und sogar Kürzung des Akzeptvolumens der Banken eintrete, so beweist das deutlich genug, wie sehr uns daran liegt, die spekulativen Momente zurückzudämmen, gleichzeitig aber auch die Freizügigkeit des Güteraustauschs zu verteidigen. Nichts wäre darum abwegiger, als uns wegen jener Maßnahmen eines Verstoßes gegen den Geist der Liberalisierung zeihen zu wollen. Dabei sind wir überzeugt, daß es sich bei all diesen Maßnahmen um solche von vorübergehender Gültigkeit handeln wird. Aber die Zahlungsbilanz kann sich nur auf relativ kurze Zeit von der Warenbewegung lösen, die durchaus zu unseren Gunsten spricht und eine Wendung mit Sicherheit erwarten läßt. Die innere Struktur unserer Ein- und Ausfuhr bringt es fast zwangsläufig mit sich, daß sich besonders unter Berücksichtigung der außerordentlich stark gestiegenen deutschen Ausfuhr Phasen-Verschleppungen in der Devisenbilanz ergeben müssen. Und wenn noch spekulative Momente in Richtung erwarteter Kursgewinne hinzukommen, dann ist unsere derzeitige Lage sogar rational erschaubar. Die Bundesregierung wird, wenn Tadel nicht hilft, die von ihr als notwendig erachteten Schritte zielbewußt weiterverfolgen und darüber hinaus noch durch verstärkte Kontrollen der Außenhandelsbanken allen Mißbräuchen und Verstößen wirksam begegnen.

Unsere deutsche Wirtschaft sollte und müßte sich überhaupt in viel höherem Maße bewußt werden, daß die zum Einsatz gelangenden wirt-

schaftspolitischen Mittel wesentlich von ihrem eigenen Verhalten abhängen werden und darum jede Klage über harte Entscheidungen unge-rechtfertigt ist. Die Regierung ist entschlossen, sich ihre klare Konzeption nicht durch Spekulanten stören zu lassen. Ich hoffe sogar, daß diese entschiedene Haltung das schon einmal zitierte Gefühl der Solidarität innerhalb der deutschen Wirtschaft stärken wird.

In diesem Zusammenhang wäre auch noch ein Wort über die Gewerbe-freiheit zu sagen. Niemand kann bestreiten, daß ich diesen Grundsatz von Anfang an mit Entschiedenheit vertreten habe, aber ich bin nicht orthodox genug, um nicht auch die Gefahren dieses Prinzips zu erkennen. Wenn sich heute jeder kleine Grünkramhändler ohne jeden Sachverstand als Großimporteur und -exporteur von Walzwerkerzeugnissen oder an-deren Produkten betätigen kann, aber eben nur dann betätigt, wenn ihm spekulativ Gewinne winken, dann scheint mir dieses System überprü-fungsreif zu sein. Nicht zuletzt haben wir diesem Umstand unsere heutigen Sorgen mit zu verdanken.

Ich füge dem gleich an, daß wir auch für die Aufrechterhaltung des großen Befähigungsnachweises im deutschen Handwerk eintreten (Bravo!), nicht weil wir damit die zünftlerische Begünstigung eines Standes anstreben, sondern weil wir sicherstellen wollen, daß uns die handwerkliche Qualitätsarbeit als die große Schule unserer industriellen, auf Veredelung abgestellten Leistung vor allem in ihrer Weltgeltung erhalten bleibt, und sich das deutsche Handwerk als soziologisch und politisch stabilisierendes Element weiter bewahren und bewähren kann. (Beifall).

Doch kehren wir zu den Tagesgeschehnissen mit den dringendsten Problemen zurück, wie sie sich in der Notwendigkeit einer deutschen Beteiligung an der Verteidigung Europas widerspiegeln. Wie man auch die Frage beurteilen mag, ob wir an solchen Aufgaben teilhaben sollen oder wollen, können, dürfen oder müssen, so hängt unser deutsches Schicksal doch von einer wirksamen Verteidigung Europas ab (Sehr rich-tig!), und es ist Recht, Pflicht und Aufgabe zugleich, einen bestimmten Teil unserer gesellschaftlichen Arbeit solchen Zielen zu widmen. (Zus-timmung).

In dem hier zu beleuchtenden Zusammenhang verdienen nur solche Fragen erörtert zu werden, die die Einschaltung deutscher industrieller Kapazitäten und wirtschaftlicher Leistungen zum Gegenstand haben. Dazu ist vorweg zu sagen — ich habe das schon wiederholt erklärt —, daß wir in der gespannten, weltpolitischen Entwicklung trotz scheinbarer Konjunkturbelebung keinen glücklichen Umstand zu erblicken ver-mögen, sondern nur die Störung eines organischen Wiederaufbaus unserer Wirtschaft erkennen können, und daß wir vor allem vor der Welt nicht als Nutznießer eines politischen Geschäftes, sondern als Helfer in der Verteidigung der demokratischen Welt, unserer Welt, teilhaben wollen. (Beifall).

Hier aber gerade setzt die Unsicherheit und damit das unwägsame Verhalten von Produzenten, Händlern und Verbrauchern ein. Wie groß auch die notwendigen Anstrengungen sein mögen, so erscheint es doch kaum verständlich, daß die ganze demokratische, nichtkommunistische Welt bei der Zusammenfügung ihrer wirtschaftlichen Macht, ihrer ge-meinsamen Arbeit und ihres natürlichen Reichtums nicht in der Lage sein sollte, der Aggression vorbeugend wirksam zu begegnen, ohne die

auf die menschliche Wohlfahrt gegründete natürliche wirtschaftliche Ordnung zu verletzen. Mir will scheinen, daß auch auf diesem welt-politischen Feld Besinnung vonnöten ist. Gerade wir in Deutschland sollten uns bewußt werden, daß wir uns heute nicht in der unseligen Position einer belagerten Festung befinden, sondern uns als Teil der freien Welt fühlen dürfen, die uns andere Gesetze und ein anderes Verhalten auferlegt, als wir es aus geschichtlicher Erfahrung zu erleben gewohnt sind. Wir wollen daran festhalten, daß das beste Mittel zur Verteidigung des Friedens das ist, für die friedlichen Zwecke der menschlichen und sozialen Wohlfahrt zu arbeiten, aber uns dabei gleichwohl bewußt sein, daß wie jedes demokratische Land so auch Deutschland bereit sein muß, für diese gemeinsame Aufgabe der Verteidigung Opfer auf sich zu nehmen. (Beifall.)

Würden wir die Größenordnung kennen, so würden wir auch zu klarer Beurteilung kommen können. Aber wie dem auch sei, so ist doch nach internationalen Mutmaßungen nicht anzunehmen, daß die von uns zu bewältigenden wirtschaftlichen Aufgaben das Gefüge unserer sozialen Ordnung sprengen müßten. Das wird umso weniger der Fall sein, wenn wir, die Christlich-Demokratische Union, uns darüber einig sind, daß die wesentlich von ihr getragene Deutsche Bundesregierung keine vornehmerere Aufgabe kennen darf als die, die an sie gelangenden Aufgaben und Verpflichtungen im Wege einer geordneten Finanzpolitik zu erfüllen. Mag es auch immer hart und unpopulär sein, steigende Aufwendungen des Staates, in diesem Falle Aufwendungen zur Sicherung unseres volklichen Lebens, durch höhere Belastung des deutschen Volkes zu decken, so muß eine solche Politik doch geradezu als wohlthätig gegenüber der anderen Alternative eines Volksbetruges bezeichnet werden, der sich nach bekanntem Muster des Mittels der Geldschöpfung über die Notenbank bedienen würde. Ich kann nur sagen: Wehe dem Staate, der sich um seiner Bequemlichkeit willen dieses grandiosen Betruges schuldig machen würde! Ich bin wahrhaft glücklich, hierüber die völlige Einmütigkeit der Deutschen Bundesregierung feststellen zu können. (Beifall). Keine Besteuerung und keine Verkürzung der Kaufkraft kann in der Konsequenz bedenklicher und auch nur annähernd so schädlich sein als die Inangsetzung einer neuen Inflation und damit zugleich auch einer neuen Zwangswirtschaft.

Wir geben deshalb dem deutschen Volk von dieser Stelle aus die Gewähr, daß es vor solchem Übel verschont bleiben wird. (Beifall). Das deutsche Volk hat es bei seinem Fleiß und Aufbauwillen wahrlich nicht verdient, noch einmal um die Früchte seiner Arbeit betrogen zu werden. Nein, es ist reif und ehrlich genug, einzusehen, daß die Verteidigung eines menschenwürdigen Lebens nun einmal Opfer kostet, und es wird dieses deshalb auch bewußt zu tragen bereit sein. Nichts kann in Deutschland stärkeren Widerhall finden als der internationale Appell, jeglicher Inflation entgegenzuwirken; was nichts anderes besagt, als sich einer sauberen Finanz- und einer konsequenten Wirtschaftspolitik zu befleißigen.

So fest auch unsere Haltung in dieser Frage ist, so möchte ich doch die Gefahren aufzeigen, die eine andere Politik zur Folge hätte. Ob durch inflationistische Preissteigerungen oder ob durch das Wiederaufleben von Schwarzmarkt und Schleichhandel — immer würden die sozial schwächsten Schichten unseres Volkes die Hauptlast einer irgendwie gearteten Aufrüstung zu tragen haben, während es im anderen Fall darauf

ankommt, aber auch möglich ist, durch ein sinnvolles und sozialpolitisch ausgewogenes Besteuerungssystem einen gerechten Ausgleich der Lasten zu erzielen. Kein Mittel jedenfalls ist brutaler und verderblicher als das der offenen oder verdeckten Inflation. Wenn dann gar noch hinzukommt, daß ein durch zweimalige Erfahrung so gewitztes Volk wie das deutsche auf solche Machenschaften die Entwicklung voraussehend reagiert, dann ist jeder verantwortungsvollen Regierung die Möglichkeit einer solchen Politik genommen.

Nur das Unbekannte vermag uns zu erschrecken. Solange darum Wahrheit und Dichtung um den deutschen Verteidigungsbeitrag den wildesten Spekulationen über Umfang und Methode der Belastung und Mittelaufbringung, vor allem auch über eine mögliche Kursänderung unserer Wirtschaftspolitik Raum geben, solange haben wir keine Beruhigung der Menschen und keine Beruhigung des Marktes zu erwarten. Würde im deutschen Volk nicht noch die Erinnerung an die unrühmliche Normalverbraucherzeit der Planwirtschaft lebendig sein und würde ihm nicht die Angst vor einer Wiederholung in den Knochen gesteckt haben, dann wäre es im Zusammenhang mit dem Koreakonflikt auf manchen Märkten gewiß nicht zu so unsinnigen Hortungskäufen gekommen. Und würde der deutsche Unternehmer nicht infolge manch unverantwortlichen Geredes die Wiederkehr einer bürokratischen Rationierungs-, Zuteilungs- und Bezugscheinwirtschaft befürchtet haben, dann hätte mancher Run auf die Rohstoffmärkte, das wilde Bestellwesen und auch manche spekulative Preisbewegung vermieden werden können. (Beifall). Da waren aber auf der einen Seite die enrasierten zünftigen Planwirtschaftler, die über Nacht ihren Weizen blühen sahen, und da waren auf der anderen Seite leider auch die vielen allzu Ängstlichen, die in völliger Verkennung der Situation und der Gewichte bei politisch spannungsvoller Entwicklung die Planwirtschaft als ein gewissermaßen unvermeidbares deutsches Schicksal hinzunehmen bereit waren.

Wie liegen nun die Dinge in Wahrheit, wie stellen sie sich in realistischer Betrachtung dar? — Ich habe mit gutem Bedacht die finanzpolitische Ordnung in den Vordergrund gestellt, weil nur auf dieser festen Grundlage die soziale und die marktwirtschaftliche Ordnung zusammen gewährleistet werden können. Geben wir die finanzwirtschaftliche Ordnung preis, setzen wir die Inflation in Gang, dann brauchen wir uns über wirtschaftliche Ordnungsprinzipien und über Marktwirtschaft schon garnicht mehr zu unterhalten; denn dann kann das Chaos seinen Lauf nehmen. Angesichts unserer Entschlossenheit aber sichern wir durch eine klare und saubere Finanzierungspolitik nicht nur einen ruhigen, geordneten Wirtschaftsablauf, sondern zugleich auch den sozialen Frieden. Wenn die notwendig werdenden Aufwendungen des Staates im Wege der Besteuerung — und das ist gleichbedeutend mit einer gleichdimensionalen Verkürzung des zivilen Verbrauchs — aufgebracht werden, dann bleibt das wirtschaftliche Gleichgewicht gewahrt, dann kann es nicht wieder überschüssige Kaufkraft mit all den unseligen Begleiterscheinungen geben, die wir nur zu gut kennen. Wohl mögen Verschiebungen und Verlagerungen auf den Märkten wie auch hinsichtlich der Kaufkraftverwendung Platz greifen, — aber die hieraus resultierenden Spannungen werden umso milder und umso leichter zu überwinden sein, je mehr es uns durch eine weitere Steigerung des deutschen Exports gelingt, uns die Weltmärkte offen zu halten. Das jedenfalls ist die einzig sinnvolle Politik, die wir anzustreben und mit allen Mitteln durchzusetzen bemüht

sein müssen. Diese Verbindung mit der Welt aber ist wieder nur dann und nur so lange gewährleistet, als wir unsere Währung stabil halten. So schließt sich denn der Ring und führt uns noch einmal vor Augen, daß das Wohl und Wehe unserer Zukunft von unserer Disziplin auf dem Felde der Finanzierungs-, der Währungs-, Geld- und Kreditpolitik abhängt. Es ist denn auch fast überflüssig, noch zu sagen, daß bei einer Schrumpfung des deutschen Exports auch die Gefahr einer unzureichenden Versorgung unseres Volkes kaum zu bannen wäre. Es hat also schon seinen guten Grund, wenn wir in unserer wirtschaftspolitischen Zielsetzung die Aufrechterhaltung der deutschen Wettbewerbsfähigkeit mit so großem Nachdruck voranstellen. Erhalten wir uns diese — und es besteht kein Anlaß, an dem Gelingen zu zweifeln —, dann dürfen wir trotz mancher Verknappung von vor allen Dingen rüstungswichtigen Rohstoffen im ganzen doch damit rechnen, unser Beschäftigungs- und Produktionsvolumen aufrecht erhalten und sowohl die Ernährung wie auch die anderweitige Versorgung des deutschen Volkes sicherstellen zu können.

Was die Verknappung gewisser Rohstoffe und Nahrungsmittel in aller Welt anbelangt, so ist es nicht mehr als selbstverständlich, daß wir uns in enger Zusammenarbeit mit den Westmächten den internationalen Spielregeln hinsichtlich ihrer Aufteilung und Verwendung anschließen. Es ist wiederum nur unsere Pflicht, die Erfüllung der Leistungen sicherzustellen, die unseren Beitrag zur europäischen Verteidigung ausmachen werden.

Wahren wir die von mir zuvor herausgestellten Grundsätze, dann wird sich auch die Umschaltung der Produktion und des Verbrauchs sowohl von der güterwirtschaftlichen als auch von der Einkommenseite her fast organisch ergeben. Wir sind uns darüber hinaus nicht erst heute bewußt, daß die uns gestellten Aufgaben auch manche planvolle Lenkung erforderlich machen werden und auch tatsächlich schon erforderlich gemacht haben. „Besorgten“ Gemütern möchte ich sagen, daß mir diese Politik einer partiellen Planung und Lenkung keine Gewissensnot bereitet, daß sie aber auch keine Preisgabe unseres marktwirtschaftlichen Systems bedeutet. Ja, ich bin sogar umgekehrt der Meinung, daß solche Eingriffe sogar vonnöten sein können, um uns diese Ordnung bewahren zu helfen. (Sehr richtig!) Maßnahmen dieser Art haben nicht ein Wieder-aufleben großer planungswirtschaftlicher Ämter oder neuer Verteilungsbürokratien zur Folge; vor allem denken wir auch nicht daran, militärische Sonderinstanzen für die Produktion und Beschaffung von Ausrüstungsgütern verschiedenster Art noch einmal zu etablieren. (Beifall.) Wenn uns diese Leistungen nationale Verpflichtung bedeuten, dann darf diese Sonderkonjunktur nicht durch die Anwendung alter Methoden, wie zum Beispiel LSÖ-Kalkulation, zur privaten Bereicherung führen, sondern es sind dann auch auf diesem Sektor die gesunden marktwirtschaftlichen Grundsätze des Leistungswettbewerbs anzuwenden.

Noch sind, wie gesagt, die Größenordnungen nicht bekannt. Wir werden aber in jedem Fall beweglich genug sein, um uns gegebenen Situationen anzupassen und von Fall zu Fall die notwendigen Maßnahmen zu treffen. Ich könnte mir denken, daß in bezug auf einzelne Rohstoffe Verwendungsbeschränkungen oder sogar — Verbote notwendig werden. Aber wenn keine Kupferaschenbecher produziert werden, sind sie auch nicht zu verkaufen, und die Marktwirtschaft wird dadurch nicht im geringsten erschüttert. Möglicherweise mag es auch dahin kommen, daß

besondere Fertigungen, die eine gesonderte rohstoffmäßige Versorgung erheischen, gewisse Ausklammerungen aus dem Markt notwendig machen. Wir werden bei all und jedem darauf bedacht sein, der Freizügigkeit, dem persönlichen Einsatz und Leistungswillen des arbeitenden Menschen den größtmöglichen Spielraum zu lassen und nur die Energien in die richtige und gewollte Bahn zu lenken suchen. Denn wenn wir davon sprechen, daß dieser deutsche Verteidigungsbeitrag Opfer erfordert, dann wollen wir doch auch nicht vergessen, daß diese Opfer umso weniger hart und drückend sein werden, je mehr es uns durch höhere und bessere Leistungen und vermehrte Anstrengungen gelingt, den Ertrag unserer gesellschaftswirtschaftlichen Arbeit zu steigern. Wenn es dem deutschen Volk in zwei Jahren gelungen ist, den Wert des von ihm erarbeiteten Sozialproduktes von etwa 40 Milliarden DM auf rund 90 Milliarden DM zu heben, dann sollte es gerade in unserer jetzigen Situation in diesem seinem Eifer nicht erlahmen.

Eines ist jedenfalls ganz deutlich: Wir könnten heute einen Leistungsrückgang weniger denn je vertragen; denn jeder Abfall müßte ja zu einer potenzierten Verbrauchseinschränkung führen. Nicht zuletzt auch aus diesem Grunde müssen wir dem System der sozialen Marktwirtschaft treu bleiben.

Wir wollen uns auch ehrlich die Frage stellen, ob wir in unserer Lage noch das Recht haben, von sozialer Marktwirtschaft zu sprechen, denn, so könnte man einwenden, das Prädikat „sozial“ ist mit den Erfordernissen einer Konsumbeschränkung wohl schwer in Einklang zu bringen. Darauf ist zu erwidern, daß die soziale Ausrichtung einer Wirtschaft niemals nach absoluten Maßstäben zu orientieren ist, die es bei der unendlichen Dynamik der wirtschaftlichen Entfaltung gar nicht geben kann. Sozial kann eine Wirtschaft immer nur sein, wenn und solange die soziale Zielsetzung oberstes Gebot bleibt und wenn ihre Ordnungselemente und Triebkräfte einen besseren Erfolg als die anderer Wirtschaftssysteme erwarten lassen.

Dieser Tatbestand aber trifft auch heute noch auf die soziale Marktwirtschaft in vollem Umfang zu; mögen sich auch die Relationen verschieben, so wird doch, gemessen an dem Unheil, das eine Abkehr von der Marktwirtschaft gerade für die nächste Zukunft mit sich bringen müßte, deren Aufrechterhaltung geradezu zu einer sozialen Verpflichtung. Wer da glaubt, daß die als notwendig erachteten Beschränkungen zu einer Preisgabe des Systems überhaupt führen müßten, sei daran erinnert, daß wir bis zum heutigen Tage noch auf manchem anderen Gebiet, zum Beispiel in der Wohnungswirtschaft und auf dem Kapitalmarktsektor, der marktwirtschaftlichen Freizügigkeit entbehren. Wenn daraus auch sicher manche Störungen resultieren, so könnten sie doch die marktwirtschaftliche Ordnung im ganzen nicht gefährden.

Wir sind uns dessen bewußt, daß die wirtschaftlichen Auswirkungen der weltpolitischen Ereignisse eine Störung bedeuten. Mit dieser so gut als möglich fertig zu werden, ist unsere Aufgabe. Wenn es möglicherweise sogar der Kernpunkt der kommunistischen Politik ist, durch Entfaltung lokaler Brand- und Unruheherde die soziale und wirtschaftliche Ordnung in den demokratischen Ländern zu unterhöhlen, um sie der kommunistischen Propaganda zugänglich zu machen, dann können wir dem keinen besseren Widerstand entgegensetzen als die Bewahrung ruhiger Besonnenheit und die Verteidigung unserer gesellschaftswirtschaftlichen Ordnung. (Beifall.)

Wer demgegenüber die Marktwirtschaft im Grundsatz aufzugeben bereit ist, der mag uns erklären und beweisen, daß sein System — und das könnte ja wohl nur die staatliche Planwirtschaft sein — das bessere ist. Auf diesen Nachweis bin ich nach der klassischen Demonstration dieser Art Wirtschaft wahrlich gespannt. Es ist gar nichts damit getan und niemandem geholfen, wenn man in völliger Verkennung der Zusammenhänge die Marktwirtschaft für politisch verursachte Störungen verantwortlich machen zu können glaubt. (Sehr gut!) Solche Argumentation kann nur wirtschaftlichem Unverstand oder bösem Willen entspringen. (Beifall.) Es ist verständlich, daß dem einfältigen Gemüt mechanische Bewegungsvorgänge leichter verständlich sind als funktionelle Zusammenhänge. Daher kommt es wohl auch, daß Laien nur allzu gern glauben, die Ordnung und Lenkung der Wirtschaft nach einem starren Plan, nach behördlichem Befehl würde zu größerer Vollkommenheit führen als der sicher viel undurchsichtigere Ausgleich der ökonomischen Kräfte durch den Markt. Nach allen eigenen und geschichtlichen Erfahrungen gehört jedoch fast ein Wunderglaube dazu, noch länger an die Wohltaten der Planwirtschaft zu glauben. Das schließt jedoch nicht aus, daß allzu viele Menschen auch in der nüchternen Atmosphäre der Wirtschaft eben nur allzu gern an Wunder glauben, ganz zu schweigen von den Goldmachern, die das Geheimrezept in der Tasche tragen.

Wir, unsere Partei, die wir nicht zuletzt durch die Beharrlichkeit und Zielstrebigkeit unserer Wirtschaftspolitik die Verantwortung für das Schicksal unseres deutschen Volkes zu übernehmen berufen wurden, wollen gewiß nicht in vorgefaßten Meinungen und Dogmen erstarren und nicht an Prinzipien zugrunde gehen. Wir wollen aber auch nicht in den noch viel verhängnisvolleren Fehler verfallen, die Beweglichkeit und Anpassungsfreudigkeit bis zur Prinzipienlosigkeit zu steigern. Wir dürfen überzeugt sein, daß gerade unser deutsches Volk ein sehr feines Gefühl für eine ruhige und sichere Staatsführung besitzt, und daß es gerade in Zeiten politischer und sozialer Erschütterungen um seiner eigenen Ruhe und Sicherheit willen nach solcher Führung verlangt. So soll das deutsche Volk auch wissen, daß wir den Grundsätzen unserer Wirtschaftspolitik treu bleiben, soviel auch sinnlose Gerüchte und falsche Pressemeldungen von einem Gegenteil wissen wollen. Besteht darüber einmütige Klarheit — und diese soll von dieser Stelle aus gegeben werden —, dann werden sich manche Verkrampfungen lösen und die hektischen Ausschläge in ruhige Bewegung übergeleitet werden können.

Die politischen Ereignisse und wirtschaftlichen Sorgen der Gegenwart ließen es nicht geboten erscheinen, programmatische Erklärungen hinsichtlich der wirtschaftspolitischen Zielsetzung auf lange Sicht zu geben, umso weniger, als diese Grundsätze unserer Partei in den Düsseldorfer Leitsätzen und im Ahlener Programm niedergelegt sind und keiner Änderung oder neuen Auslegung bedürfen. Daß heute angesichts einer gewissen Erhöhung des Lohn-Preis-Niveaus Kriegsversehrte, Rentner und Unterstützungsempfänger unserer besonderen Hilfe und Unterstützung bedürfen, sei von uns als soziale Verpflichtung ausdrücklich anerkannt. Ihr Schicksal aber zeigt ein weiteres Mal, daß die Stabilisierung des Lohn-Preis-Niveaus zu den vordringlichsten Aufgaben unserer Wirtschaftspolitik gehört. Jede so bewirkte Aushöhlung der inneren Kaufkraft unserer Währung würde immer die Ärmsten und die Würdigsten treffen. Ich meine hier die Sparer, die im Vertrauen auf eine gute Ordnung, auf die Ehrlichkeit des Staates, zu ihrem Teil der Volkswirtschaft

zu einer glücklichen Entwicklung verholfen haben. Besonders wir in Deutschland sind geradezu schicksalhaft auf eine Belebung der Spartätigkeit und auf die Regeneration des freien Kapitalmarktes angewiesen. Wir müssen deshalb über die augenblicklichen Sorgen hinaus alles tun, um das zugunsten der Eigeninvestition völlig verkümmerte Kapitalmarktsparen wieder in Gang zu setzen. Dazu gehört vor allem auch eine Änderung der Steuergesetze im Hinblick auf die bisher einseitige Begünstigung der Selbstfinanzierung. Ein gesunder und funktionsfähiger Kapitalmarkt bietet die beste Gewähr für sinnvolle produktive und volkswirtschaftlich nützliche Investitionen. Nur ein solcher Kapitalmarkt ist in der Lage, auch hier einen Ausgleich herbeizuführen.

Wir stehen vor sozialpolitisch wichtigen Gesetzen, von denen ich nach ressortmäßiger Zuständigkeit nur auf die von uns bejahte überbetriebliche Mitbestimmung verweisen möchte. Während das verwaschene, anonyme und niemals zu lebendigem Bewußtsein kommende öffentliche Eigentum an den Produktionsmitteln, wie es in der Sozialisierung Ausdruck findet, nie zu einer inneren Beziehung von Mensch und Werk führen kann, streben wir die lebendige Anteilnahme und eine gesunde Interessenverbindung an und glauben, daß das individuelle Miteigentum, zum Beispiel in Kleinaktien oder anderen Formen der Gewinnbeteiligung, ein fruchtbares Mittel der sozialen Verständigung, wie auch der wirtschaftlichen Harmonie und Zusammenarbeit sein kann. (Beifall.) Wir fördern alle Bestrebungen, die das Gefühl der gemeinsamen Verantwortung für die gemeinsame Arbeit am gleichen Werk wecken und stärken. Wir wollen die Würde jedes Menschen in allen Bereichen seines Lebens gewahrt und geschützt wissen.

Bundesregierung und Bundestag werden sich, nachdem die Besprechungen mit der Hohen Kommission zu weitgehender Übereinstimmung geführt haben, in den kommenden Wochen mit einem deutschen Kartellgesetz zu befassen haben, das, ein Kernstück der sozialen Marktwirtschaft, die privatwirtschaftliche Ausnutzung von organisatorisch oder juristisch begründeten Machtpositionen zugunsten eines freien Leistungswettbewerbs unterbindet und der Bundesregierung das gerade heute so wichtige Instrument für ein wirksames Vorgehen gegen offene oder versteckte Preisabreden an die Hand gibt. (Sehr gut!) Das Gesetz enthält des weiteren Maßnahmen gegen den Mißbrauch wirtschaftlicher Macht und kann in dieser Hinsicht als das wohl modernste Kartellgesetz der Welt gelten. In ihm gelangen die besten Grundsätze unserer Politik der sozialen Marktwirtschaft zu praktischer Anwendung und Auswirkung; es bedeutet so einen Markstein in der Geschichte des deutschen Wiederaufbaus. Wir können insbesondere auch damit rechnen, daß mit diesem Gesetz die Voraussetzungen für die Übernahme deutscher Verantwortung in Fragen der Dekonzentration geschaffen werden. Wir dürfen gewiß sein, daß bis zu seiner Erledigung bei anstehenden Entscheidungen deutscher Rat gehört wird.

Ihr Vertrauen, liebe Freunde, hat mir die Einleitung und Fortführung unserer Wirtschaftspolitik möglich gemacht. Ihr Vertrauen hat mich in meinem Amt bestätigt. Ich werde es stets als meine vornehmste Pflicht ansehen, mir dieses Vertrauen täglich aufs neue zu verdienen. Ich werde nicht Mühe, Last und Arbeit scheuen, unsere gemeinsame Wirtschaftspolitik über bedrohliche Zeiten und Entwicklungen hinzuführen zu einer wieder ausschließlich friedlichen Zwecken dienenden und das ganze Deutschland umfassenden Wirtschaft. (Beifall.)

Wir brauchen heute mehr denn je kühle Köpfe und starke Herzen, und wir brauchen Segen für unsere Arbeit. Dann sei unser Vertrauen unerschütterlich, daß die Wolken über unserem deutschen und europäischen Schicksal sich lichten und über unserer Heimat und über unserem deutschen Volk auch wieder die Sonne scheinen wird. (Stürmische Ovationen.)

Bundesminister Prof. Dr. Niklas, Bremen

Die CDU und die Agrarpolitik

Bundesminister Prof. Dr. Niklas entwickelte die Aufgabenstellung der CDU in der Agrarpolitik. Seine Ausführungen bildeten insofern eine bemerkenswerte Ergänzung zu den Ausführungen von Bundesminister Prof. Dr. Erhard, als darin klar und eindeutig die gedankliche Einheitlichkeit der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung sowohl im Bereiche der gewerblichen Wirtschaft wie auch in dem der Ernährungswirtschaft zum Ausdruck kam.

Wirtschaft, Ernährungswirtschaft und Landwirtschaft seien Teile eines Ganzen; freilich seien die Formen der Wirtschaftsgestaltung auf den einzelnen Wirtschaftsgebieten verschieden. Erst wenn die Wirtschaftspolitik die Eigenarten, die besonderen Lebens- und Erfolgsbedingungen eines bestimmten Abschnittes der Gesamtwirtschaft gebührend berücksichtigt, könne dessen Leistung zur höchsten Vollendung und damit das Wirtschaftsganze zu einer harmonischen Entwicklung geführt werden. Bundesminister Prof. Dr. Niklas verlangte, daß man heute einen wesentlichen Wandel der agrarpolitischen Aufgabe gegenüber früheren Jahrzehnten anerkennen müsse. Die Agrarpolitik müsse, um ihrem gesamtwirtschaftlichen Ziel mit Erfolg zustreben zu können, immer nur aus der Hauptaufgabe der ganzen Wirtschafts- und Sozialpolitik heraus betrieben werden. Bis zur Währungsreform seien die Voraussetzungen für eine systematische Agrarpolitik kaum gegeben gewesen; man hatte zur Überwindung des Hungers eine Ernährungspolitik im engeren Sinne, grob gesprochen: eine Rationierungspolitik, zu betreiben. Seitdem aber stehe die Agrarpolitik in der gemeinsamen Verpflichtung mit der Wirtschaftsgestaltung in allen anderen Bereichen, die Lebenshaltung und Wohlfahrt des Volkes in aller Breite zu fördern. Wenn es früher geheißen habe: „Vom Hunger zur besseren Ration!“, dann gelte heute die Parole: „Vom Mangel zum sozialen Wohlstand!“

Bei dieser Einordnung der Agrarpolitik, die ja stets das Interesse aller Bevölkerungs- und Wirtschaftskreise wahrnehmen müsse, sei stets zu berücksichtigen, daß früher 41 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche für die Ernährung von 100 Einwohnern zur Verfügung stand; heute sind es in der Bundesrepublik nur noch 29 Hektar je 100 Einwohner. Hieraus ergibt sich zwangsläufig die Notwendigkeit einer zusätzlichen Nahrungsmittelbeschaffung. Die Landwirtschaft ist bereits nach besten Kräften bemüht, alle Möglichkeiten der landwirtschaftlichen Erzeugungssteigerung auszunutzen. Sie wird dies umso besser tun können, wenn ihre technische Ausrüstung in ständig steigendem Maße vervollständigt wird. Die Lösung unseres ernährungswirtschaftlichen Versorgungsproblems ließ sich bereits früher und erst recht heute nur durch verstärkte Nahrungsmittel-Einfuhren erreichen. Eine wesentliche Aufgabe, die auch die An-

lage der Agrarpolitik bestimme, sei somit die Stärkung der Ausfuhrwirtschaft als Motor der Gesamtwirtschaft. Damit wolle er nicht, so betonte Bundesminister Prof. Dr. Niklas, von den Freihändlern alten Stils mißverstanden werden. In einer blühenden Wirtschaft werde auch die Landwirtschaft gedeihen. Er halte es jedoch selbstverständlich für notwendig, daß auch die Bedeutung der Landwirtschaft als Kunde am Binnenmarkt nicht unterschätzt werden dürfe. Gerade im Sinne des kulturellen Auftrages, zu dem die CDU sich bekenne, dürfe auch niemals vergessen werden, welche unwägbaren immateriellen Werte im Bauerntum lägen, und welchen großen Beitrag das Landvolk für eine Gesundheitserhaltung und Festigung der sozialen Struktur im Sinne der freiheitlichen Prinzipien der westlichen Welt zu leisten vermag.

Zur wirksamen Verteidigung ihrer Freiheitsidee strebe die westliche Welt als Fundierung ihres politischen Bündnisses und zur Förderung des Wohlstandes in allen ihren Völkern eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit an. Die Brücke zu diesem Ziel sei die Liberalisierung des Leistungs- und Güteraustausches zwischen den einzelnen Nationalwirtschaften. Eine nach dem Grundsatz und im Geiste der europäischen Gegenseitigkeit und Förderung betriebene Liberalisierung des Außenhandels bedeutet auch für die deutsche Wirtschaft und schließlich auch gerade für die Landwirtschaft eine Stärkung und Wohlförderung. Die Exportförderung auf dem Wege der Liberalisierung beschafft die Devisen zur Bezahlung der notwendigen Nahrungsmittelleinfuhren, der Einfuhren von Düngemitteln und Futtermitteln für die Aufrechterhaltung und Steigerung der eigenen landwirtschaftlichen Erzeugung, für die Einfuhr von industriellen Rohstoffen als Voraussetzung zur industriellen Belegung. Die Konjunktur in Industrie und Gewerbe sei auch die beste Voraussetzung für den landwirtschaftlichen Absatz. Bundesminister Prof. Dr. Niklas erinnerte an die Erfahrungen der dreißiger Jahre, an die damalige Agrarkrise, die ihre Ursache in dem Schwund der Kaufkraft der breiten Verbraucherkreise infolge des Niederganges der Industriewirtschaft hatte. Heute heißt es: Hat der Verbraucher Geld, geht's dem Bauern gut! In diesem Sinne sei eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik auch die beste Agrarpolitik. Die Aufnahmefähigkeit des Verbrauchers gerade für die Erzeugnisse der landwirtschaftlichen Veredelungsproduktion sei noch bei weitem nicht erschöpft. Die landwirtschaftliche Erzeugung könne noch stark gefördert werden und in den Markt hineinwachsen.

Für die Verwirklichung der sozialen Marktwirtschaft und in angemessener Berücksichtigung der Interessen der Erzeuger wie auch der Verbraucher verlange die Praxis hier rein optisch andere Formen der Wirtschaftsgestaltung. In der Agrarwirtschaft stehen oben an die Forderungen nach Stabilität und Sicherheit in der Erzeugung wie auch in der Versorgung der Verbraucher. Auf diesem Hintergrunde müßten auch die organisatorischen Formen entwickelt werden, die die landwirtschaftliche Erzeugung der Bundesrepublik harmonisch in die europäische Wirtschaftsverflechtung einzufügen gestatten. Dies sei der Sinn der Agrargesetze, von denen das Getreidegesetz bereits realisiert worden sei. Bundesminister Prof. Dr. Niklas sprach mit dem Ausdruck besonderer Anerkennung von der Gesamthaltung der CDU bei der Behandlung und Annahme dieses Gesetzes im Bundestage. Er spreche in diesem Sinne als Ernährungsminister und als Landwirtschaftsminister, so betonte er, wenn er der CDU-Fraktion hier seinen Dank für die so offenkundige Unterstützung seiner Arbeit als Ressortminister für die Stabilisierung und Konsolidierung der Erzeugung und Versorgung darbringe. Die Agrar-

gesetze, von denen er hoffe, daß in ähnlichem Geiste auch das Vieh- und Fleischgesetz, das Milch- und Fettgesetz, das Zuckergesetz recht bald vom Parlament verabschiedet werden, sollen Konjunkturgewinne und Spekulation von der Ernährung fernhalten, eine stetige für Erzeuger wie Verbraucher angemessene Preisentwicklung für die Grundnahrungsmittel sichern. Gerechter Lohn für den Bauern und die Erhaltung des Reallohnes für den Verbraucher seien das Ziel.

Die Grundgedanken der neuen Agrargesetze, mit denen ein neuer Abschnitt der deutschen Agrarpolitik beginne, seien die Einfuhrschleuse zur Regelung der Einfuhr nach Menge, Art und Zeit sowie die Vorratsstellen zum Marktausgleich und zur Sicherung der Versorgung über weitere Zeiträume hinweg. Man könne hierin vielleicht eine Begrenzung der Liberalisierung sehen wollen, aber dann immer nur in dem Sinne, daß dies nicht aus einer grundsätzlichen Importfeindlichkeit, aus einer Politik etwa künstlicher Marktverknappung geschehe, sondern allein in Anerkennung und notwendiger Berücksichtigung der besonderen durch Klima, Boden, Betriebsstruktur der Landwirtschaft, durch die natürlichen und langfristigen Bindungen des Wachstums und Erzeugungsablaufes gegebenen Verhältnisse, welche die Möglichkeit zu einer langfristigen Ordnung von Erzeugung und Versorgung verlangen. Grenzen müssen der Liberalisierung allerdings da gezogen werden, wo ganze Berufsgruppen in Gefahr kommen (Gartenbau, Obstbau, Weinbau, Tabakbau) und wo die Sozialstruktur durch Vernichtung kleiner und kleinster Existenzen bedroht wird. Hier müßten neben berufsständischen Bemühungen besondere handelspolitische Maßnahmen wie z. B. die Gefahrenklausel und auch der Zoll zu Hilfe genommen werden. Die Entwicklung der jüngsten Zeit habe bewiesen, daß die Liberalisierung auch Gefahren für die wirtschaftliche Verwendung der Exporterlöse in sich berge, Gefahren, die durch innerwirtschaftliche Maßnahmen zu neutralisieren seien. Man müsse doch mindestens noch für eine längere Übergangszeit an dem Grundsatz festhalten, daß die Importe nach der Dringlichkeit des echten Bedarfs behandelt werden sollen. Nur nach diesem Prinzip der Priorität lebenswichtiger Importe (z. B. Margarinerohstoffe statt Lippenstifte) könne er für eine plangemäße Verwirklichung des Versorgungs- und Vorratsprogrammes in der Ernährungswirtschaft garantieren.

Bundesminister Prof. Dr. Niklas schloß seine Ausführungen mit einem Appell an die Landwirtschaft, die ihr durch die zu erwartende Belebung der Gesamtwirtschaft rein marktmäßig gebotene Chance steigender Kaufkraft in jedem Umfange auszuhüten. Man müsse einen Mut zum Optimismus und einen starken Willen zur Intensivierung und Rationalisierung der Erzeugung haben. Die Voraussetzungen seien gegeben.

Betriebswirtschaftlich gesehen durch die Schließung der Preisschere, den Ausgleich zwischen Betriebskosten und Verkaufserlösen. Freilich müsse hier die weitere Entwicklung sehr sorgsam beobachtet werden. Betriebstechnisch sei die Erzeugung auch in die Lage versetzt, die Rationalisierung mit Hilfe des Bauernschleppers voranzutreiben, den deutscher Ingenieurgeist gerade jetzt für den bäuerlichen Betrieb und zu rationellem Einsatz bis auf Ackerstücke von einem Hektar entwickelt hat. Kunstdünger stehe ausreichend und auch mit Hilfe von Subventionen preiswert zur Verfügung. Das Ziel einer Übersteigerung des Friedensverbrauches um 20 Prozent müsse im übernächsten Jahre erreicht werden. Ausländische Futtermittel werden verbilligt geliefert. Als eine der wich-

tigsten Aufgaben bezeichnete der Bundesminister den Kampf gegen die Atomisierung der Ackerfläche und kündigte an, daß das Flurbereinigungsgesetz in kürzester Zeit vorgelegt werde. Das Ziel müsse sein, die Kleinstflächen durch eine Umlegung innerhalb von längstens 15 Jahren zu rationalen Flächeneinheiten von nicht weniger als einem Hektar zusammenzufügen.

„Bauer, nutze die Zeit!“, so schloß Bundesminister Prof. Dr. Niklas. „Deine Pflicht ist es, alle Möglichkeiten zur Verbesserung von Bildung, Fachwissen und Können in Schule, Wirtschaftsberatung, Schrifttum und Versammlungswesen zu -nutzen. Deine Pflicht ist es, den Betrieb zu rationalisieren, damit auf der Grundlage einer systematischen und intensiven Politik zur Förderung der Erzeugung die Ernährungswirtschaft in ihrer Gesamtheit zu der Leistung heranwachse, die ihr vom Standpunkt der gesamten Wirtschaftspolitik und in strengster Auslegung des Wortes von der sozialen Marktwirtschaft zur Pflicht gemacht ist. Eine in diesem Sinne verstandene Agrarpolitik muß als beste Sozialpolitik anerkannt werden und fügt sich harmonisch ein in die gesamte Wirtschaftspolitik.“

Die Aussprache

Le m m e r : Unser Parteifreund Prof. Dr. Erhard darf von diesem Parteitag die Überzeugung mitnehmen, daß die Christlich-Demokratische Union hinter ihm steht. Wir wünschen, daß er, von dem Vertrauen unserer Bewegung getragen, erfolgreich weiter wirken möge. (Starker Beifall.)

Etzel würdigt besonders die Verdienste Prof. Erhards und weist darauf hin, daß die soziale Marktwirtschaft nicht das ist, als was sie häufig bezeichnet wird, nämlich die alte liberale freie Wirtschaft, der man das „Soziale“ gewissermaßen nur hinzugefügt hat, um die alte liberale Wirtschaft zu verbrämen. Die soziale Marktwirtschaft ist etwas sehr Klares; es ist die Wirtschaft des Leistungswettbewerbs, die im Leistungswettbewerb dem Verbraucher zu dienen hat und zu der der Verbraucher, indem er ihr den richtigen Preis bewilligt, ein Ja zu sagen hat. Es ist also eine Verbraucherpolitik und schon von dorthier unter keinen Umständen eine Politik, die den einen oder anderen Stand begünstigen könnte; denn auch die Wirtschaft ist ja schließlich Verbraucher und muß von diesem Standpunkt her gesehen werden. Die soziale Marktwirtschaft ist aber auch eine Politik, welche es ablehnt, daß in der Wirtschaft Tätige durch organisatorische Zusammenschlüsse in die Lage versetzt werden können, sich durch besondere Zubilligung von Vorteilen zu Lasten der Verbraucher günstigere Preise zu verschaffen. Es war sehr befriedigend, daß Herr Minister Erhard hier verkünden konnte, daß wir nunmehr in Kürze im Bundestag das Kartellgesetz vorgelegt bekommen. Ich glaube, hier sehen und erleben wir die zweite Verankerung der sozialen Marktwirtschaft auf gesetzgeberischer Grundlage. Schließlich ein drittes: Wir haben es immer ausgesprochen und schon in den Düsseldorf Leitsätzen festgelegt, daß wir als Aufgabe des Staates die Beeinflussung des Marktes mit marktgerechten Mitteln ansehen. Dazu stehen wir in vollem Umfang. Wir sind nicht der Meinung, daß der Staat nur die alte Nachwächeraufgabe des *laissez faire* — *laissez aller* hat, daß er die Wirtschaft frei laufen lassen soll, sondern er hat die Aufgabe — und wir haben das in den letzten zwei Jahren häufig tun müssen —

einzugreifen, wo es notwendig ist, allerdings immer nur einzugreifen mit marktgerechten Mitteln. Ich darf darauf hinweisen, daß wir auf diesem Weg große Erfolge gehabt haben. Wesentlich erscheint mir, daß es gelungen ist, das Sozialprodukt zu erhöhen, und zwar nicht nur auf den Stand von 1936, sondern um 21 Prozent darüber hinaus. Wir müssen aber sehen, daß wir von diesem Sozialprodukt 11 Millionen vertriebener Menschen mehr ernähren müssen als damals, so daß also auch heute noch der Durchschnitt des Nachholbedarfs unter dem Niveau von 1936 liegt. Wir können davon ausgehen, daß alle Selbständigen ohnehin diesen Standard wieder erreicht haben; es scheint mir sehr vorsichtig zu sein, wenn wir hier festgestellt haben, daß wir den Stand des Nettorealeinkommens der Industriearbeiter vom Jahre 1938 im Durchschnitt wieder erreicht haben. Das ist ein Erfolg dieser Marktwirtschaft, der ganz bedeutend ist. Diesen Durchschnitt nicht erreicht haben die Beamten und Angestellten, die Rentempfänger — das ist die breite Schicht des Volkes, die uns in ganz besonderem Maße ihr Vertrauen schenkt. Wir müssen in Zukunft aus dem erhöhten Sozialprodukt an eine breitere Verteilung denken, um an alle diese Schichten heranzukommen, damit ihnen ihr Teil zukommt.

Es ist nicht immer einfach, so polare Spannungen, wie es die Ernährungs- und Wirtschaftspolitik sind, unter einen Hut zu bringen. Ich darf aber feststellen, daß wir wichtigste und wesentliche Dinge wirtschaftspolitischer Art immer in vollster Harmonie mit unseren Freunden von der sozialen Seite, auch mit den Freunden von der Landwirtschaft, haben treffen können. Es hat manchmal Auseinandersetzungen gegeben — Gott sei Dank, daß es so ist —, aber wir haben doch aus dem gesamtverpflichtenden Geist der CDU die Möglichkeit gehabt, schließlich in voller Übereinstimmung eine gemeinsame Lösung zu finden. (Lebhafter Beifall!)

Dr. Friedensburg: Ich würde es für eine Unterlassungssünde gerade des Ersten Parteitages der Christlich-Demokratischen Union hier in Goslar halten, wenn wir bei einer Betrachtung der Wirtschaft in Deutschland nicht daran denken wollten, daß wenige Kilometer von hier Zustände herrschen, die sich völlig von dem unterscheiden, was wir hier gehört haben. (Zurufe: sehr richtig!) So dankbar und so glücklich wir angehört haben, was hier von deutscher Wirtschaft, deutscher Industrie, deutscher Wirtschaftspolitik und deutscher Landwirtschaft gesagt wurde, in dem Land jenseits dieser Kilometer ist von alledem nicht die Rede. Dort gelten keine Gesetze, die von Deutschen gemacht sind, dort wird Wirtschaft überhaupt nicht im Interesse der Menschen getrieben, sondern im Interesse bestimmter Machtgedanken.

Im Jahre 1948 hat die Brotgetreideernte hier in Westdeutschland 97 % des Vorkriegsdurchschnittes erreicht und ist im Jahre 1949 auf 119 % gestiegen. Drüben aber wurden im Jahre 1948 72 % statt 97 % und im Jahre 1949 78 % statt 119 % erreicht. Nun die Kartoffelernte, die für unsere Menschen drüben vielleicht noch wichtiger ist: Im Westen hat man 1948 152 % des Vorkriegsstandes und im Jahre 1949 bei ungünstigen Witterungsverhältnissen 135 % erreicht. Und im Osten? 74 % im Jahre 1948 und 59 % im Jahre 1949. (Lebhafte Hört-hört-Rufe!) Es ist sehr schwer, die Dinge zu vergleichen, weil wir von drüben so gut wie keine statistischen Angaben erhalten. Aber wir wissen aus den dortigen Etats, wie viel man drüben an Besatzungskosten abgeführt hat. Es ist in DM ungefähr der gleiche Betrag, den man im Osten und in der Bundesrepublik Deutschland abführt. Bei einer fast dreifach höheren Bevölke-

rungszahl in der Bundesrepublik Deutschland bedeutet dies also eine fast dreifach höhere Belastung für die Sowjetzone. Dabei ist die Belastung bei uns dem heutigen Preisindex angepaßt, während man drüben noch nach dem Vorkriegsindex rechnet, was ungefähr 50 % mehr bedeutet. Wenn Sie noch berücksichtigen, daß die Bundesrepublik Deutschland im letzten Jahr rund 2 Milliarden Mark in der einen oder andern Form vom Ausland erhalten hat, so kommen Sie auf eine Belastung von 50 DM je Kopf der Bevölkerung bei uns, während sie drüben je Einwohner 350 Mark beträgt. (Zurufe: Hört, hört!)

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin hat einmal mit wissenschaftlicher Genauigkeit ausgerechnet, wie viel man drüben für Ernährung, Hausrat, Kleidung usw. ausgeben kann im Vergleich mit früher. Damit man nicht sagen kann, in Westdeutschland ist auch der Lebensstandard gesunken, werde ich Ihnen auch die Ziffern für Westdeutschland bekanntgeben. Das Ganze ist nicht nur eine Schilderung oder Anklage gegen das, was drüben geschieht, sondern gleichzeitig eine Anerkennung dessen, was unsere Freunde hier in Westdeutschland geleistet haben. Im Vergleich zum Jahre 1936 verbrauchte jeder Einwohner im sowjetischen Besatzungsgebiet im Jahre 1949 für Ernährung im Durchschnitt 205 Mark, während es im Jahre 1936 343 Mark gewesen waren. Auch in Westdeutschland ist der Nahrungsverbrauch noch nicht ganz so hoch wie damals, immerhin verhält es sich hier aber wie 304 zu 361.

Viel schlimmer ist der Vergleich auf anderen Wirtschaftsgebieten. An Haushaltswaren kauften die Menschen im Jahre 1936 pro Kopf der Verbraucher für 125 Mark, im Jahre 1949 für 27 Mark. Auch auf dem Gebiet der Kleidung ist der Verbrauch von 116 Mark je Kopf der Bevölkerung auf 27 Mark, also ebenfalls auf den fünften Teil, zurückgegangen.

Die Konsequenzen zeigen sich in einem katastrophalen Bevölkerungsrückgang, und zwar nicht infolge der Abwanderung und der Flucht, sondern infolge der ständigen Zunahme der Todesfälle und des Rückgangs der Geburten in einem Gebiet, das immer einen starken Geburtsüberschuß gehabt hat.

Es mag nicht leicht gewesen sein, das auszurechnen, aber wir haben eine sehr merkwürdige Quelle vor wenigen Monaten gefunden. Denn um diese Zeit hat das sowjetische Gesetzblatt im Rahmen einer Verordnung veröffentlicht, welche Städte heute in der Ostzone 50 000 und mehr Einwohner zählen. Dabei hat sich herausgestellt, daß bei sieben Städten im Laufe der letzten vier Jahre die Bevölkerung unter 50 000 Einwohner herabgesunken ist. Es sind die Städte Altenburg, Merseburg, Eisenach, Gotha, Stralsund, Weißenfels und Kottbus.

Wir sind verpflichtet, gerade an diese 18 Millionen Deutsche zu denken, die unter gänzlich anderen Verhältnissen zu arbeiten und zu leben gezwungen sind. Wir müssen alles daran setzen, dem Elend ein Ende zu bereiten und unsere eigene Wirtschaft so stark zu machen, daß wir am Tage der Befreiung unseren armen Brüdern und Schwestern die volle Wohltat des hier Geleisteten zuteil werden lassen können. (Beifall.)

Dr. Siemer: Wenn man heute in Konsumentenkreise hineinhorcht, dann wird man feststellen, daß die Aversion gegen die Landwirtschaft infolge der langen Zwangswirtschaftsjahre ein sehr starkes Moment ist, das unsere Arbeit nicht nur stört, sondern auch unsere Aufgaben nicht richtig sehen läßt. Es ist nicht zu verkennen, daß wir in diesem Jahr speziell auf vielen Teilgebieten der Landwirtschaft sehr heftige Krisen in

bezug auf den Absatz festzustellen hatten. Erste Voraussetzung ist, daß der Bauer den Lohn seiner Arbeit erhält. Erhält er diesen Lohn nicht, dann nutzen auch alle Erklärungen über Pflichterfüllung und alle gut gemeinten Ermahnungen nichts; dann wird er nicht bauen! So ideal ist auch die Landbevölkerung nicht eingestellt, daß sie diese Dinge einfach nur aus einem Gefühl heraus tut, ihre Pflicht zu erfüllen, sondern sie will den Preis für ihre Mühe haben. Darum meine Bitte: die besondere Aufmerksamkeit bei den kommenden Verhandlungen mit dem Ausland nicht nur darauf zu richten, daß gewisse Veredlungsindustrien nicht totgeschlagen werden, sondern daß man Mittel und Wege findet, um die Produktion auf allen Gebieten zu steigern, damit wir aus der 50prozentigen Grenze auf dem landwirtschaftlichen Sektor allmählich wieder zu einer landwirtschaftlichen Produktion von 75 Prozent kommen. Denn, wenn sich die Dinge weiter wie bisher entwickeln, kann man den Tag voraussagen, wo wir auch mit unserer sozialen Marktwirtschaft auf dem landwirtschaftlichen Sektor beginnen müssen zu planen. Und dann ist das nicht nachzuholen, was man in Zeiten, in denen die Produktion in ruhigen Bahnen laufen konnte, versäumt hat.

Es ist notwendig, daß die Konsumenten, die ja überwiegend der CDU angehören, gegenüber der Minderheit der landwirtschaftlichen Erzeuger wissen, daß der Bauer bauen muß, das heißt, daß er nicht nur erzeugen, sondern auch die Kunst des Bauens verstehen muß. Dazu ist nicht nur ein hoher Bildungsstand und eine Ausrüstung mit technischen Mitteln notwendig, sondern es ist auch erforderlich, daß von Seiten der Union die Landbevölkerung so erzogen wird, daß wir zu einem hohen Ausbildungsstand unserer Erzeuger, d. h. unserer Bauern, kommen. Die Konsumenten sollen sich vor Augen halten, daß der bäuerliche Betrieb nicht mit acht Stunden auskommt, sondern daß dort im Durchschnitt 16 und mehr Stunden gearbeitet werden muß. Wir wissen schon aus der Bibel, daß nach sieben fetten Jahren sieben magere Jahre kommen. Daher muß vorgesorgt werden, daß die Produktion auf diesem Gebiet mit allen Mitteln gehoben wird, um nicht in Krisenzeiten plötzlich vor einer Katastrophe zu stehen.

Fräulein Reinhard: Wir Frauen, die wir mit Verstand wirtschaften, sind durchaus nicht für die Planwirtschaft, die es erforderlich macht, daß die letzte Stecknadel durch einen Bezugsschein bezogen wird, sondern wir sind sehr dafür, daß die soziale Marktwirtschaft den Rahmen schafft, den wir für unser Volk brauchen. Aber hier muß gesagt werden, daß unsere Frauen viel mehr aufgeklärt werden müssen, weil sie die Zusammenhänge nicht kennen und nicht übersehen können, warum z. B. die Preise in die Höhe geschneit sind. Es muß aber auch an unseren Frauen kritisiert werden, daß sie durch ihre Angstkäufe dazu beigetragen haben, daß eine Krise entstanden ist, die wir durchaus hätten vermeiden können, die außerdem durchaus im Sinne des östlichen „Besatzungsfreundes“ lag. Hierbei möchte ich vor allen Dingen daran erinnern, daß unsere jungen Mädchen, die z. T. nicht in Lehrstellen untergebracht sind, wenigstens in Haushaltskursen zu einer ordentlichen Haushaltsführung erzogen werden. Um zu einer ordentlichen Haushaltsführung zu gelangen, brauchen wir nicht zu wissen, ob Sacha Guitry die sechste Frau oder Rita Hayworth den dritten Mann heirätet, sondern es ist viel wichtiger, daß wir Frauen uns auch mit den wirtschaftlichen Dingen beschäftigen. Wir sollten uns durch die schamlosen Anwürfe der SPD-Presse nicht in Wut bringen lassen, sondern den Dingen auf den Grund gehen. Ich bitte

darum, daß von den maßgebenden Herren der Wirtschaft die Presse in dieser Hinsicht etwas beeinflußt wird und wir Frauen die Aufklärung bekommen, die wir notwendig haben.

Die Schlußkundgebung

Zu Beginn der Schlußkundgebung verlas Oberkirchenrat Cillien die vom Redaktionsausschuß auf Grund der Entschliefungen der Arbeitskreise erarbeitete Resolution des 1. Bundesparteitages der CDU Deutschlands:

Der erste Parteitag der CDU Deutschlands hat durch die einmütige Wahl des Parteivorsitzenden und seiner Stellvertreter bewiesen, daß die CDU in den fünf Jahren ihres Bestehens in Ost und West, in Nord und Süd, zu einer Einheit zusammengewachsen ist. Uns eint die Überzeugung, daß nur aus christlicher Verantwortung das Leben unseres Volkes und Vaterlandes in demokratischer Ordnung neu gestaltet werden kann. Die einmütige Zustimmung zu der Rede des Kanzlers hat bewiesen, daß die CDU Deutschlands die Politik der Bundesregierung und der Bundestagsfraktion der CDU/CSU voll bejaht. Der weisen und vorausschauenden Politik des Kanzlers gehört unser ganzes Vertrauen. Der 1. Parteitag dankt dem Bundeskanzler, den Ministern und der Bundestagsfraktion dafür, daß sie der Idee der CDU einen weithin sichtbaren Ausdruck verliehen haben und daß es ihnen gelungen ist, aus der großen Spannweite der Ideen und Aufgaben stets in brüderlichem Geist zu einer Einheit ihrer Entschlüsse gefunden haben.

Die Erörterungen des Parteitages haben den Beweis dafür erbracht, daß die CDU in ihrer politischen Grundüberzeugung geschlossen zusammensteht. Auch in den Arbeitskreisen, in denen die verschiedenen Lebensinteressen unseres Volkes nach Ausdruck drängen, trat diese gemeinsame Auffassung überzeugend zutage. Das Ergebnis dieser Arbeitstagungen ist so reichhaltig und umfassend, daß es als Grundlage des zukünftigen Gesamtprogrammes der Partei dienen kann. Es wird zunächst der formenden Hand des Parteivorstandes und des Parteausschusses anvertraut. Da die Union ihrem Wesen nach nicht zentralistisch gesteuert ist, sondern ihren politischen Willen aus den Kräften der Mitgliedschaft organisch entfaltet, werden die Entwürfe des Vorstandes den Landesverbänden zur Beratung übergeben und zur endgültigen Beschlussfassung dem nächsten Parteitag vorgelegt.

Schon heute geben wir folgende Grundsätze der Öffentlichkeit bekannt:

1. Die CDU Deutschlands bekennt sich zu Gesamtdeutschland als Aufgabe und staatlicher Gestalt. Mit dieser gemeinsamen Kraft strebt sie in eine höhere europäische Gemeinschaft hinein und bekennt sich zu den in Europa heute schon lebendigen gemeinsamen Ideen eines christlichen, demokratischen und sozialen Geistes. Sie hofft, daß auf dieser Grundlage auch die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Kräfte Europas zu gemeinsamem Wirken zusammenfinden.

2. Die CDU bekennt sich zu dem von Gott gegebenen Recht des Menschen auf seine Heimat und protestiert gegen die Massenvertreibungen deutscher Menschen aus ihren angestammten Siedlungsgebieten. Sie betrachtet die von den ostzonalen Machthabern abgeschlossenen Verträge von Warschau und Prag als ein Unrecht und Verbrechen an deutschen Volk. Unbeschadet des unverzichtbaren Anspruches auf Rückkehr in die alte Heimat, fordert die CDU, daß die Vertriebenen in die deutsche Bundesrepublik auf der Grundlage der Gleichberechtigung auf allen Gebieten eingegliedert werden.

Sie erstrebt Gerechtigkeit für alle von der Fürsorge der Gemeinschaft abhängigen Personen und Stände, indem insbesondere Kriegssopfer und Vertriebene, Beamte und alte Berufssoldaten, angemessen versorgt und in die Leistungsgemeinschaft des Volkes aufgenommen werden.

3. Die Wirtschafts- und Sozialpolitik der CDU hat in den vergangenen Jahren unbestreitbare, große Erfolge erzielt. Unsere soziale Marktwirtschaft, die den echten Leistungswettbewerb ermöglicht, hat den Lebensstandard unseres Volkes erhöht, die Gütererzeugung verdreifacht und über drei Millionen Arbeitskräfte zusätzlich in den Wirtschaftsprozess eingegliedert.

Die CDU wird auch in Berlin alles daransetzen, daß die Wirtschaftskraft dieser Stadt weiterhin in größtmöglichem Ausmaße entwickelt und gestärkt wird.

Noch stehen große Aufgaben vor uns; wir wollen sie insbesondere durch Leistungssteigerung und durch Koordinierung der verschiedenen Wirtschaftsbereiche zu meistern suchen. Noch bestehen soziale Notstände, die überwunden werden müssen. Wir rufen die Wirtschaft — Arbeiter, Unternehmer und Verbraucher — zu verantwortungsbewußter Disziplin und erwarten, daß Unausgeglichenheiten im Preis- und Lohngefüge durch eine Ordnung des Wettbewerbs sowie durch Monopolkontrolle beseitigt und die Arbeitnehmer gleichwertig in das Wirtschaftsleben eingeordnet werden. Je besser die Sozialpartner sich zu verständnisvoller Zusammenarbeit zusammenfinden, umso weniger wird der Staat eingreifen müssen.

Nach den Grundsätzen des Marshall-Planes, dem wir entscheidende Hilfe verdanken, erstreben wir die Zusammenfügung der Volkswirtschaften der europäischen Länder. Wir hoffen, daß insbesondere die Grundstoffversorgung Europas nach den Absichten des Schuman-Planes gemeinsam geregelt und daß die uns zufallende Aufgabe der Neuordnung der deutschen Grundstoffindustrie im Geiste unserer wirtschafts- und sozialpolitischen Leitsätze gelöst wird.

Der politische Kampf der Gegenwart ist zutiefst ein Ringen der Geister um die sittlichen Grundlagen unseres Gemeinschaftslebens. Es geht um die Bewahrung der christlich-abendländischen Kultur und um die Rettung der menschlichen Freiheit vor den Gefahren des totalitären Staatszwanges und der kollektivistischen Vermassung.

Darum betrachtet die CDU die Kulturpolitik als einen wesentlichen Bestandteil ihrer gesamten politischen Arbeit. Die Gestaltung der Jugend-erziehung im christlichen Geiste ist uns ein vordringliches Anliegen. Im Gegensatz zu Liberalismus und Sozialismus anerkennt die CDU das natürliche Recht der Eltern, über die Erziehung ihrer Kinder zu bestimmen, und fordert, daß bei der Ordnung des Schulwesens dem Elternwillen Rechnung getragen wird. Angesichts der Zerrissenheit des deutschen Schulwesens ist eine Koordinierung der schulpolitischen Maßnahmen der

einzelnen Länder im Interesse der deutschen Bildungseinheit dringend notwendig. Die Aufspaltung des deutschen Schulwesens durch sozialistische Schulreformexperimente, die vielfach auch auf eine Unterdrückung der Minderheiten hinauslaufen, wird abgelehnt.

Die CDU fordert als Ziel aller Bildungsarbeit die Erziehung zum deutschen Menschen und guten Europäer auf der Grundlage der Kulturtradition des Abendlandes.

Die Resolution wurde vom Parteitag einstimmig gebilligt. Es folgten die abschließenden Referate.

Bundesminister Jakob Kaiser

behandelte das Thema

Deutschland und der deutsche Osten

Während ich hier in der Nähe der Zonengrenze zu Ihnen spreche, steht der letzte Sonntag in Köln noch in lebendigster Erinnerung vor mir. In Köln bekundeten 150 000 heimatvertriebene Schlesier ihren Willen zur ostdeutschen Heimat. Von einem jungen Mädchen wurde mir dort eine Schale schlesischer Erde übergeben. Das 17jährige Kind hatte diese Heimaterde in den jüngsten Tagen von Schlesien mit herübergebracht. Die Bundesregierung hat die Erde in ihre Obhut genommen. Als Symbol ihrer Verantwortung und ihrer Verpflichtung für den deutschen Osten. Wir vergessen dabei nicht, daß dieser sogenannte Osten bis tief ins Herz Deutschlands hineinreicht. Über den Thüringer Wald hinaus bis in die Rhön und in die Berge dieses Harzer Landes hinein. Das eigentliche Ostdeutschland, d. h. Ost- und Westpreußen, Pommern, die Grenzmark und die Neumark ist dabei in grausamster Weise von Deutschen sozusagen gereinigt worden. In einem Elendszug ohnegleichen wurden 12 Millionen Deutsche westwärts getrieben. Dieses ostdeutsche Gebiet umfaßte allein 25 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche des früheren Deutschen Reiches.

Westlich der Oder-Neiße wurde das Gebiet der heutigen Sowjetzone nach den Intentionen von Teheran und den Beschlüssen von Yalta und Potsdam der sowjetischen Besatzungsmacht überantwortet. Fünf Länder Mitteldeutschlands gerieten in die erbarmungslose Gewalt des Kommunismus Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sind wie die deutschen Gebiete ostwärts der Oder-Neiße unveräußerliche Glieder Deutschlands. Sie sind Zeugen deutscher Kultur, deutscher Geschichte, deutschen Fleißes. Heute dienen ihre Bodenschätze und ihre Industrie den militanten Zielen des Kommunismus. Viele ihrer Menschen sind Arbeitssklaven für die östliche Rüstung.

Nur die Oase Westberlin kam nicht ausschließlich in die Hand des Kreml. Aber sie wurde immer mehr zur Insel im Roten Meer. Eine Insel allerdings, die im Laufe der fünf Nachkriegsjahre ungeahnte Weltbedeutung gewonnen hat. Dieses Stück Berlin wurde vor den Augen der Welt zu einem Beispiel für die Gewaltmethoden des sowjetischen Kom-

munismus. Zur Demonstration für die hinterhältigen Machenschaften, deren sich die Sowjets bedienen. Mit allen Mitteln suchten und suchen sie das Ärgernis eines freien Berlin aus der Welt zu schaffen. Berlin wurde aber auch zum ersten Beispiel für die Stärke und die Entschlossenheit der freien Welt. Der Kommunismus mußte hier seine erste Niederlage einstecken.

Das Deutschland von 1945 nahm die Amputation seiner östlichen Hälfte zunächst in begreiflicher Betäubung hin. Der Westen des Landes hatte vorerst genug mit sich selbst zu tun. Ich trete niemandem zu nahe, wenn ich sage: Nur Berlin erwachte sehr schnell zu politischer Aktivität. Im Juni 1945 schon wurden in Berlin und in der sowjetischen Besatzungszone Parteien zugelassen. Ulbricht brachte zwar das Schema dazu von Moskau mit. Aber das konnte nicht hindern, daß die Politik nicht ganz nach sowjetischem Willen verlief. Berlin wurde zum größten Kummer Ulbrichts und seiner Beschützer zum Rückgrat der Freiheit. Berlin erlebte in unmittelbarer Anschauung die sowjetischen Methoden des Kommunismus. Es erkannte sehr rasch seine gefährvolle Lage mitten im Roten Meer. Daraus wurde der entschlossene Impuls zu gesamtdeutscher Politik geboren. Berlin und seine Parteien haben gute Vorarbeit geleistet. Das gilt nicht zuletzt für die christlichen Demokraten in Berlin, die auch für die Sowjetzone standen. Damit meine ich natürlich nicht die sogenannten Verantwortlichen, die heute in der Sowjetzone von den Sowjets als christliche Demokraten verwandt werden. Es sind zum Teil in die Partei eingeschleuste sowjetische Werkzeuge. Von manchem weiß man weder Herkunft noch Tradition. Man kann annehmen, daß es sich um abkommandierte Kommunisten handelt.

Die echte Union hat redlich versucht, die Bolschewisierung der Sowjetzone aufzuhalten. Wir waren in unserer Entschlossenheit, das zu tun, weder Utopisten noch Naivlinge. Ich sage noch einmal in aller Klarheit: Wir waren entschlossen, bis dicht an die Unmöglichkeit heran bei unseren Menschen in der Sowjetzone auszuhalten. Wir waren entschlossen, nichts Menschenmögliches unversucht zu lassen, um ihnen Stütze und Rückhalt im Widerstand gegen die Bolschewisierung zu sein. Wir waren Opposition, und wir hatten die Möglichkeit, Opposition zu sein, weil wir den Mut dazu hatten. Wir waren unmittelbare Opposition bis zu dem Tage, da man versuchte, uns in den Volkskongreß zu pressen. Gegen diesen Versuch gab es nur ein Nein. Aber auch heute gibt es noch mutige Opposition in den Reihen der christlichen Demokraten der Sowjetzone. Das beweisen noch zuletzt die Verhafteten und die Toten von Potsdam. Und nicht nur in Potsdam. Auch in anderen Städten der Sowjetzone. Dafür sind auch hier unter uns die Delegierten unseres Exilparteitages lebendige Zeugen. Ich betone das hier mit besonderem Nachdruck. Denn immer noch versucht man, unsere politische Haltung zu diskreditieren. Ich nehme das gewiß nicht sehr tragisch. Denn in großen nationalen Fragen darf man nicht kleinlich denken. Die Bevölkerung der Sowjetzone will gesamtdeutsche, will nationale Aktionen gegen ihre Bedrücker. Es gibt nur ein Ziel: Freiheit für die 18 Millionen in der Sowjetzone. Heimführung der 18 Millionen in einen deutschen Staat echter und reifer Demokratie. Zu diesem Ziele haben sich die demokratischen Parteien im Gebiete der Bundesrepublik heute immerhin schon stärker zusammengefunden als vor Jahresfrist. Der Wahlbetrug vom 15. Oktober in der Sowjetzone hat ein erfreuliches Zusammenwirken von Regierungsparteien und Opposition zuwege gebracht. Ich weiß aus der Sowjetzone,

wie ermutigend die Wirkung war. Ich weiß sogar, daß der Widerstand in der Sowjetzone stärker ist als jemals.

Umso mehr kommt es darauf an, daß das ganze deutsche Volk seinen aktiven Willen zur Rückführung der Sowjetzone immer wieder bekundet. Keiner soll dabei besorgt sein, daß eine Wiedervereinigung die Gefahr einer bolschewistischen Infektion mit sich brächte. Die Sowjetzonenbevölkerung ist — weiß Gott — gegen den Kommunismus immun geworden. Das Wahrzeichen der Sowjetzone ist passive Resistenz ihrer Bevölkerung. Über zweihunderttausend Agitatoren und Aufklärer vermögen die Versammlungen der SED nicht zu füllen. Täglich erfindet man neue Bolschewisierungsversuche. Welche Groteske, wenn Heimatschutzvereine aufgefördert werden, Lokalchroniken im Sinne des Marxismus-Stalinismus umzuschreiben. Trostlos ist die Vernichtung von Werken und Werten deutscher Geschichte. Brutales Zeugnis für die Barbarei ist die Sprengung des Berliner Schlosses. An seiner Stelle soll ein kommunistischer Aufmarschplatz entstehen.

Tiefste Sorge bereitet uns die radikale Veränderung der wirtschaftlichen und sozialen Struktur der Sowjetzone. Bolschewistische Bodenreform, die unter dem Kennwort „Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher“ durchgeführte Umschichtung der industriellen und gewerblichen Wirtschaft, die Bildung von sogenannten volkseigenen Betrieben und Sowjet-AGs haben das Angesicht der Sowjetzone grundlegend geändert. Wir haben vorzusorgen, daß am Tage der Rückführung Angleichung und Ausgleich gefunden werden können. Das wird umso leichter geschehen, je fester und gerechter die soziale Ordnung in der Bundesrepublik ist.

Wir sind keine Utopisten. Wir sind aber überzeugt, daß der täglich erkennbare, unüberwindliche Wille, die 18 Millionen heimzuführen, von zwingender Kraft ist. Von zwingender Kraft für die östliche und für die westliche Welt. Die Sowjetunion muß erkennen, daß sie bei dem Versuch, Deutschland zu bolschewisieren, auf Granit beißt.

Unser Ziel ist darüber hinaus: Die Rückgewinnung der deutschen Länder jenseits der Oder und Neiße. In der freien Welt wächst die Erkenntnis, daß Deutschland keine Bedrohung der Freiheit mehr bedeutet. Deutschland ist heute entscheidender Faktor für die Rettung und die Stärkung der europäischen Freiheit. Wenn dem so ist, muß auch die Einsicht wachsen, daß auf ganz Deutschland das Selbstbestimmungsrecht der Völker seine Anwendung finden muß. Das ist der Weg, der den Ostpreußen, den Westpreußen, den Schlesiern und den Pommern die Heimat wiedergibt. Gibt es heute wirklich noch verantwortliche Staatsmänner, die nur in einem zerrissenen Deutschland die Sicherheit ihres Landes sehen? Wir haben nach den Abenteuern Hitlers Verständnis für gewisse Besorgnisse. Es wäre aber eine gefährliche Politik, wollte man die Hälfte unseres schwergeprüften Landes in den Händen des Bolschewismus lassen. Man kann Europa nicht dadurch befrieden und stärken, daß man aus Königsberg Kaliningrad und aus Breslau Wroclaw macht. Europa kann nur befriedet werden, wenn ein gleichberechtigtes Deutschland in den Grenzen wieder hergestellt wird, die seinem Selbstbestimmungsrecht entsprechen. Polen hat seinen Landgewinn mit der Sowjetisierung bezahlt. Ich bin überzeugt, daß die freie Welt die Verewigung der deutschen Zerrissenheit mit einem weiteren Vormarsch des Kommunismus zu bezahlen hätte. Ich darf das so sagen: Niemand hat sich ehrlicher um eine Verständigung mit dem Osten bemüht als die Union der

Sowjetzone. Allerdings haben wir auch niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß es für uns nur eine Verständigung auf der Basis des Rechtes, der Demokratie und der Freiheit gibt. Ich habe das auf dem Boden der Sowjetzone immer wieder vor aller Öffentlichkeit ausgesprochen. In manchem Gespräch mit maßgeblichen Männern der sowjetischen Besatzungsmacht schien man zeitweise auf Verständnis dafür zu stoßen. Wir haben jedoch alle erfahren müssen, was heute die ganze Welt weiß: Ganz Deutschland sollte damals dasselbe Schicksal erleiden wie Polen, wie die Tschechoslowakei und weitere Staaten Osteuropas. Ein Sowjetdeutschland war und ist das Ziel. Sollte dieses Ziel jemals erreicht werden, dann spielt es natürlich für die Sowjetunion keine Rolle mehr, ob das Land östlich der Oder-Neiße deutsch oder ob es polnisch ist. Denn in allen bolschewisierten Ländern ist der Kreml unumschränkter Herrscher.

Das ist der Sinn, der hinter dem sogenannten Abkommen von Görlitz und hinter den sogenannten Verträgen von Warschau steht. Ulbricht und Grotewohl waren nur Werkzeuge der machtpolitischen Aktionen der Sowjets. Die so oft beschworenen Beschlüsse von Potsdam wurden gebrochen. Die Oder-Neiße-Linie wurde zur Friedensgrenze erklärt. Der Wahlbetrug vom 15. Oktober war einseitiger Schlußstein dieser imperialistischen Aktionen gegen die Einheit eines freien Deutschland. Charakteristisch sind dabei bestimmte Abmachungen zwischen den Statisten der Sowjetzone und denen der Polen. Als erster wurde ein Vertrag unterschrieben, der vorsieht, daß mit größter Schnelligkeit Grenzsteine zwischen der Sowjetzone und Polen gesetzt werden. Die angeblichen Konzessionen von polnischer Seite im Hinblick auf Erweiterung des Handelsverkehrs bedeuten nur eines: Die Sowjetzone wird noch mehr als bisher in das volksdemokratische Wirtschaftssystem eingegliedert. Es ist als großes Entgegenkommen bezeichnet worden, daß deutsche Schiffe demnächst wieder auf der Oder fahren dürfen. Aber es sind sowjetische Schiffe. Sie dienen der sowjetischen Wirtschaft.

Und nun fragen wir: Was ist aus den deutschen Ländern östlich der Oder-Neiße geworden? Ein einfaches Wort sagt: Unrecht Gut gedeihet nicht. Das oberschlesische Industriegebiet ist in das Rüstungssystem der Sowjetzone einbezogen. Aus freien Arbeitern sind Arbeitssklaven geworden. In schwerster Fron stellen sie Panzer und Panzerplatten her. In den großen Städten hat man seelenlose Konjunkturbauten errichtet. Städte wie Breslau und Stettin sind ihres Charakters als Handelsmetropolen zwischen Ost und West beraubt worden. Danzig und Königsberg sind nur noch Schatten ihrer selbst. Zeugnisse deutscher Kultur sind vernichtet.

Noch trostloser sieht es auf dem Lande aus. Einzelne Kurorte florieren noch. Aber nur deshalb, weil sie von den Piecken und den Grotewohlen bevölkert werden. Sonst aber wissen wir: Weite Teile des Landes östlich der Oder-Neiße sind verödet und versteppt. Wo früher deutsche Bauern den eigenen Boden pflügten und pfl egten, ist heute das System der Kolchose eingeführt. Fremde Arbeiter sind in die sowjetischen und die polnischen Gebiete eingeschleppt. Niemand fühlt sich auf heimatlicher Scholle. Denn jeder weiß: Es ist die Scholle der deutschen Heimatvertriebenen. Die neuen Bewohner zweifeln zudem am Bestand der augenblicklichen Verhältnisse. Die polnischen Umsiedler aus Ostgalizien fühlen sich auf dem Eigentum deutscher Heimatvertriebener selbst als „Heimatvertriebene“. Die polnische Regierung hat aus urdeutschen Ge-

bieten polnische Provinzen gemacht. Sie hat Köslin, Oppeln und Grünberg zu polnischen Provinzialhauptstädten gemacht. Das alles hat aber das Heimatgefühl der polnischen Umsiedler nicht wecken können. Und auch die Fruchtbarkeit unseres Landes dort ist nicht gewachsen. Ostpreußen — früher einmal die deutsche Kornkammer — muß heute Getreide einführen.

Man versucht mit Eifer die geschichtliche Tradition des deutschen Ostens zu verfälschen. Man schafft Stalin-Alleen. Man baut Dimitroff-Brücken und errichtet Lenin-Denkmäler. Man tut das im übrigen auch in der Sowjetzone. Aber damit ist die tausendjährige deutsche Vergangenheit nicht auszutilgen.

Es ist natürlich kein Wunder, wenn die Heimatvertriebenen die besorgte Frage stellen: Kommt der Tag, der das alles ändert? Ich antworte darauf: Er kommt. Ich frage: Hat je eine Generation soviet Staaten und Reiche errichten und zerfallen sehen wie die unsrige? Ohne Recht und Treue zu einer sittlichen Ordnung bleibt kein Staat und kein Reich bestehen. Dafür ist Hitler ein Beispiel. Dafür wird auch der sowjetische Imperialismus Beispiel sein. Und zwar, wenn die freie Welt stark ist. Und wenn sie gewillt ist, der Gerechtigkeit den Weg zu bereiten.

Wir schreiben 1950. Wir haben in den fünf Nachkriegsjahren das langsame Erwachen der Vernunft erlebt. In wachsender Klarheit erkennen die freien Völker des Westens die Gefährlichkeit eines zerrissenen Deutschlands. Im Juni noch erklärte McCloy: „Die amerikanische Regierung hat weder die Oder-Neiße-Linie noch die Einbeziehung derjenigen deutschen Gebiete in das polnische Staatswesen anerkannt, die unter polnische Verwaltung gestellt worden sind.“ Vor wenigen Wochen haben die Westmächte den Protest der Bundesregierung an die sowjetische Kontrollkommission weitergeleitet. Sie stellten dabei noch einmal fest: „Erst ein Friedensvertrag regelt die Grenzen von Deutschland.“ Auch bei den östlichen Völkern wachsen die Zeichen der Vernunft. Der Tschechische Nationalausschuß hat vor kurzem das Recht der Sudetendeutschen auf Heimat und Selbstbestimmungsrecht ausdrücklich anerkannt.

An uns ist es, dem Tag der Heimkehr den Weg zu bereiten. An uns ist es aber auch, uns auf diesen Tag vorzubereiten. Ein ermutigendes Zeichen ist die Charta der Heimatvertriebenen. Sie erklärt, daß die Heimatvertriebenen auf Rache und Vergeltung verzichten wollen. Haß und Rache hat Hitler gesät. Und die Vergewaltigungen des Kommunismus haben sie doppelt und dreifach gesät. Wir wollen endlich Haß und Rache beseitigen. Wir wollen auch und vor allem Verständigung mit den Völkern Osteuropas, wenn der Kommunismus von ihnen abgefallen ist.

Wir werden mitwirken, die Macht der freien Völker zu stärken. Nicht um einen Krieg vorzubereiten, sondern um ihn zu verhindern. Ich bin der Überzeugung: Nur die Stärke der freien Völker wird ihn verhindern.

Wir werden Idee und Kultur des deutschen Ostens im gesamtdeutschen Bewußtsein pflegen. Wir werden es als unsere besondere Aufgabe ansehen, den Heimatvertriebenen dabei zu helfen. Wer die Schlesische Heimatwoche in Köln miterlebt hat, weiß: Kultur und Geschichte des deutschen Ostens leben trotz der Armut der Heimatvertriebenen in unverminderter Kraft. Wir werden das ostdeutsche Schrifttum fördern. Und ostdeutsche wissenschaftliche Institute unterstützen. Ein ostdeutscher Kulturrat soll auf der Grundlage gesunden Eigenlebens die Landsmannschaften zu zweckmäßiger Zusammenfassung führen.

In unserer Verantwortung liegt es, daß die Kinder der Heimatvertriebenen im Gedanken an die Heimat aufwachsen. In unserer Verantwortung liegt es ebenso, daß die Kinder aus dem westlichen Deutschland mit dem Gedanken an das Schicksal des deutschen Ostens erzogen werden. In den Schulen sollten „Ostdeutsche Stunden“ eingeführt werden. Die Bundesregierung wird sich zu diesem Zweck mit den Kultusministerien der Länder in Verbindung setzen.

Es muß gesamtdeutsche Gepflogenheit werden, daß Volkshochschulen, daß alle berufenen Organisationen für die Unterrichtung über Ostdeutschland Sorge tragen. Das Wissen um das Geschick der Sowjetzone, um den einstigen Reichtum und das heutige Schicksal des Landes jenseits der Oder-Neiße müssen verpflichtendes Allgemeingut jedes Deutschen werden. Von Berlin aus wird im November eine große ostdeutsche Wanderausstellung ihren Weg durch alle Länder der Bundesrepublik nehmen.

Am Schicksal Deutschlands wird sich erweisen, ob Europa Willen und Kraft zum Leben hat. Wir Deutschen werden das Unsere dazu tun. Deshalb sind wir auch überzeugt, daß der Tag eines in Freiheit wiedervereinten Deutschlands kommt. Dann wird das Leid der hinter uns liegenden Jahre nicht sinnlos gewesen sein.

Nochmals: Das Vertriebenenproblem

Der erste Bundesparteitag der CDU widmete dem Vertriebenenproblem seine ganz besondere Aufmerksamkeit. Obwohl diese Frage schon in der Delegiertentagung in einem besonderen Referat beleuchtet worden war, kamen in der Schlußkundgebung noch zwei weitere Redner zu diesem Thema zu Worte.

Bundesminister Dr. Hans Lukaschek:

Als ich vor Jahresfrist zum Bundesminister für Vertriebene berufen wurde, war ich mir dessen bewußt, daß ich vor einer außerordentlich schweren, ja kaum lösbaren Aufgabe stehen würde. Auf der einen Seite die Notwendigkeit, mit den vorhandenen Mitteln so sparsam wie möglich umzugehen, um den Wiederaufbau des durch den totalen Krieg und durch die totale Niederlage zerstörten Deutschlands zunächst im Rahmen der westdeutschen Bundesrepublik erfolgreich beginnen zu können, auf der anderen Seite die Not von Millionen Vertriebenen und total Bombengeschädigter, die jahrelang auf wenigstens teilweise Wiedergutmachung ihrer Verluste gewartet hatten, und die nun nicht länger warten wollten. Ich war mir klar darüber, daß das Zusammenprallen entgegengesetzter Wünsche und Interessen zu schwersten Konflikten und Belastungen für das junge Staatswesen führen mußte, und daß ich im Brennpunkt dieser Auseinandersetzungen stehen würde. Trotzdem habe ich mich dem an mich ergehenden Rufe nicht entzogen, in der Überzeugung, daß in der heutigen Situation niemand aus persönlichen Bequemlichkeitsgründen seine Mitarbeit, sei es an hoher, sei es an niederer Stelle, versagen darf, weil nur aus der opferbereiten Zusammenarbeit aller ein Erfolg erhofft

werden kann. Das Problem der Heimatvertriebenen muß aber im Rahmen des Möglichen in der Bundesrepublik gelöst werden, weil niemand das Chaos verantworten könnte, das leider unausbleiblich wäre, wenn wir, Regierung und Volk, an dieser Aufgabe scheitern würden.

Nach dem Grundgesetz ist die Betreuung der Vertriebenen Sache der Länder. Das Bundesministerium hat demnach im wesentlichen nur die Aufgabe, die Maßnahmen der einzelnen Landesflüchtlingsverwaltungen miteinander in Einklang zu bringen und darauf hinzuwirken, daß die Vertriebenen in allen Ländern der Bundesrepublik nach möglichst gleichen Richtlinien behandelt werden.

Das Bundesministerium für Vertriebene konnte sich nicht, wie andere Ministerien, auf einen traditionellen Aufgabenkreis beschränken. Wir haben es ja nicht mit einem abgegrenzten Sachgebiet zu tun, sondern mit einem Personenkreis von annähernd 10 Millionen, die fast auf allen Lebensgebieten eine Fülle bisher unerfüllter, berechtigter Forderungen anzumelden haben. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, neue Wege zu beschreiten, die fast durchweg in den Geschäftsbereich anderer Bundesministerien hineinführen. Nur hervorragende Sachkenntnis aller Referenten und der Wille, die gestellten Aufgaben zu meistern, können verhindern, daß aus dem unerläßlichen Miteinander ein den Erfolg gefährdendes Neben- oder gar Gegeneinander wird. So beschränkt sich denn auch die legislative Arbeit des Bundesministeriums nicht nur auf die eigentlichen Vertriebenengesetze, die von uns federführend vorbereitet wurden.

Wenn ich die meinem Ministerium gestellten Aufgaben nach großen Gesichtspunkten zusammenfassend umreißen soll, so würde ich sie folgendermaßen gliedern:

1. Regelung der Rechtsstellung der Vertriebenen.
2. Bessere Verteilung der Vertriebenen auf dem Gebiet der Bundesrepublik.
3. Wirtschaftliche und soziale Eingliederung der Vertriebenen in den westdeutschen Organismus.
Dazu gehören vor allem Maßnahmen auf steuerlichem und kreditwirtschaftlichem Gebiet, verbunden mit dem Problem einer gerechten Entschädigung erlittener Verluste. Hierher gehört also auch der vielumstrittene Lastenausgleich.
4. Zusammenführung noch getrennter Familien, d. h. auch Heimführung noch im Ausland befindlicher Deutscher.
5. Förderung der Arbeit der Organisationen der Vertriebenen auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet.
6. Mobilisierung ausländischer Hilfe für unsere Vertriebenen.
7. Seit Ende 1949 ist als zusätzlicher Aufgabenkreis hinzugetreten die Betreuung der Kriegsgefangenen und Heimkehrer.

Seit 1945 hatten die Länder je nach den bei ihnen vorliegenden Verhältnissen recht unterschiedliche Vertriebenengesetze erlassen. In der amerikanischen Zone wurde eine gewisse Vereinheitlichung bereits im Frühjahr 1947 durch ein einheitliches Flüchtlingsgesetz erzielt, in den übrigen Ländern bestehen aber bis heute noch abweichende Begriffsbestimmungen weiter. Der Erlaß eines Bundesvertriebenengesetzes ist daher dringend notwendig. Die Vorarbeiten haben sich länger hingezogen als ursprünglich angenommen wurde. Ich glaube aber sagen zu können, daß der unmittelbar vor der Fertigstellung stehende Entwurf noch im Spätherbst d. J. den gesetzgebenden Körperschaften wird zu-

geleitet werden können. Ich hoffe, daß unser Parlament dem Entwurf zustimmen wird und daß wir noch vor Ablauf dieses Jahres ein einheitliches Vertriebenenrecht in allen Ländern der Bundesrepublik haben werden. Es bleibt dann die Aufgabe der Länderregierungen, ihre eigene Gesetzgebung diesem Rahmengesetz anzupassen.

Im Bundesgebiet befinden sich bekanntlich nicht nur Heimatvertriebene. Z. Zt. der Kapitulation lebten hier auch noch mehrere Millionen Ausländer, die zum größten Teil durch die nationalsozialistische Organisation zwangsweise nach Deutschland hereingeholt worden waren, um hier an Stelle der zum Wehrdienst eingezogenen deutschen Männer in der Industrie und in der Landwirtschaft zu arbeiten. Diese sog. DPS wurden zunächst von der UNRRA betreut, ein großer Teil von ihnen ist wieder in seine meist osteuropäische Heimat zurückgekehrt, ein anderer Teil ist im Laufe der Jahre nach Übersee ausgewandert. An die Stelle der UNRRA trat später die Internationale Flüchtlingsorganisation (IRO). Diese befindet sich gegenwärtig in der Abwicklung ihrer Geschäfte und hat am 1. Juli 1950 die nicht zur Auswanderung vorgemerkten Personen der deutschen Betreuung zugeführt. Die Alliierte Hohe Kommission hat ihre Zuständigkeit in einem gewissen Ausmaß auf die Bundesregierung übertragen, und ein Gesetz über die Rechtsstellung heimatloser Ausländer im Bundesgebiet ist in meinem Ministerium ausgearbeitet worden. Durch dieses Gesetz, das z. Zt. dem Bundestag vorliegt, schaltet sich die Bundesrepublik praktisch in die internationale Arbeit zur Lösung des Flüchtlingsproblems ein. Die Bundesregierung hat auch bereits ihre Bereitschaft zum Ausdruck gebracht, einer internationalen Flüchtlingsorganisation beizutreten.

Auch die deutschen Heimkehrer und Kriegsgefangenen werden seit dem 1. Dezember 1949 von meinem Ministerium betreut. Das am 14. Juni verkündete Gesetz über die Unterhaltsbeihilfe für Angehörige von Kriegsgefangenen regelt die Versorgungsfrage in Anlehnung an die Versorgung der Kriegshinterbliebenen. Leider befinden sich noch eine große Zahl deutscher Kriegsgefangener in verschiedenen Gewahrsamsländern, vor allem in der Sowjetunion. Die Bundesregierung hat, wie bereits bekannt, den 26. Oktober als „Tag der deutschen Kriegsgefangenen“ erklärt. Die Protestkundgebungen, die für diesen Tag geplant sind, sollen dartun, daß wir Deutsche das Leid unserer Kriegsgefangenen und ihrer Familien als unser eigenes Leid empfinden, und das Weltgewissen aufrufen, diese gegen alle Grundsätze der Menschlichkeit verstoßende Zurückhaltung der Kriegsgefangenen 5½ Jahre nach dem Ende der Feindseligkeiten nicht mehr zu dulden.

Die Zusammenarbeit mit internationalen Instanzen konnten deutsche Kriegsgefangene in Frankreich, Belgien, Holland und teilweise auch in Jugoslawien mit Kleidungsstücken, Medikamenten, Schriften usw. versehen werden. Deutsche Zivilarbeiter in Frankreich, Belgien, Großbritannien und Nordafrika wurden, ebenso wie deutsche Fremdenlegionäre, von uns beraten und mit Schrifttum versorgt. Das bisherige Fehlen konsularischer Vertretungen im Ausland macht sich gerade in dieser Hinsicht schmerzlich bemerkbar.

An einer Reihe von Gesetzen, die nicht von meinem Ministerium federführend bearbeitet worden sind oder noch werden, sind wir gleichwohl auf das stärkste interessiert, weil der von diesen Gesetzen erfaßte Personenkreis zum großen Teil aus Heimatvertriebenen besteht. Dazu gehört vor allem das Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der

unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen (Ost-Pensionäre). Bereits seit dem Sommer 1947 wurden Versuche unternommen zwecks einheitlicher Regelung der Versorgungsbezüge heimatvertriebener Beamter und Angestellter. Für die Pensionäre der Bahn und Post konnte das Amt für Fragen der Heimatvertriebenen eine entsprechende Regelung durchsetzen. Die allgemeine Regelung ist noch abhängig von dem Schicksal des Gesetzentwurfes, der jetzt den gesetzgebenden Körperschaften vorliegt. Da sich die Ostpensionäre aber in einer sehr bedrückten Lage befinden, habe ich mich mit allem Nachdruck für die Zahlung einer Überbrückungshilfe eingesetzt, die seit dem 1. April nun auch gewährt wird.

Damit befinden wir uns schon mitten in den finanziellen Problemen, die mit dem Problem der Vertriebenen so unlösbar eng verknüpft sind und die naturgemäß die größten Schwierigkeiten in sich bergen. Es ist ohne weiteres verständlich, daß eine wirkliche Eingliederung der Vertriebenen in den westdeutschen Organismus nur unter Einsatz sehr großer Mittel möglich ist, und daß diese Mittel uns nicht in dem wünschenswerten Ausmaß zur Verfügung stehen. Ich habe als Bundesminister für Vertriebene die Aufgabe und Pflicht, die gerechten Forderungen der Vertriebenen im Rahmen des Kabinetts zu vertreten, ebenso wie der Bundesfinanzminister die Aufgabe hat, den Grundsatz zu betonen, „keine Ausgabe ohne Deckung“. Daraus ergeben sich mitunter Meinungsverschiedenheiten, die überbrückt werden müssen und können. Mein Ministerium ist bestrebt, zweckdienliche Vorschläge zu machen, wie das Vertriebenenproblem Schritt für Schritt einer einigermaßen befriedigenden Regelung zugeführt werden könnte.

Dazu gehört die Umsiedelung der Vertriebenen aus den überwiegend landwirtschaftlichen und mit Flüchtlingen überlasteten Ländern Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern in die bisher nicht stark belegten übrigen Länder der Bundesrepublik. Seit 1947 hat man versucht, zu einem freiwilligen Übereinkommen zwischen den Ländern zu gelangen. Eine planmäßige Umsiedlung konnte aber erst in Angriff genommen werden, als durch die von meinem Ministerium vorbereitete Verordnung vom 29. November 1949 die rechtliche Grundlage dafür gegeben war. Bis zum Ablauf dieses Jahres sollen insgesamt 300 000 Heimatvertriebene umgesiedelt sein. Die Aufnahmeländer haben zugesagt, daß sie ihr Soll erfüllen werden, und ich hoffe, sie werden dieses Wort auch wahr machen. Wie sich freilich die Umsiedlung im kommenden Jahre weiterführen lassen wird, ist eine noch offene Frage, denn die Abgabeländer drängen natürlich auf Entlastung, während die Aufnahmeländer erklären, sie könnten die Umsiedlung nur weiterführen, wenn vorher Arbeitsplätze und Wohnungen geschaffen werden. In der Praxis ist es meist so, daß, wo Arbeit vorhanden ist, Wohnungen fehlen und umgekehrt. An diesem Punkt wird klar, welche entscheidende Bedeutung das Wohnungsbauprogramm der Bundesregierung gerade auch für die Vertriebenen hat.

Im Zusammenwirken mit dem Bundesministerium für Wohnungsbau, für Finanzen und dem Hauptamt für Soforthilfe konnten den Ländern bisher insgesamt etwa 1,2 Milliarden DM aus Bundes- und ERP-Mitteln zur Verfügung gestellt werden. Davon sind etwa 286 Millionen allein für den Bau von Wohnungen für Vertriebene zweckgebunden. Von weiteren 425 Millionen, die für alle Geschädigten im Sinne des Soforthilfegesetzes bestimmt sind, dürfte etwa die Hälfte für den Bau von Vertriebenenwohnungen Verwendung finden.

Auf der Grundlage des Flüchtlings-Siedlungsgesetzes konnten im ersten Jahr fast 5000 landwirtschaftliche Betriebe mit einer Gesamtfläche von mehr als 40 000 ha von Vertriebenen übernommen werden. Am weitesten voran ist Niedersachsen, wo bereits der tausendste Hof eines Vertriebenen übergeben werden konnte. Aus der dritten Rate des ECA-Programms 1949/50 sind 6,2 Millionen DM für mittelfristige Siedlerkredite für Flüchtlinge bereitgestellt worden. Ich erwähne in diesem Zusammenhang auch das Emsland-Programm, in dem zunächst die Errichtung von etwa hundert Siedlerstellen für Vertriebene vorgesehen ist.

Wenn natürlich auch deutsche Kräfte und Mittel nicht ausreichen, um die rund $7\frac{1}{2}$ Millionen Vertriebenen und die vielen Hunderttausende von Flüchtlingen aus der Sowjetzone organisch in die westdeutsche Wirtschaft einzugliedern, so muß doch zunächst alles, was in unseren Kräften steht, geschehen, um Dauerarbeitsplätze usw. für die Vertriebenen zu schaffen. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Bundesregierung hat diesem Gesichtspunkt Rechnung getragen. Ein Schwerpunktprogramm für die mit Vertriebenen besonders belegten Länder Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Bayern und Nordhessen wurde in Höhe von 300 Millionen DM ausgearbeitet. Bei diesem Projekt konnten nach eingehenden Verhandlungen die Vertriebenen besonders berücksichtigt werden. Etwa 55 % der für Dauerarbeitsplätze in Gewerbe und Landwirtschaft bewilligten Kredite sind Flüchtlingsbetrieben bzw. der landwirtschaftlichen Siedlung zugute gekommen. Daneben wurden besondere Förderungsmaßnahmen ins Auge gefaßt, wie z. B. Gewährung von Zinszuschüssen, Übernahme von Landesbürgschaften, die durch eine Bundesrückbürgschaft in Höhe von 70 % gesichert sind, und ferner Gewährung von Betriebsmittelanteilen.

Mein Ministerium hat mit allem Nachdruck darauf hingearbeitet, auch Auslandsmittel zum Fließen zu bringen. Zunächst ist es möglich gewesen, von der zweiten Tranche des ECA-Investitionsprogramms 1949/50 insgesamt 70 Millionen für Zwecke der Vertriebenen abzuzweigen, und zwar sind das 50 Millionen DM für Investitionskredite, während 20 Millionen DM zur Schaffung eines Garantiefonds Verwendung finden sollen. So können Ausfallbürgschaften für Kredite an Heimatvertriebene übernommen werden.

Es erschien zweckmäßig, die Durchführung dieser Transaktionen einem besonderen Geldinstitut zu übertragen. Auf meinen Vorschlag hin stimmte die Bundesregierung der Gründung der Vertriebenen-Bank A. G. in Bonn zu. Aufgabe dieser Bank ist die Finanzierung der auf Bundesebene anfallenden Gelder für Vertriebenenkredite. Das Aktienkapital von zunächst 3 Millionen DM befindet sich restlos in der Hand des Bundes.

Eine ganze Anzahl industrieller Unternehmungen, die ehemals östlich der Oder-Neiße-Linie oder im Sudetenland wirkten, haben ihre frühere Produktion in der Bundesrepublik wieder aufnehmen können. Das Bundesministerium für Vertriebene hat sich u. a. einschalten können zugunsten einer Beteiligung der am Export besonders interessierten Vertriebenenindustrie an der Chikagoer Messe.

Wenn von finanziellen Schwierigkeiten die Rede ist, denkt jeder natürlich an den Lastenausgleich. Auch an dieser m. E. vielleicht schwierigsten Aufgabe, die uns gestellt ist, will ich nicht vorübergehen. Ein gerechter Lastenausgleich ist den Vertriebenen und Kriegsgeschädigten vor rund Jahresfrist in der ersten Regierungserklärung des Bundeskanzlers zugesagt worden. Der Kanzler erklärte damals wörtlich: „Wir

werden bemüht sein, den endgültigen Lastenausgleich baldigst zu verabschieden, um die Ungewißheit zu beseitigen, die seit so langer Zeit sowohl auf den Geschädigten wie auf der zu belastenden Wirtschaft liegt. Die gesetzliche Regelung muß sich in die allgemeine Steuer- und Finanzreform sinnvoll einordnen. Die Kleinst- und Kleingeschädigten müssen dabei besonders pfleglich behandelt werden.

Die Vertriebenen betrachten den Lastenausgleich in der Tat als die zentrale Frage, deren Beantwortung für viele entscheidend sein wird für ihre Stellungnahme nicht nur zur Bundesregierung, sondern überhaupt zur neuen deutschen Demokratie. Mein Ministerium hat in umfangreichen Vorarbeiten Grundlagen geschaffen für die Beurteilung der wirtschaftlichen Möglichkeiten. Insbesondere an den Beratungen des sog. „Unkeler Kreises“ sind meine zuständigen Referenten und bin ich selbst ständig beteiligt gewesen. Ich habe mich nachdrücklich eingesetzt für die grundsätzliche Anerkennung eines Rechtsanspruches der Geschädigten auf den Ausgleich, für die Feststellung des individuellen Schadens, für die Trennung des Lastenausgleiches ausgesprochenen Fürsorgemaßnahmen und für eine wirkliche Vermögensumschichtung, so, wie sie der Bundeskanzler in der Regierungserklärung als Richtschnur für das Kabinett anerkannt hatte.

Der Lastenausgleich ist keineswegs nur eine finanzielle Angelegenheit, die mit dem Rechnungswesen des Finanzbeamten erledigt werden könnte, er verlangt vielmehr eine Entscheidung, die sich der psychologischen und politischen Auswirkungen in jeder Hinsicht voll bewußt ist. Ich sehe im Lastenausgleich eine Frage von entsprechender wirtschaftlicher und staatspolitischer Bedeutung für unsere Bundesrepublik.

Manche mögen glauben, daß das Vertriebenenproblem und damit der Aufgabenkreis meines Ministeriums sich gewissermaßen von selbst erledigen werde, da die Vertriebenen ja allmählich aussterben würden. Nun, damit hat es noch gute Weile, vorläufig nimmt die Zahl der Vertriebenen und Flüchtlinge immer noch zu. Immer noch kommen neue Flüchtlinge über die Zonengrenze, von denen zwar nur ein verhältnismäßig geringer Teil einen zwingenden Grund zum Verlassen der Sowjetzone hatte, die aber doch bei uns bleiben und die allgemeine Situation erschweren. Es kommen aber auch noch hinzu jene Menschen, die bisher in Polen und in der Tschechoslowakei unter zum Teil menschenunwürdigen Verhältnissen gelebt haben und jetzt von dort abgeschoben werden. Im Rahmen der sog. Operation Link sind bisher über Friedland rund 19 000 Deutsche aus Polen und über Furth im Wald rund 9 000 Deutsche aus der Tschechoslowakei in das Bundesgebiet eingeschleust worden. Bis zum Jahresende sollten nach den Vereinbarungen zunächst 25 000 Personen aus Polen und 20 000 aus der Tschechoslowakei von uns übernommen werden. Schwierigkeiten ergeben sich insofern, als diese Transporte nicht nur die auf den Listen der Operation Link verzeichneten Personen enthalten, sondern auch andere, die keine Angehörigen im Bundesgebiet haben, für die also zunächst Wohnraum beschafft werden muß. Gegenwärtig konzentrieren sich ja alle Bemühungen darauf, Einzelpermits für noch im Ausland befindliche Deutsche zu beschaffen, um insbesondere bei Härtefällen vermittelnd eingreifen zu können. Die Verteilung dieser Personen auf die Länder des Bundesgebietes wird durch eine Rechtsverordnung, die bereits entworfen ist, geregelt werden. Der bisher zwischen den Ländern vereinbarte Schlüssel besagt, daß 60 % in die französische Zone und je 20 % in die amerikanische und britische Zone gehen sollen.

Es ist verständlich, daß das Ausland, dem zunächst die Begriffe „Flüchtling, Vertriebene, DP's“ völlig durcheinander gingen, gegenwärtig noch die Auffassung vertritt, eine Massenauswanderung könne das deutsche Vertriebenenproblem am zweckmäßigsten lösen. Mein Ministerium vertritt demgegenüber die Auffassung, daß es zunächst wichtiger ist, alles daranzusetzen, um den Einbau der Vertriebenen in die westdeutsche Wirtschaft, soweit das irgend möglich, zu verwirklichen. Wir stehen dabei auf dem Standpunkt, daß jede Million Dollar, die das Ausland zur Finanzierung der Auswanderung uns bewilligen könnte, besser angewandt sein würde bei der Existenzgründung der Vertriebenen im Bundesgebiet selbst. Daß ein Rest an Auswanderungsbereiten verbleiben wird, ist selbstverständlich, und es wird darauf ankommen, den Deutschen, die wirklich das Risiko der Auswanderung auf sich nehmen, nicht nur mit Rat, sondern auch mit finanziellen Mitteln hilfreich zur Seite zu stehen, um sie vor dem Untergang zu bewahren.

Ich kann meine Darstellung aber nicht abschließen, ohne auch auf die Rolle eingegangen zu sein, die die CDU als führende Regierungspartei, und damit belastet mit einer erhöhten Verantwortlichkeit, bei der Bewältigung der der Koalition gestellten Aufgabe gespielt hat. Ich will hier ganz offen sprechen! Als Bundesminister für Vertriebene kann ich selbstverständlich keine parteipolitischen Unterschiede machen, sondern behandle die Vertriebenen alle gleich, ohne einen Unterschied landsmannschaftlicher Herkunft oder parteipolitischer Einstellung irgendwie anzuerkennen oder von mir aus in Erscheinung treten zu lassen. In diesem Sinne ist auch mein ganzes Ministerium in seiner Arbeit durchaus überparteilich eingestellt. Das hindert natürlich nicht, daß jedem einzelnen meiner Mitarbeiter das staatsbürgerliche Recht der politischen Zugehörigkeit zu der seiner Auffassung nach am meisten entsprechenden Partei in keiner Weise eingeengt wird. Ich selbst gehöre zu den Mitbegründern der CDU und habe nie ein Hehl daraus gemacht, daß ich auch heute auf dem Boden der CDU stehe, mich zu ihren Grundsätzen bekenne ohne Schranken. Gerade darum habe ich aber auch das Recht, mich kritisch zu äußern, wenn ich glaube, mit dieser Kritik nicht nur der CDU selbst, sondern auch der Allgemeinheit dienen zu können.

Vorangestellt muß werden, daß bei allen Hilfen, die den Vertriebenen gegeben worden sind, die CDU führend beteiligt war und ist. Sie hat die Bedeutung des Problems nicht nur in wirtschaftlicher und sozialer, sondern vor allem in christlicher Sicht erkannt. Ihr sind daher auch die Herzen der Vertriebenen zugeflogen. Weltanschaulich und politisch standen die Vertriebenen in der Heimat den tragenden Ideen der christlichen Demokratie in ihrer Mehrheit nahe. Wenn wir heute feststellen müssen, daß ein großer Teil sich verbittert zurückgezogen hat und ihr hauptsächlich treu geblieben ist, wer weltanschaulich und kirchlich in festen Bindungen steht, so muß man den Grund dafür zu erkennen suchen. Es genügt dazu nicht die Feststellung, daß die Vertriebenen nicht entsprechend ihrer Beteiligung an der Wählerzahl bei Aufstellung der Kandidatenlisten berücksichtigt worden sind, auch nicht, wenn man darauf hinweist, daß die Vertriebenen unterdessen mächtige Organisationen gebildet haben, deren Führer zum Teil unverantwortlich agitierten und aus reinem Machtstreben eigene Parteien errichten wollten. Das sind nur äußere Erscheinungen, die noch nicht Aufschluß über die wirklichen Gründe geben. Man beseitigt den betrüblichen Befund nicht, wenn man versucht, an den äußeren Merkmalen herumzudoktern. Man muß historisch die Entwicklung sich vor Augen führen. Das Gebiet der Bundes-

republik war Ende 1944/45 von den westlichen Armeen überflutet worden. Mögen dabei auch mancherlei Übergriffe sich ereignet haben, im großen gesehen blieb der Bevölkerung im Bundesgebiet ihr Besitz erhalten und die Besatzungsmächte handelten in demokratischer Gesinnung und Gesittung, der gleichen, in der die Bevölkerung lebte und dachte. Ganz im Gegensatz dazu verfuhr die russische Besatzungsmacht. Es ist ja hier nicht notwendig, die entsetzlichen Vorkommnisse, Plünderung, Schändung, Mord und schließlich die grausame Austreibung im harten Winter 1945/46 darzustellen, bei der 2 bis 3 Millionen deutsche Menschen zugrunde gingen, während die übrigen 7½ Millionen in erbärmlichem Zustand, der Habe beraubt, in die Westgebiete einströmten. Daß es damals den erst im staatlichen Aufbau befindlichen Ländern, die einer zentralen Zusammenfassung noch entbehrten, überhaupt gelungen ist, diese Katastrophe, einem gewaltigen Erdbeben vergleichbar, zu überstehen, ist heute in der Rückschau als ein Wunder zu bezeichnen. Erklärlich ist das nur dadurch, daß jeder einzelne der westlichen Bevölkerung in wahrhaft christlicher Gesinnung an seinem Platz geholfen hat. Ein gleiches Wunder ist es aber auch, daß die Vertriebenen mit den schlechtesten Unterbringungs- und Verpflegungsmöglichkeiten sich begnügt haben und es nirgends zu irgendwelchen größeren Unruhen gekommen ist. Der Grund ist darin zu suchen, daß der seelische Schock der Vertreibung bei ihnen zu groß war, als daß sie nicht die Errettung aus der unmittelbaren Gefahr als Glück empfunden hätten und diese Empfindung anderes Denken überwuchert hätte. Die folgende Zeit wurde bei den Vertriebenen durch das mühselige Suchen nach Beschaffung der allernotwendigsten Bedarfsgegenstände ausgefüllt, das zum großen Nachdenken kaum Zeit ließ. Es kam dazu, daß ja auch die einheimische Bevölkerung selbst unter der bösen Wirtschaftslage, wie der schlechten Ernährung, ähnlich den Vertriebenen zu leiden hatte. Dieser Zustand hat sich mit dem Zeitpunkt der Währungsreform grundstürzend geändert.

Die Währungsreform hat einmal die Vertriebenen aller Barmittel, die sie zum Teil noch in Papiergeld mitbringen konnten, beraubt. In der Währungsreform sind vor allen Dingen nicht gleichzeitig die deutschen Vorschläge durchgeführt, einen gerechten Lastenausgleich zum Ausgleich der Kriegs- und Vertriebenenschäden zu ordnen. Die Militärregierung hat mit dem Währungsgesetz aber der deutschen Regierung die Pflicht auferlegt, ein solches Lastenausgleichsgesetz zu schaffen, eine der Tatsachen, die sich politisch außerordentlich schwer ausgewirkt haben. Denn wenn zu diesem Zeitpunkt der großen Eingriff erfolgt wäre, wäre er leichter zu ertragen gewesen und hätte gleichzeitig eine gewisse Befriedigung gebracht. Mit der Währungsreform haben sich, wie Sie alle wissen, die wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands ganz grundstürzend geändert. Wir wissen alle, daß sie günstige Wirkungen hinsichtlich des wirtschaftlichen Aufschwunges der westdeutschen Länder gebracht hat. Von diesem Zeitpunkt ab hat die westdeutsche Bevölkerung auch wieder wirtschaftlich rechnen können. Dieses Rechnen hat andererseits die tiefstgreifenden Wirkungen gegenüber den Vertriebenen gebracht, denn es führte notwendigerweise zu einer Rationalisierung der Wirtschaft. Waren bis zum Zeitpunkt der Währungsreform die Vertriebenen erwünschte Arbeitskräfte, so begann jetzt mit der Rationalisierung ein Abbau der entbehrlich gewordenen Arbeitskräfte und es wurden zuerst, was an sich verständlich ist, die zuletzt in die Betriebe Eingeschalteten entlassen, und das waren die Heimatvertriebenen. Aus diesem Grunde stellen die Heimatvertriebenen die größte Zahl der Arbeitslosen dar. Die größte Zahl

der Heimatvertriebenen befindet sich auf dem Lande. Denn sie mußten ja damals, weil auf dem Lande weniger Kriegszerstörungen als in der Industrie eingetreten waren, zunächst einmal in die landwirtschaftlichen Gegenden hineingepreßt werden, d. h. in die drei Länder Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern, weil dort ein notdürftiges Dach vorhanden war. In der Landwirtschaft hat sich dabei die Währungsreform am allermeisten ausgewirkt, denn gerade der Landwirt, dem es ja in der Inflation am besten ging und der wegen des Begehrens nach Nahrungsmitteln überhaupt nicht so zu rechnen brauchte, hatte die Heimatvertriebenen gern als Arbeitskräfte eingestellt, zumal diese auf Geldlöhne in der Zeit der Nahrungsmittelnot viel weniger Wert legten als auf Lebensmittel. Dadurch, daß der Landwirt nun aber angewiesen war, auch wieder strenge Rechnung zu führen, und die Ernährungsgrundlage sich grundstürzend geändert hatte, sind nunmehr die Heimatvertriebenen in eine besonders schwere Lage gekommen. Sie wurden, wenn auch begreiflicherweise, aus ihrem Arbeitsverhältnis entlassen, denn die Löhne in DM sind für die Landwirtschaft nicht mehr zu zahlen gewesen. Andererseits waren die Heimatvertriebenen auf dem Lande von den jetzt wieder im Aufbau befindlichen Städten der Industrie so weit entfernt, daß sie dort nicht eingestellt werden konnten und auch heute noch nicht infolge der kriegszerstörten Wohnungen eingestellt werden können. Wenn in einem Dorf der Prozentsatz der Heimatvertriebenen gegenüber den Alteingesessenen 50 % und mehr der Einwohner beträgt und diese 50 % arbeitslos sind, so geht daraus hervor, daß das soziale Problem heute vorwiegend auf dem Lande besteht. Das Dorf ist in sozialen Umbruch gekommen, und hier liegt die Gefahr der sozialen Revolution, während in der Industrie die soziale Lage nicht grundsätzlich anders geworden ist. Dazu kommt noch das Folgende: Im normalen Wirtschaftsaufbau verfügt der Bauer über wenig Bargeld, und für ihn bedeuten 100 DM ein Vermögen in seiner Gestalt als Umlaufvermögen. Mit der Währungsreform hatte aber der Staat auch wieder die Möglichkeiten bekommen, soziale Unterstützungen, sei es die Wohlfahrtsrente, sei es die Soforthilfe, in Lauf zu setzen. Wenn nun arbeitslose Heimatvertriebene in der Dachkammer des Bauernhofes im Monat eine Soforthilfe von 70, 100 und 120 DM bekommen und arbeitslos sind, so hat dafür der Bauer wenig Verständnis, denn der Bauer, selbst zu harter Arbeit verpflichtet, erkennt als vollwertigen Menschen nur den an, der ebenso wie er in harter Arbeit sein Brot verdient. Für die übrigen Wirtschaftszweige ist aber seit der Währungsreform auch die psychische Lage grundstürzend anders, denn der hier Beheimatete hat zumindest einen Teil seines Eigentums behalten. Er hat bei sich Bilanz gemacht. Er hat sich errechnet, daß er 40 bis 50 % seines Eigentums durch die Kriegsergebnisse wohl eingebüßt hat, hat aber auch diese selbst nunmehr aufbauen können und will, seine Wirtschaft aufbauend, nun möglichst die Schäden wieder ausgleichen. Das ist eine durchaus lobenswerte Eigenschaft. Ich hatte früher gesagt, daß die Besatzungsmacht diese Eigentumsbegriffe in gleicher demokratischer Haltung wie die beheimatete Bevölkerung nicht angetastet hat, und hatte auf den Unterschied der Ostbesatzungsmacht und der völligen Beraubung der Heimatvertriebenen hingewiesen. Wer all seine Habe verloren hat, denkt nicht mehr so in Besitzkategorien, sie haben für ihn nicht mehr so große psychologische Bedeutung, im Vordergrund stehen bei ihm die täglichen Bedürfnisse. Freilich wünscht und erstrebt auch er wieder Besitz und neues Eigentum. Um aber einen neuen Besitz aufzubauen, fehlen ihm, entblößt aller Hilfsmittel, die

Startmöglichkeiten, wie sie der Beheimatete, noch im Besitz Befindliche, in größerem Umfange hat. Man weist demgegenüber mit einem gewissen Recht darauf hin, daß ja auch hier im Westen sehr große Teile der Bevölkerung durch die Kriegsschäden ihren gesamten Besitz verloren hätten und es daher falsch sei, wenn die Heimatvertriebenen für sich auf ein Sonderleid, das ihnen begegnet sei, hinwiesen. Das ist in gewissem Umfange richtig, nur wird dabei vergessen, daß der Ausgebombte wohl sein gesamtes Eigentum verloren haben kann, daß er aber eines nicht verloren hat, was von entscheidender Bedeutung ist, nämlich zu meist nicht seinen Arbeitsplatz und dann vor allem seine Beziehungen verwandtschaftlicher und freundschaftlicher Art. Die sind für den Vertriebenen mit der Heimat verlorengegangen. Diese verschiedenartige geistige Lagerung ist eine große Gefahrenquelle der Politik geworden, denn naturgemäß hat sich aus diesem verschiedenen Denken ein Riß in der gesamten Haltung zwischen Vertriebenen und Heimatbevölkerung bilden müssen.

Das, was ich betone, gesunde Besitzstreben der in der Heimat verbliebenen Westdeutschen hat aber auch noch zu folgendem geführt: Ich habe vorher hervorgehoben, daß es als Wunder erscheinen müsse, wenn es in den Jahren 45/46 nicht zu einer Katastrophe gekommen ist, und daß nur dafür die Erklärung gegeben ist, daß die Hilfe, des einzelnen, die christliche Hilfe des Nachbarn, das hat überbrücken können, was der damalige Staat nicht leisten konnte. Nun aber hat der Staat seine Pflicht erkannt, für diese Heimatvertriebenen zu sorgen. Dabei ist naturgemäß wieder jenes Denken in Erscheinung getreten, wie man es ja auch bei der Gesetzgebung für Sozialversorgung schon feststellen konnte: Das alte Denken, wonach dem Hilfsbedürftigen aus freier Liebestätigkeit geholfen werden mußte, ist zum großen Teil infolge dieser Gesetzgebung, die die Steuerschraube anziehen mußte, ja leider in weitem Maße überholt. Jetzt ist der Besitzer geneigt zu sagen, daß der Staat ja nun sorgen müsse und sorgen könne; die freie Liebestätigkeit ist damit zurückgegangen. Auch das hat den Riß verstärkt.

Wenn wir nun vor dem Problem stehen, die Heimatvertriebenen einzugliedern, sie, wenn möglich, dem sozialen Standard der westlichen Bevölkerung anzugleichen und uns die Rechnung aufmachen -- ich habe sie mir einmal höchst vorsichtig mit 27½ Milliarden aufgestellt --, dann kommt man zu dem Schluß, daß der Staat es unmöglich leisten könnte. Es kann darüber gar kein Streit sein, daß er es in diesem Ausmaß nicht leisten kann und daß die Wirtschaft, die ja noch längst nicht den alten Produktionsstand erreicht hat, um die Bevölkerung zu ernähren, ja sogar den doppelten Produktionsstand wie in Friedenszeiten erreichen müßte.

Es bleibt zu fragen, wo da der Ausweg ist. M. E. ist ein gewisser Ausweg nur wieder darin zu finden, daß die alte Hilfsbereitschaft, die Caritas, die christliche Opferbereitschaft, von Mann zu Mann hier nach wie vor einspringen muß. Wenn die CDU sich stolz „christlich“ nennt, also das „C“ in den Vordergrund stellt, so liegt ihre ganze große Aufgabe darin, den Besitzer dahin zu führen, daß er von sich aus aus freier Liebestätigkeit trotz aller schweren wirtschaftlichen Belastung das gibt, was kein Staat ihm geben kann. Es geht hier wirklich um ganz Großes. Die Alteingesessenen und die Heimatvertriebenen können nur als wirkliche gesamtdeutsche Aufgabe dieses Problem in gemeinsamem Denken und Handeln lösen. Der Vertriebene kann von sich allein es nicht, und die beheimatete Wirtschaft kann, ohne daß die Vertriebenen in gleichem

Denken und Handeln mit der neuen Heimat geistig verbunden sind, das ebensowenig. Der Besitzer muß bedenken, daß keine Gesetzgebung, die bei ihm die ja notwendige Gabe vollstrecken würde, zu dem Ergebnis einer sozialen Befriedung führen kann. Er muß zu der Erkenntnis bewegt werden, daß er sein Eigentum nur behalten kann, wenn er von seinem Eigentum aus freier Überzeugung abgibt, denn sonst verliert er es. Wenn 20 % der Bevölkerung in einen geistigen Gegensatz durch die soziale Not, in der sie sich befinden, zum Radikalismus gebracht werden, dann ist das demokratische Gefüge des Staates erschüttert und die Gefahr liegt beim Heimatvertriebenen nicht einmal so sehr im Radikalismus, sondern vielmehr im Nihilismus, der eintritt, wenn sich die Überzeugung bei den Heimatvertriebenen durchsetzt, daß sie jede Hoffnung einer Besserung ihrer Lage in absehbarer Zeit aufgeben müssen.

Bisher haben die Heimatvertriebenen eine musterhafte Disziplin gewahrt, bisher sind die Heimatvertriebenen die stärksten im Abwehrgedanken gegenüber dem Kommunismus, weil sie ihn zu sehr am eigenen Leibe erlebt haben. Wenn sie aber alle Hoffnung verloren haben, dann entfällt dieser Abwehrwille, in dem sie heute noch stärker als die westdeutsche Bevölkerung sind. Welche Bedeutung das im jetzigen politischen Augenblick hat, geht aus folgender Erwägung für mich hervor: Ich glaube nicht daran, daß der Russe marschiert. So lange wird er nicht marschieren, als der Staat, auf den er begehrlieh hinschaut — und das sind wir ja leider —, noch die geistigen Abwehrkräfte hat. Er wird erst marschieren, dann aber auch sicher marschieren, wenn die soziale Revolution zum Ausbruch kommt. Sie kommt nicht zum Ausbruch, wenn der Riß zwischen Besitzer und Besitzlosen, hier vornehmlich zwischen beheimateter und heimatloser Bevölkerung, nicht in Erscheinung tritt bzw. geschlossen wird. Das ist die große Bedeutung des Lastenausgleichsproblems. Es besteht nicht in erster Linie darin, daß in bestimmter Höhe ein Ersatz für Verlorenes gegeben wird, es besteht vielmehr in der psychischen Lagerung, in der Frage, ob in dem Heimatvertriebenen das Bewußtsein erweckt und gekräftigt wird, daß in freiwilliger Hingabe eines erheblichen Teiles des Besitzes die Haltung der Hilfe gefunden sein wird. Wenn ich selbstverständlich um jede Mark eines höheren Aufkommens beim Lastenausgleich ringen muß, so stehe ich, selbst in der Gefahr, mißverstanden zu werden, auf dem Standpunkt, es auszusprechen, daß es nicht auf 100 Millionen jährlich mehr oder weniger Ertrag letzten Endes ankommt, sondern auf die Freiwilligkeit und die geistige Haltung, die bei dem Problem des Lastenausgleiches eingenommen wird.

Das ist die sittliche Leistung, die von der CDU gefordert wird, wenn sie sich wirklich christlich nennen will. Ich stehe nicht an, auch hier zu erklären, daß die CDU im Grundsatz auch bereit ist, das zu tun, und daß sie nicht zur Besitzerpartei werden will. Ein glückliches Zeichen dafür ist der Lauf, den die Beratungen über das Lastenausgleichsgesetz in dem sogenannten Unkeler Kreise genommen haben. Man mag an den Beschlüssen des Unkeler Kreises im einzelnen Anstand nehmen, und ich tue es ja auch, aber das Glückhafte bei dem Unkeler Kreise ist für mich das, daß in ihm gerade die besitzenden Kreise, die schwer belastet werden, den Gedanken der Notwendigkeit und der freiwilligen und christlichen Leistung immer in den Vordergrund gestellt haben; so sehr sie auch selbstverständlich darum ringen, ob im einzelnen die Vorschläge nicht die Grenze überschreiten, die dem Lastenausgleich nun einmal gesetzt ist, nämlich die Frage, ob er die Produktionskraft Westdeutschlands mit dem größeren Ziele, das Volk überhaupt ernähren zu können,

nicht schon überschreitet. Ich bin davon überzeugt, daß die CDU das erkannt hat, und ich kann die Partei nur beschwören, nicht in Ängstlichkeit um das tägliche Brot den Weg des rationalen Rechnens zu sehen, sondern in großer geistiger Haltung den Weg zu gehen, daß der, der sein Eigentum — der Eigentumsbegriff ist ja auch ein christlicher Begriff — erhalten will, sich von seinem Eigentum auch bis an die Grenze des Möglichen trennen muß. Daß Zweifel an dieser Haltung besonders im Kreise der Heimatvertriebenen entstanden sind, ist verständlich aus der Not, in der sie sich befinden. Sie müssen durch ehrlichstes Wollen überwunden werden, und ich kann nur schließen damit, daß ich überzeugt bin, daß, wenn die CDU ihre christliche Haltung rücksichtslos wahr, sie weiter die führende geistige Kraft in Deutschland sein wird, und den Heimatvertriebenen kann ich nur zurufen: „Seht auch die schwere geistige Not, in der sich der heimatliche Besitzer befindet, und sagt Euch eines: Der Gedanke an die Möglichkeit einer Rückkehr ist nur durchführbar, wenn auf dem Grund dieser von mir gezeichneten Haltung die Aufgabe als gesamtdeutsche Aufgabe erkannt wird, und daß Ihr Heimatvertriebenen, um den Gedanken der Rückkehr überhaupt aufrecht erhalten zu können, mit dem westlichen Besitz zunächst die deutsche Bundesrepublik aufbauen müßt, trotz aller Entbehrungen und aller Verbitterung, denn nur dann, wenn die deutsche Bundesrepublik wieder gesundet, ein Teil der großen westlichen Völkerfamilie Europas und der Welt wird, kann erst der Augenblick kommen, daß ohne einen Krieg, an den keiner denken will und denken darf, die Frage der Rückkehr als gesamteuropäische und Weltlösung auf der Tagesordnung erscheinen wird.“

Eine größere Aufgabe, wie sie die CDU hat, ist einer Partei kaum je im Leben der Völker gestellt worden, und die Aufgabe ist nur zu lösen mit dem Vorzeichen „christlich“.

Bundestagsabgeordneter Oskar Wackerzapp:

Nach der so überaus packenden und eindrucksvollen Rede des Herrn Bundesministers Kaiser wird es für mich schwer sein, Ihr Gehör zu finden. Und doch darf ich Sie bitten, mir Ihre Aufmerksamkeit zu schenken für ein Thema, das nicht nur aus parteitaktischen, sondern auch aus gesamtpolitischen Gründen ernste Beachtung verdient; die Frage: Wie stehen die Heimatvertriebenen zur CDU? Halten sie ihr weiter die Treue oder kehren sie ihr enttäuscht den Rücken? Gerade hier in Niedersachsen, das mit Flüchtlingen überbevölkert ist, von denen nachweisbar ein großer Teil bei den Bundeswahlen der CDU die Stimme gegeben hat, ist diese Frage von besonders schwerwiegender Bedeutung.

In außenpolitischer Beziehung stehen die Heimatvertriebenen rüchhaltlos auf dem Standpunkt der Regierung. Sie danken dem Herrn Bundeskanzler, der die Richtlinien der Politik zu bestimmen hat, dem Kabinett, der Fraktion und dem Bundestag für das klare und eindeutige Bekenntnis, daß die Gebiete östlich der Oder und Neiße völkerrechtlich und staatsrechtlich nach wie vor zu Deutschland gehören, und daß die zu Unrecht Vertriebenen einen unverjähren Anspruch auf Rückkehr in ihre Heimat haben.

Aber gegenüber den innerpolitischen Leistungen der Regierung bestehen vom Blickpunkt der Vertriebenen aus leider manche ernste Bedenken und Einwände, die sich vielfach sogar zu Mißtrauen und Ableh-

nung steigern. Dabei darf ich unberücksichtigt lassen die ungerechte Kritik, die aus den Kreisen derer stammt, die durch die jahrelange Not derart verbittert und verkrampft sind, daß sie den Überblick und die Fähigkeit zum klaren Urteil verloren haben. Das harte und maßlose Wort: „Jetzt sitzen wir 5 Jahre in Elend und Not, und noch nichts ist für uns geschehen“ wird durch die Tatsachen bündig widerlegt. Eine künftige Geschichtsschreibung wird es als eine erstaunliche Leistung zu rühmen wissen, daß es der deutschen Gesetzgebung und Verwaltung gelang ist, 8 Millionen mittellose Vertriebene in dem übervölkerten und bombenzerstörten Bundesgebiet so unterzubringen, daß Gefahren für Leib und Leben vermieden werden konnten. Viel ist geschehen, aber noch nicht genug. Vor allem fehlt es immer noch an Wohnung und Arbeit. Die Heimatvertriebenen sind der Meinung, daß Bund und Länder auf diesem Gebiet noch nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft haben und daß auch gute Absichten oft zu lange Zeit für ihre Verwirklichung benötigen.

Die grundlegende Voraussetzung für eine ersprießliche Eingliederung der Vertriebenen in die heimische Wirtschaft ist, daß ihre zufällige und systemlose Verteilung auf die einzelnen Länder durch eine sinnvolle Umgruppierung so geändert wird, daß die Vertriebenen dorthin kommen, wo ihnen nach den natürlichen Gegebenheiten Wohnung und Arbeit verschafft werden kann. Die von der Bundesregierung zu diesem Zwecke erlassene Umsiedlungsverordnung hat leider die an sie geknüpften Erwartungen der Vertriebenen vielfach enttäuscht. Gar zu umständlich, langwierig und verwickelt ist das Verfahren. Die geforderten Voraussetzungen übersteigen manchmal jedes verständige Maß, so daß der Eindruck einer getarnten Sabotage entsteht. Wir müssen von der Bundesregierung verlangen, daß sie nicht tatenlos zusieht, wenn kleinlicher Kantönigeist und kurzsichtige Kirchturmspolitik, Maßnahmen zu stören drohen, die die grundlegende Voraussetzung für die Behebung der Vertriebenennot bilden. Wir fordern die Bundesregierung auf, gegebenenfalls von den Machtmitteln Gebrauch zu machen, die ihr das Grundgesetz in die Hand gegeben hat, um den Willen des Bundes auch gegenüber widerstrebenden Ländern durchzusetzen.

Erst bei sinnvoller Verteilung der Vertriebenen über das ganze Bundesgebiet wird das große und folgenschwere Unternehmen eines gerechten Lastenausgleichs zu ersprießlicher Wirkung kommen. Über seine ungeheure, politische, wirtschaftliche und soziale Bedeutung hat uns das treffliche Referat unseres Parteifreundes Dr. Kather heute Nachmittag einen überzeugenden Eindruck vermittelt. Der Lastenausgleich ist für einen großen Teil der Heimatvertriebenen in der Tat die letzte Hoffnung und der letzte Halt. Da sind die zahlreichen Alten, die einst bessere Tage gesehen haben, und nun auf die kümmerliche Wohlfahrtsunterstützung angewiesen sind. Hunderttausende Bauern und Landwirte, die der heimischen Scholle durch Fleiß und Intelligenz Höchstserträge abzurufen verstanden, die wesentlich zur Ernährung des deutschen Westens beigetragen haben, wollen nicht auf die Dauer zur Rolle der ehemaligen polnischen Wanderarbeiter verurteilt sein. Und die zahlreichen tüchtigen Handwerker und Industriellen, Kaufleute und Techniker, die jetzt vielfach erwerbslos sind oder berufsfremd tätig sein müssen, sehnen sich danach, den reichen Schatz ihrer Kenntnisse und Erfahrungen wieder im gelernten Beruf zum Wohle des Ganzen nutzbar zu machen. Was alle diese Schichten mit immer stärkerer Besorgnis, ja sogar mit Entsetzen erfüllt, ist die Erkenntnis, daß sie mit jedem Jahre immer hoffnungsloser im Sumpf des

Proletariats zu versinken drohen. Ihre Lebenshaltung liegt weit unter dem Niveau eines normalen Arbeiters. Sie sind dabei, den fünften Stand zu bilden, den Stand der Enterbten und Entrechteten, der Stiefkinder des Glücks und der vom Schicksal Geschlagenen. Es ist klar, daß diese Menschen keine innerliche Beziehung zu einem Staat gewinnen können, von dem sie sich verstoßen und mißachtet fühlen. Hier kann sich eine dem Nihilismus und den östlichen Verführungskünsten zugängliche Untergrundbewegung entwickeln, als eine schwere Gefahr für eine ruhige und gesunde Entwicklung unserer Demokratie. Und diese Gefahr erfährt eine weitere verhängnisvolle Verstärkung dadurch, daß sich ein großer Teil der heimatvertriebenen Jugend nicht mehr in der Weise entwickeln kann, wie es nach Erbanlagen, nach Fähigkeiten und nach Familientradition normalerweise die Regel gewesen wäre. Diese deklassierte und um ihre Zukunft betrogene Jugend wird immer unzufrieden sein, wird stets ein Element der Unruhe bilden. Die Geschichte weiß warnend von dem zersetzenden und zerstörenden Einfluß der verdrängten Intelligenz zu berichten.

Hat unsere Fraktion, hat unsere Regierung die schicksalsschwere Bedeutung eines gerechten Lastenausgleichs in seiner vollen Tragweite erkannt? Der ursprüngliche Entwurf des Herrn Finanzministers läßt lebhaftige Zweifel aufkommen. Wir danken es unserer Fraktion, daß sie auf Hinwirken ihrer Vertriebenenabgeordneten wesentliche Änderungen und Verbesserungen in den sogenannten Unkeler Beschlüssen durchgeführt hat. Es ist dies das besondere Verdienst unseres Parteifreundes Kunze, der sich als Vorsitzender des Lastenausgleichsausschusses des Bundestages mit unermüdlicher Tatkraft und hoher Sachkunde bemüht, einen gerechten Ausgleich zwischen der gebenden und nehmenden Seite zu verwirklichen, im vollen Bewußtsein der Undankbarkeit dieser Aufgabe, die ihm von beiden Seiten nur Vorwürfe eintragen wird.

Wenn wir Heimatvertriebenen in den Unkeler Beschlüssen auch wertvolle Verbesserungen begrüßen, so bedürfen sie nach unserer Auffassung doch noch weiterer erheblicher Korrekturen, die im Sinne der Vorschläge liegen, die der Herr Vertriebenenminister kürzlich dem Kabinett unterbreitet hat; wir hoffen und wünschen, daß sie in möglichst weitem Umfang Berücksichtigung finden werden.

Aber je tiefer man sich in die Materie vertieft, umso mehr erkennt man, daß das ungeheure, in alle Lebensverhältnisse eingreifende Problem des Lastenausgleichs Zeit braucht, bis es gesetzgeberische Gestalt gefunden hat, und daß weitere Frist benötigt wird, ehe es praktisch durchgeführt werden kann. Wir bitten unsere heimatvertriebenen Freunde, diesen Gegebenheiten Rechnung zu tragen und ihre begreifliche Ungeduld zu zügeln. Maßnahmen von säkularer Bedeutung und Wirkung können nicht von heute auf morgen durchgeführt werden. Umso mehr aber sollte es ein dringendes Anliegen unserer Partei und der Regierung sein, alle diejenigen Maßnahmen aus dem allgemeinen Lastenausgleichskomplex herauszuziehen und bevorzugt zu erledigen, die ihrer Natur nach ohne Beeinträchtigung des Ganzen vorweg geregelt werden können. Dazu gehört das von unserer Fraktion auf Antrag ihrer Vertriebenenabgeordneten eingebrachte Gesetz zur Feststellung unserer in der Heimat erlittenen Vermögensverluste, um baldmöglichst die rechnerischen Voraussetzungen zu schaffen, die für einen, auf individueller Grundlage zu regelnden Lastenausgleich unerlässlich sind. Dieser Gesetzentwurf wird zur Zeit im

Lastenausgleichsausschuß des Bundestages unter intensiver Mitwirkung unserer Abgeordneten behandelt.

Wir sind aber der Meinung, daß auch auf einem anderen Gebiet bald eine tatkräftige Initiative entfaltet werden sollte, zumal es sich um die Wiedergutmachung eines Unrechtes handelt, das wir Heimatvertriebene schon seit Jahren schmerzlich empfinden.

Es handelt sich darum, die Inhaber von Ostsparbüchern, die bisher weder in der Reichsmarkzeit noch bei der Währungsumstellung Berücksichtigung gefunden haben, endlich den heimischen Sparern gleichzustellen. Die Zahl der Besitzer von Ostsparbüchern geht in die Millionen. Unter ihnen ist stark der ehemalige Mittelstand vertreten, jene für das Gedeihen eines geordneten Staatswesens und für die Entwicklung von Kultur und Zivilisation so hoch bedeutsame und wertvolle Schicht. Diese Kreise haben ihr Leben lang treu und redlich gearbeitet, haben auf viele Genüsse des Alltags verzichtet, um ihren Lebensabend aus eigener Kraft sorgenfreier gestalten zu können. Sie sind zumeist Bettler geworden und müssen von der Wohlfahrt leben. Wir wissen, daß die auf alliierte Weisung erfolgte Währungsreform ganz allgemein den Sparer schwer und unvernünftig in seinen Rechten gekränkt hat. Aber auch die geringen sich hiernach ergebenden DM-Beträge würden weiten Kreisen unserer Vertriebenen wertvolle Hilfe bringen. Da das Problem organisatorisch leicht gelöst werden kann und in seinen finanziellen Auswirkungen überschaubar ist, richten wir an Fraktion und Regierung die dringende Bitte, recht bald eine gesetzliche Regelung herbeizuführen.

Eine Quelle der Kritik, der Enttäuschung, des Mißtrauens, ja, der Erbitterung ist die Art und Weise, wie die Bundesregierung an die Bewältigung der schwierigen Aufgabe herangegangen ist, die ihr im Art. 13i des Grundgesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der vertriebenen und verdrängten Beamten und Pensionäre aufgetragen worden ist. Der heimatvertriebene Beamte und Angestellte rügt an dem Regierungsentwurf vor allem, daß er die Rechtsgrundlage ihrer Ansprüche nicht anerkennen will, sondern sich die Befugnis zuschreibt, ihre Verhältnisse souverän neu zu ordnen. Sie halten es nicht für angängig, daß eine Regierung, die Recht und Gerechtigkeit als die tragenden Pfeiler ihrer Politik erklärt hat, den Ewigkeitswert des Rechtes durch temporäre Finanzierungsschwierigkeiten verdunkeln läßt. Die Not der heimatvertriebenen Beamten, die noch nicht wieder angestellt werden konnten — dasselbe gilt auch für die ehemaligen Berufssoldaten — wird immer unerträglicher. Auch ihre Kinder können nicht mehr die nach den früheren Verhältnissen selbstverständliche Ausbildung und Fortbildung erhalten, so daß die Gefahr der Deklassierung mit ihren verhängnisvollen Auswirkungen akut zu werden droht. Der breiteren Öffentlichkeit ist dieses wirklich herzerreißende Elend im allgemeinen unbekannt geblieben, weil diese Kreise es nach Tradition und aus innerer Disziplin ablehnen, ihre Not auf die Straße zu tragen und mit ihr Propaganda zu treiben. Aber jetzt ist auch hier eine unheilvolle Radikalisierung zu befürchten, wenn nicht bald wirksame Abhilfe geschaffen wird. Der überwiegende Teil der Beamten und Offiziere ist einsichtig genug, daß der verarmte Staat nur im Rahmen seiner verfügbaren Mittel helfen kann. Aber, wenn es nicht zu einer Spaltung und damit zu einer Bedrohung des Berufsbeamtentums als Institution kommen soll, so dürfen die heimatvertriebenen Beamten nicht als solche minderen Rechts behandelt werden.

Zusammenfassend ist zu sagen: Noch hält ein beachtlicher Teil der Heimatvertriebenen der CDU die Treue. Es sind dies die wertvollen Kreise, die trotz drückender Not immer noch die Kraft und den Schwung aufbringen, über den engen Bereich der rein materiellen Interessen hinauszublicken. Sie leben in dem Bewußtsein, daß die Vertriebeneneigenschaft nicht alle Lebensbezirke beherrschen darf, daß Wert und Würde der Persönlichkeit von ihr unberührt bleiben. Sie fühlen sich nicht nur als Vertriebene, sondern gleichzeitig auch als vollberechtigte und vollverpflichtete Staatsbürger. Darum kann ihnen eine lediglich auf materielle Ziele ausgerichtete Partei, die weltanschaulicher Grundlagen entbehrt, nicht genügen. Daneben aber stehen weitere Kreise, die sich, gelähmt durch das jahrelange Elend, auf solch freien und hochstehenden Standpunkt nicht mehr zu erheben vermögen. Sie können vor Radikalismus und Nihilismus nur bewahrt bleiben, wenn sie baldmöglichst durch Taten vom guten Willen zur Hilfsbereitschaft überzeugt werden.

Noch hat die CDU, noch hat die Bundesregierung hierzu die Möglichkeit. Die großen, schicksalsschweren Gesetze, die über das Los der Vertriebenen entscheiden werden, befinden sich noch im Zustand der Beratung. Wesentliche Verbesserungen können daher noch getroffen werden. Mögen Parteien und Regierung die Größe, aber auch die Gefahr der Stunde erkennen und sich ihr gewachsen zeigen. Mögen sie vor allem aber auch bedenken, daß das Vertriebenenproblem sich nicht allein im Materiellen erschöpft, daß es darüber hinaus in psychologische und moralische Bezirke hinübergreift. Allein mit Zirkel und Rechenschieber, mit Statistiken, Steuertabellen und Gesetzesparagrafen kann es nicht befriedigend gelöst werden. Dies wird vielmehr nur dann der Fall sein, wenn hinter aller technischen Arbeit waltend und gestaltend stehen die Göttin der Gerechtigkeit, die Wärme des Herzens und die Kraft der christlichen Nächstenliebe.

Der Ausklang

Das Schlußwort des Parteitages sprach der

Stellvertretende Vorsitzende Dr. Friedrich Holzapfel:

Der Erste Parteitag der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands geht seinem Ende zu. Er ist ein Markstein für die Entwicklung unserer Partei, ein Abschluß einer Entwicklungsperiode, die fünf Jahre gedauert hat, und ein Auftrag für eine neue Arbeit.

Lassen Sie mich an diesem Markstein ein Wort der Besinnung in unsere Erinnerung zurückrufen. Wir haben aus den gestrigen Ausführungen gehört, daß die Geburtsstunde unserer Christlich-Demokratischen Union schon in der Zeit des Nationalsozialismus liegt, daß schon in den Jahren 1933/34/35 die Gedanken unserer Christlich-Demokratischen Union überall erwogen und geprüft wurden. Und als im Jahre 1945 die Möglichkeit gegeben war, sich wieder zu politischen Parteien zusammenzuschließen, da kam an allen Ecken und Kanten diese Christlich-Demokratische Partei zum Durchbruch. Es gab damals keine Post- und keine Bahnverbindung

— nichts! Und doch wuchsen damals spontan überall die Parteien in den deutschen Ländern mit dem gleichen Programm und mit dem gleichen Ziel. Als wir dann wieder eine Möglichkeit hatten, uns in einzelnen Bezirken versammeln zu können, gründeten wir im September/Oktober 1945 die einzelnen Landesparteien. Wir haben dann die erste Zusammenkunft unter dem Namen einer gesamtdeutschen Union im Dezember 1945 gehabt. Wenn wir heute Rückschau halten auf die damalige Veranstaltung in Godesberg, dann wollen wir eines Mannes hier gedenken, der sich damals von Berlin aus ganz besondere Mühe gegeben hat, diese einheitliche Union zusammenzuführen, es ist der Reichsminister a. D. H e r m e s. (Beifall.) Es ist mir eine besondere Freude, Ihnen mitteilen zu dürfen, daß unser verehrter Bundeskanzler von dem heutigen Parteitag aus ihm ein besonderes Grußtelegramm in Anbetracht dieser seiner Verdienste um unsere Union geschickt hat.

Wir kamen dann im Januar 1946 in Herford auf der Ebene der britischen Zone zusammen. In Herford haben wir damals unseren heutigen Ersten Bundesparteivorsitzenden und Bundeskanzler zum Vorsitzenden gewählt. (Beifall.)

Heute haben wir uns aus diesem Zonenausschuß, aus einer Arbeitsgemeinschaft, die wir 1947 gegründet haben, heraus zu einer Christlich-Demokratischen Union Deutschlands entwickelt.

Neben dieser rein organisatorischen Arbeit stand die Aufgabe, uns innerlich einmal wirklich als Mitglieder einer Christlich-Demokratischen Union zu nähern und zusammenzuwachsen. Mehr als 300 Jahre lang marschierten evangelische und katholische Christen getrennt. Als wir nun diese Brücke schlugen, da erfolgte die Annäherung nicht von heute auf morgen, sondern wir mußten uns erst einmal wirklich kennen und verstehen lernen. Wenn wir heute zurückschauen, dann können wir, wie es in der Entschließung heißt, sagen, daß in diesen fünf Jahren die Gemeinschaftsarbeit der Christen beider Konfessionen ihre Probe bestanden hat. (Stürmischer Beifall.) Wir mußten aber auch unser ganzes Wollen, unser ganzes Arbeitsziel erst einmal zusammenfassen. Wir haben Programme ausgearbeitet. Ich denke hier vor allem an unser Ahlener Programm. Es war unendlich schwer, die verschiedenen Meinungen und widersprechenden Auffassungen in einem einzigen Programm niederzulegen. Gleich mit der Ausarbeitung dieser Programme kam für uns auch schon die praktische Arbeit.

Lieber Bundeskanzler! Ich denke noch an die ersten Arbeiten, an die praktische Verwirklichung unseres Programms, als wir im Zonenbeirat in Hamburg anfangen konnten, zunächst einmal nur eine Militärregierung zu beraten. Dann hatten unsere süddeutschen Freunde im Länderrat eine Möglichkeit, sich zusammenzufinden. Dann war es der Wirtschaftsrat in Frankfurt, in dem wir etwas aktiver werden konnten. Und jetzt haben wir den Bundestag und die Bundesregierung. Und so darf ich heute an diesem Markstein feststellen: Im Zonenbeirat, im Wirtschaftsrat, im Bundestag und in der Bundesregierung ist es die CDU gewesen, die die maßgebende Verantwortung getragen hat. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Nun haben wir auf diesem ersten Parteitag, an diesem Markstein, zwei Tage der Besinnung gehabt. Wir haben nicht alles hier in großen Referaten verhandeln können, sondern zu einem Teil in Arbeitskreisen die Fragen erörtert und geprüft. In verschiedenen Arbeitskreisen haben wir uns dabei auch um die Fragen der Kriegsbeschädigten, der Beamten

und der noch in Kriegsgefangenschaft fern der Heimat und in Knechtschaft schmachtenden Soldaten gekümmert. (Beifall.)

Alle diese Aufträge sind Aufträge für unsere zukünftige Arbeit, die wir in den einzelnen Arbeitskreisen und Ausschüssen in die Hand nehmen werden und so schnell wie möglich zu bestimmten und klaren Formulierungen bringen wollen.

Wir haben bei diesem Parteitag — ich hoffe, wir werden es bei zukünftigen Parteitagen nicht wieder zu tun brauchen — auch eine gesonderte Konferenz unserer evangelischen Unionsmitglieder abgehalten, und zwar aus einer besonderen Not heraus, weil manche von uns in einen Gewissenskonflikt kommen: Auf der einen Seite ihr Wunsch und ihr Streben, in unserer Union mitzuarbeiten, und auf der anderen Seite Stimmen aus dem Raum unserer Kirche, die uns zu einer Zurückhaltung veranlassen oder möglicherweise unsicher machen. Wir haben hier eine Entschließung angenommen, die heute mittag verlesen worden ist. Diese Entschließung ist von dem allergrößten Teil unserer evangelischen Delegierten hier unterzeichnet. Wir haben auch nicht eine einzige Absage bekommen. (Lebhafter Beifall.) Ich will nicht die Fülle der Namen anführen, aber doch einige nennen, die auch im Raum unserer evangelischen Kirche ein Gewicht haben: Tillmanns, Cillien, Kunze, Stier, Ehlers, Simpfendörfer, Fratzscher und — wenn ich den meinigen auch noch nennen darf — Holzapfel. Ich betone nochmals, fast alle Delegierten haben unterschrieben. Wir konnten nicht alle zusammenkommen, sonst hätten sie alle unterschrieben. Wir haben nicht eine einzige Stimme gehört, die sich gegen diese Entschließung ausgesprochen hat.

Nun geht es an die weitere Arbeit. Ohne Organisation geht es nicht. Wir müssen auf Grund unserer Satzung nunmehr die weiteren Organe so schnell wie möglich errichten.

Der Parteiausschuß hat bereits den Vorstand gewählt. Dieser wird so schnell wie möglich zusammentreten und über eine Geschäftsverteilung beraten. Wir werden die einzelnen Arbeitsgebiete verteilen, damit wir so schnell wie möglich unsere Union weiter aufbauen können.

Es obliegt mir noch, Dank zu sagen für die Vorbereitung und Durchführung dieser Tagung. Es ist leider vielfach so, daß man manches als selbstverständlich ansieht und zu oft das Danken vergißt. Ich nenne an erster Stelle die Namen zweier Freunde, die sich in den vorbereitenden Ausschüssen zur Durchführung dieses Parteitages und zur Verabschiedung der Satzung ein ausgesprochenes Verdienst erworben haben: Herr Dr. Zimmer und Herr Bach. (Beifall.) Für die Durchführung dieser Tagung gilt mein besonderer Dank den Landesverbänden Niedersachsen und Braunschweig, dem Kreisverband Goslar und seinem bewährten Vorsitzenden, Herrn Dr. Fricke, sowie seinem tatkräftigen Geschäftsführer Dr. Leser. Mein Dank gilt den Geschäftsstellen mit allen ihren Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen; namentlich genannt sei die Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU unter der Leitung der Herren Dörpinghaus und Lubbers, sowie der Zonenausschuß in Köln unter Herrn Schmalz. Schließlich danke ich all den zahlreichen Helfern und Helferinnen, die uns hier in Goslar so tatkräftig zur Seite gestanden haben.

Mein Dank gilt der Stadt Goslar, aber nicht der Stadt Goslar allein, sondern auch den benachbarten Städtchen und Dörfern im Harz, wo wir Quartier und Unterkunft gefunden haben. Er gilt insbesondere dem Oberbürgermeister der Stadt Goslar und dem Stadtvertreter

Schielinski, der die Verantwortung für die Ausschmückung der Stadt zu tragen hat.

Mein Dank gilt unseren ausländischen Gästen, die durch ihre Grußworte uns gezeigt haben, daß wir nicht allein stehen, sondern daß sie mit uns gemeinsam helfen wollen, ein neues Europa aufzubauen. (Anhaltender, stürmischer Beifall.)

Mein Dank gilt allen Referenten und Diskussionsrednern, die ihr Bestes gegeben haben, um uns zu helfen, den richtigen Weg in unserer Arbeit zu finden. Mein Dank gilt insbesondere der Leitung dieses Parteitages, an der Spitze Herrn Oberkirchenrat Cillien und unserem Freund Ernst Lemmer. — Mein Dank gilt auch der Presse, die so zahlreich hier vertreten ist. Wir haben die herzliche Bitte: Helfen Sie mit, unsere Gedanken einer Christlich-Demokratischen Union in das ganze deutsche Vaterland hinauszutragen. (Beifall.)

Mein Dank gilt schließlich den beiden Geistlichen, die heute morgen den Festgottesdienst gehalten und uns für den heutigen Sonntag und unsere Arbeit vorbereitet und gestärkt haben.

Das Beste kommt zuletzt! Unser Dank gilt in ganz besonderem Maße unserem verehrten Ersten Parteivorsitzenden, dem Bundeskanzler Dr. Adenauer. (Stürmischer, tosender Beifall, anhaltende Ovationen.) Ich habe ihm vor einiger Zeit gesagt, daß er zwei Aufgaben zu erfüllen habe: auf der einen Seite sei er Konkursverwalter des Nationalsozialismus und müsse die Trümmer aufräumen, und auf der anderen Seite sei er der Architekt, der den Neuaufbau unseres Vaterlandes zu gestalten habe. (Beifall.) Wenn wir seine Arbeiten und seine Mühen sehen, denen er sich als Leiter der Regierung der Bundesrepublik Deutschland unterzieht, dann können wir feststellen, daß er ein Großteil der Aufräumungsarbeiten bereits hinter sich gebracht und tatkräftig auch die Architekturarbeit für den Neuaufbau in die Hand genommen hat. (Beifall.) Um aber bauen zu können, verehrter Architekt des Bundes, braucht man nicht nur einen Architekten, sondern dazu braucht man auch Bauleute. Wir in der CDU wollen Ihnen versprechen, daß wir diese Bauleute für Ihren Architekturbau des neuen Deutschlands sein wollen.

Wir haben aus den Ausführungen des Bundeskanzlers und der Referenten u. a. gehört, daß gerade uns, die wir uns in dieser bedrohten Situation befinden, nichts dringender not tut, als die Einigkeit in unserem Volke herbeizuführen. Auf dieser Einigkeit wollen wir aufbauen, aber auch aufbauen auf dem Grundsatz des unveräußerlichen Rechts. Ohne Recht und Gerechtigkeit gibt es keinen Staat, keine Zukunft, keine Neuordnung, weder in unserem deutschen Vaterlande noch in Europa. So wollen wir dieses neue Deutschland, das hoffentlich bald wieder einheitlich zusammengefügt ist, als ein gleichwertiges und gleichberechtigtes Glied einbringen in die europäische Völkerfamilie, weil wir wissen und es von unseren ausländischen Gästen nachdrücklich bestätigt bekommen haben: Ohne Deutschland gibt es kein Europa! Aber auch Europa muß dieses Deutschland als ein aktiv mitarbeitendes Glied betrachten, das sich bewußt bekennt zu dem Grundsatz einer Christlich-Demokratischen Union, zu den Grundsätzen der Freiheit, des Rechts und der Einigkeit. Einigkeit und Recht und Freiheit! (Stürmischer Beifall.)

Oberkirchenrat Cillien schloß den Parteitag. Wie am Beginn sangen die Delegierten und Gäste die dritte Strophe des Deutschlandliedes.

Der erste Parteivorstand

Nach Wahl des 1. Vorsitzenden und seiner beiden Stellvertreter durch den Parteitag und der übrigen Vorstandsmitglieder und ihrer Stellvertreter durch den Parteiausschuß hat der Vorstand der CDU Deutschlands folgende Zusammensetzung:

1. Vorsitzender:

Dr. Konrad Adenauer

Stellvertreter des Vorsitzenden:

Friedrich Holzapfel
Jakob Kaiser

Vorstandsmitglieder:

Ernst Bach, Siegen/Westf.
Schatzmeister
Anton Dichtel, Freiburg i. B.
(Südbaden)
Maria Grövel, Hamburg
(Frauenausschuß)
Werner Hilpert, Wiesbaden
(Hessen)
Linus Kather, Hamburg
(Ostvertriebene)
Kurt G. Kiesinger, Tübingen
(Württemberg-Hohenzollern)
Ernst Majonika, Soest/Westf.
(Westfalen) JUNGE UNION
Wilhelm Simpfendorfer, Stuttgart
(Württemberg)
Walther Schreiber, Berlin
Carl Schröter, Kiel
(Schleswig-Holstein)
Georg Strickrodt, Braunschweig
(Niedersachsen)
Alois Zimmer, Montabaur
(Rheinland-Pfalz)

Stellvertreter:

Fridolin Heurich, Karlsruhe
(Nordbaden)
Frau Heiler, Marburg
(Frauenausschuß)
Heinrich Lünendonk, Frankfurt/M.
(Hessen)
Oskar Wackerzapp, Beineum
(Ostvertriebene)
Johannes Albers, Köln
(Rheinland)
Albert Sauer, Tübingen
(Württemberg)
Robert Tillmanns, Berlin
Samsche, Hamburg
Adolf Cillien, Hannover
(Niedersachsen)
Adolf Süsterhenn, Koblenz
(Rheinland-Pfalz)

und als Vorsitzender der Bundestagsfraktion der CDU/CSU:
Heinrich von Brentano, Darmstadt

STATUT

der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands

Beschlossen und unterzeichnet von den Vorsitzenden der Landesverbände am 20. Oktober 1950. — Verkündet auf dem ersten Parteitag der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands am 21. Oktober 1950 in Goslar durch den ersten Vorsitzenden Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer.

§ 1

Die CDU vereint alle deutschen Staatsbürger, die das öffentliche Leben im Dienst des deutschen Volkes und des deutschen Vaterlandes aus christlicher Verantwortung und nach dem christlichen Sittengesetz auf der Grundlage der persönlichen Freiheit demokratisch gestalten wollen.

§ 2

Die CDU gliedert sich in Landesverbände. Den Landesverbänden gleichgestellt sind jene Gebietsteile Deutschlands, in denen freie Wahlen zur Zeit nicht abgehalten werden oder die aus sonstigen Gründen am gesamtdeutschen politischen Geschehen nicht teilnehmen können.

§ 3

Organe der CDU sind der Bundesparteitag, der Bundesausschuß und der Bundesausschuss.

§ 4

Der Parteitag setzt sich zusammen aus den Delegierten, die von den Landesverbänden gewählt werden. Die Landesverbände entsenden auf je angefangene 25 000 CDU-Wähler, berechnet nach dem Ergebnis der letzten Bundestagswahlen, einen Delegierten. Wo keine Bundestagswahlen stattgefunden haben, sind die Wahlergebnisse der letzten freien demokratischen Wahlen zugrunde zu legen.

Die Vertreter der sowjetisch besetzten Zone werden bis zur Wiederherstellung der demokratischen Freiheiten durch einen vom legitimen Hauptvorstand der CDU der sowjetisch besetzten Zone einberufenen Zonenparteitag gewählt.

Bis zum Inkrafttreten eines Friedensvertrages beträgt die Zahl der Vertreter der Provinzen östlich der Oder und Neisse je 5; sie werden vom Flüchtlingsausschuß der CDU bestellt.

Für das Saargebiet kann der Vorstand Vertreter bestellen.

§ 5

Aufgaben des Parteitages:

- a) Der Parteitag wählt den Bundesausschussvorsitzenden und zwei stellvertretende Vorsitzende.
- b) Er beschließt über die Grundlinien der Politik der CDU.
- c) Er nimmt die verantwortlichen Berichte des Parteivorstandes und des Parteiausschusses entgegen und faßt hierzu Beschluß.

Der Parteitag tritt mindestens einmal jährlich zusammen und wird vom Bundesparteivorstand einberufen. Auf Antrag von mindestens $\frac{1}{4}$ der Landesverbände muß er einberufen werden.

§ 6

Der Parteiausschuß setzt sich zusammen aus

- a) den Delegierten, die von den Landesverbänden und für die sowjetisch besetzte Zone gewählt werden,
- b) den Vorsitzenden der Landesverbände und der legitimen CDU der sowjetisch besetzten Zone,
- c) dem Vorsitzenden der Bundestagsfraktion,
- d) den Vorsitzenden der Landtagsfraktionen im Bundesgebiet und der Stadtverordnetenfraktion Groß-Berlin,
- e) dem Bundesparteivorstand,
- f) fünf Vertretern für die Gebiete jenseits der Oder und Neiße, die vom Flüchtlingsausschuß gewählt werden.

Die Zahl der pro Landesverband zu entsendenden Delegierten ist so zu errechnen, daß auf je angefangene 100 000 CDU-Wähler, berechnet nach dem Ergebnis der Bundestagswahlen, ein Delegierter entfällt. Wo keine Bundestagswahlen stattgefunden haben, sind die Ergebnisse der letzten freien demokratischen Wahlen zugrunde zu legen.

Jeder Landesverband entsendet mindestens zwei und höchstens acht Mitglieder in den Parteiausschuß. Auf diese Zahl sind die Vorsitzenden unter b) und d) anzurechnen.

Der Parteiausschuß ist berechtigt, bis zu 10 weiteren Mitgliedern zu kooptieren. Für die Vertretung der sowjetisch besetzten Zone gilt bis zur Wiederherstellung der demokratischen Freiheiten der § 4, Abs. 2, sinngemäß.

Die Landesgeschäftsführer nehmen an den Sitzungen des Parteiausschusses mit beratender Stimme teil.

§ 7

Aufgaben des Parteiausschusses:

- a) Der Parteiausschuß ist zuständig für alle politischen und organisatorischen Fragen, die im gemeinsamen Interesse der Landesverbände liegen.
- b) Er wählt ein geschäftsführendes Vorstandsmitglied, den Schatzmeister, 10 weitere Mitglieder des Vorstandes und deren Stellvertreter in geheimer Wahl.

§ 8

Der Parteiausschuß wird durch den Vorstand oder auf Antrag zweier Landesverbände einberufen. In der Regel soll alle drei Monate eine Sitzung des Parteiausschusses stattfinden.

§ 9

Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden, zwei stellvertretenden Vorsitzenden, dem geschäftsführenden Vorstandsmitglied, dem Schatzmeister und 10 weiteren Mitgliedern. Für diese 10 Mitglieder wird je ein Stellvertreter gewählt. Der jeweilige Vorsitzende der Bundestagsfraktion der CDU/CSU gehört dem Vorstand als stimmberechtigtes Mitglied an.

§ 10

Der Vorstand führt die Beschlüsse des Bundesparteitages und Parteiausschusses durch und erledigt die laufenden Geschäfte. Er ist befugt, in eiligen Fällen Entscheidungen zu treffen, die dem Parteitag oder dem Parteiausschuß zur Genehmigung vorzulegen sind.

Der Vorstand bedient sich zur Erledigung der laufenden Geschäfte der Bundesgeschäftsstelle. Die Bundesgeschäftsstelle ist dem Vorstand verantwortlich. Das Nähere regelt die vom Vorstand zu erlassende Geschäftsanweisung.

§ 11

Zur Unterstützung des Vorstandes sowie zur Bearbeitung fachlicher Aufgaben und zur Betreuung bestimmter Bevölkerungskreise und ihrer Durchdringung mit dem Gedankengut der CDU werden Ausschüsse gebildet. Die Mitglieder der Ausschüsse werden von den Landesverbänden — im Einvernehmen mit den auf der Landesebene bestehenden Ausschüssen — entsandt. Die Vorsitzenden der Ausschüsse werden auf Vorschlag ihrer Mitglieder vom Parteiausschuß gewählt. Die Ausschüsse sind dem Vorstand verantwortlich.

Zusammensetzung, Arbeitsbereich und Arbeitsweise der Ausschüsse regelt eine Geschäftsordnung, die vom Vorstand erlassen wird.

§ 12

Die Organisation, die Rechte und Pflichten von Vereinigungen innerhalb der CDU werden durch den Parteiausschuß geregelt.

§ 13

In allen Organen der Partei sollen Frauen und die JUNGE UNION angemessen vertreten sein.

§ 14

Die Deckung der Ausgaben für die Bundesgeschäftsstelle, soweit sie nicht durch eigene Einnahmen gedeckt werden können, erfolgt durch die Landesverbände nach Maßgabe des vom Vorstand aufgestellten und vom Parteiausschuß genehmigten Etats und Verteilungsschlüssels.

§ 15

Bei grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten, die sich zwischen einem Landesverband und den nach vorstehender Satzung gebildeten Organen der CDU Deutschlands oder zwischen mehreren Landesverbänden ergeben, entscheidet, falls keine Einigung der unmittelbar Beteiligten zustande kommt, ein Schlichtungsausschuß. Seine Bildung erfolgt von Fall zu Fall nach Maßgabe einer besonderen Schiedsordnung, die vom Vorstand beschlossen wird.

§ 16

Es soll ein Bundesehrengericht gebildet werden. Die Zusammensetzung und Zuständigkeit regelt eine Ehrengerichtsordnung, die der Parteiausschuß erläßt.

§ 17

Die CDU bildet nach näherer Vereinbarung mit der CSU eine Arbeitsgemeinschaft. Diese Vereinbarung bedarf einer Bestätigung durch den Parteiausschuß.

INHALT

	Seite
Der Weg nach Goslar	4
Ersster Tag	9
Eröffnung	9
Deutschlands Stellung und Aufgabe in der Welt (Dr. Konrad Adenauer)	11
Zweiter Tag	22
Delegiertentagung	22
Der geschichtliche Auftrag der CDU (Dr. Erich Stier)	25
Korreferat (Kurt Georg Kiesinger)	42
Der kulturelle Auftrag der CDU (Dr. Mathilde Gantenberg)	50
Korreferat (Dr. Erwin Stein)	57
Korreferat (Dr. Luise Rehling)	65
Die junge Generation (Josef H. Dufhues)	69
Gruß der ausländischen Gäste	79
Der europäische Auftrag der CDU (Dr. Heinrich von Brentano)	86
Dritter Tag	95
Der soziale Auftrag der CDU (Josef Gockeln)	95
Korreferat (Dr. Robert Tillmanns)	102
Erklärung der evangelischen Delegierten	112
Die CDU und das Vertriebenenproblem (Dr. Linus Kather)	113
Die CDU und die Wirtschaft (Dr. Ludwig Erhard)	127
Korreferat (Dr. Wilhelm Niklas)	140
Schlußkundgebung	147
Resolution des Parteitags	147
Deutschland und der deutsche Osten (Jakob Kaiser)	149
Nochmals: Das Vertriebenenproblem (Dr. Hans Lukaschek)	154
Korreferat (Oskar Wackerzapp)	165
Schlußwort (Dr. Friedrich Holzapfel)	169
Erster Parteivorstand der gesamtdeutschen CDU	173
Statut der gesamtdeutschen CDU	174

Kölnische Rundschau

Größte und führende Zeitung in Köln und im Kölner Wirtschaftsgebiet

Ihre Größe und führende
Stellung verdankt die

Rundschau

ihre Qualität, ihrer fortschrittlichen,
lebensnahen Haltung, ihrer liebevollen
Pflege wertvollen, heimatischen Gutes.

Der weltweite Rundschau-Nachrichtendienst
und eigene Auslandsvertreter
unterrichten Sie täglich über die Er-
eignisse in allen Erdteilen. Eigene
Rundschau-Kreisredaktionen mit zahl-
reichen Mitarbeitern geben ein leben-
diges Bild v. Geschehen in Ihrer Heimat.

Fast 150 000 feste Abonnenten,
das sind erfahrungsgemäß

1/2 MILLION LESER.

überzeugen sich Tag für Tag
von der Güte und Qualität der

Rundschau

Überzeugen auch Sie sich!

Fordern Sie kostenfreie Probeflieferung vom
RUNDSCHAU-HAUS · KÖLN
STOLKGASSE 25/31

Kölnische Rundschau
Landkreis Köln

Kölnische Rundschau
Kreis Bergheim

Kölnische Rundschau
Kreis Euskirchen
und Schleiden

Bergische Rundschau

Oberberg. Rundschau

Siegkreis Rundschau

Bonner Rundschau

Größte und führende Zeitung der Bundeshauptstadt
und im Bonner Wirtschaftsraum